

ROLF BETZ

Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen - Voraussetzungen, Abläufe und Motive

Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche

BAND 42

REIE UNIVERSITÄT BERLIN

DIETRICH REIMER VERLAG BERLIN





**ABHANDLUNGEN DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
ANTHROPOGEOGRAPHIE**

BAND 42

SCHRIFTFÜHRUNG:
JÖRG JANZEN

VERANTWORTLICH FÜR DIESEN BAND:
GEORG KLUCZKA

**ABHANDLUNGEN DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
ANTHROPOGEOGRAPHIE**

BAND 42

ROLF BETZ

**Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen -
Voraussetzungen, Abläufe und Motive**

Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche



BERLIN 1988

DIETRICH REIMER VERLAG BERLIN

Herausgeber: Die Professoren des Instituts für Anthropogeographie,
Angewandte Geographie und Kartographie sowie der
Abteilung für Geographie Nordamerikas im
J.F. Kennedy-Institut:

F. BADER, G. BRAUN, U. FREITAG, G. KLUCZKA,
A. KÜHN, K. LENZ, G. MIELITZ, W. SCHARFE, F. SCHOLZ

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Betz, Rolf:

Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen :
Voraussetzungen, Abläufe u. Motive ; dargest. am Beispiel
dreier niedersächs. Nahbereiche / Rolf Betz. - Berlin : Reimer,
1988
(Abhandlungen des Geographischen Instituts Anthropogeographie ; Bd.
42)

Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss.

ISBN 3-496-00317-0

NE: Institut für Anthropogeographie, Angewandte Geographie und
Kartographie Berlin, West : Abhandlungen des Geographischen ...

Gedruckt mit Unterstützung des Fachbereichs
Geowissenschaften der FU Berlin.

©1988 by Dietrich Reimer Verlag
Dr. Friedrich Kaufmann
Unter den Eichen 57
1000 Berlin 45

Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck verboten

Printed in Germany

ISBN 3-496-00317-0

D-188

Vorwort

Anregungen für die Durchführung der vorliegenden Arbeit erhielt ich im Arbeitsbereich für Angewandte Geographie des Instituts für Anthropogeographie, Angewandte Geographie und Kartographie der Freien Universität Berlin während der Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zum Problem der Ausstattung, Nutzung und Erreichbarkeit öffentlicher und privater Infrastruktureinrichtungen in peripheren ländlichen Räumen.

Ernsthafte Versorgungsprobleme infrastruktureller Art sind in solchen Teilräumen zu erwarten, in denen bei bereits geringer Bevölkerungsdichte ein Geburtenrückgang und eine anhaltende Abwanderung zu verzeichnen sind. Die differenzierte Analyse des Abwanderungsprozesses über einen mehrjährigen Untersuchungszeitraum bildet den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Mein Dank gilt in erster Linie dem Betreuer der Dissertation, Herrn Professor Dr. Kluczka, der Leiter des oben genannten Arbeitsbereiches ist. Seine Anstöße, seine Kritik und seine stete Diskussionsbereitschaft trugen entscheidend zum Gelingen der Arbeit bei. Mein Dank geht auch an Herrn Professor Dr. Bader für seine gutachterliche Tätigkeit.

Die Zusammenstellung des empirischen Datenmaterials fiel in eine Zeit der zunehmenden Sensibilisierung bezüglich des Datenschutzes. Nur mit der hilfsbereiten Unterstützung aller Stadt- und Gemeindedirektoren in den Untersuchungsgebieten konnten sämtliche Lücken geschlossen werden. Ihnen allen bin ich zu Dank verpflichtet, der die Mitarbeiter in den betreffenden Einwohnermeldeämtern einschließt.

Danken möchte ich auch meinen Berliner Kollegen für deren fördernde Hinweise und kritische Begleitung, besonders Herrn Dr. Kühn. Dies gilt auch für die studentischen Mitarbeiter des oben genannten Arbeitsbereiches, die nicht unwesentliche Teilarbeiten erledigt haben. Nicht zuletzt gebührt mein Dank dem Kartographen Herrn Engel, der die Reinzeichnung der Karten und Abbildungen übernahm.

Rolf Betz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verzeichnis der Abbildungen	IX
Verzeichnis der Karten	IX
Verzeichnis der Übersichten	IX
Verzeichnis der Tabellen im Text	X
Verzeichnis der Tabellen im Anhang	XI
Zusammenfassung	XII
1. Einführung in die Problematik und Ziel der Arbeit	1
1.1 Defizit und Erkenntnisbedarf der Migrationsforschung im ländlichen Raum	1
1.2 Ziel der vorliegenden Untersuchung	2
2. Wanderungshintergrund: Veränderte demographische und ökonomische Rahmenbedingungen	4
2.1 Definition und Abgrenzung des peripheren ländlichen Raumes	4
2.2 Demographische Entwicklung	7
2.2.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung	7
2.2.2 Wanderungsbewegungen	10
2.3 Ökonomische Entwicklung	11
2.4 Versorgung mit privater und öffentlicher Infrastruktur	15
3. Zum aktuellen Stand der Wanderungstheorien	18
3.1 Definition und Systematik der Begriffe Mobilität und Wanderung	18
3.2 Makrotheoretische Ansätze	24
3.2.1 Distanztheorien	24
3.2.2 Push-pull-Theorien	26
3.2.3 Probabilistische Theorien	29
3.3 Mikrotheoretische Ansätze	30
3.3.1 Der Ansatz von WOLPERT	31
3.3.2 Der verhaltenstheoretische Ansatz von LANGENHEDER	32
3.3.3 Der theoretische Ansatz von HOFFMANN-NOWOTNY	33
3.3.4 Das entscheidungstheoretische Modell von VANBERG	35
3.4 Die Verbindung von makro- und mikrotheoretischen Ansätzen	37
3.5 Zum theoretischen Ansatz der vorliegenden Untersuchung	38
4. Wanderungsempirie: Beispielhafte Untersuchungen in drei niedersächsischen Nahbereichen	44
4.1 Methodisches Vorgehen	44
4.1.1 Auswertung der amtlichen Meldestatistik	44
4.1.2 Zusätzliche Daten durch Befragung von Abwanderern	46
4.2 Abgrenzung und Charakteristik der Untersuchungsgebiete	49
4.3 Empirische Ergebnisse zur Abwanderung aus peripheren ländlichen Räumen	58
4.3.1 Demographische und sozio-ökonomische Merkmale der abgewanderten Personen	61
4.3.1.1 Alter und Geschlecht	61
4.3.1.2 Familienstand	65
4.3.1.3 Haushaltgröße	67
4.3.1.4 Schulbildung	69
4.3.1.5 Berufliche Zugehörigkeit	71
4.3.1.6 Der Typus "Peripherer ländlicher Abwanderer"	73
4.3.2 Distanz und Richtung der Abwanderung	74

	Seite	
4.3.2.1	Intra- und interregionale Wanderungen	74
4.3.2.2	Zielorte und deren Zentralität	83
4.3.2.3	Hauptrichtungen ländlicher Abwanderung	96
4.3.3	Wanderungsmotive	97
4.3.3.1	Arbeitsplatzorientierung	98
4.3.3.2	Wohnungsorientierung	100
4.3.3.3	Infrastrukturelle Motive	102
4.3.3.4	Ausbildungsgründe	104
4.3.3.5	Familiäre Gründe	104
4.3.3.6	Primäre und sekundäre Wanderungsmotive	105
4.3.4	Wanderungsgründe in Abhängigkeit von demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen	111
4.3.5	Zusammenhang zwischen den Motiven und Wanderungsdistanz sowie aufgesuchtem Zielort	117
5.	Zusammenfassung und Bewertung der empirischen Ergebnisse - Planerische Schlußfolgerungen	120
6.	Anhang	127
6.1	Ergänzende Tabellen	127
6.2	Fragebogen	130
7.	Quellenverzeichnis	132

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite	
Abb. 1:	Entwicklung der Geburtenziffer im Bundesgebiet 1960-1984	9
Abb. 2:	Geburtenrückgang in ausgewählten Kreisen	9
Abb. 3:	Bevölkerungsentwicklung 1961-1982 in den Untersuchungsgebieten	56
Abb. 4:	Anteil der Altersgruppen bei Abwanderungen nach klassifizierten Orten und Ortsteilen in den Untersuchungsgebieten in v.H.	63
Abb. 5:	Wohndauer und Alter der Abwanderer in den Untersuchungsgebieten in v.H.	64
Abb. 6:	Abwanderungen nach Alter und Geschlecht in v.H.	65
Abb. 7:	Wanderungsdistanz nach Untersuchungsgebieten in v.H.	76
Abb. 8:	Wanderungsdistanz nach Gemeinden in v.H.	76
Abb. 9:	Wanderungsdistanz nach Altersgruppen in v.H.	80
Abb. 10:	Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen aus den Gemeinden im Nahbereich Soltau (Modellhafte Darstellung)	86
Abb. 11:	Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen aus den Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen (Modellhafte Darstellung)	88
Abb. 12:	Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen aus den Zentren, Nebenzentren und übrigen Ortsteilen der Untersuchungsgebiete in v.H.	90
Abb. 13:	Aufgesuchte Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Alter nach Untersuchungsgebieten in v.H.	92
Abb. 14:	Wanderungen nach Distanz und Zielorten nach Untersuchungsgebieten in v.H.	96
Abb. 15:	Wanderungsmotive nach Erst-, Zweit- und Drittnennungen	107
Abb. 16:	Hauptwanderungsmotive nach Altersklassen in v.H.	112
Abb. 17:	Hauptwanderungsmotive nach Alter und Geschlecht in v.H.	112
Abb. 18:	Zusammenhang zwischen Hauptwanderungsmotiv und zurückgelegter Distanz	118
Abb. 19:	Hauptwanderungsmotive in Abhängigkeit von klassifizierten und nicht klassifizierten Zielorten in v.H.	119

Verzeichnis der Karten

Karte 1:	Siedlungsstrukturelle Regionstypen	5
Karte 2:	Lage der Untersuchungsgebiete	50

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	Systematik der Mobilitätsbegriffe	19
Übersicht 2:	Zusammenhang zwischen Wohnungswechsel und Wechsel von Arbeitsplatz bzw. Beruf	23
Übersicht 3:	Das "Push-Pull"-Wanderungsmodell von LEE	27
Übersicht 4:	Allgemeines Entscheidungsmodell von Wanderungen nach BÄHR	39
Übersicht 5:	Mobilitätsniveaus der Lebensphasen und angepaßte Verlaufskurve der Mobilität	42

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite
Tab. 1: Indikatoren zur Arbeitsmarktsituation	13
Tab. 2: Indikatoren zur infrastrukturellen Versorgung	15
Tab. 3: Verteilung der Wohnbevölkerung auf Ortsteil-Größenklassen in den Untersuchungsgebieten am 31.12.1973	51
Tab. 4: Bevölkerungsdichte in den Untersuchungsgebieten 1970 bis 1982	55
Tab. 5: Bevölkerungsentwicklung 1961 bis 1982 der Gemeinden in den Untersuchungsgebieten	57
Tab. 6: Natürliche Bevölkerungsveränderung und Wanderungssalden 1973 bis 1977 und 1978 bis 1982 in den Untersuchungsgebieten	58
Tab. 7: Verteilung der Abwanderungen und Befragungen nach Untersuchungsgebieten	59
Tab. 8: Bevölkerungs- und Wanderungsanteil nach Untersuchungsgebieten	60
Tab. 9: Bevölkerungs- und Wanderungsanteil nach klassifizierten Orten und Ortsteilen nach Untersuchungsgebieten in v.H.	60
Tab. 10: Abwanderungen nach Altersgruppen und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	62
Tab. 11: Abwanderungen nach Geschlecht und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	64
Tab. 12: Abwanderungen nach Familienstand und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	66
Tab. 13: Abwanderungen nach Haushaltsgröße und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	68
Tab. 14: Alter der im Familienverband abwandernden Kinder in den Untersuchungsgebieten	68
Tab. 15: Befragte nach höchstrangigem Schulabschluß und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	70
Tab. 16: Abwanderer nach der Stellung im Erwerbsleben und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	72
Tab. 17: Erwerbstätige Befragte nach Berufsgruppen und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	73
Tab. 18: Zurückgelegte Distanz nach klassifizierten Orten und Ortsteilen in den Untersuchungsgebieten in v.H.	78
Tab. 19: Wanderungsdistanz von Erstwanderern und Mehrfachwanderern in den Untersuchungsgebieten in v.H.	79
Tab. 20: Die Zu- und Abwanderungsentfernungen von Mehrfachwanderern in den Untersuchungsgebieten in v.H.	79
Tab. 21: Wanderungsdistanz nach Familienstand in den Untersuchungsgebieten in v.H.	81
Tab. 22: Wanderungsdistanz nach Haushaltsgröße in den Untersuchungsgebieten in v.H.	82
Tab. 23: Wanderungsdistanz nach Bildungsniveau in den Untersuchungsgebieten in v.H.	83
Tab. 24: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen und nach Untersuchungsgebieten in v.H.	85
Tab. 25: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen von Erstwanderern und Mehrfachwanderern nach Untersuchungsgebieten in v.H.	91
Tab. 26: Zielorte und Herkunftsorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen von Mehrfachwanderern in den Untersuchungsgebieten in v.H.	91
Tab. 27: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Geschlecht nach Untersuchungsgebieten in v.H.	93
Tab. 28: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Bildungsniveau nach Untersuchungsgebieten in v.H.	95
Tab. 29: Wanderungsmotive nach ungewichteten Häufigkeiten	98
Tab. 30: Berufsorientierte Abwanderungsgründe	99

	Seite
Tab. 31: Wohnungsorientierte Gründe der Abwanderung	101
Tab. 32: Infrastrukturelle Motive der Abwanderung	102
Tab. 33: Die Bedeutung der Infrastruktur als Wanderungsgrund nach Untersuchungsgebieten	103
Tab. 34: Ausbildungsorientierte Gründe der Abwanderung	104
Tab. 35: Wanderungsmotive nach Erst- und Zweitnennungen	107
Tab. 36: Die Rangordnung der Einzelmotive nach Erstnennungen	109
Tab. 37: Die Rangordnung der Einzelmotive nach Zweitnennungen	109
Tab. 38: Wanderungsgründe nach Familienstand in v.H.	114
Tab. 39: Wanderungsgründe nach Haushaltsgröße in v.H.	115
Tab. 40: Wanderungsgründe nach Bildungsniveau in v.H.	116

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

Tab. 41: Abwanderungen nach Altersgruppen in den Gemeindehauptorten und Ortsteilen	127
Tab. 42: Abwanderer nach Haushaltsgröße und nach klassifizierten Orten und Ortsteilen in den Untersuchungsgebieten in v.H.	127
Tab. 43: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Familienstand nach Untersuchungsgebieten in v.H.	128
Tab. 44: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße nach Untersuchungsgebieten in v.H.	128
Tab. 45: Die Rangordnung der Einzelmotive nach Mehrfachnennungen	129
Tab. 46: Wanderungsgründe nach Geschlecht in v.H.	129

Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung analysiert Abwanderungsbewegungen in zwei Untersuchungsgebieten des strukturschwachen ländlichen Raumes im nordöstlichen Niedersachsen während eines fünfjährigen Zeitraums. Damit soll ein Beitrag zum Abbau des Defizits der empirischen Migrationsforschung im ländlichen Raum geleistet werden.

Seit Beginn der Industrialisierung sind Abwanderungen aus dem ländlichen Raum in die Städte, die wirtschaftlichen Zentren, zu verzeichnen. Deren Analyse brachte für die Migrationsforschung die ersten Wanderungsgesetze hervor. Die Speisung des städtischen Wachstums durch die Abwanderer aus den ländlichen Regionen war gleichsam ein "Naturgesetz", bei dem auch der ländliche Raum keine Nachteile zu verzeichnen hatte, denn die Abwanderungsverluste wurden durch hohe Geburtenraten stets überkompensiert. Erst der in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre einsetzende Rückgang der Geburtenziffern, der seit 1972 in fast allen Teilräumen zu einem Bevölkerungsverlust führt, läßt eine andere Sichtweise entstehen, gehört doch der ländliche Raum zu den Hauptleidtragenden dieser Entwicklung. Die sich gleichzeitig verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen - erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg größere rezessive Erscheinungen, hohe Arbeitslosigkeit und strukturelle Probleme - tragen zu einer Verschärfung der Situation bei.

Der dargestellte Problemaufriß führt zu folgendem Aufbau: Nach einer Abgrenzung und Definition des peripheren ländlichen Raumes werden die Auswirkungen veränderter ökonomischer und demographischer Rahmenbedingungen auf die unterschiedlichen Teilräume der Bundesrepublik Deutschland analysiert, dies unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im peripheren ländlichen Raum.

Im Anschluß daran erfolgt zunächst eine Bestimmung und Einordnung der Begriffe Wanderung und Mobilität. Danach werden ausgewählte theoretische Ansätze aus der Migrationsforschung vorgestellt und diskutiert. Aus methodischen Gründen erfolgt eine Differenzierung in makro- bzw. systemtheoretische und mikro- bzw. individualtheoretische Ansätze.

Die vorliegende Untersuchung greift die Prinzipien der individualtheoretischen Forschungsrichtung auf - betrachtet Wanderungen als Ergebnis eines individuellen Entscheidungsprozesses - und leitet daraus einen empirischen Ansatz ab.

Danach erfolgt eine Wanderung dann, wenn die Befriedigung der Daseinsgrundfunktionen am alten Wohnort partiell nicht mehr möglich ist. Abgesehen von der Reduktion des Anspruchsniveaus, die als Lösungsstrategie nicht betrachtet wird, sind grundsätzlich zwei Reaktionen denkbar:

- Intraregionale Wanderungen, bei denen die Migranten das räumliche Aktivitätsmuster größtenteils beibehalten. Als auslösender Faktor ist die Unzufriedenheit mit der Wohnung bzw. dem Wohnumfeld anzusehen.
- Interregionale Wanderungen erfolgen, wenn eine Wohnortverlagerung innerhalb der Region als Lösungsstrategie ausfällt. Solchen Wanderungen liegen Faktoren aus den Daseinsgrundfunktionen Arbeiten, Ausbildung, Versorgung oder Freizeit zugrunde. Mit ihnen geht eine Änderung des Aktionsraumes einher.

Wanderungsintensität und -anlaß variieren je nach individueller Stellung im Lebenszyklus.

Dem Kernstück der Untersuchung, der induktiv-empirischen Analyse der Abwanderungsvorgänge, werden zunächst die beiden methodischen "Bausteine" vorangestellt:

- Totalerfassung sämtlicher Abwanderungsvorgänge aus sechs niedersächsischen Gemeinden im Zeitraum 1978 bis 1982 auf der Grundlage der Abmeldeformulare der jeweiligen Kommunen in den Untersuchungsgebieten.

- Zusätzliche Befragung von Abwanderern im Jahr 1982 zur Erforschung der Wanderungsmotive. Der entsprechende Fragebogen befindet sich im Anhang.

Bei den beiden Untersuchungsgebieten handelt es sich um den Nahbereich Soltau (1982: 31 900 Einwohner) und die beiden benachbarten Nahbereiche Hankensbüttel und Wittingen (1982: 20 000 Einwohner).

Der NB Soltau setzt sich aus vier Einheitsgemeinden mit einem Mittelzentrum (Soltau) und drei zugeordneten Nebenzentren zusammen. Demgegenüber bestehen die beiden anderen Nahbereiche jeweils nur aus einer Gemeinde, wobei Wittingen als Mittelzentrum und Hankensbüttel als Grundzentrum ausgewiesen sind. Beide Untersuchungsgebiete befinden sich in peripherer Lage zu Oberzentren, zeichnen sich durch stetige Bevölkerungsabnahme bei geringer Bevölkerungsdichte aus. Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist das quantitativ und qualitativ unzureichende Arbeitsplatzangebot.

Abweichungen ergeben sich bei der Verkehrslage und der Siedlungsstruktur. Der NB Soltau verfügt über eine relativ bessere überregionale Verkehrsanbindung und eine stärker ausgeprägte zentralörtliche Struktur mit einem voll ausgestatteten Mittelzentrum, während das andere Untersuchungsgebiet mit einem durch partielle Mängel charakterisierten Mittelzentrum eine eher disperse Siedlungsstruktur aufweist.

Insgesamt werden nahezu 5 500 Wanderungsfälle innerhalb des Untersuchungszeitraumes registriert, die sich in etwa proportional zur Einwohnerzahl auf die beiden Untersuchungsgebiete verteilen. Etwas über 3 500 Wanderungen im NB Soltau stehen etwas weniger als 2 000 Fälle im anderen Untersuchungsgebiet gegenüber.

Die wesentlichen Untersuchungsergebnisse der differenzierten Analyse werden im folgenden dargestellt:

Über zwei Drittel aller Wanderer sind weniger als 35 Jahre alt, wobei die 20- bis 24jährigen insgesamt die größte Teilgruppe repräsentieren. In dieser Altersklasse wandern mehr Frauen als Männer, während ansonsten das Verhältnis umgekehrt ist. Generell ist mit steigendem Alter ein Absinken der Wanderungsintensität verbunden, lediglich die über 65jährigen bilden diesbezüglich eine Ausnahme (Altersruhesitz-Wanderungen). Die ganz jungen Migranten stammen überwiegend aus den kleinen Ortsteilen des Nahbereiches.

Der Anteil an ledigen Personen und Einpersonenhaushalten ist aufgrund der Interkorrelation mit dem Alter überdurchschnittlich hoch, zeigt aber auch im Vergleich zu anderen Studien deutliche Abweichungen.

Die hohe Partizipation von Personen mit weiterführendem Schulabschluß und/oder einer höheren beruflichen Qualifikation weist nicht nur auf eine altersspezifische sondern auch auf eine sozio-ökonomische Selektion hin.

Die Analyse der zurückgelegten Distanzen und der Wohnorte läßt signifikante Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsgebieten deutlich werden.

Im NB Soltau dominieren Nahwanderungen (bis 20 km), die insbesondere von den Bewohnern aus den Gemeinden des Nahbereiches (ohne Soltau) vorgenommen werden. Als neue Wohnorte werden in erster Linie "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" gewählt: das MZ Soltau sowie die - gemessen an der Einwohnerzahl - etwa gleich großen Orte Munster und Schneverdingen.

Während Fernwanderungen (über 100 km) in diesem Untersuchungsgebiet eine vergleichsweise geringe Bedeutung besitzen, werden mittlere Distanzen (21-100 km) häufiger zurückgelegt. Speziell die in der 51-100 km-Zone liegenden Verdichtungsräume Hamburg und Hannover beeinflussen als attraktive Zielorte die Ergebnisstruktur.

Insgesamt bewirken die mehr intraregional orientierten Wanderungsbewegungen in diesem Untersuchungsgebiet eine kleinräumige Bevölkerungsverteilung innerhalb einer 20 km-Zone mit einer Konzentration auf die dortigen zentralen Orte.

Im anderen Untersuchungsgebiet - in extrem peripherer Lage - werden insgesamt größere Entfernungen zurückgelegt, und es werden andere Zielorte präferiert. Nahwanderungen spielen dort so gut wie keine Rolle, vielmehr befinden sich die neuen Wohnstandorte überwiegend innerhalb der 21-50 km-Zone, wobei insbesondere die dort liegenden MZ Wolfsburg, Gifhorn und Celle aufgesucht werden.

Im Vergleich zum anderen Untersuchungsgebiet besitzen Fernwanderungen hier eine größere Bedeutung. Diese sind verdichtungsraumorientiert - als Ziele sind Hannover, Berlin und der Verdichtungsraum an Rhein und Ruhr von Relevanz. Währenddessen spielt das eigentliche Oberzentrum der Region Braunschweig eine nachrangige Rolle bei der Wohnortwahl.

Die Wanderungsbewegungen in diesem Raumtyp lassen sich insgesamt als Wegzug von der Peripherie der Peripherie bezeichnen.

Als Ergebnis läßt sich festhalten: Richtung und Distanz der Abwanderungen werden in starkem Maße von der siedlungsstrukturellen Situation in den Untersuchungsgebieten bestimmt. Überdies besteht eine Abhängigkeit von demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen. Migranten unter 30 Jahren nehmen überwiegend Nahwanderungen vor - sie verbleiben somit innerhalb des peripheren ländlichen Raumes. Diese Gruppe setzt sich zu einem großen Teil aus Erstwanderern zusammen, die dazu neigen, kurze Distanzen zu präferieren und sich dort in den umliegenden zentralen Orten niederzulassen. Mit zunehmendem Alter ändert sich hingegen die Präferenzstruktur, indem kleinräumige Wanderungen zugunsten von Fernwanderungen an Bedeutung verlieren.

Im übrigen sind Frauen bei ihrer Wanderungsentscheidung eher zentrenorientiert als Männer - sie wählen häufiger höherrangige zentrale Orte als neuen Wohnort.

Ein ähnliches Verhalten zeigen Migranten mit höherem Schulabschluß (Abitur, Hochschul-/Fachhochschulabschluß). Diese verlassen überwiegend den peripheren ländlichen Raum und wandern in hochrangige Zentren ab, wohingegen die Hauptschulabsolventen in erster Linie Nahwanderungen vornehmen und die entsprechenden Zielorte wählen.

Auslösende Faktoren für eine Wanderung sind vornehmlich Motive aus dem beruflichen und familiären Bereich - dies trifft sowohl für die ungewichteten als auch für die gewichteten Häufigkeiten zu. Demgegenüber verfügen Faktoren, die die Wohnung bzw. das Wohnumfeld betreffen, sowie ausbildungsorientierte Gründe eine relativ geringe Bedeutung. Gleichwohl sind diese für bestimmte Gruppen besonders wichtig, denn Nahwanderungen werden z.B. in starkem Maße von wohnungsorientierten Gründen determiniert, und ausbildungsorientierte Gründe sind für junge Migranten - besonders mit höherem Schulabschluß - ein wichtiger Wanderungsanlaß.

Als nahezu bedeutungslos für eine Wanderungsentscheidung können Motive aus dem Infrastrukturbereich angesehen werden. Als zweit- oder drittwichtigster Wanderungsgrund vermögen sie beim Vorliegen anderer Motive den Entschluß zur Abwanderung zu beschleunigen.

Bei über einem Drittel aller Wanderungsvorgänge sind berufliche Gründe der entscheidende Wanderungsanlaß. Deren überragende Bedeutung wird durch eine ebenfalls sehr hohe Quote bei den Sekundärmotiven bestätigt. Als Einzelmotiv ist ein Arbeitsplatzwechsel häufiger als auslösender Faktor für einen Wohnortwechsel genannt worden als ein beruflicher Aufstieg.

Insgesondere die Wanderungsentscheidung der 25- bis 49jährigen sowie derjenigen mit höherer Schulbildung ist auf berufsorientierte Motive zurückzuführen.

Überdies werden besonders Wanderungen über mittlere Distanzen aber auch Fernwanderungen vornehmlich aus beruflichen Motiven vorgenommen. Ebenso erfolgt die Wahl von Mittelzentren und

Verdichtungsräumen/Oberzentren aus den gleichen Gründen. Familiäre Gründe nennen etwa 30 v.H. aller Migranten als Wanderungsanlaß. Die Dominanz dieses Faktors bei den unter 25jährigen und über 50jährigen läßt dessen Abhängigkeit von der Stellung im Lebenszyklus erkennen. Insgesamt wandern mehr Frauen als Männer aus familiären Gründen.

Aus den vorstehenden Befunden lassen sich zusammenfassend folgende Tendenzen ableiten:

- Ungefähr die Hälfte aller erfaßten Migranten verläßt den peripheren ländlichen Raum.
- Diese Wanderungen sind primär auf berufliche Motive zurückzuführen.
- Die Wanderungsintensität ist abhängig vom Alter und dem Bildungsniveau. Selektionswirkungen sind die Folge.

Dieser Problemkreis und die prognostizierten Entwicklungen im demographischen und ökonomischen Bereich - Zunahme des Erwerbspotentials bei gleichzeitiger Verringerung oder Stagnation des Arbeitsplatzangebots - stellen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des peripheren ländlichen Raumes dar. Zur Reduzierung der vorprogrammierten Abwanderungen wird eine Strategie der endogenen Entwicklung vorgeschlagen, die auf eine optimale Ausnutzung vorhandener regionaler Ressourcen zielt. Diesbezügliche Maßnahmen im ökonomischen und infrastrukturellen Sektor werden abschließend erörtert, z.B. Technologietransfer, Informationsvermittlung, Fortbildungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifikation bzw. Mobilisierung der materiellen und personellen Infrastruktur. Eine besondere Bedeutung aber kommt der Flexibilisierung der institutionellen Infrastruktur zu (feststehende Lehrer/Schüler-Relationen, Zügigkeit von Schulen u.ä.).

1. Einführung in die Problematik und Ziel der Arbeit

1.1 Defizit und Erkenntnisbedarf der Migrationsforschung im ländlichen Raum

Abwanderungen aus dem ländlichen Raum sind keine neuartige Erscheinung. Seit Beginn der Industrialisierung sind solche Prozesse, die zu einer tiefgreifenden Veränderung der Siedlungsstruktur und Gesellschaft geführt haben, sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Industrieländern zu beobachten. Lebten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch ungefähr vier Fünftel der Bevölkerung auf dem Lande, ist dieser Anteil im Laufe der Zeit immer weiter zurückgegangen. Mittlerweile ist in der Bundesrepublik Deutschland nahezu die Hälfte der Einwohner auf ungefähr 15 v.H. der Fläche konzentriert.¹

Hinter diesen globalen Zahlen verbirgt sich die Veränderung von einer Agrargesellschaft zu einer Industriegesellschaft und im weiteren evolutionären Prozeß zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Dabei besteht zwischen Industrialisierung und regionaler Mobilität eine Wechselwirksamkeit, die "sich im heutigen Stadium der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft unvermindert fortsetzt"².

Bereits in den ersten Untersuchungen innerhalb der Migrationsforschung wird festgestellt, daß mit zunehmender Einwohnerzahl und dem damit verbundenen Ausstattungsgrad an Arbeitsplätzen, Wohnungen, Ausbildungs- und Einkaufsstätten die Attraktivität eines Ortes steigt und Zuwanderungen induziert werden³. Dies führt zu einem kumulativen Prozeß: "Wanderung wird durch Wanderung verstärkt"⁴.

Trotz der anhaltenden Abwanderung aus dem ländlichen Raum - bereits im Raumordnungsbericht 1974 werden 70 v.H. der Fläche des Bundesgebiets als Abwanderungsgebiete bezeichnet⁵ - haben diese Migrationsprozesse bisher kaum Berücksichtigung in empirischen Studien gefunden⁶. Dies mag mit einer Verlagerung der räumlichen Problemfelder zusammenhängen, denn im ländlichen Raum hat sich während der Prosperitätsphase in der zweiten Hälfte der 60er bis Mitte der 70er Jahre eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen ergeben. Die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze aufgrund verschiedener Industrieansiedlungsmaßnahmen und die gleichzeitige Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung wie z.B. der Ausbau des Bildungswesens haben maßgeblich dazu beigetragen. Die raumordnerische Fragestellung und Diskussion hat sich infolge dieser Entwicklung schwerpunktmäßig zugunsten der Verdichtungsräume verschoben, zumal in dieser Raumkategorie erhebliche strukturelle Probleme auftraten.

Die Migrationsforschung konzentrierte sich auf die enormen Wanderungsverluste der Kernstädte in das angrenzende Umland, den Suburbanisierungsprozeß und seine Folgen. Negative Wanderungsbilanzen gegenüber dem Umland in der Höhe von 145 000 Einwohnern in Hamburg oder 125 000 Einwohnern in München zwischen 1966 und 1976 mögen Problem und Ausmaß dieses Prozesses verdeutlichen⁷. Demgegenüber scheinen die Wanderungsverluste im peripheren ländlichen Raum quantitativ von geringer Bedeutung. Indessen stellen sie wegen der gleichzeitig einhergehenden natürlichen Bevölkerungsentwicklung durchaus eine gewichtige Größe dar. Dies trifft in besonderem Maße auf solche ländliche Regionen bzw. Teilräume zu, die schon immer eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen. Dort können sich aufgrund der demographischen Entwicklung mittelfristig Versorgungsprobleme im Bereich der Infrastruktur ergeben.

¹ Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 15 (Tabelle 0.1).

² DOBBERKAU 1980, S. 4.

³ RAVENSTEIN 1885.

⁴ LEE 1972, S. 124.

⁵ RAUMORDNUNGSBERICHT 1974, S. 72.

⁶ Abgesehen von Gutachten, die im Auftrag des Bundesministers des Inneren nach Verabschiedung des Raumordnungsgesetzes von PROGNOSE (= WIETING/ HÜBSCHLE 1968) und METRA DIVO (= STÖCKMANN 1971) durchgeführt wurden, und einer Studie von BATTELLE 1969 im Zonenrandgebiet, sind die erst in letzter Zeit entstandenen Dissertationen von GENOSKO 1978 und DOBBERKAU 1980 zu nennen.

⁷ Vgl. HEUER/SCHÄFER 1978, S. 18.

Die Vernachlässigung des ländlichen Raums innerhalb der empirischen Migrationsforschung führt deshalb zu der Forderung von DOBBERKAU, "ein umfassendes integriertes Gesamtmosaik aller empirisch erfaßbaren Wanderungsvorgänge" zu erarbeiten⁸, um Fortschritte in der theoretischen und empirischen Wanderungsforschung zu erzielen. "Die Notwendigkeit weiterer intensiver Erforschung der Motive und der Rahmenbedingungen für Wanderungen" kommt auch in der Stellungnahme der Ministerkonferenz für Raumordnung von 1979 zu den Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs zum Ausdruck⁹. Dazu ist eine genügend große Anzahl gezielter Untersuchungen unter unterschiedlichsten räumlichen Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen notwendig.

1.2 Ziel der vorliegenden Untersuchung

Unter dem Eindruck veränderter Rahmenbedingungen wie geringes wirtschaftliches Wachstum, stark gesunkene Geburtenzahlen, die erstmals zu einem Bevölkerungsrückgang in nahezu allen Teilräumen geführt haben - für den peripheren ländlichen Raum wird sogar eine "Bevölkerungsimplosion" vorhergesagt¹⁰ - sind Mitte der siebziger Jahre neue Konzepte der Raumentwicklung entstanden, wie z.B. die räumlich-funktionale Aufgabenteilung zwischen verdichteten und ländlichen Regionen¹¹. Diese sieht eine Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten hauptsächlich in den Verdichtungsräumen vor, während ländliche Regionen überwiegend ökologische Ausgleichsfunktionen für die übrigen Gebiete ausüben sollen¹². Seitens der Raumordnungspolitik ist dieser Vorschlag abgelehnt worden, weil bei dessen Umsetzung das raumordnerische Postulat "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilregionen" nicht gewährleistet ist.

Gleichwohl hat diese Diskussion die Problemfelder des ländlichen Raums wieder beleuchtet. Hierbei wird evident, daß dieser Raum "zu den von Wissenschaft und Politik mit am wenigsten systematisch erkundeten Problemfeldern gehört"¹³ und "empirische Analysen über die Entwicklungsverläufe in einzelnen Teilräumen oder Regionen weitgehend fehlen"¹⁴.

Die vorliegende Studie soll zum einen einen Beitrag zum Abbau des bestehenden Forschungsdefizits im peripheren ländlichen Raum leisten; zum anderen ist beabsichtigt, ein bisher vernachlässigtes Feld der Migrationsforschung, die Land-Stadt-Wanderungen einerseits und die kleinräumigen oder intraruralen Wanderungen andererseits, mit neuen Erkenntnissen anzureichern, indem exemplarisch Abwanderungsvorgänge in der genannten Raumkategorie empirisch erfaßt werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer und demographischer Rahmenbedingungen, auf die im folgenden Kapitel eingegangen wird.

Da der Schwerpunkt der Untersuchung im Bereich der empirischen Forschung liegt, treten die theoretischen und methodischen Probleme der Wanderungsforschung etwas in den Hintergrund. Gleichwohl werden die wesentlichen Forschungsansätze auf der Makro- und Mikroebene vorgestellt und diskutiert und hieraus der eigene empirische Ansatz abgeleitet.

Um der im Schrifttum geäußerten Forderung einer "Vielzahl raumspezifischer Fallstudien" nachzukommen¹⁵, werden die Wanderungsprozesse in zwei unterschiedlich strukturierten Untersuchungsgebieten analysiert, die einen bzw. zwei Nahbereiche umfassen. Es soll anhand der voneinander abweichenden Typen untersucht werden, ob und inwieweit die raum- und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten der unterschiedlichen Typen die Abwanderungen in ihrer Intensität, Richtung sowie in ihrer Zusammensetzung nach demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen determinieren.

⁸ DOBBERKAU 1980, S. 59.

⁹ MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/3, S. 34.

¹⁰ Vgl. JOST 1975, S. 38 ff.

¹¹ Vgl. KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL 1977.

¹² TÜRKE 1985/1, S. 254.

¹³ GEWOS 1979, S. 7.

¹⁴ SELKE 1982/1, S. 45.

¹⁵ DOBBERKAU 1980, S. 231.

Ferner soll die Untersuchung einen Beitrag zur Wanderungsmotivforschung leisten, indem die objektiven Daten - die strukturellen Merkmale der Migranten - durch subjektive Angaben über die Wanderungsgründe ergänzt werden.

Die Untersuchung beschränkt sich nicht auf die reine Analyse und Interpretation der Wanderungsdaten, sondern stellt die gewonnenen empirischen Ergebnisse denen anderer Untersuchungen gegenüber und diskutiert sie. Damit soll ein Beitrag zur Realisierung des bereits erwähnten Ziels geleistet werden, ein umfassendes, möglichst transparentes Gesamtmosaik des Wanderungsgeschehens in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen.

2. Wanderungshintergrund: Veränderte demographische und ökonomische Rahmenbedingungen

Bevor einzelne ausgewählte Ansätze aus dem Bereich der theoretischen Migrationsforschung vorgestellt werden, sollen die gegenüber den sechziger Jahren veränderten demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und deren Einfluß auf die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt werden.

Doch zunächst führt der Forschungsgegenstand - Wanderungsbewegungen im peripheren ländlichen Raum - zur Frage der Abgrenzung und Definition dieser Raumkategorie.

2.1 Definition und Abgrenzung des peripheren ländlichen Raumes

Ländliche Gebiete im Sinne des Raumordnungsgesetzes von 1965 (§ 2 Abs. 1,5) sind bis dato nicht "positiv" abgegrenzt worden. Offizielle Definitionen und Abgrenzungen behandeln den ländlichen Raum stets als Restgröße, als Residuum.

Bereits im Bundesraumordnungsprogramm von 1975 wird auf die fehlende Abgrenzung ländlicher Gebiete hingewiesen. Der dann folgende Vorschlag trägt jedoch ebenfalls Züge einer Negativabgrenzung: "Sie (die ländlichen Gebiete - d.V.) erstrecken sich auf Gebiete außerhalb der Verdichtungsräume sowie auf Gebiete außerhalb sonstiger verdichteter Räume"¹.

Eine raumordnerische Festlegung des ländlichen Raumes analog zu den von der Ministerkonferenz für Raumordnung gemeindeförmig abgegrenzten 24 Verdichtungsräumen existiert somit nicht.

Im Gefolge der Erweiterung des Verdichtungsraumkonzepts um die angrenzenden Gebiete, die beide zusammen als Ordnungsraum bezeichnet werden, kommt es zu einer weiteren Negativabgrenzung durch die Ministerkonferenz für Raumordnung in ihrer EntschlieÙung zum ländlichen Raum aus dem Jahre 1979: "Ländlicher Raum im Sinne dieser EntschlieÙung ist das Bundesgebiet mit Ausnahme der in der EntschlieÙung der Ministerkonferenz für Raumordnung zur Gestaltung der Ordnungsräume (Verdichtungsräume und ihre Randgebiete) vom 31.10.77 angesprochenen Räume"². Die in dieser EntschlieÙung im weiteren vorgenommene Unterteilung des ländlichen Raums in "überwiegend günstig strukturierte Gebiete" und "überwiegend schwach strukturierte Gebiete"³ stellt den beachtenswerten Versuch dar, die per definitionem vorhandene Restgröße "ländlicher Raum" zu differenzieren. Aber eine flächendeckende Abgrenzung anhand der (unten genannten) Charakteristika wird nicht vorgenommen, so daß es keinen flächendeckenden Raster mit den Kategorien Verdichtungsraum, Ordnungsraum, "ländlicher Raum mit günstiger Struktur" und "ländlicher Raum mit ungünstiger Struktur" gibt.

Von seiten der planungsorientierten Wissenschaft liegen ebenfalls zahlreiche Versuche für eine Typisierung und Raumgliederung vor, speziell um den ländlichen Raum abzugrenzen⁴. Alle diese einzelnen Abgrenzungsvorschläge basieren auf unterschiedlichen Indikatoren wie Bevölkerungsdichte, Agrarquote, Gemeindegröße, Industriebesatz oder Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung und auf subjektiv gebildeten Schwellenwerten⁵.

¹ RAUMORDNUNGSPROGRAMM 1975, S. 5.

² MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/1, S. 11.

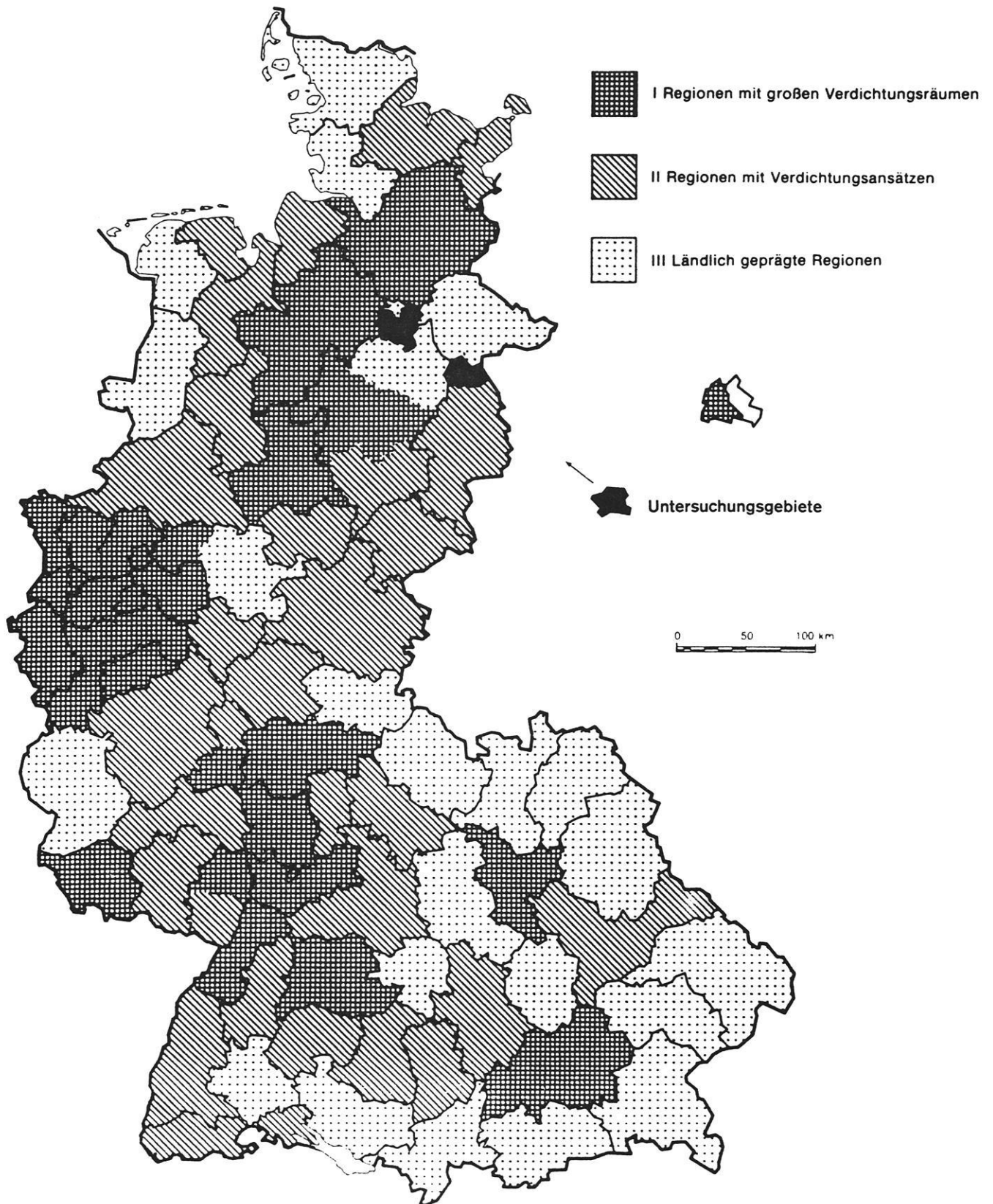
³ Diese werden wie folgt charakterisiert:

- "Überwiegend günstig strukturierte Gebiete" weisen leistungsfähige zentrale Orte, eine ausreichende Ausstattung mit Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen bei genügender Bevölkerungsdichte auf. Sie besitzen Standortvorteile aufgrund ihrer Nähe zu Ordnungsräumen.
- "Überwiegend schwach strukturierte Gebiete" sind wegen der peripheren Lage, niedriger Bevölkerungsdichte und einer ungünstigen Wirtschaftsstruktur in ihrer Entwicklung benachteiligt. - Vgl. MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/1, S. 11.

⁴ Vgl. z.B. die ausführliche Beschreibung und Charakteristik von MEYER 1970, Sp. 1802 f. für die Raumforschung und von ELSASSER 1977, S. 64 ff. für die Geographie.

⁵ Vgl. dazu die anschauliche Synopse bei SPITZER 1985, S. 82 f.

Karte 1: Siedlungsstrukturelle Regionstypen (Grundtypen)



Quelle: Laufende Raubeobachtung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Das Ergebnis dieser an Dichte- und Größenkriterien orientierten Bemühungen besteht aus einer Vielzahl von Abgrenzungsverfahren mit unterschiedlich schwankenden Bevölkerungs- und Gebietsanteilen.

Bei einer anderen methodischen Vorgehensweise werden um die Kernstädte von Verdichtungsräumen und/oder Stadtregionen Kreise geschlagen⁶ bzw. Fahrzeiten aus den Kreisen in die Kernstädte ermittelt⁷.

Obwohl die verschiedenen Abgrenzungsvorschläge letztendlich unbefriedigend bleiben, weil sie die strukturelle und funktionelle Heterogenität des ländlichen Raumes nicht berücksichtigen, kann dennoch ein "harter Kern" ermittelt werden, der zum ländlichen Raum zu zählen ist: Im norddeutschen Tiefland Teile Schleswig-Holsteins, insbesondere die Westküste, Emsland und Lüneburger Heide sowie im Bereich der Mittelgebirge Eifel, Westerwald, Rhön und Vogelsberg, ergänzt um große Teile des bayerischen Zonenrandgebiets.

Im Rahmen der "Laufenden Raumbbeobachtung" hat die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung eine flächendeckende Typisierung nach der Siedlungsstruktur vorgenommen mit den Kategorien große Verdichtungsräume, Regionen mit Verdichtungsansätzen und ländlich geprägte Regionen. Die siedlungsstrukturelle Typisierung erfolgt nach den Merkmalen Verdichtung (Einwohner je km²) und Zentralität (Einwohner im größten Oberzentrum), wobei als räumliche Einheiten die 88 Raumordnungsregionen einschließlich ihrer Teilregionen gewählt werden, die sich weitgehend mit den oberzentralen Einzugsbereichen decken.

Danach zählt flächenmäßig etwa ein Drittel des Bundesgebietes zu den ländlich geprägten Regionen mit einer Bevölkerungsdichte von um 100 Einwohner pro km² und ohne Oberzentrum mit über 100 000 Einwohnern. Der Bevölkerungsanteil beträgt 16 v.H., was einer Einwohnerzahl von fast 10 Millionen entspricht⁸.

Außer den bereits vorher erwähnten Regionen weist Karte 1 das Sauerland nebst Soester Börde, Westmittelfranken sowie Teile der Schwäbischen und der Fränkischen Alb als ländlichen Raum aus. Hinzu kommt das Alpenvorland. Dieses wird unter Berücksichtigung struktureller Indikatoren wie Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote und Wanderungssaldo als ländlich geprägte Region mit "günstiger Struktur" bezeichnet, während alle anderen Regionen eine "ungünstige Struktur" aufweisen⁹.

Bei einer weiteren Differenzierung auf Kreisbasis wird neben dem peripheren ländlichen Raum - in der Karte 1 als "ländlich geprägte Region" bezeichnet - noch der verdichtungsnahe ländliche Raum der "Regionen mit großen Verdichtungsräumen" und der "Regionen mit Verdichtungsansätzen" abgegrenzt¹⁰. Bei zusätzlicher Berücksichtigung dieser Kategorie, dem suburbanen ländlichen Raum, umfaßt der ländliche Raum insgesamt eine Fläche von 84 v.H. bei einer Einwohnerzahl von 29 Millionen¹¹.

Somit lassen sich letztendlich drei Typen ländlicher Räume unterscheiden, die unterschiedlich strukturiert sind und jeweils ihre eigenen spezifischen Probleme aufweisen¹²:

- Ländliche Räume am Rande von Verdichtungsräumen
- Ländliche Räume mit einem leistungsfähigen Oberzentrum
- Periphere ländliche Räume ohne hochrangige zentrale Orte.

⁶ Siehe die Vorschläge von BOUSTEDT 1975, S. 376 und UHLMANN 1978, S. 107 ff.

⁷ BARTELS 1975, Karten 1-5.

⁸ Vgl. Laufende Raumbbeobachtung 1981, S. 856.

⁹ Vgl. Laufende Raumbbeobachtung 1981, S. 858.

¹⁰ Vgl. Laufende Raumbbeobachtung 1981, S. 860.

¹¹ ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 3, S. 2.

¹² ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 1, S. 1.

Periphere ländliche Räume können wie folgt charakterisiert werden:

Sie zeichnen sich durch eine niedrige Bevölkerungsdichte und disperse Siedlungsstruktur aus, und ihr zentrales Problem bilden der quantitative und qualitative Mangel an Arbeitsplätzen sowie die geringen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Ferner existieren Schwierigkeiten bei der Versorgung mit haushaltsnaher technischer und sozialer Infrastruktur aufgrund der dispersen Siedlungsstruktur.

Die im Rahmen der Laufenden Raumbenutzung vorgenommene siedlungsstrukturelle Typisierung trägt zu einer Vereinheitlichung der bisherigen Abgrenzungsvielfalt bei. Allerdings werden bei einer auf Raumordnungsregionen basierenden Typisierung andere räumliche Bausteine verwendet als bei der von der Ministerkonferenz für Raumordnung vorgegebenen Unterscheidung in Verdichtungsräume, Ordnungsräume und die Residualgröße ländlicher Raum.

Speziell die Einteilung des peripheren ländlichen Raums wird als zu grob bezeichnet¹³, denn die nach dem Homogenitätsprinzip abgegrenzten Regionen zeigen wegen des Nivellierungseffekts keine intraregionalen Differenzierungen auf, wie kleinere Verdichtungen einerseits (z.B. Lüneburg, Hof, Fulda sowie die Universitätsstädte Bamberg, Bayreuth, Passau und Trier) und die Peripherie der Peripherie andererseits.

Häufig werden aber auch Teile des peripheren ländlichen Raums "Regionen mit Verdichtungsansätzen" zugeordnet, wie dies auch für einen der beiden in dieser Untersuchung gewählten Räume zutrifft¹⁴. Obwohl dieses Untersuchungsgebiet nahezu die klassischen Merkmalsausprägungen des peripheren ländlichen Raums aufweist, wie in Kap. 4.2 noch zu zeigen sein wird, wird es als Bestandteil der Region Braunschweig innerhalb einer "Region mit Verdichtungsansätzen" ausgewiesen.

Daraus wird deutlich, daß der Raster der Raumordnungsregionen und in vielen Fällen auch der der Kreise - speziell nach der Maßstabsvergrößerung durch die Gebietsreform - bei kleinräumig angelegten Untersuchungen zu grobmaschig ist und darauf basierende Typisierungen oftmals der Realität nicht gerecht werden. Zur Erfassung regionaler Besonderheiten bei der Abgrenzung des ländlichen Raums wird stattdessen vorgeschlagen, den Mittelbereich als Analyseeinheit zu wählen.

2.2 Demographische Entwicklung

2.2.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Der ländliche Raum kann als traditionelles Abwanderungsgebiet bezeichnet werden. Er hat das Wachstum der großen Städte gespeist. Trotz permanenter Wanderungsverluste ist in den ländlichen Regionen dennoch stets ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen gewesen. Der Grund liegt in der hohen Geburtenhäufigkeit der dortigen Bevölkerung, die seit alters her zu beobachten ist. Negative Wanderungssalden wurden also durch eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung kompensiert bzw. überkompensiert.

Seit 1965 jedoch ist ein stetiger Rückgang der Geburten zu registrieren¹⁵, während die Zahl der Sterbefälle in etwa konstant bleibt¹⁶. Diese Entwicklung führt erstmals 1972 für das gesamte Bun-

¹³ SPITZER 1985, S. 82.

¹⁴ In der zu Vergleichszwecken herangezogenen Studie von DOBBERKAU liegen die Untersuchungsräume ebenfalls nicht in einer ländlich geprägten Raumordnungsregion, sondern sind trotz ihres ländlich-peripheren Charakters Bestandteile einer "Region mit Verdichtungsansätzen".

¹⁵ Die Zahl von 1,06 Mill. Geburten im Jahr 1964 ist bis 1976 auf ca. 600 000 gesunken. Bei der deutschen Bevölkerung beträgt die Relation 1 Million zu 500 000, was einem Rückgang der Geburten um die Hälfte entspricht. - Vgl. SCHWARZ 1979, S. 38.

¹⁶ BUCHER/GATZWEILER/SCHMALENBACH 1984, S. 1137 f. verweisen auf regionale Sterblichkeitsunterschiede, die bei bestimmten Bevölkerungsgruppen zwischen verschiedenen Regionen bis zu 20 v.H. voneinander abweichen. - Vgl. auch HEINS 1985, S. 233 ff.

desgebiet dazu, daß die Zahl der Gestorbenen die der Geburten übersteigt¹⁷, wobei jedoch regionale Differenzierungen auftreten.

Die Verdichtungsräume verzeichnen trotz des Geburtendefizits auch weiterhin Bevölkerungszunahmen aufgrund der Binnenwanderungen und vornehmlich der Außenwanderungen, dem Zuzug von ausländischen Arbeitskräften¹⁸.

In den ländlichen Regionen treten dort, wo bereits immer hohe Geburtenhäufigkeiten anzutreffen waren, wie im Emsland und Münsterland, in Oberschwaben und Bayerisch-Schwaben sowie in großen Teilen Westmittelfrankens, der Oberpfalz und Niederbayerns, auch weiterhin natürliche Bevölkerungszuwächse auf¹⁹, wobei allerdings das Niveau gegenüber den sechziger Jahren deutlich niedriger liegt und in einigen Teilregionen zur Stagnation tendiert²⁰. In den anderen ländlichen Regionen mit einer ungünstigen Altersstruktur und stets niedrigeren Geburtenziffern wie Schleswig-Holstein, Lüneburger Heide, niedersächsisches und hessisches Zonenrandgebiet, Westerwald, Odenwald, Hunsrück, Eifel, Westpfalz sowie Oberfranken und Alpenvorland überwiegt die Zahl der Sterbefälle²¹.

Aus den folgenden Abbildungen 1 und 2 geht hervor, daß die Geburten dort am stärksten zurückgegangen sind, wo das Geburtenniveau in den sechziger Jahren am höchsten war. Hier fehlen hauptsächlich die dritten und vierten Kinder, die nicht mehr geboren werden²². Bei einer kreisweisen Differenzierung nach Landkreisen und kreisfreien Städten wird deutlich, daß das Land-Stadt-Gefälle der Geburtenhäufigkeit weiterhin besteht und relativ sogar noch größer geworden ist²³.

Zwar ist in den Verdichtungsgebieten ebenfalls eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit zu erkennen, die jedoch relativ gesehen nicht so stark ausgeprägt ist und auf einem niedrigeren Niveau erfolgt, weil dort die Hauptphase des Geburtenrückgangs schon weiter zurückliegt²⁴. Nach SCHWARZ wird als "Leittyp" die Familie mit ein oder zwei Kindern angesehen, wobei der Anteil der Familien mit einem Kind ebenso zunimmt wie der Anteil der kinderlosen Ehepaare²⁵.

Die weitere Entwicklung der Geburtenzahlen läßt bis 1979 eine rückläufige Tendenz erkennen²⁶, und zeigt in den 80er Jahren auf geringem Niveau wieder leicht ansteigende Tendenz, weil nun die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren in die generative Phase nachrücken.

Fragt man nach den Ursachen des Geburtenrückgangs, verweisen einige Autoren auf ein verändertes generatives Verhalten²⁷, andere sehen in der Entwicklung einen langfristig angelegten Trend, bei dem bereits um die Jahrhundertwende ein Rückgang der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern einsetzte, der heute noch andauert und lediglich durch die Geburtenberge der 30er und 50/60er Jahre unterbrochen wurde²⁸. SCHWARZ hingegen glaubt, daß beide Ursachen in Teilen zutreffen: "Offenbar sind die alten Gründe des Geburtenrückgangs in den letzten Jahren verstärkt wirksam geworden und neue hinzugetreten"²⁹ wie die Zunahme des Anspruchsniveaus, das veränderte Rollenverständnis der Frau aber auch die Abnahme der Heiratshäufigkeit und die Zunahme der Ehescheidungen³⁰.

17 SCHWARZ 1983, S. 8.

18 MAMMEY/SELKE 1978, S. 2 weisen darauf hin, daß erst nach dem Zuwanderungsstop für ausländische Arbeitnehmer und dem damit einhergehenden Einwohnerrückgang die negative Bevölkerungsentwicklung als politisches Problem erkannt wurde.

19 Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1974, S. 37 ff.; RAUMORDNUNGSBERICHT 1978, S. 117.

20 GEWOS 1979, S. 21.

21 Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1974, S. 38; RAUMORDNUNGSBERICHT 1978, S. 117.

22 FREHNER 1979, S. 75; SCHWARZ 1979, S. 39.

23 SCHWARZ 1983, S. 15. - Vgl. auch FREHNER 1979, S. 74.

24 BALS 1983, S. 161.

25 SCHWARZ 1983, S. 16. - Vgl. auch MACKENSEN 1975, S. 26.

26 Vgl. SCHWARZ 1983, S. 8.

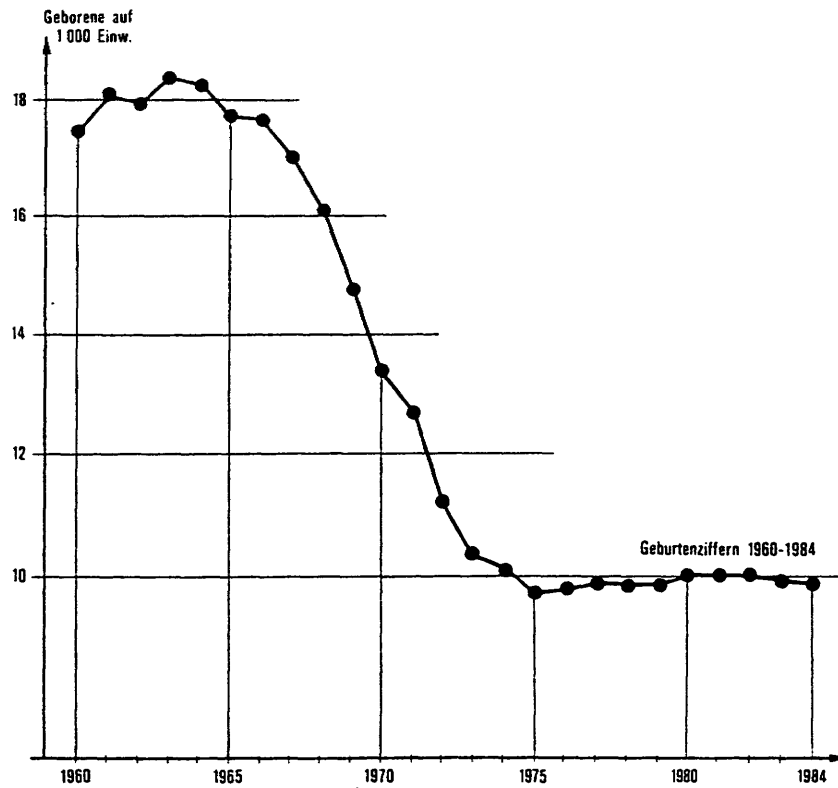
27 JOST 1975, S. 38; MACKENSEN 1975, S. 21.

28 SCHUBNELL 1973, S. 11 ff.; SELKE 1982/2, S. 235.

29 SCHWARZ 1983, S. 8.

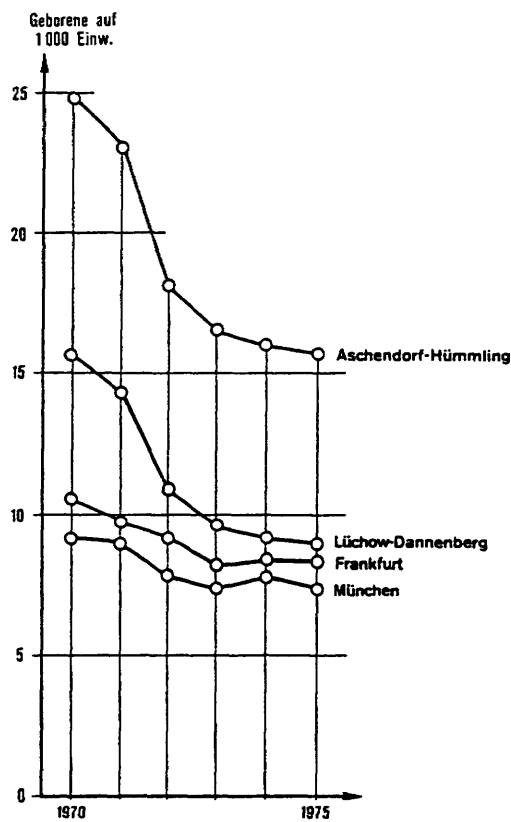
30 Vgl. auch ORDEMANN 1978, S. 210.

Abb. 1 : Entwicklung der Geburtenziffer im Bundesgebiet 1960-1984



Quelle : KOCH 1977, S. 17; Stat. Jahrbuch f.d. Bundesrepublik Deutschland 1986

Abb. 2 :
Geburtenrückgang in ausgewählten Kreisen
1970 - 1975



Quelle : KOCH 1977, S. 18

Allgemein wird anerkannt, daß das generative Verhalten nicht monokausal zu begründen, sondern auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist³¹. Es werden mehr als dreißig Einflußfaktoren nachgewiesen³².

2.2.2 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bestimmen die Wanderungen Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung. Da die Außenwanderungen für den peripheren ländlichen Raum im Gegensatz zu den Verdichtungsräumen von geringer Bedeutung sind³³, kann die Binnenwanderung als die zweite wichtige Komponente für die Bevölkerungsentwicklung angesehen werden.

Insgesamt betrachtet hat die Zahl der großräumigen Binnenwanderungen seit 1975 abgenommen³⁴. Nach wie vor aber ist der periphere ländliche Raum traditionelles Abwanderungsgebiet, insbesondere Emsland, Eifel, Westpfalz und Oberpfalz sowie Teile Frankens.

Wanderungsgewinne verbuchen dagegen die Randgebiete der großen Verdichtungsräume - mit der Ausnahme der altindustrialisierten Montanreviere im Ruhrgebiet und Saarland - sowie einige Regionen mit kleineren, solitären Verdichtungen wie Paderborn, Oldenburg, Regensburg und Münster. Es wird aber auch deutlich, daß einige ländliche Regionen positive Wanderungssalden aufweisen, wie z.B. das Alpenvorland, die Lüneburger Heide und die schleswig-holsteinische Westküste. Diese werden durch die Altenwanderungen hervorgerufen, d.h. die Binnenwanderungen der über 50jährigen in landschaftlich attraktive Räume. Dadurch werden die Wanderungsbewegungen der 18- bis 25jährigen, die zahlenmäßig die größte Abwanderungsgruppe im ländlichen Raum darstellen, teilweise überdeckt und kompensiert.

Bei ausschließlicher Betrachtung der 18- bis 25jährigen Wanderer läßt sich jedoch eine klare Abwanderungstendenz aus sämtlichen ländlichen Regionen erkennen. Zielorte sind die Verdichtungsräume und die Universitätsstädte³⁵.

Wanderungen haben also selektiven Charakter, so daß sich die Bevölkerungsstruktur in den Peripherregionen nachhaltig ändert, weil Geburtenrückgang und Abwanderung jüngerer Erwerbspersonen zusammentreffen und für eine Überalterung der verbleibenden Bevölkerung sorgen - in den ländlichen Gebieten mit Wanderungsgewinnen durch Altenwanderungen tritt dieses Problem verstärkt auf. Neben demographischen Segregationserscheinungen ist eine sozio-ökonomische Selektion zu beobachten³⁶, indem höher- und hochqualifizierte Erwerbspersonen und solche mit höherer Schulbildung überproportional an Abwanderungen aus dem ländlichen Raum beteiligt sind.

Beide Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zusammen betrachtet, lassen für den peripheren ländlichen Raum folgende Tendenzen sichtbar werden:

- Regionen mit Geburtenüberschüssen wie das Emsland, Münsterland, Teile Oldenburgs und Niederbayerns werden mittelfristig weiterhin wachsen, weil die Wanderungsverluste kompensiert werden können.
- Regionen mit hohen Wanderungsgewinnen wie das bayerische Alpenvorland werden weiterhin eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnen bei starker Überalterung.

³¹ Zum generativen Verhalten allgemein siehe FREHNER 1979, S. 74 ff.; BALS 1983, S. 160 ff.

³² BUCHER/GATZWEILER/SCHMALENBACH 1984, S. 1135.

³³ Im überwiegenden Teil der peripheren ländlichen Regionen beträgt der Ausländeranteil weniger als 2 v.H. - Vgl. ATLAS ZUR RAUMENTWICKLUNG, Bd. 4, Karte 4.09.2.

³⁴ Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 18.

³⁵ ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 3, S. 17.

³⁶ Vgl. GENOSKO 1980, S. 72 ff. - Vgl. KLEMMER 1975, S. 77.

- Regionen mit geringen Wanderungsgewinnen und negativer natürlicher Bevölkerungsentwicklung wie die Westküste Schleswig-Holsteins und die Lüneburger Heide stagnieren mittelfristig oder verlieren leicht an Bevölkerung.
- Regionen mit negativem Saldo bei den Geburten und negativer Wanderungsbilanz werden die höchsten Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben. Dies sind die Regionen im niedersächsischen und hessischen Zonenrandgebiet, Westpfalz und Oberpfalz sowie Teile Frankens.

Der Rückgang der Geburten bewirkt nicht nur eine insgesamt rückläufige Bevölkerungsentwicklung, sondern verändert auch den Altersaufbau und die Zusammensetzung der Bevölkerung³⁷. Dies hat Rückwirkungen auf das Erwerbspotential und auf die Nutzung der Infrastruktur.

2.3 Ökonomische Entwicklung

Der überwiegende Teil des peripheren ländlichen Raums wird mit dem Merkmal "strukturschwach" belegt, was seinen Niederschlag in der nahezu flächenhaften Kongruenz der von der regionalen Wirtschaftspolitik abgegrenzten Fördergebiete und der nach siedlungsstrukturellen Kriterien erfolgten Typisierung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung findet³⁸. Lediglich das Voralpengebiet, dem günstige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten nachgesagt werden, bildet eine Ausnahme.

Die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Teilräume ist natürlich eng an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gekoppelt, wenngleich regionalen und strukturellen Besonderheiten der Standortstruktur durchaus eine Bedeutung zukommt.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich mit Beginn der Energiekrise und der nahezu zeitgleich erfolgten Änderung der Wechselkurse³⁹ zu Anfang der 70er Jahre verändert. Den stetigen Wachstumsraten der Wiederaufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg und der Konsolidierungsphase in den 60er Jahren mit einem nahezu ungebrochenen Boom, in denen ein Mangel an Arbeitskräften herrscht und Arbeitnehmer aus dem Ausland angeworben werden, folgt ein wirtschaftlicher Einbruch mit der Rezession von 1974/75. Die Arbeitslosenzahl steigt auf über eine Million.

Die sich anschließende wirtschaftliche Erholungsphase läßt deutlich strukturelle Schwächen der Volkswirtschaft als Folge der veränderten Währungsrelationen zutage treten. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum fällt wesentlich geringer aus als in den vorangegangenen Perioden, so daß die Arbeitslosigkeit nur geringfügig abgebaut werden kann. Die Phase der Neuerrichtung und Neuansiedlung von Industriebetrieben ist nahezu abgeschlossen, und wenn überhaupt erfolgen diese in den verdichteten, hoch industrialisierten Regionen. Strukturelle Schwächen wie z.B. im Bereich der Montanindustrie führen zu Rationalisierungsinvestitionen, bei denen Arbeitsplätze abgebaut werden. Obwohl eine starke Expansion im tertiären Sektor stattfindet, können die Arbeitsplatzverluste nicht kompensiert werden. Diese relativ kurze Phase mündet in eine tiefe wirtschaftliche Rezession in den Jahren 1981/82, die begleitet ist von einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über 2 Millionen, wo sie bis dato trotz offensichtlich günstigerer Rahmenbedingungen verharrt.

Der periphere ländliche Raum ist einem gewaltigen Strukturwandel unterworfen gewesen, bei dem die Bedeutung der Landwirtschaft als Haupterwerbszweig deutlich zurückgegangen ist. Während im

³⁷ Siehe dazu RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 18 f. und die regionalisierte Bevölkerungsprognose der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung bei BUCHER/GATZWEILER/ SCHMALENBACH 1984, S. 1129 ff.

³⁸ Vgl. dazu Karte 1 und die Abgrenzung der Regionalen Aktionsprogramme in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

³⁹ Die bis dahin feste Bindung der DM an den US-Dollar weicht flexiblen Wechselkursen - was besonders die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft beeinträchtigt hat.

Bundesgebiet 1950 noch ein Viertel aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt war, sank deren Anteil an den Beschäftigten kontinuierlich über 7 v.H. (1976) auf 5,5 v.H. (1982)⁴⁰.

Wenngleich die Quoten in peripheren ländlichen Gebieten insgesamt noch höher liegen und in einigen Ortsteilen noch über die Hälfte der Arbeitnehmer im Agrarsektor beschäftigt ist, spielt die Landwirtschaft auch dort unter Arbeitsplatzaspekten eine untergeordnete Rolle. Dennoch besitzt sie eine Art Basis-Charakter, denn ein Teil der Arbeitsplätze im nicht-landwirtschaftlichen Bereich, speziell im Dienstleistungsgewerbe, ist an den Agrarsektor gebunden⁴¹.

Die Hauptursachen des Strukturwandels in der Landwirtschaft liegen in der Aufgabe von Klein- und Kleinstbetrieben und der Anwendung kapitalintensiver Produktionsmethoden bei gleichzeitiger Flächenvergrößerung der einzelnen Betriebe, wobei diese Faktoren in interdependentem Zusammenhang stehen.

Zeitlich parallel mit diesem Prozeß verläuft die Industrialisierung des ländlichen Raums, wobei die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte bis zu Beginn der 70er Jahre größtenteils absorbiert werden können. Bei veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen treten allerdings die strukturellen Schwächen dieser Industrialisierung auf:

- Die Betriebe gehören überwiegend zu den stagnierenden oder schrumpfenden Branchen⁴², wie z.B. Holzverarbeitung, Textil- und Lederindustrie, Nahrungs- und Genußmittel- sowie Glas- und Keramikindustrie.
- Der überwiegende Teil der neu gegründeten Betriebsstätten setzt sich aus Zweigwerken zusammen⁴³, in denen nachgelagerte Produktionsabläufe installiert sind, während die hochwertigen Produkte in den Stammbetrieben außerhalb des ländlichen Raums hergestellt werden, wo auch die entsprechenden Arbeitsplätze im Tertiärbereich - Verwaltung, Management, Marketing, Forschungs- und Entwicklungsabteilung - angesiedelt sind. Die Betriebsstätten im ländlichen Raum weisen somit oftmals die Merkmale von "verlängerten Werkbänken" auf⁴⁴. Dem Charakter dieser Betriebe entsprechend ist das Angebot an Ausbildungsplätzen gering.
- In diesen Betrieben, speziell den Zweigwerken, werden überwiegend Arbeitsplätze für ungelernete und angelernte Arbeitskräfte angeboten, die in Rezessionsphasen als erste wieder aufgegeben werden. Nachhaltige Impulse für die regionale Entwicklung gehen im allgemeinen von solchen Betriebsstätten nicht aus.
- Es handelt sich häufig um "Marginalbetriebe", die bei der Standortwahl regionale Förderpräferenzen in Anspruch genommen haben. Sie stehen vielfach mit ihrer arbeits- und lohnintensiven Produktion auf dem Weltmarkt in starker Konkurrenz zu den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Trotz der Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze bestehen weiterhin Einschränkungen bei den Erwerbsmöglichkeiten in ländlichen Regionen, weil das Arbeitsplatzangebot unterdurchschnittlich ist. So stehen 1000 potentiellen erwerbstätigen Personen lediglich 442 Arbeitsplätze in ländlichen Regionen zur Verfügung gegenüber 503 in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen⁴⁵. In einigen Teilregionen ist zwar ein überdurchschnittlicher Arbeitsplatzzuwachs auf allerdings niedrigem Niveau zu verzeichnen - vornehmlich in den süddeutschen Regionen geschieht ein Zuwachs im Dienstleistungsbereich⁴⁶ - aber der Abstand zu den großen Verdichtungsräumen bleibt bestehen.

40 Vgl. AGRARBERICHT 1984, Materialband S. 9.

41 Vgl. GEWOS 1979, S. 31.

42 Nach DOBBERKAU 1980, S. 28 gibt es im ländlichen Raum in diesen Branchen 50 v.H. mehr Beschäftigte als in den städtischen Zonen.

43 Nach MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 99 siedeln sich 80 v.H. der Zweigbetriebe im ländlichen Raum an.

44 Vgl. FÜRST/ZIMMERMANN 1973, S. 178 f.

45 Vgl. Tabelle 1.

46 Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 46 f.

Tab. 1: Indikatoren zur Arbeitsmarktsituation

		Bundesgebiet	Ländliche Regionen	Regionen mit Verdichtungs- ansätzen	Regionen mit großen Verdichtungsräumen altindustr.	
Abhängig Beschäftigte je 1000 Erwerbsfähige (Juni 85)		477	442	444	503	432
Beschäftigte in Wachstums- branchen je 1000 Erwerbs- fähige (Juni 82)		268	226	240	293	205
Beschäftigte ohne abge- schlossene Berufsaus- bildung je 100 Beschäftigte		36,1	38,6	36,5	35,3	35,1
Verdienstmöglichkeiten in der Industrie (Juni 85)		3512	3093	3292	3722	3493
Arbeitslosenquote	Ø 85	10,5	11,7	10,8	10,2	14,5
Offene Stellen je 1000 Arbeitslose	Ø 85	43	38	38	47	24
Betriebliche Aus- bildungsplätze	84	92,7	85,0	88,7	97,8	96,4

Quelle: Laufende Raumbearbeitung 1983, S. 1211 ff. u. 1985, S. 1079 ff.

Auch unter qualitativen Aspekten wie Sicherheit, Ausbildungsanforderung, Verdienst- und Aufstiegs-
möglichkeit existieren zwischen den regionalen Arbeitsmärkten erhebliche Disparitäten, denn in ver-
dichteten Regionen liegt das Angebot an Arbeitsplätzen in "wachstumsträchtigen Branchen" höher
als in ländlichen Regionen, ebenso wie das dortige Arbeitsplatzangebot in höherem Maße eine ab-
geschlossene Berufsausbildung erfordert⁴⁷.

Bei den Verdienstmöglichkeiten zeigt sich das gleiche räumliche Gefälle, so daß die im
Bundesraumordnungsprogramm erwähnten Unterschiede zwischen verdichteten und ländlichen Re-
gionen nicht beseitigt werden konnten⁴⁸, sondern sich sogar noch vergrößerten⁴⁹. Lediglich die süd-
bayerischen Regionen bilden diesbezüglich eine Ausnahme⁵⁰.

Die Rezession von 1981/82 brachte für die ländlichen Regionen überdurchschnittlich hohe
Arbeitslosenquoten, die dort gegenüber 1979, einem Jahr mit günstiger wirtschaftlicher Entwicklung,
ihren stärksten Anstieg verzeichneten⁵¹. Auch bei den Dauerarbeitslosen und der Frauenarbeitslo-
sigkeit ist der ländliche Raum bis heute am stärksten betroffen⁵². Ähnlich große Arbeitsmarktpro-
bleme weisen die altindustriellen Regionen auf, speziell die Montanreviere und die Wertstandorte.

Während die Arbeitslosigkeit in den altindustrialisierten Regionen in erster Linie auf strukturelle Pro-
bleme des Arbeitsmarktes - Kohle- und Stahlstandorte - zurückzuführen ist, treffen in den ländlichen
Regionen sowohl strukturelle Probleme als auch ein überdurchschnittlich großes Erwerbspotential
zusammen, da die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre nun ins Erwerbsleben eintreten.

47 Vgl. auch ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 3, S. 6 ff.

48 RAUMORDNUNGSPROGRAMM 1975, S. 13.

49 ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 3, S. 8.

50 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 49.

51 ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 3, S. 9.

52 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 55.

Die hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen tritt demzufolge in den Regionen mit den seinerzeit höchsten Geburtenüberschüssen auf, wobei lediglich das industrialisierte Oberfranken eine Ausnahme darstellt⁵³. Neben den regionalen Schwerpunkten der Arbeitslosigkeit ist ein großräumiges Süd-Nord-Gefälle der Wirtschaftsentwicklung zu beobachten, d.h. die Beschäftigungsmöglichkeiten sind in süddeutschen Regionen günstiger als in Norddeutschland⁵⁴. Der süddeutsche Raum zeichnet sich durch einen höheren Anteil wachstumsstärkender Branchen aus sowohl im sekundären Bereich (z.B. Büro- und Datentechnik, Luft- und Raumfahrttechnologie, Fahrzeugbau) als auch im tertiären Sektor mit seinen produktionsorientierten Dienstleistungen (Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, Marketing etc.). Die Investitionstätigkeit lag hier zuletzt höher, und die Beschäftigungsentwicklung verlief zwischen 1982 und 1985 überwiegend positiv im Gegensatz zu den nördlichen Regionen⁵⁵. Dennoch gehört das bayerische Zonenrandgebiet weiterhin zu den arbeitsmarktpolitischen Problemregionen mit vergleichsweise hohen Arbeitslosenquoten wie das Emsland, Ostfriesland oder Teile der Eifel⁵⁶.

Räumliche Disparitäten treten auch bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen auf. Zwar ist die Ausbildungsbereitschaft der im ländlichen Raum vorherrschenden Klein- und Mittelbetriebe überdurchschnittlich hoch, dennoch liegt der Bedarf an Ausbildungsplätzen in nahezu allen ländlichen Regionen wesentlich höher, am höchsten in Ostfriesland und im Emsland. Auf der anderen Seite übertrifft in den hochverdichteten Regionen, insbesondere in Süddeutschland, das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage⁵⁷.

Die Abwanderungen können aus der Perspektive des peripheren ländlichen Raumes durchaus positive Aspekte haben, weil das regionale Arbeitskräfteangebot sinkt und der Druck auf die dortigen Arbeitsmärkte geringer wird. Andererseits bewirken diese eine "qualitative Erosion" der Arbeitsmärkte⁵⁸, denn der an Fortzügen überproportional beteiligte Personenkreis ist nicht nur jünger, sondern auch besser ausgebildet, besitzt ein höheres Qualifikationsniveau und ist eher aufstiegsorientiert als die Zurückbleibenden.

Aus dem Selektionscharakter von Wanderungen und dem Geburtenrückgang, der "Bevölkerungsimplosion", leitet JOST einen kumulativen Schrumpfungsprozeß für den ländlichen Raum ab⁵⁹. In dessen Folge finden zusätzliche Betriebsschließungen statt, die ihrerseits weitere Abwanderungen induzieren, so daß sich die Arbeitsmarktsituation verschlechtert. Die Folge wären weitere Betriebschließungen und der Abzug von Kapital.

Hingegen erwartet STIENS in den verdichteten Regionen einen zunehmenden intergenerativen Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt⁶⁰. Die zahlenmäßig überdurchschnittlich stark vertretene Gruppe der 20- bis 39jährigen wird bis zum Jahre 2000 in die darauf folgenden Altersklassen rücken, so daß die Aufstiegschancen für jüngere qualifizierte Arbeitskräfte gebremst werden. Aufstiegsbarrieren und damit verbundene strukturelle Unterbeschäftigung könnten den Effekt haben, daß davon betroffene qualifizierte Arbeitskräfte in Betriebe außerhalb der Verdichtungsräume abwandern, wo sie bessere Aufstiegschancen erwarten, weil der Altersaufbau der erwerbsfähigen Bevölkerung aufgrund der vorausgegangenen Selektionsprozesse dort günstiger ist. Allerdings müßte eine veränderte regionale Wirtschaftspolitik, "die anstatt zu Rationalisierungen zu Produktinnovationen führt und damit einen Mehrbedarf an qualifizierten Arbeitskräften initiiert", die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit eine Umkehrung der Wanderungsströme erfolgt⁶¹.

53 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 55. Vgl. dort auch Karte 4.6.

54 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 54, Karte 4.7.

55 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 47, Karte 4.2.

56 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 173.

57 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 157 ff.

58 GATZWEILER 1975, S. 60; FRANZ 1984, S. 111.

59 JOST 1975, S. 38 ff.

60 STIENS 1978, S. 434 f. sowie 1979, S. 112 ff. und 1984, S. 1220 f.

61 STIENS 1978, S. 435.

2.4 Versorgung mit privater und öffentlicher Infrastruktur

Die infrastrukturelle Versorgungssituation im ländlichen Raum hat sich allgemein gegenüber den 60er Jahren verbessert, indem die regionalen Disparitäten der Infrastrukturausstattung zwar nicht beseitigt aber doch geringer geworden sind⁶². Insbesondere im Freizeitbereich und bei den weiterführenden Schulen, den Realschulen und Gymnasien, konnte der Nachholbedarf aufgeholt werden⁶³.

Gleichwohl existieren sektoral regionale Disparitäten. Dies betrifft in erster Linie die ärztliche Versorgung, die in den Peripherregionen speziell in Ostfriesland, im Emsland und Münsterland sowie in der Oberpfalz im Vergleich zu den Verdichtungsräumen weit unterdurchschnittlich ist⁶⁴, und gilt sowohl für die Praktischen Ärzte als auch für Fachärzte, Zahnärzte und Apotheken. Außer der quantitativen Komponente taucht bei den Praktischen Ärzten noch ein Altersproblem auf, denn viele der im ländlichen Raum praktizierenden Ärzte für Allgemeinmedizin haben bereits die Altersgrenze erreicht. Da Fachärzte überwiegend in zentralen Orten angesiedelt sind, kommt es bei der gegebenen Siedlungsstruktur teilweise zu weitmaschigen Standortmustern, so daß die Erreichbarkeit für die weniger mobilen Bewohner, die nicht über einen PKW verfügen, durchaus eine Belastung darstellt⁶⁵.

Die Krankenhausversorgung hingegen ist insgesamt durch eine Überversorgung mit Krankbetten gekennzeichnet. Der Neubau und Ausbau von Schwerpunktkrankenhäusern, auf den das Bettenüberangebot in erster Linie zurückgeht, hatte eine Schließung von vielen kleinen Krankenhäusern zur Folge⁶⁶, damit eine bessere Auslastung der neugeschaffenen, teuren Kapazitäten gewährleistet ist. Die durch Schließungsmaßnahmen erfolgte Verringerung der Standortdichte in den betroffenen Regionen führt zu einer schlechteren Erreichbarkeit.

Während der Raumordnungsbericht 1982 sich noch für eine Modernisierung der kleineren Krankenhäuser in ländlich geprägten Regionen ausspricht⁶⁷, kommt der Raumordnungsbericht 1986 zu dem Ergebnis, daß trotz Ausdünnung des Standortnetzes "durch den Ausbau von Schwerpunktkrankenhäusern auch im ländlichen Raum die Angebotsstruktur verbessert werden" konnte⁶⁸.

Tab. 2: Indikatoren zur infrastrukturellen Versorgung

	Bundesgebiet	Ländliche Regionen	Regionen mit Verdichtungsansätzen	Regionen mit großen Verdichtungsräumen
Einwohner je Arzt in freier Praxis (84)	892	997	960	835
Einwohner je Facharzt (84)	797	1015	820	739
planmäßige Betten für Akutkranke je 10.000 Ew. (84)	76	69	78	75
Quartanerquote (Sept. 83)	58,0	51,3	56,6	61,6
Studienplätze für Erstsemester (WS 84/85)	34,6	13,7	35,3	40,5

Quelle: Laufende Raumbewertung 1985, S. 1079 ff.

62 ZIELE UND WEGE 1983, Kap. 3. S. 28.

63 Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1978, Materialien S. 105; RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 87.

64 RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 102, vgl. auch Tab. 2.

65 Vgl. KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 175.

66 Der RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 163 erwähnt 420 stillgelegte Krankenhäuser.

67 RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 102.

68 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 163.

Im schulischen Bereich ist eine vom Schultyp abhängige gegenläufige Bewegung festzustellen. Während die Grund- und Hauptschulen wegen der niedrigeren Geburtenzahlen und politischer Vorgaben einem starken räumlichen Konzentrationsprozeß unterworfen waren - so sank die Zahl der Schulstandorte zwischen 1960 und 1980 von 31 000 auf 18 400⁶⁹ - hat bei den Realschulen und Gymnasien eine räumliche Dezentralisierung stattgefunden. Gleichwohl existieren weiterhin regionale Unterschiede zwischen verdichteten und ländlichen Regionen beim Besuch weiterführender Schulen, wie das Beispiel der Quartanerquote zeigt⁷⁰.

Wenngleich die Schließung von Schulen überwiegend in den Großstädten erfolgte⁷¹, sind die Konsequenzen für den ländlichen Raum ungleich größer, denn viele Ortsteile verloren ihre einzige Schule, die Schüler mußten pendeln. Organisatorische Maßnahmen zur Flexibilisierung, wie z.B. Verringerung der Zügigkeit oder der Mindestklassenstärke, jahrgangsübergreifender Unterricht in zweiklassigen Grundschulen und Organisationsverbund von mehreren Schulen haben eine noch größere räumliche Konzentration im Grund- und Hauptschulbereich verhindern können.

In der Sekundarstufe II macht sich der Geburtenrückgang erst seit Mitte der 80er Jahre bemerkbar - hier wird es Probleme bei der Aufrechterhaltung des angebotenen differenzierten Kurssystems geben. Flexible Lösungsmöglichkeiten sind auch für diesen Bereich einer weiteren Konzentration vorzuziehen, denn diese würde eine Verlängerung der Fahrzeiten mit sich bringen, die heute teilweise bis zu einer Stunde betragen⁷², in Extremfällen wie im Kreis Lüchow-Dannenberg mit nur einem einzigen Standort sogar mehr als eine Stunde.

In anderen Infrastruktursektoren, wie bei der öffentlichen Verwaltung, den Einrichtungen des Postwesens, dem Einzelhandel und dem Handwerk, ist durch räumliche Konzentrationsmaßnahmen der Standortraster grobmaschiger geworden, so daß die Inanspruchnahme solcher Einrichtungen zu größeren Distanzüberwindungen für die Bevölkerung führt.

Während im Bereich der öffentlichen Verwaltung der Konzentrationsprozeß als abgeschlossen angesehen werden kann, ist dieser bei den anderen Einrichtungen noch im Gange. Betroffen davon sind in erster Linie die kleinen Ortsteile, insbesondere diejenigen mit weniger als 500 Einwohnern, so daß ein Großteil mittlerweile gänzlich ohne örtliche Infrastruktureinrichtungen auskommen muß, da sowohl die Schule als auch das Lebensmittelgeschäft sowie die Poststelle geschlossen worden sind.

Mobile Distributionsformen wie der Verkaufswagen im Lebensmittelbereich vermögen zwar einen gewissen Bedarf zu decken, aber deren Sortiment ist knapp bemessen und betriebsbedingt teuer. Eine adäquate Daseinsvorsorge bedeutet konsequenterweise für die betroffene Bevölkerung die Zurücklegung längerer Wege.

Hier entspricht das Angebot jedoch häufig nicht den Anforderungen. Reduktion des Schienenverkehrs aus der Fläche, Ausdünnung von Linien und Fahrplänen, d.h. zu wenige Fahrtenpaare zu günstigen Zeiten, Koppelung an den Schülerverkehr und somit Reduktion der Bedienungsfrequenz bis hin zur Nichtbedienung einzelner Ortsteile während der Schulferien kennzeichnen in vielen ländlichen Regionen die Realität beim öffentlichen Personennahverkehr.

Dies hat in der Vergangenheit zu einigen Pilotprojekten geführt, wie das Hohenlohe-Modell, Sammeltaxis, Rufbusse u.ä.⁷³, sowie 1979 und 1983 zu zwei Entschlüssen der Ministerkonferenz für Raumordnung über den ÖPNV im ländlichen Raum, in denen weitere Vorschläge zur besseren Organisation enthalten sind⁷⁴.

69 RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 87.

70 Vgl. Tabelle 2.

71 RAUMORDNUNGSBERICHT 1986, S. 162.

72 Vgl. KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 156 ff.

73 Näheres bei HEINZE/HERBST/SCHÜHLE 1981/1.

74 MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/2, S. 14 und 1983/5, S. 26 .

Wenn auch der apostrophierte kumulative Schrumpfungsprozeß für den ländlichen Raum - mit einer weitgehenden Ausdünnung des zentralörtlichen Systems auf der unteren und mittleren Stufe⁷⁵ - nicht eintreten wird⁷⁶, so stellen dennoch die Folgen veränderter demographischer Rahmenbedingungen eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Infrastruktur dar, worauf bereits im Raumordnungsbericht 1974 hingewiesen wird: "Die Einwohnerzahl der dünn besiedelten Teilräume des Bundesgebietes droht durch Geburtenrückgang und rückläufige Bevölkerungsentwicklung unter eine bestimmte Mindestgrenze zu sinken. Das erschwert die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Infrastruktureinrichtungen"⁷⁷.

⁷⁵ JOST 1975, S. 44 f.

⁷⁶ STIENS 1979, S. 116.

⁷⁷ RAUMORDNUNGSBERICHT 1974, S. 10.

3. Zum aktuellen Stand der Wanderungstheorien

3.1 Definition und Systematik der Begriffe Mobilität und Wanderung

Nachdem die allgemeinen Rahmenbedingungen für Abwanderungsprozesse aus peripheren ländlichen Regionen dargestellt worden sind, sollen im folgenden die wesentlichen theoretischen Ansätze aus der Migrationsforschung diskutiert werden. Doch zunächst wird eine Definition des Begriffs "Wanderung" vorangestellt.

Wanderungen können unter dem Oberbegriff "Mobilität" subsumiert werden. Ausgehend von diesem Begriff bietet sich eine Vorgehensweise an, bei der vom Allgemeinen auf das Spezielle geschlossen wird.

Unter "Mobilität" versteht VANBERG den "Wechsel eines Individuums zwischen definierten Einheiten eines Systems"¹, z.B. zwischen sozialen/ökonomischen und/oder räumlichen Positionen. Geschieht der Positionswechsel innerhalb des sozialen Systems, so wird von sozialer Mobilität gesprochen. Dabei wird zwischen vertikaler und horizontaler Mobilität² unterschieden, je nachdem ob der Wechsel von einer sozialen Position in eine andere vorgenommen wird - man spricht in diesem Fall je nach Richtung von Aufstiegs- oder Abstiegsmobilität³ - oder sich innerhalb einer Gruppe von gleichberechtigtem Status abspielt, z.B. bei einem Wechsel der beruflichen Tätigkeit ohne Änderung des beruflichen Gesamtstatus. Da die horizontale Mobilität ohne sozialen Auf- oder Abstieg verläuft, werden Wanderungen von verschiedenen Autoren als Unterform der horizontalen Mobilität angesehen bzw. mit ihr gleichgesetzt⁴, was innerhalb der Mobilitätsforschung zu erheblichen Verwirrungen führte. Treten jedoch im Gegensatz zu Veränderungen innerhalb des sozialen Systems Bewegungen zwischen räumlichen Positionen oder Einheiten auf, empfiehlt es sich, die Gleichsetzung von Wanderungen mit dem Begriff der horizontalen Mobilität aufzugeben⁵ und stattdessen von "räumlicher Mobilität" zu sprechen. Synonym dafür werden in der Literatur auch "regionale Mobilität"⁶ und "geographische Mobilität"⁷ verwendet. Obgleich WEBER diese beiden Termini aus geographischer Sicht kritisiert⁸, sollen in dieser Untersuchung die Begriffe gleichrangig verwendet werden.

Räumliche Mobilität, die durch Bewegungen zwischen räumlichen Einheiten definiert ist, umfaßt jedoch mehr als Wanderungen (Übersicht 1). So subsumiert man darunter sämtliche räumliche Aktivitäten des Menschen zur Befriedigung der Daseinsgrundfunktionen⁹ - sofern sie von einem festen Ort bzw. der Wohnung ausgehen und wieder dorthin zurückführen. Dabei ist es unerheblich, in welcher Periodizität diese Bewegungen erfolgen, ob täglich, wöchentlich oder in größeren Zeitabständen¹⁰. Konkret bedeutet dies, daß Pendeln, Einkaufsfahrten, Urlaubsfahrten u.ä. darunter fallen. Einige Autoren subsumieren auch darunter die Standortverlegung von Unternehmen¹¹.

1 VANBERG 1971, S. 7.

2 Diese Unterscheidung geht auf SOROKIN 1927 zurück.

3 Vgl. VANBERG 1971, S. 7.

4 Vgl. SOROKIN 1927, S. 133, auf den diese Betrachtungsweise zurückgeht. Die gleiche Position vertreten: BUCHHOLZ 1970, S. 29 f.; SCHWARZ 1969, S. 7; SCHWEITZER 1978, S. 8 sowie der RAUMORDNUNGSBERICHT 1972, S. 167. Auch HORSTMANN 1969, S. 43 setzt horizontale Mobilität mit Wanderung gleich - in einer neubearbeiteten Fassung dieses Artikels hat HORSTMANN 1976, S. 104 ff. dagegen die ursprüngliche Auffassung geändert.

5 Vgl. KULS 1980, S. 159 und VANBERG 1971, S. 8. Zu bemerken sei noch, daß bereits HEBERLE (1929) im Gegensatz zu SOROKIN eine begriffliche Trennung zwischen räumlicher und horizontaler Mobilität vornimmt. S. dazu ALBRECHT 1972, S. 24 f.

6 MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 9 und SZELL 1972, S. 27.

7 ALBRECHT 1972.

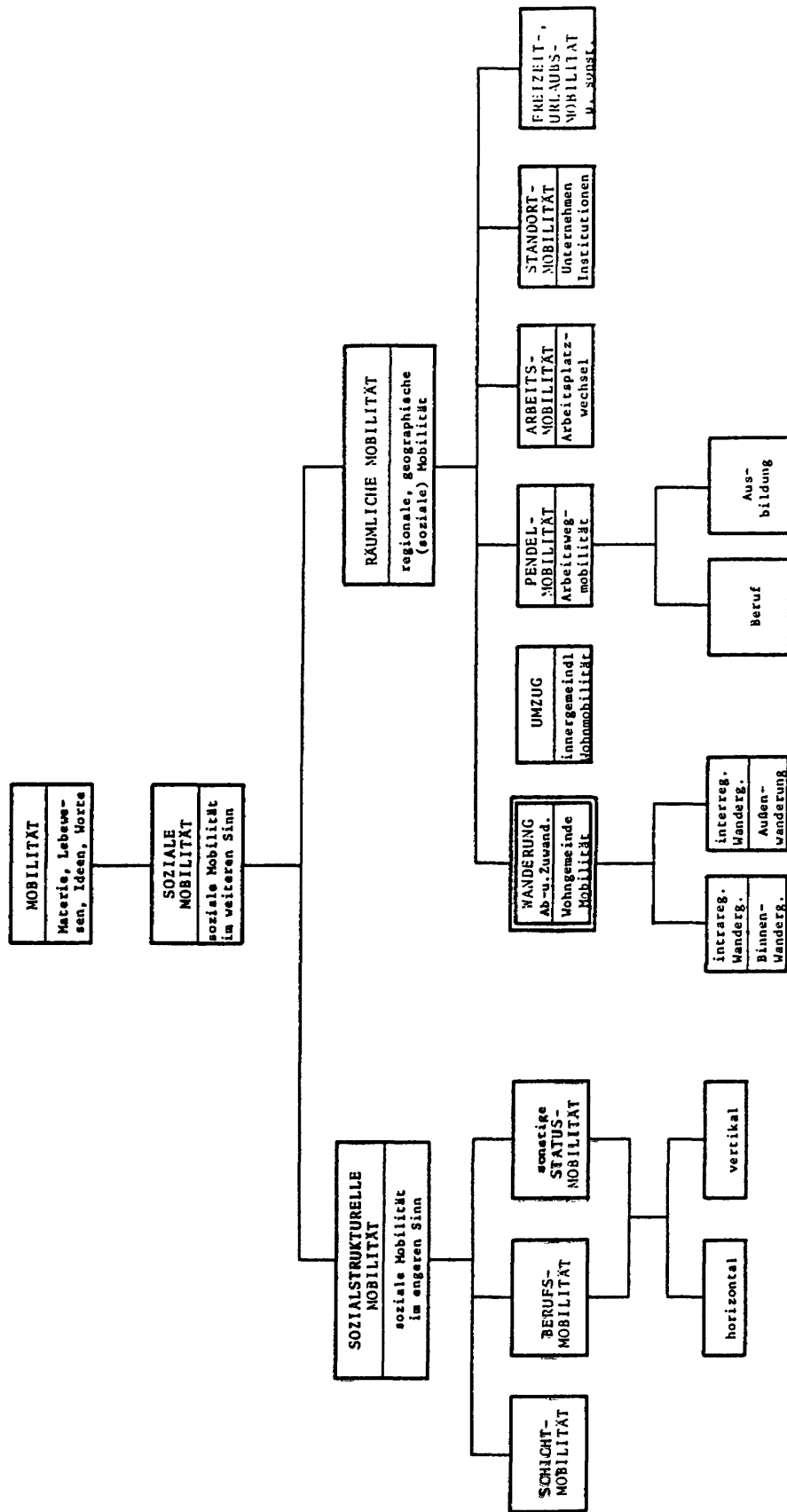
8 WEBER 1982, S. 3.

9 Vgl. WEBER 1982, S. 2 f.

10 Vgl. KULS 1980, S. 159.

11 So z.B. bei VANBERG 1971, S. 8.

Übersicht 1: Systematik der Mobilitätsbegriffe



Quelle: DOBBERKAU 1980, S. 53.

Wanderungen selbst stellen ebenfalls eine Unterform der räumlichen Mobilität dar. Unter Wanderung wird in dieser Arbeit ein Wechsel des Wohnorts verstanden. Andere benutzte Bedeutungen wie z.B. in der Umgangssprache¹² oder auch saisonale Bewegungen von Hirten, Nomaden, Wanderfeldbauern bzw. Pilgerzüge nach Mekka, die häufig in der Literatur angeführt werden¹³, sollen an dieser Stelle außer Betracht bleiben. Gleichzusetzen mit dem Terminus Wanderung ist der Begriff Migration, der sowohl in der angelsächsischen (migration im Sinne des "change of residence") als auch in der französischen Fachliteratur verwendet wird und mittlerweile auch in die deutsche Terminologie übernommen wurde¹⁴. In dieser Arbeit werden beide Begriffe synonym verwendet, was auch aus sprachästhetischen Gründen geschieht.

Trotz der vermeintlich eindeutigen Definition von Wanderung gibt es Unterschiede hinsichtlich der Interpretation, auf die im folgenden näher eingegangen wird. Während in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland explizit Wanderungen als "Wohnungswechsel von einer Gemeinde nach einer anderen" definiert werden und Ortswechsel innerhalb der Gemeindegrenzen als Umzüge deklariert werden, herrschen in der Mobilitätsforschung teilweise unterschiedliche Auffassungen vor:

Speziell die Berücksichtigung administrativer Grenzen, die Wanderungen von Umzügen unterscheidet, fand Kritik, denn als Wanderungen sollten "diejenigen Wohnungswechsel, mit denen ein vollständiger Austausch der sozialen Beziehungen des Individuums und also die Notwendigkeit des Einlebens in ein neues lokales Beziehungsnetz verbunden ist" bezeichnet werden¹⁵. Umzüge werden danach folglich weiter gefaßt. Wenn mit dem Wohnungswechsel über die Gemeindegrenzen hinaus nicht gleichzeitig ein räumlicher Wechsel der übrigen Daseinsgrundfunktionen stattfindet, subsumiert man diesen Vorgang unter dem Terminus Umzug. VANBERG führt bei dieser funktionalistischen Betrachtungsweise den Begriff Bekanntheitsraum ein, worunter sie den vertrauten Lebensbereich eines Individuums versteht¹⁶. Phänomene wie die Kernstadt-Umland-Wanderung sowie der Wohnungswechsel innerhalb einer Agglomeration wären ebenso darunter zu subsumieren wie Wanderungen innerhalb des Nah- und Mittelbereichs von zentralen Orten der entsprechenden Klassifizierung. Diesen Wanderungsformen liegen überwiegend die gleichen Motive zugrunde wie z.B. die Unzufriedenheit mit Art, Größe oder Lage der Wohnung¹⁷, wobei eine Lösung dieses Problembereichs in der Regel in dem erwähnten Bekanntheitsraum geschieht.

Wanderungen erfolgen im Gegensatz zu Umzügen aus anderen Anlässen und zeigen andere Auswirkungen, was von MACKENSEN noch einmal explizit unterstrichen wird, um die Notwendigkeit einer terminologischen Trennung zu begründen¹⁸. So sind berufliche oder familiäre Gründe in vielen Fällen Anlaß, an einen anderen Ort zu ziehen, was meistens mit einem Wechsel von einem Bekanntheitsraum in einen anderen verbunden ist. Die Zugrundelegung dieses funktionalen Konzepts setzt jedoch eine operationale Definition von Bekanntheitsraum und dessen Abgrenzung voraus¹⁹. Dieses Problem löst VANBERG, indem sie Kreisgrenzen zugrunde legt. Das Kreisgebiet entspricht somit dem Bekanntheitsraum und ein Wohnungswechsel innerhalb der vertrauten Lebensbereiche wird demzufolge als Umzug bezeichnet. Auch SZELL tritt für den Kreis als unterste räumliche Ebene bei der Analyse von Wanderungen ein, da die vielen Nahwanderungen, die aus seiner Sicht überwiegend als Umzüge anzusehen sind, dann aus der amtlichen Statistik herausfallen²⁰.

Andere Autoren dagegen treffen diese Unterscheidung nicht und sehen auch Umzüge als Wanderung an²¹. LEE definiert Wanderungen so allgemein, daß er Wohnungswechsel innerhalb eines Treppenhauses mit internationalen Wanderungen gleichsetzt: "Migration is defined broadly as a permanent or semipermanent change of residence. No restriction is placed upon the distance of the

12 Vgl. SCHWARZ 1969, S. 7.

13 So z.B. bei KULS 1980, S. 159.

14 Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 48.

15 Vgl. BOGUE 1959, S. 489 - hier zitiert aus MACKENSEN 1981, S. 88.

16 VANBERG 1971, S. 10.

17 Vgl. MACKENSEN 1981, S. 88.

18 MACKENSEN 1981, S. 88.

19 Vgl. KILLISCH 1979, S. 7.

20 SZELL 1972, S. 20.

21 So z.B. KILLISCH 1979, S. 53.

move or upon the voluntary or involuntary nature of the act, and no distinction is made between external and internal migration"²².

Je nach Fragestellung werden teilweise auch innerstädtische Umzüge und Nahwanderungen als kleinräumige Bevölkerungsmobilität zusammengefaßt, denen großräumige Bevölkerungsbewegungen gegenübergestellt werden. Andere Autoren grenzen Nah- und Fernwanderungen voneinander ab²³.

Wenn in der vorliegenden Untersuchung Wanderungen mit der Definition der amtlichen Statistik gleichgesetzt werden, d.h. als Wohnungswechsel mit Überschreitung der Gemeindegrenzen betrachtet werden, so geschieht dies aus Gründen der Operationalität, da die Wanderungsdaten der amtlichen Statistik auf Gemeindebasis vorliegen. Damit taucht zwar das Problem auf, daß Umzüge innerhalb der Gemeindegrenzen oftmals bei den derzeitigen Größenverhältnissen der Kommunen über eine größere Distanz erfolgen als ein grenzüberschreitender Wohnungswechsel, was jedoch eine grundsätzliche Schwierigkeit bei der Zugrundelegung administrativer Grenzen - also auch der vorher erwähnten Kreisgrenzen - bedeutet. So läßt sich bemängeln, daß ein Wanderungsbegriff, der sowohl den Wünschen der theoretischen und empirischen Wanderungsforschung als auch den Erfordernissen der Regionalplanung sowie den Möglichkeiten der amtlichen Statistik und Verwaltung gleichermaßen gerecht wird, auf absehbare Zeit nicht erkennbar ist²⁴.

Die vorangegangenen Ausführungen wollen verdeutlichen, daß die Entfernung ein elementares Merkmal von Wanderungen darstellt, ohne daß jedoch die Distanz zwischen Wegzugs- und Zuzugsgemeinden Bestandteil von Definitionen ist. Des weiteren werden administrative Grenzen berücksichtigt, obwohl diese nicht mit den räumlichen Interaktionsfeldern identisch sind.

Der Versuch die distanzielle und funktionale Komponente miteinander zu kombinieren, führte zur Unterscheidung zwischen intra- und interregionalen Wanderungen. GATZWEILER spricht von innerregionalen bzw. intraregionalen Wanderungen bei einem Wechsel des Wohnortes, "wenn ein Wechsel anderer Aktivitätenstandorte damit nicht notwendigerweise verbunden ist"²⁵. Interregionale Wanderungen liegen dann vor, "wenn damit eine Aufgabe des gesamten räumlichen Aktionsfeldes notwendigerweise verbunden ist"²⁶. Aktivitätsstandorte sind für ihn diejenigen Standorte, in denen die Grunddaseinsfunktionen Arbeiten, Wohnen, Bildung, Versorgung, Freizeit und soziale Beziehungen realisiert werden. Dies kann an verschiedenen Standorten geschehen, deren Verknüpfung - sozusagen das Standortsystem - bezeichnet er als Aktionsfeld. Demzufolge werden bei interregionalen Wanderungen sämtliche Grunddaseinsfunktionen in einem neuen Aktionsfeld wahrgenommen, während bei intraregionalen Wanderungen lediglich eine partielle Verschiebung innerhalb des Standortsystems vorgenommen wird. Aktionsfelder bilden für ihn die Einflußbereiche von Oberzentren²⁷.

Für periphere ländliche Räume ohne nahegelegenes Oberzentrum erscheint dieser Zuschnitt allerdings zu groß, und es empfiehlt sich, dort Mittelbereiche zugrunde zu legen, weil gut ausgestattete Mittelzentren in vielen Fällen über eine Angebotsstruktur verfügen, die mit Oberzentren konkurrieren kann. Die oftmals geringen Verflechtungen zum Oberzentrum aber dafür umso intensiveren Verflechtungen zum Mittelzentrum implizieren, das Aktionsfeld - im obigen Sinne - auf Mittelbereichsebene anzusetzen. Hinsichtlich von Wanderungsvorgängen bedeutet dies, daß ein großer Teil von intraregionalen - abgestellt auf Gebietstyp Oberbereich - realiter als interregionale Wanderungen anzusehen sind, weil eine komplette Verlagerung der Aktivitätsstandorte damit vonstatten geht. Mithin können die jeweiligen räumlichen Aktionsfelder unterschiedliche regionale Ausprägung haben.

22 LEE 1969, S. 285.

23 Nähere Erläuterung zur Unterscheidung dieser beiden Wanderungsarten bei SCHWARZ 1969, S. 9 f.

24 Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 49.

25 GATZWEILER 1975, S. 31.

26 GATZWEILER 1975, S. 32.

27 GATZWEILER 1975, S. 43.

Für Untersuchungen innerhalb der räumlichen Mobilitätsforschung, die empirische Ergebnisse in den Vordergrund stellen, bedeutet dies, "daß die Unterscheidung zwischen inter- und intraregionalen Wanderungen aus den Problem- und Aufgabenstellungen der jeweiligen Wanderungsuntersuchungen abzuleiten und bei vorgegebenen Untersuchungsräumen deren räumlichen Bedingungen anzupassen ist"²⁸. Das impliziert jedoch, daß eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen Analysen erheblich erschwert wird.

Ein anderer Aspekt, der in der Literatur teilweise aufgegriffen wird, soll hier nur am Rande behandelt werden: Freiwilligkeit oder Zwangscharakter von Wanderungen. Von einigen Autoren wird die Freiwilligkeit explizit betont²⁹, andere dagegen messen diesem Kriterium keine Bedeutung bei³⁰. Die Einschränkung auf Freiwilligkeit schließt jedoch einen großen Teil historischer Wanderungsphänomene aus, wie z.B. die Auswanderungen nach Übersee oder die Bevölkerungsbewegungen innerhalb Europas als Folge des Zweiten Weltkriegs. Heute geht man in den modernen Industrienationen davon aus, daß Wanderungen freiwillig erfolgen und als Folge individueller Entscheidungen unter Berücksichtigung von Alternativen erfolgen³¹.

Für die Bundesrepublik Deutschland garantiert das Grundgesetz (Artikel 11) die Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet und die freie Wahl des Berufs, Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Artikel 12). Dennoch gilt dies in Teilregionen nur mit Einschränkungen. Wenn z.B. in peripheren ländlichen Räumen aus den bereits weiter oben erwähnten Gründen kein Arbeitsplatz oder keine Ausbildungsstätte gefunden werden kann, so entsteht für die dort lebende Bevölkerung durchaus eine Art Zwang abzuwandern. Eine Einschränkung der Freiwilligkeit betrifft in der Mehrzahl Frauen und Kinder, da deren Entschluß zu einem Wohnortwechsel in vielen Fällen nicht selbständig erfolgt, sondern von dem des Mannes oder Vaters abhängig ist³².

Wenn bis hierher quasi eine Trennung zwischen sozialen und räumlichen Mobilitätsformen vorgenommen wurde, so geschah dies nur aus Gründen einer analytischen Differenzierung, denn in Wirklichkeit bestehen enge Verknüpfungen zwischen sozialer und räumlicher Mobilität. Oftmals ist ein Wohnortwechsel mit einem Wechsel des Arbeitsplatzes evtl. auch des Berufes verbunden, d.h. mit gleichzeitigem sozialem Auf- oder Abstieg bzw. Zu- oder Abnahme des sozialen Status. Über mögliche Kombinationen zwischen Berufs- und Arbeitsplatzwechsel auf der einen und Wohnortwechsel auf der anderen Seite gibt Übersicht 2 Aufschluß³³.

28 DOBBERKAU 1980, S. 50 f.

29 Vgl. RÖDER 1974, S. 67 ff.

30 Erinnerung sei an die Definition von LEE 1969, S. 285 (in diesem Kapitel).

31 Vgl. BUCHHOLZ 1970, S. 30.

32 Vgl. RÖDER 1974, S. 70.

33 Entnommen aus MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 11.

Übersicht 2: Zusammenhang zwischen Wohnungswechsel und Wechsel von Arbeitsplatz bzw. Beruf

Wechselbereich				
Nahbereich	Beruf*	Arbeitsplatz	Wohnung	Mobilitätstypus
innerhalb	+	+	0	A: soziale Mobilität
außerhalb	+	+	0	B: soziale Mobilität und Pendeln
innerhalb	0	+	0	C: Arbeitsplatzwechsel
außerhalb	0	+	0	D: Arbeitsplatzwechsel und Pendeln
innerhalb	0	+	+	E: Nahwanderung
außerhalb	0	+	+	F: Fernwanderung
innerhalb	0	0	+	G: Umzug
außerhalb	0	0	+	H: Fernwanderung und Pendeln
innerhalb	+	+	+	I: Nahwanderung und soziale Mobilität
außerhalb	+	+	+	J: Fernwanderung und soziale Mobilität

+ = gewechselt 0 = beibehalten

* allgemeiner Berufswechsel oder die Kombination von Berufs- und Wohnungswechsel sind logisch unmögliche Fälle, da ein Berufswechsel einen Arbeitsplatzwechsel impliziert.

Quelle: MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 11

Die Frage nach der Kausalität ist dagegen noch offen. "Bisher ist noch ungeklärt, ob die geographische Mobilität die Folge vertikaler Mobilität oder umgekehrt die vertikale Mobilität Folge geographischer Mobilität ist, oder ob nicht vielleicht beide Phänomene völlig unabhängig voneinander sind"³⁴. Beide Größen können demzufolge sowohl als unabhängige als auch als abhängige Variablen auftreten³⁵.

Innerhalb der geographischen Mobilitätsforschung werden die Auswirkungen räumlicher und sozialer Mobilitätsformen in dem Terminus sozialgeographische Mobilität zusammengefaßt. "Der Begriff der sozialgeographischen Mobilität ist im Bedeutungsinhalt der regionalen Mobilität übergeordnet, schließt er doch Änderungen von Verhaltensweisen und sozialen Positionswechsel von Gruppen ein, ohne daß dabei räumliche Bevölkerungsbewegungen ablaufen müßten"³⁶. Es besteht eine Identität zwischen sozialgeographischer Mobilität und dem Begriff "soziale Mobilität im weiteren Sinne"³⁷. Die daraus resultierenden beiden Inhalte des Begriffs "soziale Mobilität" werden wie folgt unterschieden³⁸:

³⁴ ALBRECHT 1972, S. 136.

³⁵ So faßt ALBRECHT 1972, S. 141 die funktionalen Beziehungen zwischen vertikaler und geographischer Mobilität zusammen.

³⁶ SCHAFFER 1968, S. 60.

³⁷ Vgl. ALBRECHT 1972, S. 24 und DOBBERKAU 1980, S. 54.

³⁸ Vgl. Übersicht 1.

- "Soziale Mobilität im engeren Sinne" bezeichnet Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen. Diese Mobilitätsvorgänge sollen aus Gründen der sprachlichen Differenzierung im folgenden als "sozialstrukturelle Mobilität" bezeichnet werden³⁹. Somit fallen alle die Formen, die weiter oben als "soziale Mobilität" bezeichnet wurden, unter diesen Terminus.
- "Soziale Mobilität im weiteren Sinne" umfaßt demzufolge sowohl die räumliche Mobilität als auch die sozialstrukturelle Mobilität und ist beiden Formen übergeordnet.

3.2 Makrotheoretische Ansätze

Ähnlich den vielen unterschiedlichen Definitionsansätzen existiert auch keine einheitliche Theorie der Wanderungen. Die zahlreichen unterschiedlichen Erklärungsansätze zur räumlichen Bevölkerungsbewegung stellen in erster Linie ein Spiegelbild der verschiedenen Einzeldisziplinen dar, die Migrationsforschung betreiben, wie die Demographie, Ökonomie, Soziologie, Geographie, Psychologie, Regionalwissenschaft usw.⁴⁰. Generell läßt sich eine Zweiteilung in makroanalytische und mikroanalytische Forschungsansätze feststellen, je nachdem ob eine "systemorientierte" oder eine "verhaltenstheoretische" Betrachtung vorliegt⁴¹. Andere Autoren sprechen von kollektivistisch orientierten und individualistisch orientierten Analysen⁴² oder trennen zwischen einer systemtheoretischen und individualtheoretischen Forschungsrichtung⁴³. Die im aktuellen Schrifttum verwendete Zweiteilung wird in dieser Untersuchung übernommen⁴⁴.

Makroanalysen erfassen räumliche Bevölkerungsbewegungen auf hoher Aggregationsebene und analysieren Stärke und Richtung der Wanderungsströme. Dabei werden Wanderungen zu Eigenschaften des ökonomischen oder sozialen Systems in Beziehung gesetzt⁴⁵ und "als räumliche Anpassungsprozesse an strukturelle Veränderungen innerhalb des betrachteten Systems interpretiert"⁴⁶.

Analog zu ROGERS werden die drei wesentlichen Ansätze dieser Forschungsrichtung vorgestellt⁴⁷, die "Distanztheorien" (meistens in Form von "Gravitationsmodellen"), die "push-pull"-Theorien (als "Regressionsmodelle") und "probabilistische" Theorien (häufig in Form von "Simulationsmodellen")⁴⁸.

3.2.1 Distanztheorien

Den größten Teil makroanalytischer Untersuchungen bilden Arbeiten, bei denen die Distanz im Mittelpunkt steht. Dieser Grundgedanke geht auf die "Wanderungsgesetze" von Ravenstein zurück⁴⁹, in denen folgende Hypothese aufgestellt wird: Die Zahl der Wanderungen zwischen zwei Regionen ist direkt proportional der Größe der Bevölkerung in der Herkunftsregion und der Anziehungskraft der Zielregion und indirekt proportional der Entfernung zwischen diesen beiden Regionen, d.h. je geringer die Entfernung zwischen diesen beiden Regionen umso größer ist die Zahl der Wanderungen et vice versa. Die Anziehungskraft der Zielregion ist nach RÖDER abhängig von den dort vorhan-

³⁹ Diese Unterscheidung geht auf DOBBERKAU 1980, S. 54 zurück.

⁴⁰ Vgl. ALBRECHT 1972, S. 7; DOBBERKAU 1980, S. 57.

⁴¹ Vgl. RÖDER 1974, S. 43 f.; GATZWEILER 1975, S. 27; HARMS 1975 S. 55; KILLISCH 1979, S. 11.

⁴² VANBERG 1975, S. 5.

⁴³ FISCHER 1973, S. 193 ff.

⁴⁴ Vgl. VANBERG 1971, S. 89; WULF 1972, S. 483 ff.; GATZWEILER 1975, S. 27; HARMS 1975, S. 55 f.; DOBBERKAU 1980, S. 60; BÄHR 1983, S. 279 u. S. 293.

⁴⁵ GATZWEILER 1975, S. 27.

⁴⁶ KILLISCH 1979, S. 12.

⁴⁷ ROGERS 1965, S. 3.

⁴⁸ Eine wissenschaftstheoretische Diskussion über den Unterschied zwischen Theorie und Modell soll an dieser Stelle nicht erfolgen. Aus Gründen einer besseren Systematisierung sind die Begriffe in der obigen Form gewählt. - Zu dieser Diskussion vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 64 f.

⁴⁹ RAVENSTEIN 1885 und 1889.

denen ökonomischen Chancen⁵⁰. Die Bedeutung der Wanderungsgesetze von RAVENSTEIN für die weitere Mobilitätsforschung resultiert aus der Einbeziehung von Bevölkerungsgröße und Distanz als Grundlage für die Gravitationsmodelle und die Berücksichtigung von Kräften der Anziehung und Abstoßung als Ausgangspunkt für die "push-pull"-Theorie, auf die später noch eingegangen wird. Auf der Basis von Wanderungsbewegungen in Großbritannien ermittelte RAVENSTEIN insgesamt fünf Typen von Wanderungen anhand der zurückgelegten Entfernung⁵¹.

Die heute bekannte und verwendete Formulierung des Gravitationsmodells geht auf ZIPF zurück⁵². Er brachte den Grundgedanken der distanziellen Abhängigkeit von Wandernden in Verbindung mit dem Gravitationsgesetz aus der Physik⁵³ und übertrug dessen Gesetzmäßigkeiten auf sozialwissenschaftliche Phänomene⁵⁴. Dies läßt sich mit folgender Formel darstellen:

$$M_{ij} = P_i \cdot P_j \cdot D_{ij}^{-1}$$

Dabei ist:

- M_{ij} = Zahl der Wanderungen vom Herkunftsort i zum Zielort j
- P_i = Bevölkerung im Herkunftsort
- P_j = Bevölkerung im Zielort
- D_{ij} = Distanz zwischen Herkunfts- und Zielort

Als Masse oder als Indikator für die Attraktivität (Anziehungskraft) betrachtet man die jeweiligen Einwohnerzahlen, die in Verbindung gebracht werden mit vorhandenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten usw.⁵⁵. Das Wanderungsvolumen wird somit in Abhängigkeit von der Entfernung zwischen zwei Regionen und der Attraktivität eines möglichen Zielgebietes gesehen.

Die empirische Überprüfung dieses simplen Gravitationsansatzes brachte ungewöhnlich gute Ergebnisse, gleichwohl liefert er keine eigentliche Erklärung, warum es zu Wanderungen kommt⁵⁶.

Hingegen betrachtet STOUFFER nicht die reine Distanz als wesentlich für die Wanderungsentscheidung, sondern geht in seinem Konzept von der räumlichen Verteilung potentieller Wanderungsziele als entscheidender Variable aus⁵⁷. Dies können einmal "opportunities" des Zielgebietes sein, ausgedrückt durch die Zahl der freien Wohnungen und freien Arbeitsplätze⁵⁸, zum anderen die "intervening opportunities", d.h. die Zahl der "opportunities" zwischen Herkunftsort und Zielort. Es besteht demnach eine Konkurrenz zwischen Zielort und allen übrigen Orten in dem Bereich zwischen Herkunftsort und Zielort, d.h. die Wanderungsentscheidung wird davon abhängig sein, ob zwischen beiden Orten noch weitere Anziehungspunkte liegen. Dies impliziert, daß die Zahl der Wandernden zum Zielort umso kleiner wird, je größer die Einwohnerzahl der dazwischenliegenden Orte ist, die als Wanderungsziele ebenfalls in Frage kommen⁵⁹. In einer späteren Modifizierung seines Modells wird der Terminus der "competing migrants" eingeführt⁶⁰, der besagt, daß die Zahl der Wanderungen von einem Herkunftsort zu einem Zielort zusätzlich davon abhängig ist, wieviele Wanderungswillige aus den Orten, die räumlich näher zum Zielort liegen als der Herkunftsort, in den Zielort ziehen werden.

50 RÖDER 1974, S. 162. - Vgl. auch das Gesetz Nr. 5 bei RAVENSTEIN 1972, S. 52: "Große Entfernungen zurückliegende Wanderer wenden sich im allgemeinen Industriezentren zu".

51 Nähere Einzelheiten siehe bei HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 55 f.

52 ZIPF 1946, S. 677 ff.

53 Dies besagt, daß sich zwei punktförmige Massen m₁ und m₂ mit einer Kraft K anziehen, die proportional dem Quadrat ihrer Entfernung ist (nach JANSEN 1969, S. 155).

54 WULF 1972, S. 487 vermutet, daß wahrscheinlich die Einfachheit des Gravitationsansatzes eine große Faszination auf Sozialwissenschaftler ausübt.

55 Vgl. KULS 1980, S. 173.

56 Vgl. WULF 1972, S. 487; FISCHER 1973, S. 194.

57 STOUFFER 1940, S. 845 ff.

58 Vgl. LANGENHEDER 1968, S. 50.

59 Vgl. SCHWARZ 1969, S. 59.

60 STOUFFER 1960.

Diese Wandernden sind in dem Wettbewerb um die im Zielort gebotenen Gelegenheiten im Vorteil⁶¹.

Das Modell von STOUFFER wurde in verschiedenen empirischen Arbeiten mit gutem Erfolg getestet⁶². Gleichwohl kritisiert man den rein deskriptiven Charakter dieses Ansatzes, der zwar tatsächlich eingetretene Wanderungen ex-post sehr gut beschreiben kann, jedoch nicht zu erklären vermag⁶³. Ein zentraler Kritikpunkt bezieht sich auf den Begriff der "opportunities" und dessen Operationalisierung. Da die "opportunities" gleichzeitig die Zahl der Zuwanderer bezeichnen und das Maß für die "Anziehung" darstellen, die ein Ort auf Wandernde ausübt, liegt ein Zirkelschluß vor, d.h. Migration determiniert sich selbst⁶⁴.

Trotz aller Kritik an den klassischen Gravitationsmodellen von ZIPF und STOUFFER muß anerkannt werden, daß dadurch die Mobilitätsforschung entscheidende Anregungen erfuhr. Neuere Arbeiten haben z.B. versucht, sich von der monokausalen Betrachtungsweise zu lösen, und zusätzliche erklärende Variable eingeführt. Besonders erwähnenswert erscheinen in diesem Zusammenhang die Untersuchungen von SOMERMEIJER und SCHWARZ.

SOMERMEIJER greift bei seiner Analyse der Wanderungsströme zwischen den einzelnen Provinzen der Niederlande den Grundgedanken von ZIPF auf und erweitert dessen Formel um die soziale Distanz und um Attraktivitätsunterschiede zwischen den Regionen⁶⁵. Als soziale Distanz betrachtet er die konfessionellen Unterschiede zwischen den niederländischen Provinzen, ausgehend von der These, daß sich in der Religionszugehörigkeit typische, unterschiedliche Einstellungen und Verhaltensweisen manifestieren. Der Attraktionsfaktor einer Region setzt sich aus einer Reihe von Merkmalen zusammen: Urbanisierungsgrad, Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosenquote, Wohnungsqualität und Erholungsfläche pro Einwohner, wobei der Urbanisierungsgrad als die wichtigste erklärende Größe ermittelt wird. In der Einführung der sozialen Distanz und der damit verbundenen Modifizierung der rein räumlichen Distanz liegt das Besondere dieses Ansatzes, der speziell für die Länder geeignet erscheint, in denen sich religiöse, sprachliche oder rassische Trennung räumlich auswirkt⁶⁶.

SCHWARZ benutzt - ausgehend von der ZIPF-Formel - als Attraktivitätsmaß die Bevölkerungsdichte, die Veränderung der Einwohnerzahlen, die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts sowie den Anteil des warenproduzierenden Gewerbes⁶⁷.

Diese letzten beiden skizzierten Ansätze stehen stellvertretend für eine Reihe von Untersuchungen, die vornehmlich in den USA durchgeführt wurden⁶⁸.

3.2.2 Push-pull-Theorien

Bei der "push-pull"-Theorie wird der Grundgedanke RAVENSTEINS von den anziehenden und abstoßenden Faktoren aufgegriffen und von LEE entscheidend erweitert mit dem Ziel, ein allgemeines Schema zu entwickeln, aus dem das Wanderungsvolumen, die Ströme und Gegenströme sowie die Merkmale der Wanderer abgeleitet werden können⁶⁹.

⁶¹ Vgl. TERMOTE 1972, S. 145.

⁶² Nähere Einzelheiten zu diesen Gravitationsmodellen und Kritik siehe bei LANGENHEDER 1968, S. 49 ff.; HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 76 ff.; ALBRECHT 1972, S. 92 ff.

⁶³ FISCHER 1973, S. 194.

⁶⁴ Vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 78 f.; ALBRECHT 1972, S. 100.

⁶⁵ SOMERMEIJER 1961, S. 144 ff.

⁶⁶ Vgl. TERMOTE 1972, S. 151 ff.

⁶⁷ SCHWARZ 1969, S. 57.

⁶⁸ Verwiesen sei auf das Schrifttum, in dem diese Untersuchungen differenzierter dargestellt werden, wie z.B. bei ALBRECHT 1972, S. 104 ff.; TERMOTE 1972, S. 148 ff. und WULF 1972, S. 489 ff.

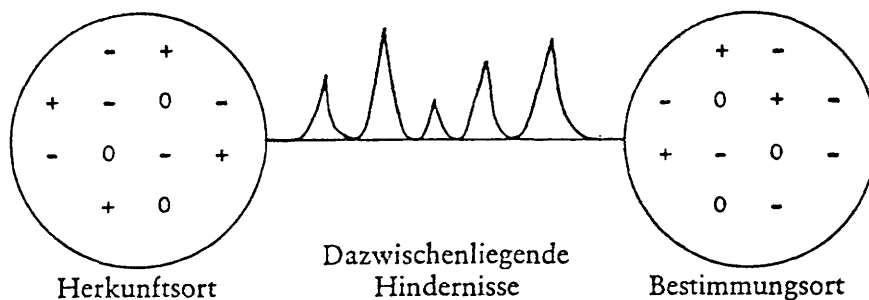
⁶⁹ LEE 1972, S. 117. - Verwiesen sei auch auf die ausführliche Darstellung bei WITTMANN 1975, S. 16 ff.

Die Wanderungsentscheidung und den Wanderungsprozeß beeinflussen insgesamt vier Faktoren:

- Faktoren in Verbindung mit dem Herkunftsgebiet
- Faktoren in Verbindung mit dem Zielgebiet
- Intervenierende Hindernisse
- Persönliche Faktoren.

Die graphische Darstellung der ersten drei Faktoren ergibt bei Lee folgendes Bild:

Übersicht 3



Es wird deutlich, daß es in jeder Region Pull-Faktoren gibt, die die Menschen anziehen bzw. festhalten (in der Graphik mit + gekennzeichnet) und Push-Faktoren, die sie abstoßen bzw. fernhalten (in der Graphik mit - dargestellt). Hinzu kommen noch Faktoren, gegenüber denen sich die Menschen indifferent verhalten (im Schema als 0 dargestellt). Gegenüber der reinen "push-pull"-Theorie existiert ein wesentlicher Unterschied, indem in allen Regionen sowohl anziehende als auch abstoßende Faktoren wirken, und es demzufolge keine reinen "Push"- und "Pull"-Regionen gibt⁷⁰.

Für das Individuum ist nicht das bloße Vorhandensein von "Push"- und "Pull"-Faktoren entscheidend, sondern die Wahrnehmung und Bewertung dieser Faktoren. Diese ist abhängig von der persönlichen Situation - z.B. bewerten Eltern mit Kindern das Schulsystem anders als solche ohne Kinder - und von den Informationen über die jeweilige Region. Während diese am gegenwärtigen Standort aufgrund der guten Kenntnis des Gebiets vorhanden sind, existieren über die Zielregion meist unvollkommene Kenntnisse.

LEE meint, daß Wanderung das Ergebnis eines Vergleichs von Faktoren der Herkunfts- und Zielregion sein kann, die Wanderungsentscheidung jedoch nicht das Ergebnis einer einfachen Aufrechnung von Plus- und Minusfaktoren sei⁷¹. Eine Wanderung erfolgt erst dann, wenn das Gewicht zugunsten des Umzugs groß genug ist, um das natürliche Beharrungsvermögen zu überwinden. Darüber hinaus existieren zwischen jeweils zwei Punkten intervenierende Hindernisse, die die Wanderungsentscheidung individuell unterschiedlich beeinflussen können. Darunter versteht LEE nicht nur die geographische Entfernung, sondern bezieht auch wirklich physische Barrieren wie die Berliner Mauer oder Einwanderungsgesetze ein.

⁷⁰ Vgl. RÖDER 1974, S. 165.

⁷¹ LEE 1972, S. 199.

Schließlich bestimmen noch persönliche Faktoren die Perzeption der anziehenden und abstoßenden Faktoren sowie der intervenierenden Hindernisse. Wahrnehmung und Bewertung werden in Abhängigkeit von Lebenszyklusphase, Intelligenz, emotionalen Bindungen zur Herkunftsregion und Informationen über die Zielregion gesehen. Die Berücksichtigung von persönlichen Faktoren erweitert das klassisch ökonomische "push-pull"-Modell um eine sozialpsychologische Komponente⁷² und läßt somit auch eine Verwendung auf der Mikroebene zu⁷³.

Aus diesem theoretischen Bezugsrahmen werden insgesamt 19 Hypothesen abgeleitet, von denen sich sechs auf das Wanderungsvolumen, sechs auf die Wanderungsströme und -gegenströme sowie sieben auf die Charakteristika der Wandernden beziehen.

Das Wanderungsvolumen ist abhängig von den Unterschiedlichkeiten der Bevölkerung und der Region, wobei bei dieser die Konjunkturschwankungen und der Entwicklungsstand von Bedeutung sind⁷⁴. Außerdem sind die Schwierigkeiten bei der Überwindung intervenierender Hindernisse von großer Wichtigkeit. Ferner nimmt LEE an, daß im Laufe der Zeit der Umfang der Wanderungen zunimmt.

Wanderungsströme vollziehen sich auf bestimmten Routen und induzieren Gegenströme. Ihr Wirkungsgrad - definiert als Verhältnis von Strom zu Gegenstrom - ist abhängig von der unterschiedlichen Beschaffenheit der Herkunfts- und Zielregion und den intervenierenden Hindernissen zwischen diesen beiden. Außerdem beeinflußt die konjunkturelle Situation in der Zielregion die Wanderungsströme - in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs werden hohe Zuwanderungsraten erzielt bei geringer Rückwanderung, in Zeiten der Depression erfolgt eine Umkehrung.

In den Hypothesen über Charakteristika stellt LEE zunächst fest, daß Wanderungen selektiv sind, weil Menschen unterschiedliche Fähigkeiten besitzen und daher unterschiedlich auf die Plus- und Minusfaktoren reagieren. Die dann folgenden Hypothesen spezifizieren die Selektion. Eine "positive" Selektion liegt vor, wenn die Anziehungskräfte in der Zielregion die Wanderung determinieren und große intervenierende Hindernisse überwunden werden. Eine "negative" Selektion bilden Wanderer, deren Entscheidung durch Minusfaktoren in der Herkunftsregion bestimmt wird. Insgesamt betrachtet wird eine bimodale Selektion unterstellt, da angenommen wird, daß etwa gleichviel Wandernde auf Plusfaktoren in der Zielregion wie auf Minusfaktoren in der Herkunftsregion reagieren. Eine Selektion steht auch in enger Verbindung mit den einzelnen Lebenszyklusphasen.

Aufbauend auf den Grundannahmen abstoßender und anziehender Kräfte der "push-pull"-Theorie wurden auf der Makroebene zahlreiche analytische und prognostische Untersuchungen durchgeführt, in denen Wanderungsströme oder -salden vor allem als abhängige Größe des ökonomischen Entwicklungsstandes und des Lohn- und Gehaltsniveaus einer Region betrachtet werden⁷⁵. Ferner wurden in Erweiterung dieser monokausalen Betrachtungsweise noch die interregional unterschiedliche Wohnungsversorgung, die Freizeitmöglichkeiten oder der Versorgungsgrad mit Dienstleistungen einbezogen⁷⁶. Diesen Bestimmungsgrößen werden dann Variable zugeordnet, wie z.B. das Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung oder die relative Veränderung dieses Wertes über einen gewissen Zeitraum, und deren jeweiliger Einfluß mit Hilfe von Faktorenanalysen bzw. multiplen Regressionsanalysen berechnet.

⁷² RÖDER 1973, S. 167.

⁷³ WITTMANN 1975, S. 26.

⁷⁴ Die gesonderte Berücksichtigung der konjunkturellen Schwankungen und des Entwicklungsstandes wird besonders von HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 89 kritisiert. Diese beiden Kriterien sind keine selbständigen Variablen, weil sie bei den Grundannahmen als Indikatoren für die Unterschiedlichkeit der Gebiete herangezogen werden.

⁷⁵ So z.B. bei SJAASTAD 1970 und ADEBAHR 1972.

⁷⁶ Hier sind im deutschsprachigen Raum JANSEN 1969 und BIRG 1975 zu nennen. - Eine Darstellung englischsprachiger Arbeiten findet sich bei HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 70 ff. und ULF 1972, S. 489 ff.

Insgesamt betrachtet lassen sich die Land-Stadt-Wanderungen in der Bundesrepublik bis Mitte der 60er Jahre diesem Modelltypus zuordnen, zumal wenn die Wanderungen überwiegend ökonomisch bedingt waren. Weil von den Verdichtungsräumen eine stete Nachfrage nach Arbeitskräften ausging, übten diese einen ständigen Sog aus⁷⁷. Andererseits lassen sich intraregionale Wanderungen wie die Kernstadt-Umland-Wanderung, denen überwiegend wohnungsorientierte Motive zugrunde liegen, nicht mit dieser Theorie erfassen⁷⁸. Hier bietet sich eine Erweiterung um Theorien an, die individuelle Entscheidungsprozesse am Wanderungsgeschehen wie z.B. die unterschiedlichen Anspruchsniveaus aufzeigen⁷⁹. Darauf soll später noch eingegangen werden.

3.2.3 Probabilistische Theorien

Probabilistische Ansätze sind Makroanalysen, denen Wahrscheinlichkeitsrechnungen zugrunde liegen. Während bei den vorherigen Theorien, die als deterministisch bezeichnet werden, genaue Relationen zwischen der zu erklärenden Größe und den Variablen existieren, erklärt ein probabilistisches Modell die Wanderungsentscheidung unter Unsicherheitsbedingungen⁸⁰, d.h. nicht das Verhalten des Durchschnitts der Bevölkerung wird beschrieben, sondern man berücksichtigt die grundlegenden Unbestimmtheiten im Verhalten der Individuen⁸¹. Die Übergangswahrscheinlichkeiten von einer räumlichen Einheit zu einer anderen werden mit Hilfe mathematischer Gleichungen ausgedrückt, die aus der Wahrscheinlichkeitstheorie stammen.

Zu dieser Gruppe gehören die Simulationsmodelle, wie sie HÄGERSTRAND in statischer Form benutzt, und die von GATZWEILER vorgenommene Dynamisierung⁸², indem durch die Anwendung von Markoff-Ketten die raum-zeitliche Dynamik der Wanderungsvorgänge berücksichtigt wird⁸³.

Auf eine ausführliche Darstellung soll hier verzichtet werden, denn insgesamt betrachtet ist die Relevanz probabilistischer Theorien in der Migrationsforschung gering⁸⁴. Andererseits sehen verschiedene Autoren in der Weiterentwicklung der dynamischen Modellansätze speziell für den Prognosebereich Chancen⁸⁵, wenn sich darin, wie es GATZWEILER in seinem Ansatz versucht hat, entscheidungs- und verhaltenstheoretische Erklärungsansätze (Mikrotheorien) in eine formalistische Struktur überführen lassen, die mit Hilfe von Wanderungsdaten aus der amtlichen Statistik ausgefüllt werden kann.

Makroanalysen neigen, wie bereits erwähnt, häufig zur monokausalen Betrachtungsweise, weil Wanderungen oftmals als abhängig von ein oder zwei Faktoren gesehen werden⁸⁶. Kritiker der Makroanalysen bemängeln, daß der deduktive Schluß von Wanderungsursachen aus aggregierten Daten der Statistik die Komplexität der individuellen Wanderungsentscheidung vernachlässigt. Wenn z.B. Regionen mit hohem wirtschaftlichem Wachstum einen positiven Wanderungssaldo aufweisen, so meint VANBERG, sei diese aus Korrelationen gewonnene Feststellung keine ausreichende Erklärung, daß hohes wirtschaftliches Wachstum die Wandernden zu ihrer Entscheidung veranlaßt⁸⁷.

77 Diese "Sogtheorie" formulierte GERFIN 1964, S. 572 f.

78 Vgl. BÄHR 1983, S. 301.

79 Vgl. FRANZ 1984, S. 60.

80 Zum Unterschied zwischen deterministischen und probabilistischen Modellen vgl. TERMOTE 1972.

81 KULS 1980, S. 174.

82 HÄGERSTRAND 1957 u. GATZWEILER 1975. - Zum Unterschied zwischen statischem und dynamischem Aspekt s. TERMOTE 1972, S. 161 ff.

83 Diese werden hier nicht näher erläutert. Einzelheiten bei SCHWEITZER 1978, S. 133 ff.

84 Vgl. ALBRECHT 1972, S. 92.

85 WULF 1972, S. 495 ff.; DOBBERKAU 1980, S. 61; BÄHR 1983, S. 308 f.

86 Vgl. GATZWEILER 1975, S. 27.

87 VANBERG 1975, S. 6.

Zwar ist die Erklärung wahrscheinlich zutreffend, dennoch liegt die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses nahe, denn außer direkt oder indirekt bestimmter ökonomischer Größen müssen eine ganze Reihe von Motiven vorliegen, "die in der rein persönlichen, sozialen oder soziologischen Sphäre liegen"⁸⁸. Weil Makrotheorien keine Wanderung erklären bzw. die Wanderungsursachen nicht aufzudecken vermögen, weisen sie lediglich deskriptiven Charakter auf⁸⁹.

Konsequenterweise haben sich die mikroanalytischen Ansätze entwickelt, bei denen die individuelle Wanderungsentscheidung Forschungsgegenstand ist.

3.3 Mikrotheoretische Ansätze

Die aus den aggregierten Daten gezogenen Schlüsse über die individuellen Wanderungsgründe sind aus der mikroanalytischen Perspektive unzureichend, weil zunächst einmal geprüft werden müßte, welche Faktoren tatsächlich relevant sind⁹⁰. Wenn Wanderung als individuelle Verhaltensform angesehen wird, kann dies nur durch eine Betrachtung der wandernden Personen selbst erfolgen.⁹¹ Ausgangspunkt ist die individuell unterschiedliche Wahrnehmung objektiver Standortgegebenheiten, d.h. für verschiedene Gruppen von Individuen existieren unterschiedliche wanderungsbestimmende Faktoren, so daß "die individuelle Wanderungsentscheidung in erheblichem Maße abhängig ist von der subjektiven Bewertung objektiver Standortfaktoren"⁹².

Der individuellen Wanderungsentscheidung liegt, formal betrachtet, ein Nutzenkalkül zugrunde. Der Entschluß zur Migration ist das Resultat eines Nutzenvergleichs zwischen dem gegenwärtigen Wohnort und einer Anzahl möglicher alternativer Wohnorte⁹³. Dabei muß die Nutzendifferenz zwischen neuem und altem Wohnort größer sein als die Wanderungskosten. Bei Betrachtung rein ökonomischer Kosten, wie dies in den ersten Arbeiten mit entscheidungstheoretischen Elementen geschah, wird der homo oeconomicus unterstellt⁹⁴. Diese unrealistischen Annahmen führten zu einer Erweiterung um Faktoren wie die subjektive Einkommenserwartung, die infrastrukturelle Ausstattung einer Region⁹⁵ und sozialpsychologische Faktoren wie die Vertrautheit der sozialen Umgebung oder die Beziehungen zu Freunden und Verwandten.

Im weiteren werden ausgewählte Ansätze der mikroanalytischen Forschungsrichtung dargestellt. Den Ausgangspunkt bildet die Arbeit von WOLPERT, der die einfachen Kosten-Nutzen-Annahmen modifiziert hat. Aus dem deutschsprachigen Raum folgen der verhaltenstheoretische Ansatz von LANGENHEDER, der auf der Theorie struktureller Anomie basierende Ansatz von HOFFMANN-NOWOTNY und der Ansatz von VANBERG, dem die Entscheidungstheorie zugrundeliegt. Nicht unerwähnt bleiben soll die Arbeit von ROSSI⁹⁶, von dem entscheidende Impulse für die Migrationsforschung ausgingen, dessen regionale Bezugsbasis jedoch innerstädtische Umzüge darstellen, so daß auf eine tiefergehende Analyse hier verzichtet werden muß.

⁸⁸ BOUSTEDT 1970, S. 11.

⁸⁹ ALBRECHT 1972, S. 146; VANBERG 1975, S. 6.

⁹⁰ VANBERG 1975, S. 6 ist sogar der Meinung, daß es ohne weitere Beweise unzulässig sei, solche Schlüsse zu ziehen.

⁹¹ Vgl. GATZWEILER 1975, S. 27.

⁹² KILLISCH 1979, S. 32.

⁹³ Vgl. WULF 1972, S. 483 f.

⁹⁴ Wie z.B. bei SJAASTAD 1960. - Vgl. dazu auch FRANZ 1984, S. 69.

⁹⁵ SCHRÖDER 1968, S. 116 ff., führt den Begriff "Wohnortfaktoren" ein, worunter er das quantitative und qualitative Angebot an Wohnungen versteht sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen, klimatische Faktoren sowie das Freizeitangebot.

⁹⁶ ROSSI 1955.

3.3.1 Der Ansatz von WOLPERT

In der Arbeit von WOLPERT wird das Such-, Wahrnehmungs- und Bewertungsverhalten vor der eigentlichen Wanderungsentscheidung in den Mittelpunkt seiner theoretischen Annahmen gestellt⁹⁷. Den Ausgangspunkt bildet die These, daß jede mobilitätsbereite oder -fähige Einheit - dazu zählt er sowohl Einzelpersonen als auch Haushalte - jedem Punkt im Raum eine gewisse Nützlichkeit zuordnet, die als "place utility" bezeichnet wird. Der Nutzen eines Wohnstandortes resultiert aus der Wahrnehmung und Bewertung der Attraktivität oder Unattraktivität des derzeitigen Wohnortes im Vergleich mit potentiellen Alternativen. Erst wenn ein alternativer Wohnstandort so viele Vorteile bietet, daß eine gewisse, vom individuellen Anspruchsniveau bestimmte, Nutzenschwelle (threshold of utility) überschritten wird, wird eine Wanderung ins Kalkül gezogen. Diese Annahme der Nutzenschwelle führt zu einer Modifizierung der einfachen Kosten-Nutzen-Modelle, bei denen nach dem Prinzip des homo oeconomicus ein ständiges Abwiegen von Vor- und Nachteilen und somit latent eine permanente Mobilitätsbereitschaft unterstellt wird. Die Nutzenschwellen differieren je nach Altersgruppe. So ist die Mobilitätsbereitschaft von 20- bis 30jährigen wesentlich höher, weil nur geringe Vorteile vorzuliegen brauchen, während bei älteren Personen eine sehr hohe Nutzenschwelle vorliegt, die entsprechende Beharrungsmuster und -tendenzen bewirkt⁹⁸.

Im Gegensatz zu den einfachen Kosten-Nutzen-Modellen unterstellt WOLPERT keine maximale Erreichung der Zielvorstellungen (d.h. Maximierung der Differenz zwischen Nutzen und Kosten), sondern nimmt an, daß die potentiellen Wanderer einen für sie befriedigenden Wohnstandort anstreben⁹⁹. Aus der Summe der alternativen Wohnmöglichkeiten wird der erstbeste Standort ausgewählt, bei dem die Aspekte des Nutzens entscheidend (um die Nutzenschwelle) höher bewertet werden als die seiner Kosten¹⁰⁰, so daß die Suche nach dem optimalen Wohnort in der Regel unterbleibt. Die Suche, Wahrnehmung und Entscheidung vollzieht sich in Handlungsräumen (action spaces), deren Art und Umfang wie auch die Nutzenschwelle von der Stellung im Lebenszyklus abhängig ist. Gewissen Untergruppen werden somit homogene Handlungsräume und gleiche Nutzenschwellen zugeordnet.

Dies schlägt sich in der Operationalisierung nieder, wobei mehrere Matrizen zur Anwendung kommen¹⁰¹. Die Ermittlung der Bewertung von Standortnutzen oder regionalen Präferenzen erfolgt auf indirektem Wege, indem einmal wegen der Abhängigkeit von einzelnen Lebenszyklusphasen altersgruppenspezifische Wanderungsraten regionsweise geschätzt werden, die dann zum anderen realen Wanderungen gegenübergestellt werden. Die Differenz zwischen geschätzten und tatsächlichen Wanderungsraten betrachtet WOLPERT als Maß der relativen Nützlichkeit oder der relativen regionalen Präferenz verschiedener Regionen für jede der Bevölkerungsgruppen¹⁰².

Insgesamt betrachtet können bei dem Operationalisierungsversuch die theoretisch abgeleiteten individuellen Nutzenschwellen und die daraus resultierenden Wanderungsgründe nicht ermittelt werden. So bereitet die Erfassung individueller Kosten- und Nutzenaspekte Schwierigkeiten in der Praxis, weil die individuelle Nutzenvorstellung als ein Konglomerat von subjektiven und objektiven Einkommens-, Wohn- und Freizeitvorstellungen sowie von sozialpsychologischen Faktoren betrachtet werden muß¹⁰³. Insbesondere die indirekte Bestimmung der Nutzenschwellen durch Berücksichtigung von Daten aus der amtlichen Statistik birgt die Gefahr eines Zirkelschlusses in sich. Insofern liegen die Stärken dieses Ansatzes in seinen theoretischen Überlegungen bezüglich Suche, Wahrnehmung und Entscheidung.

97 WOLPERT 1965, S. 159 ff.

98 Vgl. SIEBERT 1967, S. 58 f. Auch LEE 1972, S. 119 verweist darauf, wie bereits ausgeführt wurde.

99 WOLPERT 1965, S. 162.

100 Vgl. FRANZ 1984, S. 70.

101 Näheres dazu bei TERMOTE 1972, S. 146 f.

102 WOLPERT 1965, S. 167.

103 HARMS 1975, S. 56. - FRANZ 1984, S. 74 sieht die Schwierigkeiten darin, daß Kosten-Nutzen-Faktoren nicht einfach abgefragt werden können.

3.3.2 Der verhaltenstheoretische Ansatz von LANGENHEDER

Die Analyse einer Vielzahl von Wanderungsuntersuchungen, in denen eine große Anzahl von Hypothesen empirisch überprüft wurde, ohne daß ein Teil dieser weder bestätigt noch widerlegt wurde bzw. nur begrenzte Gültigkeit besitzt¹⁰⁴, veranlaßte LANGENHEDER ein eigenes theoretisches Konzept von Wanderungen zu entwickeln, das aus einer allgemeinen Theorie menschlichen Verhaltens abgeleitet wird. Dabei stützt er sich explizit auf die Feldtheorie von LEWIN, die davon ausgeht, daß menschliches Verhalten eine Funktion des Lebensraumes ist, der die Eigenschaft eines Kraftfeldes besitzt, in dem interdependente Kräfte wirken¹⁰⁵.

In der von LANGENHEDER vorgenommenen Modifizierung besteht der Lebensraum einer Person aus gegenwärtigen, vergangenen und zukünftigen Handlungssituationen¹⁰⁶. Diese stellen die jeweilige Realität des Individuums dar und werden definiert als die Art und Weise, wie die Person sich und ihre Umwelt in gegenwärtigen, vergangenen bzw. zukünftigen Situationen sieht. Die zeitliche Abgrenzung der einzelnen Handlungssituation wird aus dem Ausmaß der bewußten oder unbewußten Sichtweise der Umwelt bestimmt. Je nach Bewußtseinsgrad resultiert daraus eine individuell unterschiedliche Bedeutung einzelner Handlungssituationen, die als "relative Potenz" bezeichnet wird.

Neben einer bestimmten relativen Potenz weist jede Handlungssituation eine bestimmte Ausdehnung, die aus einer bestimmten Zahl von Regionen besteht, und einen bestimmten Grad an Realitätsbezug auf. Die Wahrscheinlichkeit, mit der eine Person das Eintreten einer bestimmten Situation erwartet, wird als "subjektive Wahrscheinlichkeit" dieser Handlungssituation definiert.

LANGENHEDER faßt die genannten Aspekte, die die kognitive Struktur des Lebensraumes betreffen - zeitliche Ausdehnung, relative Potenz und subjektive Wahrscheinlichkeit - unter dem Begriff "Erkenntnisstruktur" der Person zusammen¹⁰⁷. Außer der kognitiven Struktur des Lebensraumes ist die individuelle Bewertung der einzelnen Handlungssituationen innerhalb des Lebensraumes von großer Bedeutung. Dabei wird der Grad, inwieweit eine Situation bzw. deren Eintreten erwünscht oder unerwünscht ist, als "Valenz" dieser Handlungssituation bezeichnet. Es können positive Valenzen vorliegen, wenn das Eintreten einer Situation erwünscht ist, oder entsprechende negative Valenzen. "Von Handlungssituationen mit positiver Valenz gehen anziehende Kräfte, von solchen mit negativer Valenz abstoßende Kräfte auf das Individuum aus"¹⁰⁸. Die Summe der Valenzen aller im Lebensraum enthaltenen Handlungssituationen wird als "Valenzstruktur" der Person zusammengefaßt, so daß der Lebensraum in Erkenntnis- und Valenzstruktur unterteilt wird, die in ständiger Interdependenz zueinander stehen. Verhalten wird somit als "eine durch die Person selbst hervorgerufene Änderung des Lebensraumes" definiert¹⁰⁹, was sowohl die Änderung des Ortes als auch der gegenwärtigen Handlungssituationen als auch die Umstrukturierung des Lebensraumes selbst einschließt.

¹⁰⁴ LANGENHEDER 1968, S. 68

¹⁰⁵ LANGENHEDER 1968, S. 75.

¹⁰⁶ LANGENHEDER 1968, S. 77. - Vgl. auch S. 82, wo eine Spezifizierung erfolgt: Verhalten (= Änderung des Lebensraumes) ist eine Funktion der Beschaffenheit des Lebensraumes.

¹⁰⁷ LANGENHEDER 1968, S. 79.

¹⁰⁸ KILLISCH 1979, S. 43.

¹⁰⁹ LANGENHEDER 1968, S. 80.

Indem Wanderungen qua definitione als Spezifizierung von Verhalten angesehen werden, leitet LANGENHEDER in Analogie zum verhaltenstheoretischen Ansatz insgesamt fünf allgemeine Hypothesen ab, die das Wanderungsverhalten betreffen¹¹⁰. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine Person an einen bestimmten Ort wandert, um so größer,

- je größer die Valenz ...
- und je größer die relative Potenz der Handlungssituationen ist, deren Eintreten die Person durch die Wanderung in diesen Ort erwartet
- je geringer die Valenz der Handlungssituationen ist, deren Eintreten die Person im Falle des Nichtwanderns erwartet
- je größer die subjektive Wahrscheinlichkeit ist, daß durch die Wanderung in diesen Ort eine gewünschte Handlungssituation entsteht
- je geringer der Widerstand gegen eine Wanderung in diesen Ort ist.

Trotz des Versuchs, die Theorie zu operationalisieren, bleibt diese sehr allgemein¹¹¹, weil lediglich die Variable "Valenz der Handlungssituation" durch die Merkmale der Regionen (wie berufliche Möglichkeiten, Lebensstandard, Klima, Landschaft etc.) definiert ist¹¹², während zur Messung der Potenz von alternativen Handlungssituationen und zur Messung der subjektiven Einschätzung des Erfolgs von Alternativen operationale Definitionen fehlen.

Die geringe Präzision der Theorie zeigt auch deren empirische Überprüfung. Um die aus der Literatur über Wanderungen zusammengestellten Untersuchungsergebnisse durch seine fünf Hypothesen zu erklären¹¹³, muß sich LANGENHEDER "auf mehr oder weniger plausible Vermutungen stützen"¹¹⁴, weil seine Variablen in den vorliegenden Untersuchungen nicht bzw. nicht in dieser Form verwendet werden. Das Resultat ist ein willkürlich hergestellter Zusammenhang¹¹⁵, den LANGENHEDER "der für unsere Zwecke unzulänglichen Messung der relevanten Variablen, nicht aber der Unzulänglichkeit unseres theoretischen Ansatzes" zuschreibt¹¹⁶. Für VANBERG ergeben sich die Schwierigkeiten der empirischen Überprüfung aus dem eingeschlagenen Weg der Induktion¹¹⁷. Die Einführung zusätzlicher Annahmen geschieht rein subjektiv, und ein anderer Autor hätte wahrscheinlich eine andere Zuordnung von Hypothesen und allgemeinen Aussagen vorgenommen.

Insgesamt betrachtet, scheint der verhaltenstheoretische Ansatz keine Wanderungen erklären zu können und "nicht viel mehr anzubieten als die Trivialität, daß der Mensch bestimmte Situationen anderen Situationen vorzieht, und daß Versuche, die eigene Situation zu gestalten, davon abhängen, ob man ihnen eine mehr oder weniger große Erfolgchance beimißt"¹¹⁸. SZELL glaubt, daß dieser Ansatz eher einen Beitrag zur Verhaltenstheorie als zur Migrationsforschung zu leisten vermag¹¹⁹. Aus soziologischer Sicht liegt die Schwäche des Ansatzes darin, daß individuelles Handeln aus dem Verständnis der Situation des Akteurs selbst erfolgt und nicht von sozial-strukturellen Bedingungen determiniert wird¹²⁰. Zwar sollen individuelle Bedingungen berücksichtigt werden, "wichtig ist nur, daß sie nicht von der politischen und ökonomischen Struktur des Systems, dem sie angehören, isoliert werden"¹²¹.

110 LANGENHEDER 1968, S. 86 ff.

111 Vgl. KILLISCH 1979, S. 45 ff.

112 LANGENHEDER 1968, S. 87.

113 LANGENHEDER 1968, S. 92 ff.

114 LANGENHEDER 1968, S. 91.

115 Dies wird von ALBRECHT 1972, S. 146 f. kritisiert.

116 LANGENHEDER 1968, S. 91.

117 VANBERG 1972, S. 99.

118 ALBRECHT 1972, S. 147. - Vgl. auch SZELL 1972, S. 40, Fußn. 92; MAREL 1980, S. 33.

119 SZELL 1972, S. 29.

120 Vgl. RÖDER 1974, S. 208 ff.

121 RÖDER 1974, S. 211.

3.3.3 Der theoretische Ansatz von HOFFMANN-NOWOTNY

Im Gegensatz zu der Analyse von LANGENHEDER entwickelt HOFFMANN-NOWOTNY (1970) seine Theorie struktureller und anomischer Spannungen, die auf HEINTZ zurückgeht, aus dem sozietalem (sozialen) System¹²².

Die wichtigsten Größen des theoretischen Ansatzes bilden die Begriffe Macht und Prestige, die in einem interdependenten Verhältnis zueinander stehen, d.h. "ein bestimmtes Machtpotential 'erhebt Anspruch' auf ein entsprechendes Prestige, in einer mit einem bestimmten Prestige verbundenen Position wird 'Anspruch erhoben' auf entsprechende Machtteilhabe"¹²³. Fallen die Verteilung von Macht und Prestige zusammen, liegen feste soziale Strukturen vor. Ein Auseinanderfallen der Verteilung von Macht und Prestige dagegen bewirkt Veränderungen der sozialen Strukturen. Davon ausgehend, "daß in 'modernen'sozietalen Systemen Macht und Prestige tendenziell nicht übereinstimmen"¹²⁴, treten Ungleichgewichte auf - Machtüberschüsse bzw. Machtdefizite, die durch die relative Höhe des Prestige bestimmt werden. Diese Differenzen innerhalb des sozietalem Systems bewirken strukturelle Spannungen, die als die zentralen Determinanten des Wandels sozietalem Systeme angesehen werden¹²⁵. Dabei werden zwei Arten struktureller Spannungen unterschieden: Rangspannungen, die die unterschiedliche Machtteilhabe repräsentieren und Ungleichgewichtsspannungen, die aus der unterschiedlichen Verteilung von Macht und Prestige resultieren. Damit aus Rangspannungen oder Ungleichgewichtsspannungen strukturelle Spannungen entstehen, wird die Existenz des jeweils anderen Typs vorausgesetzt. Strukturelle Spannungen erzeugen anomische Spannungen, die zu Reaktionen führen, um einen Ausgleich zwischen Macht und Prestige herzustellen.

Der Ausgleich zwischen Macht und Prestige kann u.a. durch eine Veränderung der Position innerhalb der gegebenen Macht- und Prestigeverteilung geschehen¹²⁶. Dies wird als "Mobilität" bezeichnet, die sich sowohl auf die makrosoziologische (sozietalem Einheiten wie Nationen, Provinzen usw.) als auch auf die mikrosoziologische Ebene (Individuen) beziehen kann. Als eine Form der Mobilität ist die Migration anzusehen¹²⁷.

Auf makrosoziologischer Ebene wird Migration als Interaktionsprozeß zwischen sozietalem Einheiten betrachtet, durch den Spannungen übertragen werden. In diesem Zusammenhang gilt Migration als Instrument zur vertikalen Mobilität sozietalem Einheiten¹²⁸.

Auf der individuellen Ebene wird auch die Beziehung zwischen Migranten und dem sozietalem System, dem sie angehören, berücksichtigt. Migration wird demzufolge als Wechsel von einem spannungsreichen in einen spannungsärmeren Kontext definiert, d.h. die Mitgliedschaft in diesem System wird aufgegeben. HOFFMANN-NOWOTNY sieht die vertikale Mobilität der individuellen Subeinheiten als Folge der geographischen Mobilität an¹²⁹. Neben den Spannungen, die auf Systemspannungen zurückgehen, können auch solche auftreten, die beim Individuum selbst liegen. Ein individuelles Gleichgewicht kann sowohl durch einen Aufstieg innerhalb des bisherigen Kontextes als auch durch Migration in einen anderen Kontext erreicht werden.

¹²² HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 30 verwendet den Terminus "sozietalem System", weil er davon ausgeht, daß er abstrakter ist als der Begriff "soziales System".

¹²³ FRANZ 1983, S. 63.

¹²⁴ HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 35.

¹²⁵ HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 36 f.

¹²⁶ HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 37 f. nennt als weitere Möglichkeiten eine Änderung der Bewertungsgrundlagen, die entscheidend ist für die Messung von Benachteiligung oder Privilegierung, und die Aufgabe von spannungserzeugenden Positionen.

¹²⁷ Vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 98.

¹²⁸ Vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 98.

¹²⁹ Vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 99.

Bei der Operationalisierung der Theorie verwendet HOFFMANN-NOWOTNY die Indikatoren Bruttosozialprodukt pro Kopf, Urbanisierungsgrad und Bildungsniveau¹³⁰, einmal um Rangspannungen, die als regionale Unterschiede dieser Indikatoren definiert werden, zum anderen um Ungleichgewichtsspannungen zu messen, die als Unterschiede der drei Indikatoren innerhalb einer Region betrachtet werden. Die Wahl der Indikatoren zeigt die Schwierigkeiten, geeignete Variable für die Theorie und deren Terminologie zu finden, denn eigentlich beziehen sich die ausgewählten Indikatoren auf den sozio-ökonomischen Entwicklungsstand von Regionen und erklären nur indirekt die postulierten strukturellen Spannungen¹³¹.

Einer der wesentlichen Kritikpunkte ist die Nichtberücksichtigung individueller Wanderungsprozesse und -entscheidungen bei der Operationalisierung. Da HOFFMANN-NOWOTNY Migration als sozialen Interaktionsprozeß erklärt, d.h. räumliche Mobilität von Individuen wird durch gesellschaftliche Kräfte determiniert, betrachtet er Wanderungen als "black box" und vernachlässigt individuelle Wanderungsentscheidungen¹³².

Daß Individuen jedoch keine willenlosen Personen und "nur von sozialen Kräften gesteuerte kleinste Systemeinheiten" sind¹³³, wird im folgenden Theorieansatz demonstriert.

3.3.4 Das entscheidungstheoretische Modell von VANBERG

Die individuelle Wanderungsentscheidung bildet den Ausgangspunkt für das individualtheoretische Modell von VANBERG, in das sowohl Elemente aus der Psychologie als auch der Entscheidungstheorie einfließen¹³⁴.

Folgende Prämissen dienen dabei als Grundannahmen¹³⁵: Menschen wollen die Summe ihrer Motive befriedigen. Diese Motive unterliegen Veränderungen in den einzelnen Lebensphasen hinsichtlich ihrer Zahl, Zusammensetzung und Intensität. Es wird keine vollkommene Rationalität unterstellt, so daß bei der Befriedigung der Motive keine Maximierung angestrebt wird, sondern es müssen Kompromisse geschlossen werden, die zu einer relativen Befriedigung führen¹³⁶.

Wenn aber bei dem Niveau der Motivbefriedigung ein Absinken oder eine Stagnation für mindestens eines der Motive eintritt, strebt das Individuum eine Verbesserung dieses Zustands an. Wanderungen werden dabei nur unter bestimmten Voraussetzungen als "eine mögliche Alternative in einem Spektrum von Lösungsmöglichkeiten" zur Verbesserung der Situation erfolgen¹³⁷.

Terminologisch bildet der Begriff "Deprivation" einen zentralen Bestandteil der Theorie. Eine Deprivation des Individuums ist dann gegeben, "wenn die Möglichkeiten der Motivbefriedigung (= Belohnungen)¹³⁸, die das Individuum besitzt, geringer sind als die erwarteten Möglichkeiten"¹³⁹ bzw. wenn der erwartete Belohnungswert einer Situation über dem tatsächlichen liegt.

¹³⁰ Vgl. HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 99.

¹³¹ Zur Kritik vgl. auch MAREL 1980, S. 31; FRANZ 1984, S. 67. - Verwiesen sei auch auf die Darstellung bei ALBRECHT 1972, S. 147 ff.

¹³² HOFFMANN-NOWOTNY 1970, S. 100. - Explizit heißt es dort: "Bestimmte Konfigurationen von strukturellen Spannungen erscheinen dabei als Input, bestimmte Migrationsraten als Output. Die individuellen Entscheidungsprozesse ... werden bei unserer Betrachtung nicht berücksichtigt, sind also Inhalt der 'black-box'".

¹³³ FRANZ 1984, S. 67.

¹³⁴ VANBERG 1972, S. 35 ff. u. 1975, S. 3 ff. - Die Überlegungen aus der Psychologie stammen von KOTTWITZ 1972, S. 7 ff.

¹³⁵ Vgl. VANBERG 1975, S. 12.

¹³⁶ Dies geschieht auf Grund der beschränkten Wahrnehmungsfähigkeit des Menschen. - Nähere Einzelheiten zum Problem der "Sättigungshypothese" siehe VANBERG 1972, S. 56 ff.

¹³⁷ VANBERG 1972, S. 44.

¹³⁸ Unter Belohnung wird der Bestandteil einer Situation verstanden, der dem Individuum die Befriedigung eines Motivs erlaubt. - Vgl. VANBERG 1972, S. 62.

¹³⁹ VANBERG 1972, S. 65.

VANBERG entwickelt ein Modell der Wanderungsentscheidung, das drei Teile umfaßt¹⁴⁰. Im ersten Teil werden allgemeine Annahmen über das Verhalten von Menschen aufgestellt, die der Erklärung einer allgemeinen Handlungsbereitschaft im zweiten Teil dienen. In Teil III sind die spezifischen Bedingungen enthalten, die eine Überführung dieser allgemeinen Handlungsbereitschaft in eine Wanderungsbereitschaft bewirken.

Für jeden Teil werden Hypothesen formuliert, so z.B. für Teil I:

- Die Deprivation eines Individuums ist um so stärker, je größer die Anzahl negativer Veränderungen in Struktur und Intensität seiner Belohnungen ist.

Der Erklärung einer allgemeinen Handlungsbereitschaft dient die Hypothese:

- Die Handlungsbereitschaft eines Individuums ist um so größer, je mehr Wahrnehmungen das Individuum über alternative Handlungsmöglichkeiten hat.

Daraus leiten sich Hypothesen über die Wanderungsbereitschaft bei bestehender Deprivation ab:

- Die Wanderungsbereitschaft eines Individuums ist um so größer, je stärker die relative Intensität der Perzeption von Wanderung im Vergleich zu anderen Handlungsmöglichkeiten ist.
- Die Wanderungsbereitschaft eines Individuums ist um so größer, je positiver seine Einstellung zu Wanderung ist.

Diese Hypothesen bezüglich der Wanderungsbereitschaft, die den eigentlichen Kern des Wanderungsmodells bilden¹⁴¹, werden dann durch sieben weitere Hypothesen spezifiziert¹⁴². Sie beziehen sich zum einen auf die Perzeption von Wanderungen und zum anderen auf die Erfolgs- und Kosteneinschätzung.

Die Perzeption von Wanderung als Mittel zur Reduktion einer Deprivation ist um so wahrscheinlicher je stärker die Deprivation mit örtlichen Faktoren zusammenhängt, wie z.B. dem Fehlen eines Arbeitsplatzes am Ort, krankheitsförderndem Klima oder Lärmbelästigung und Verschmutzung. Ferner hängt die Perzeption von Wanderung als Handlungsalternative von den Determinanten Häufigkeit von Wanderungen in der Vergangenheit, Erfolg vergangener Wanderungen, Wertschätzung der Wanderung und Wertschätzung der Informationsquelle über Wanderungen ab. Bei einer positiven Ausprägung dieser Größen "ist die Perzeption von 'Wanderung' als mögliche Handlungsweise intensiv"¹⁴³, d.h. es liegt eine latente Wanderungsbereitschaft vor, die durch die ergänzende Einschätzung von Ertrag und Kosten der Wanderung im Vergleich zu möglichen Alternativen zu der Entscheidung Wanderung oder Nicht-Wanderung führt.

Die dazugehörigen Hypothesen besagen, daß der erwartete Ertrag der Handlungsmöglichkeit "Wanderung" um so größer sein wird, je weniger alternative Möglichkeiten vom Individuum wahrgenommen werden und je größer z.B. der Bekanntheitsgrad der neuen Situation ist. Die Erfolgserwartung steigt auch in solchen Situationen an, in denen sich das Individuum verstärktem Druck gegenüber sieht: Bei sich verschlechternden Arbeitsbedingungen ist z.B. die Bereitschaft zu einem Arbeitsplatzwechsel und einem Ortswechsel höher als wenn lediglich eine Verbesserung des Arbeitsplatzes angestrebt wird.

Die Kosten von Wanderungen werden u.a. in Abhängigkeit von ortsspezifischen "Belohnungen" wie Hausbesitz, langjährigem Arbeitsplatz oder Freundes- und Verwandtenkreis, den landschaftlichen und sprachlichen (kulturellen) Unterschieden und der räumlichen Entfernung gesehen. Die Wanderungsbereitschaft eines Individuums ist um so höher, je geringer die Kosten im Vergleich zu den erwarteten Belohnungen sind.

¹⁴⁰ VANBERG 1975, S. 13 ff. - Eine ausführliche Darstellung befindet sich bei VANBERG 1972, S. 60 ff.

¹⁴¹ Vgl. VANBERG 1975, S. 15.

¹⁴² Eine ausführliche Darstellung soll an dieser Stelle nicht erfolgen. - Einzelheiten siehe bei VANBERG 1975, S. 15 ff.

¹⁴³ VANBERG 1972, S. 90.

Da die einzelnen Hypothesen dieses entscheidungstheoretischen Ansatzes eigentlich keine neuen Erkenntnisse über Determinanten von Wanderungen enthalten, sieht VANBERG den Vorteil darin, "daß hier eine systematische Deduktion von Annahmen über Wanderungsverhalten aus einer allgemeinen Handlungstheorie versucht wird"¹⁴⁴.

Bei der empirischen Überprüfung der Einzelhypothesen dieses Ansatzes treten erhebliche Schwierigkeiten auf, weil der individuelle Entscheidungsprozeß und die individuellen Motivationsstrukturen näher analysiert werden müssen. Dies kann jedoch ausschließlich über Befragungen erfolgen. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß der Entscheidungsprozeß bei den meisten wanderungswilligen und gewanderten Personen nicht in sämtlichen Phasen bewußt abgelaufen ist und daß die Entscheidung durch irrationale und/oder emotionale Faktoren beeinflusst worden ist, so daß eine Quantifizierung der theoretischen Ausgangsüberlegungen kaum durchführbar ist. Diesbezüglich bildet die Arbeit von HADERMANN u.a., in der erstmals in der deutschsprachigen Migrationsforschung Persönlichkeitstests zur Anwendung gelangen, bis dato eine Ausnahme¹⁴⁵. Eine solch ausführliche Studie scheitert aber in den meisten Fällen an dem unverhältnismäßig hohen Zeit- und Kostenaufwand.

Generell kann kritisiert werden, daß der Ansatz von VANBERG nicht alle Formen der Wanderung erfaßt, speziell wenn es sich um unfreiwillige Migration handelt¹⁴⁶. Des weiteren werden Sonderfälle wie die Heimunterbringung pflegebedürftiger Menschen oder psychisch Kranker, aber auch Wanderungen, die durch Heirat, Gründung einer Wohn- oder Lebensgemeinschaft oder durch Scheidung, Trennung oder Tod eines Partners hervorgerufen werden, kaum mit diesem Modell erklärt. Dies trifft auch für mitziehende Familienmitglieder zu, wenn ein Ehepartner aufgrund eines Arbeitsplatz- oder Berufswechsels - wie z.B. bei der Versetzung eines Beamten - einen Wohnortwechsel vornimmt und die Restfamilie de facto keine Handlungsalternative besitzt. Häufig muß jedoch in der Realität ein Kompromiß gefunden werden, und in vielen Fällen hat die Ehefrau sogar entscheidenden Einfluß auf die Wahl des Wohnortes¹⁴⁷.

Insgesamt betrachtet, läßt sich trotz unterschiedlicher Ansätze innerhalb der individualtheoretischen Forschungsrichtung eine gemeinsame Basishypothese erkennen: Bei gegebener Unzufriedenheit mit den regionalen Lebensbedingungen¹⁴⁸ dient die Entscheidung zur Wanderung bzw. der Wandervorgang selbst der Verbesserung der derzeitigen individuellen Situation. Die Wanderungsentscheidung wird vom subjektiven Anspruchsniveau¹⁴⁹, den Informationen bzw. den Informationsmöglichkeiten über alternative Standorte und deren Bewertung ganz erheblich beeinflusst¹⁵⁰. Wie es zu einer Wanderungsentscheidung gekommen ist und durch welche Motive sie ausgelöst wurde, läßt sich methodisch nur mit Hilfe von empirischen Befragungen ermitteln, denn relevante Individual- oder Haushaltsdaten liegen in keiner amtlichen Statistik vor. Neben der generellen Schwierigkeit, menschliches Verhalten in operationalisierter Form darzustellen, tritt zudem das Problem der Vergleichbarkeit solcher mikroanalytischer Studien auf¹⁵¹.

3.4 Die Verbindung von makro- und mikrotheoretischen Ansätzen

Trotz der jeweiligen Besonderheiten und der daraus resultierenden spezifischen Vor- und Nachteile beider Forschungsrichtungen bestehen insgesamt jedoch Komplementaritätsbeziehungen¹⁵², so daß konsequenterweise die Verbindung beider Ansätze gefordert wird¹⁵³. Lediglich aus methodischer Sicht erscheint die Zweiteilung gerechtfertigt, denn es existieren gleichwohl gemeinsame Ele-

¹⁴⁴ VANBERG 1975, S. 17.

¹⁴⁵ HADERMANN/KÄPPEL/KOLLER 1975, S. 108 ff. u. S. 457 ff.

¹⁴⁶ Vgl. FRANZ 1984, S. 73 f.

¹⁴⁷ Dies zeigen die Ergebnisse von ANDERSECK 1973.

¹⁴⁸ HARLOFF 1971, S. 360 ff., spricht von "Frustrativität" als auslösendem Moment zur Wanderung.

¹⁴⁹ Nähere Informationen zum Anspruchsniveau bei SIEBERT 1970, S. 39 ff.; HEUER 1975, S. 124 f.

¹⁵⁰ Vgl. WULF 1972, S. 486; FISCHER 1973, S. 196; KILLISCH 1979, S. 33 ff.

¹⁵¹ Vgl. HARMS 1975, S. 56.

¹⁵² GATZWEILER 1975, S. 39.

¹⁵³ VANBERG 1971, S. 100. - Ein skizzenhafter Versuch erfolgt bei VANBERG 1975, S. 17 ff. Die praktische Umsetzung dieser Idee geschieht durch BERGMANN/FRIEDAG/KRÄMER/MACKENSEN 1979.

mente, wie z.B. die Berücksichtigung persönlicher Faktoren in der "push-pull"-Theorie von LEE¹⁵⁴, einem makrotheoretischen Ansatz. Dies unterstreicht noch einmal die Forderung nach einer Zusammenführung.

Ein interregionales Wanderungsmodell, das sowohl individuelle Entscheidungsfaktoren berücksichtigt als auch durch statistische Daten ausgefüllt werden kann, wird von GATZWEILER entwickelt¹⁵⁵. Ausgehend davon, daß eine Entscheidungseinheit (Einzelperson oder Haushalt) erst dann eine interregionale Wanderung vornimmt, wenn ein bestimmtes Bedürfnisniveau nicht mehr durch intraregionale Wanderung befriedigt werden kann, werden Wanderungen in Abhängigkeit von Alter und Stellung im Lebenszyklus betrachtet, weil diese beiden Komponenten einmal die Höhe des Befriedigungsniveaus bestimmen und zum anderen Informationsmöglichkeiten und Perzeptionsfähigkeit davon abhängig sind. Die altersgruppenspezifische Aufteilung der Wanderungsströme unterstellt homogenes Wanderungsverhalten dieser Altersgruppen. Außerdem werden "Push"-Faktoren bzw. Frustrativitätsfaktoren in der Herkunftsregion und "Pull"-Faktoren bzw. Attraktivitätsfaktoren in der Zielregion berücksichtigt (wie z.B. die Erreichbarkeit des nächstgelegenen Oberzentrums, die Ausstattung mit Hochschulen, der Standortquotient für verschiedene Industrien usw.), wobei diejenigen "Push"- und "Pull"-Faktoren verwendet werden, deren Relevanz in verhaltens- und entscheidungstheoretischen Erklärungsansätzen ermittelt wurde¹⁵⁶.

Formal wählt GATZWEILER eine stochastische Modellstruktur¹⁵⁷, um somit "sowohl der Unsicherheit menschlichen Verhaltens selbst als auch der relativen Unkenntnis von menschlichem Verhalten seitens des Forschers explizite im Modellansatz Rechnung" zu tragen¹⁵⁸. Ohne näher auf kritische Einwände gegen dieses Modell einzugehen¹⁵⁹, sei der Versuch erwähnt, die objektiven Standortgegebenheiten einer Region durch subjektive Indikatoren zu ergänzen, indem die regionalen Lebensbedingungen durch die Bewohner selbst beurteilt werden¹⁶⁰.

3.5 Zum theoretischen Ansatz der vorliegenden Untersuchung

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß es keine Universaltheorie der Wanderungen gibt und auch nicht wird geben können¹⁶¹.

Die vorliegende Untersuchung nimmt die unbefriedigende theoretische Basis in Kauf und verzichtet auf die Erarbeitung eines weiteren theoretischen Ansatzes. Stattdessen wird vom derzeitigen Stand der Wanderungsforschung ausgegangen, was bei der gewählten Betrachtungsweise ein pragmatisches Vorgehen impliziert. Wanderungen werden in dieser Studie als individuelle Prozesse betrachtet und dementsprechend analysiert. Diese Perspektive macht einen mikrotheoretischen Forschungsansatz notwendig. Für den Untersuchungszweck muß jedoch eine Konkretisierung der diskutierten verhaltens- und entscheidungstheoretischen Ansätze erfolgen, weil die dort abgeleiteten Hypothesen und deren formale Darstellung sehr allgemein bleiben¹⁶².

Ausgehend von der These, daß Wanderungen bei Unzufriedenheit mit den regionalen Lebensbedingungen erfolgen bzw. wenn eine Befriedigung der Daseinsgrundfunktionen partiell nicht mehr möglich ist, läßt sich die Wanderungsentscheidung, wie in Übersicht 4 dargestellt, folgendermaßen erklären¹⁶³:

¹⁵⁴ Vgl. LEE 1972, S. 17 ff. - Erinnert sei auch an den "Kunstgriff" von WOLPERT 1965 und HOFFMANN-NOWOTNY 1970, die sozio-ökonomische Indikatoren zur Operationalisierung ihrer mikroanalytischen Ansätze verwenden..

¹⁵⁵ GATZWEILER 1975, S. 39 ff.

¹⁵⁶ Vgl. GATZWEILER 1975, S. 120.

¹⁵⁷ Vgl. dazu Kap. 3.2.3.

¹⁵⁸ GATZWEILER 1975, S. 42.

¹⁵⁹ Vgl. MAREL 1980, S. 26 f. - Zur Aussagefähigkeit stochastischer Modelle allgemein siehe KILLISCH 1979, S. 47 ff.

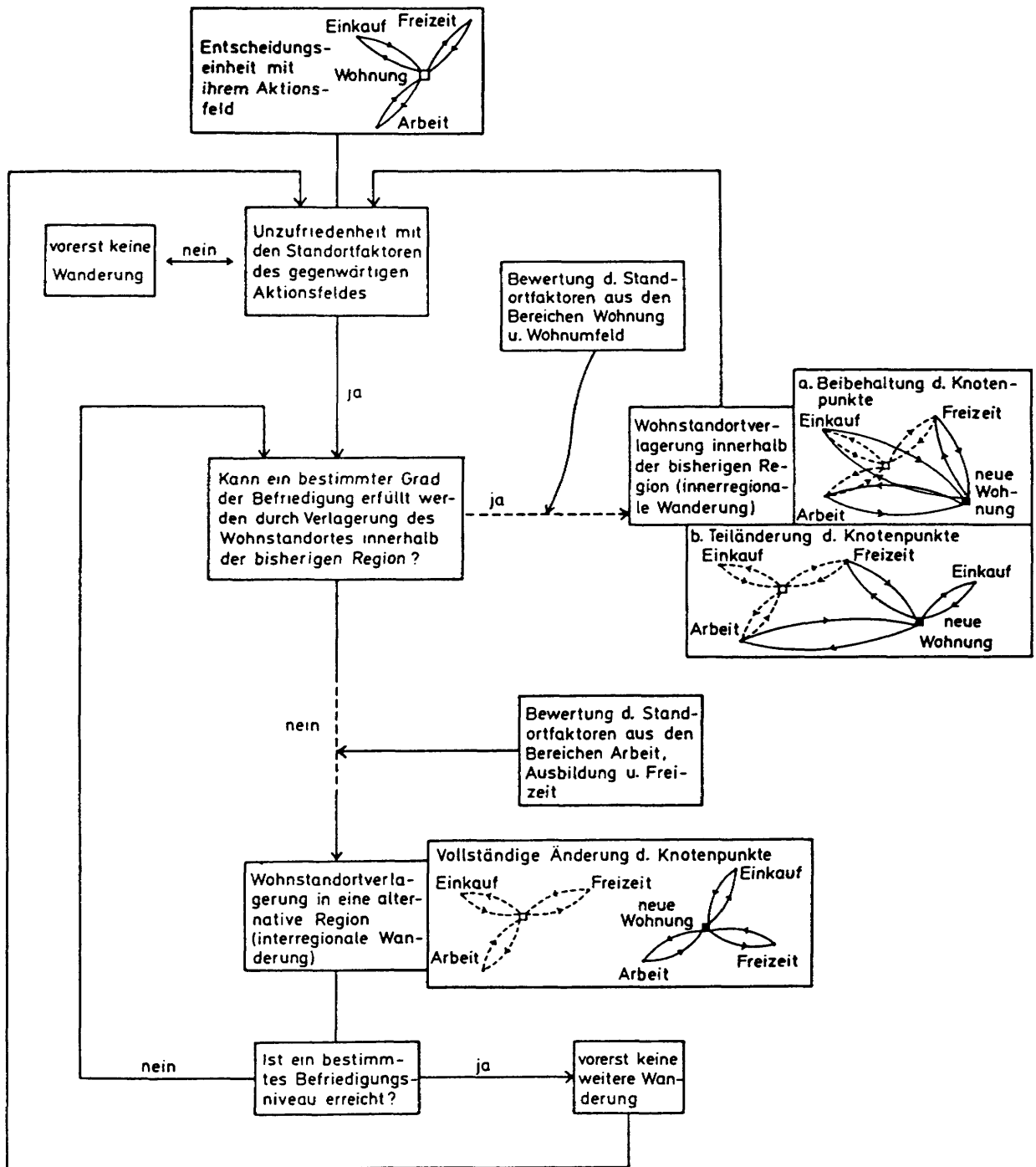
¹⁶⁰ Dies geschieht im Rahmen der "Laufenden Raumbbeobachtung" bei der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Siehe dazu GATZWEILER 1978, S. 702.

¹⁶¹ ALBRECHT 1972, S. 279.

¹⁶² Vgl. das Schema von VANBERG 1975, S. 14.

¹⁶³ Entnommen aus BÄHR 1983, S. 305. - Dieses Modell geht in seinem Ursprung auf Überlegungen von ROSEMAN 1971 zurück und wurde von GATZWEILER 1975 und NIPPER 1975 modifiziert.

Übersicht 4



Wanderungen, die auf die Nichtbefriedigung der Daseinsgrundfunktionen zurückzuführen sind, können verschiedene Ursachenkomplexe aufweisen:

- Komplex I betrifft den Bereich der Daseinsgrundfunktion Wohnen bzw. das Wohnumfeld
- Komplex II beinhaltet Faktoren, die in Zusammenhang mit den Daseinsgrundfunktionen Arbeiten, Ausbildung/Bildung, Versorgung (Einkauf, ärztliche Versorgung) und Freizeit stehen.

Ist ein gewisses Befriedigungsniveau nicht zu erreichen, können grundsätzlich zwei Reaktionen erfolgen: zum einen die passive Anpassung durch Reduzierung des Anspruchsniveaus und zum anderen eine aktive Anpassung, d.h. Veränderung der Situation durch Handeln¹⁶⁴. Für letztere Alternative existieren zwei Möglichkeiten: Beibehaltung des Wohnorts und Befriedigung anderer Daseinsgrundfunktionen durch Erhöhung der räumlichen Mobilität (z.B. Pendeln zum Erreichen des Arbeitsplatzes) oder Wohnortwechsel, wenn die Wohnung oder das Wohnumfeld die Ursache der Unzufriedenheit ist¹⁶⁵. Die Suche nach einer neuen Wohnung verläuft zunächst innerhalb der Region, weil einerseits die Informationen über alternative Wohnstandorte auf subjektiven Kenntnissen und eigenen Erfahrungen beruhen und andererseits das Standortmuster zur Befriedigung der übrigen Daseinsgrundfunktionen beibehalten werden kann oder nur partiell geändert werden muß. Wird eine adäquate Wohnung gefunden, erfolgt eine intraregionale Wanderung¹⁶⁶.

Wenn durch eine Wohnsitzverlagerung innerhalb der Region ein bestimmtes Befriedigungsniveau nicht erreicht werden kann, wird die Suche nach einem Wohnstandort in einer anderen Region beginnen. Dies ist meistens der Fall, wenn die Faktoren Arbeiten, Ausbildung, Versorgung und Freizeit der Grund für die Unzufriedenheit sind. Die Konsequenz ist eine interregionale Wanderung, d.h. die Wohnstandortverlagerung in eine andere Region bedingt eine vollständige Änderung des Aktionsraumes. Der neue Wohnstandort ist jedoch nicht immer optimal, denn aufgrund unzureichender Informationen über alternative Regionen und fehlender regionaler Eigenkenntnisse sind die Migranten häufig auf andere Personen angewiesen. Zur Erreichung des vollständigen Befriedigungsniveaus erfolgt dann in einem weiteren Schritt eine Wohnsitzverlagerung innerhalb der neuen Region.

Werden die skizzierten allgemeinen Überlegungen auf den ländlichen Raum übertragen, läßt sich vermuten, daß Abwanderung aus peripheren ländlichen Räumen, nach der obigen Terminologie interregionale Wanderung, eine Reaktion auf die Diskrepanz zwischen individuellem Anspruchsniveau und den tatsächlichen räumlichen Lebensbedingungen darstellt¹⁶⁷. Demnach ist eine Befriedigung der Daseinsgrundfunktionen innerhalb der Region entsprechend den subjektiven Bedürfnissen nicht möglich, und es erfolgt eine Abwanderung in attraktive Regionen. Die Gründe der Unzufriedenheit liegen am Arbeitsplatz (keine Aufstiegsmöglichkeiten, unzureichende Alternativen speziell bei Arbeitslosigkeit), in den Möglichkeiten der Ausbildung (keine adäquate Lehrstelle, Studienplatz außerhalb der Region), in dem Bereich Versorgung (unzureichendes quantitatives und qualitatives Angebot an infrastrukturellen Einrichtungen), der schlechten Erreichbarkeit sämtlicher Einrichtungen (d.h. ein großer Teil des täglichen Zeitbudgets wird für Fahrten aufgewendet) und den Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung speziell auf kulturellem Sektor.

¹⁶⁴ Vgl. HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 156 f.; BÄHR 1983, S. 306.

¹⁶⁵ Allerdings sind auch bei Unzufriedenheit mit der Wohnung immobile Lösungen, d.h. Verbleib in der alten Wohnung, wesentlich häufiger anzutreffen, als es der gängigen Meinung entspricht. KREIBICH 1982, S. 128 ff. und NIEDZWETZKI 1982, S. 138 ff. beobachten, daß Wohnungsproblemen durch verschiedene Strategien begegnet wird, wie z.B. Einziehen von Holztrennwänden oder aber durch Verlagerung der Freizeit in ein Wochenendhaus.

¹⁶⁶ Vgl. dazu die Ausführungen in Kap. 3.1. - Siehe auch GATZWEILER 1975, S. 31 ff.

¹⁶⁷ Weil Faktoren, die mit der Wohnung und dem Wohnumfeld zusammenhängen, intraregionale Wanderungen induzieren und nicht zu Abwanderung aus dem ländlichen Raum führen, sollen sie an dieser Stelle nicht weiter betrachtet werden.

Das individuelle Anspruchsniveau und dementsprechend die räumliche Mobilität zeigen während der gesamten Lebensdauer eines Menschen unterschiedliche Ausprägungen, d.h. es existieren Lebenszyklen mit hoher und solche mit niedriger Mobilität. Diese Lebenszyklen, häufig operationalisiert durch Merkmale wie Alter und Haushaltsgröße¹⁶⁸, lassen sich idealtypisch wie folgt beschreiben¹⁶⁹:

Kinder sind von der Wanderungsentscheidung ihrer Eltern abhängig, sie selbst sind nicht mobil. Nach Beendigung der Schulzeit, mit Beginn einer Ausbildung, eines Studiums oder der Aufnahme eines Arbeitsplatzes werden sie zur mobilen Einheit, wenn sie ihr Elternhaus verlassen. Diese erste Phase, noch zusätzlich charakterisiert durch Eheschließung und Familiengründung, zeichnet sich durch eine hohe Mobilität aus (häufiger Wohnungswechsel) und wird als Gründungsphase bezeichnet. Auf diesen Abschnitt höchster Mobilität folgt die Expansionsphase, in der wegen Familienzuwachs Änderungen der gegenwärtigen Wohnverhältnisse und des Wohnumfeldes vorgenommen werden. Oftmals erfolgt in dieser Phase ein beruflicher Aufstieg, der in vielen Fällen mit einem Wohnortwechsel verbunden ist. Die sich anschließende Konsolidierungsphase ist durch Erziehung und Schulbesuch der Kinder und durch eine geringe Bereitschaft, den Arbeitsplatz zu wechseln, charakterisiert.

Diese Faktoren wirken im allgemeinen mobilitätshemmend. Die Phase endet mit dem Auszug der Kinder aus dem Haushalt. Die Verringerung der Familiengröße und der Eintritt in den Ruhestand lassen die Mobilitätsraten wieder ansteigen und sind Merkmale der Stagnationsphase. Während der letzten Phase, der Altersphase, ist die Mobilität am geringsten, weil trotz des Todes eines Lebenspartners vielfach die Wohnung beibehalten wird. Erst im sehr hohen Alter ist wieder ein leichtes Ansteigen der Mobilität zu vermerken, was in erster Linie auf Zuzüge zu Verwandten oder durch Überwecheln in Heime zurückzuführen ist.

Während KILLISCH, der zur Operationalisierung des Mobilitätsniveaus einen Mobilitätsfaktor berechnet, zu dem Ergebnis kommt, daß die einzelnen Phasen nicht an bestimmte Altersphasen gebunden sind, sondern abhängig davon sind, wann ein Wechsel in eine neue Lebensphase stattfindet¹⁷⁰, unterstellt GATZWEILER altersgruppenspezifisches Wanderungsverhalten. Diesen Altersgruppen wird jeweils ein Leitmotiv zugeordnet: Mobilität bei 16- bis 20jährigen ist bildungsorientiert, die der 21- bis 34jährigen arbeitsplatzorientiert, bei den 35- bis 49jährigen wird eine wohnumfeldorientierte Mobilität konstatiert, während die über 49jährigen ruhesitzorientierte Mobilität aufweisen¹⁷¹. Wenngleich eine Operationalisierung der Lebenszyklustheorie unterschiedlich erfolgt und eine direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht immer möglich ist, sind jedoch generell von der Substanz her keine gravierenden Abweichungen in den Ergebnissen erkennbar.

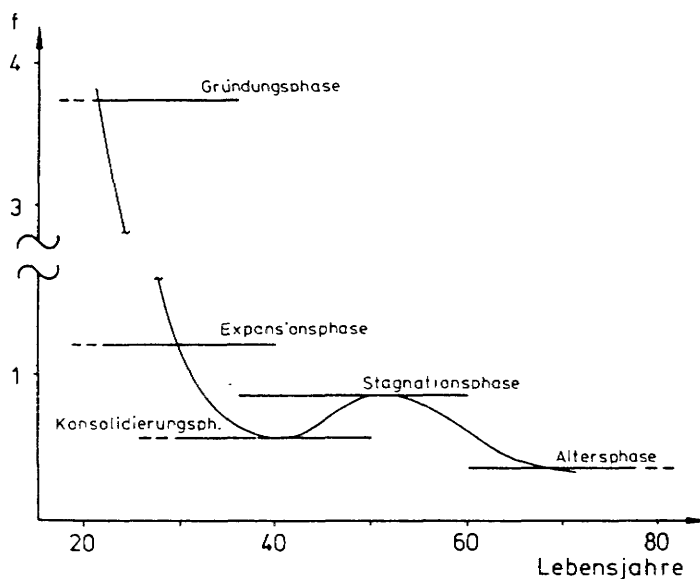
¹⁶⁸ Seit der Untersuchung von ROSSI (1955) werden diese beiden Variablen zur Kennzeichnung verwendet.

¹⁶⁹ Zur ausführlichen Darstellung der Lebenszyklustheorie siehe ALBRECHT 1972, S. 120 ff. u. S. 165 ff. - Weitere Ausführungen bei ROSSI 1955, S. 9 ff.; LESLIE/RICHARDSON 1961, S. 894 ff.; WOLPERT 1965, S. 164 f.; LEE 1972, S. 128; GATZWEILER 1975, S. 41; KILLISCH 1979, S. 64 ff.; FRANZ 1984, S. 80 ff.

¹⁷⁰ KILLISCH 1979, S. 124 ff. - Vgl. auch Übersicht 5.

¹⁷¹ GATZWEILER 1975, S. 77 ff. Die gleiche Einteilung verwendet KULS 1980, S. 203.

Übersicht 5: Mobilitätsniveaus der Lebensphasen und angepaßte Verlaufskurve der Mobilität



Quelle: KILLISCH 1979, S. 126.

Aus den Phasen unterschiedlicher Mobilität läßt sich der selektive Charakter von Wanderungen ableiten¹⁷². Bei interregionalen Wanderungen ist eine Selektivität hinsichtlich demographischer (Alter, Geschlecht, Familienstand, Haushaltsgröße) und sozio-ökonomischer Merkmale (Schulabschluß, Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf) bei den Migranten feststellbar¹⁷³. Je nach Wirkung von positiven (pull-) oder negativen (push-) Faktoren und deren individueller Bedeutung können bestimmte Personen in eine Region wandern oder aus einer Region abwandern. Unter dem Aspekt der Selektivität bedeutet dies, daß überwiegend Personen mit den gleichen spezifischen Merkmalen wandern. An Abwanderungen aus dem peripheren ländlichen Raum ist in starkem Maße die junge, erwerbstätige Bevölkerung beteiligt, die in die Verdichtungsräume wandert¹⁷⁴. Andererseits wandert aus den Verdichtungsräumen überwiegend ältere, nicht mehr erwerbstätige Bevölkerung in periphere Regionen ab, so daß es in den Periphereräumen langfristig zu einer Überalterung kommt¹⁷⁵. Der Prozeß der innerregionalen Segregation wird noch verstärkt und beschleunigt durch die rückläufige Zahl der Geburten, so daß die Wanderungsverluste nicht mehr durch Geburtenüberschüsse kompensiert werden, wie dies in der Vergangenheit stets üblich war¹⁷⁶. Andererseits sind die zurückgehenden Geburtenziffern nicht nur durch verändertes generatives Verhalten bedingt, sondern quasi auch eine Spätfolge der anhaltenden Abwanderung der jüngeren Bevölkerung¹⁷⁷, so daß "auch die möglichen Nachkommen schon indirekt abwandern"¹⁷⁸.

¹⁷² Dieser ist in der Literatur unbestritten. - Vgl. LANGENHEDER 1968, S. 21 ff.; RÖDER 1974, S. 237 ff.

¹⁷³ ALBRECHT 1972, S. 11 und GATZWEILER 1975, S. 49 erwähnen noch weitere Faktoren wie z.B. physische, biosoziale, psychologische und sozialpsychologische Eigenschaften.

¹⁷⁴ Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1972, S. 29 und RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 18. - Detailuntersuchungen einzelner Regionen bestätigen die Ergebnisse wie bei GATZWEILER 1975, S. 50 ff.; BERGMANN/FRIEDAG/KRÄMER/MACKENSEN 1979, S. 117; GENOSKO 1980, S. 733 ff.

¹⁷⁵ Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1972, S. 29 f. und RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 18.

¹⁷⁶ Vgl. SINZ 1981, S. 77.

¹⁷⁷ Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1974, S. 42.

¹⁷⁸ GATZWEILER 1975, S. 61.

Eine veränderte Bevölkerungszusammensetzung hat konsequenterweise Auswirkungen auf Ansprüche an die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt. Auf infrastrukturellem Sektor verschiebt sich die Nachfrage altersabhängiger Einrichtungen - es werden weniger Schulen oder Kindergärten benötigt, dafür mehr Institutionen für ältere Menschen.

Somit setzt sich ein regionaler Teufelskreis in Bewegung, wenn z.B. Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen, die überwiegend von jüngeren Personen benutzt werden, aufgrund zu geringer Nachfrage geschlossen werden, die Versorgungssituation bzw. die regionalen Lebensbedingungen sich verschlechtern und eine weitere Abwanderung nach sich ziehen. Insofern kommt der haushaltsbezogenen kommunalen und regionalen Infrastruktur doppelte Bedeutung zu. Einmal kann sie einen auslösenden Grund für Wanderungsentscheidungen darstellen, zum anderen beeinflussen Wanderungen indirekt den Bestand von Infrastruktureinrichtungen, indem sich die Nachfragestruktur der Benutzer verändert.

Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Abwanderungen verringern ganz allgemein das Arbeitskräfteangebot in der Abwanderungsregion. Die jungen Migranten zeichnen sich durch bessere Ausbildung, höheres Qualifikationsniveau und größere Risikobereitschaft aus und sie sind eher aufstiegsorientiert als die Zurückbleibenden, so daß mit der Abwanderung eine "qualitative Erosion" der Arbeitsmärkte einhergeht¹⁷⁹. Ein unzureichend qualifiziertes Arbeitskräftepotential bietet jedoch keine günstigen Voraussetzungen für evtl. ansiedlungswillige Betriebe aus einer der Wachstumsbranchen, weil diese in der Regel qualifizierte Facharbeitskräfte benötigen. Periphere Regionen werden vermutlich interessant für Betriebe mit arbeitsintensiven Produktionsabläufen bleiben, wie dies in der Vergangenheit zu beobachten war. Solche Ansiedlungen können jedoch nicht die großräumigen Disparitäten zwischen verdichteten, hochindustrialisierten Räumen und peripheren Regionen beseitigen, sondern sie vergrößern letztendlich den Abstand zwischen beiden.

Aus den bisherigen Ausführungen ergeben sich für die Analyse der Abwanderungen drei Untersuchungskomplexe, die erstens eine räumliche Komponente beinhalten, sich zweitens mit den Strukturmerkmalen der Wandernden auseinandersetzen und drittens die Motive der Migration zu ergründen versuchen.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Fragestellungen:

- Welches sind die Zielregionen der Abwanderung bzw. welche Distanzen werden zurückgelegt?
- Welche spezifischen Zielgebiete werden aufgesucht? Handelt es sich in erster Linie um Verdichtungsräume oder werden wiederum ländliche Gebiete präferiert?
- Welche Altersgruppen wandern ab?
- Welchen sozio-ökonomischen Status haben die Migranten?
- Welcher Haushaltstyp ist besonders am Wanderungsprozeß beteiligt?
- Welche Motive bestimmen die Wanderungsentscheidung?
- Weisen die einzelnen demographischen und sozio-ökonomischen Gruppen homogene Verhaltensmuster auf?

¹⁷⁹ Vgl. Kap. 2.3.

4. Wanderungsempirie: Beispielhafte Untersuchungen in drei niedersächsischen Nahbereichen

4.1 Methodisches Vorgehen

4.1.1 Auswertung der amtlichen Meldestatistik

Wanderungsvorgänge in der Bundesrepublik Deutschland sind meldepflichtig. Jede wandernde Einzelperson oder jede wandernde Familie hat jeweils ein Ab- und ein Anmeldeformular am alten bzw. neuen Wohnort auszufüllen. Diese Meldescheine verbleiben bei den Gemeinden, die ein Duplikat an die jeweiligen Statistischen Landesämter weiterleiten.

Die gewählte Form des mikroanalytischen Forschungsansatzes bedingte für die vorliegende Untersuchung die Berücksichtigung sämtlicher Abwanderungsvorgänge, jedoch nur bezogen auf die Abmeldungen von Erst- bzw. Hauptwohnsitzen. Die Nichtberücksichtigung von Zweit- bzw. Nebenwohnsitzen birgt zwar die Gefahr in sich, daß dadurch einige Wanderungsfälle außer acht bleiben, die z.B. ihren ursprünglichen Hauptwohnsitz bei einem vollzogenen Ortswechsel in einen Nebenwohnsitz umwandeln und irgendwann einmal ihre Nebenwohnung aufgeben¹; die zusätzliche Berücksichtigung von Nebenwohnsitzen würde jedoch einen Personenkreis wie Zeitsoldaten und Jugendliche in Heimen mit einschließen und in dieser Untersuchung das Bild noch stärker verzerren. Insofern wird bei Beschränkung auf Erstwohnsitze eine gewisse Fehlerquelle bewußt in Kauf genommen.

Als Datengrundlage der empirischen Analyse wurde die amtliche Meldestatistik benutzt, d.h. die bei den zuständigen Einwohnermeldeämtern gesammelten einzelnen Abmeldeformulare wurden in die Auswertung einbezogen. Diese enthalten Angaben über:

- den Tag des Fortzugs
- die neue Wohngemeinde
- Haupt- und Nebenwohnsitz
- Geschlecht, Alter, Familienstand
- Beruf
- Religionszugehörigkeit
- Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft
- Nationalität

Von diesen Merkmalen wurden die neue Wohngemeinde als Zielort sowie Alter und Beruf der Wandernden für die Auswertung ausgewählt. Andere Merkmale waren für die Untersuchung nicht relevant wie z.B. der Tag des Fortzugs, Religionszugehörigkeit, Nationalität oder Vertriebeneneigenschaft. Die ausschließliche Berücksichtigung von Hauptwohnsitzen wurde bereits erwähnt. Statt der Angaben über Geschlecht und Familienstand wurde die Haushaltsgröße je Wanderungsfall erfaßt, d.h. es fand eine Unterscheidung statt, ob Einzelpersonen fortziehen oder ob im Familienverbund gewandert wurde, wobei im letzteren Fall die Angaben des Haushaltsvorstands (meistens des Mannes) Berücksichtigung fanden. Zwar entgeht dabei die Information über das Alter der Mitwandernden, letztendlich kann jedoch die Stellung innerhalb des Lebenszyklus aus der Kombination der Merkmale Alter (des Haushaltsvorstands) und Haushaltsgröße in gewisser Weise ermittelt werden. Bei der Auswertung bzw. Klassifizierung der Einzelmerkmale stellte sich heraus, daß das sehr breite Spektrum der genannten Berufe nicht zu klassifizieren war und im Grunde auch wenig Aussagekraft besitzt, weil Angaben über den Berufsstatus nicht enthalten sind und Rückschlüsse vom angegebenen Beruf auf den Berufsstatus kaum möglich sind. Diese Aspekte führten dazu, das Kriterium Beruf ebenfalls unberücksichtigt zu lassen.

Es läßt sich somit festhalten, daß die Abmeldeformulare für Forschungszwecke teilweise überflüssige Angaben enthalten. Andererseits fehlen aber wichtige Merkmale, wie Angaben über Berufssta-

¹ Auf dieses Problem wird ausdrücklich von VANBERG 1971, S. 24 hingewiesen.

tus oder Ausbildung, die Wanderungsgeschichte oder die Phase im Lebenszyklus, die durchaus von wissenschaftlichem Interesse und planerischer Relevanz sind².

Die Bearbeitung der Abmeldeformulare geschah somit unter zwei wesentlichen Aspekten: einem räumlichen und einem demographischen.

Der räumliche Aspekt umfaßt einen distanziellen Faktor, um zu prüfen, ob intra- oder interregionale Wanderungen vorliegen, und ein funktionales Kriterium, um festzustellen, ob Wanderungen aus dem peripheren ländlichen Raum überwiegend in Verdichtungsräume (und in welche), Mittelzentren oder in ähnlich strukturierte Räume wie das Herkunftsgebiet erfolgen. Unter planerischen Aspekten ist ferner von Bedeutung, ob zwischen den beiden unterschiedlich strukturierten Untersuchungsgebieten Abweichungen hinsichtlich der aufgesuchten Zielorte auftreten.

Unter dem demographischen Aspekt wurden die Variablen Alter und Haushaltsgröße subsumiert. Die altersmäßige Differenzierung erfolgte speziell in den unteren Altersklassen bis 35 Jahre in Fünfjahresabständen, weil sowohl die Einteilung der amtlichen Statistik mit "21 bis unter 45 Jahre" als auch die Unterteilung von GATZWEILER mit "21 bis 34 Jahre" zu grob erscheinen³, um die Wanderungsbewegungen gerade der jüngeren Migranten zu analysieren. Generell wurden alle Abwanderer über 15 Jahre aus den jeweiligen Untersuchungsgemeinden erfaßt und berücksichtigt⁴.

Bei Mehrpersonenhaushalten wurden, wie bereits erwähnt, die Daten des Haushaltsvorstands in die Analyse einbezogen. Keine Berücksichtigung fanden Personen, die entweder von der Gemeindeverwaltung oder einem Vermieter "zwangsabgemeldet" wurden und deren Zielort unbekannt war. Ferner blieben solche Personen unberücksichtigt, die offensichtlich als saisonale Arbeitskräfte nur kurzfristig am Ort gemeldet waren. In einigen Untersuchungsgemeinden häuften sich beispielsweise regelmäßig im Herbst die Abmeldeformulare von ausländischen Forstarbeitern, vornehmlich aus Skandinavien und Österreich. Diese Formulare waren ohne Unterschrift des Abmeldenden jedoch alle mit gleicher Adresse und gleichem Wohnungsgeber versehen, der auch gleichzeitig Arbeitgeber war.

Es wurde ein fünfjähriger Untersuchungszeitraum gewählt, der die Jahre 1978-82 umfaßt. Die Form der Längsschnittanalyse gewährleistet eine bessere Repräsentativität als eine Momentaufnahme, wie dies z.B. in anderen Untersuchungen bei Berücksichtigung nur eines oder mehrerer Monate der Fall ist⁵. Neben der zu erwartenden höheren Fallzahl liefert eine solche Längsschnittanalyse ein von konjunkturellen Zufälligkeiten losgelöstes Ergebnis, denn es ist anzunehmen, daß die konjunkturelle Entwicklung einen Einfluß auf die Wanderungsbewegungen ausübt⁶. ZÜHLKE beobachtete für das Ruhrgebiet, daß die Wanderungen im Rezessionsjahr 1967 insgesamt zurückgingen, besonders der Anteil erwerbsorientierter Wanderungen⁷. Nach KOLLER bewirkt ein Absinken des konjunkturellen Klimas um ein Grad eine Verminderung der Wanderungsintensität um ca. drei bis vier Prozentpunkte⁸.

Im Untersuchungszeitraum von 1978 bis 1982 waren zwar keine klar erkennbaren konjunkturellen Extreme zu verzeichnen wie zwischen 1970 und 1975, dem Untersuchungszeitraum von DOBBBERKAU, dennoch sind die beiden ersten Jahre durch eine gewisse Prosperität gekennzeichnet, wobei die wirtschaftliche Entwicklung stetig zurückgeht und in die Rezession 1981/82 mündet. Den Ergebnissen vorgreifend, lassen sich Parallelen zwischen konjunktureller Entwicklung und Abwanderungsintensität beobachten mit einem Höhepunkt zwischen 1978 und 1980 und einem stetigen Ab-

² Vgl. auch VANBERG 1971, S. 26 f. - Dort werden auch weitere Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

³ GATZWEILER 1975.

⁴ Dies muß ausdrücklich erwähnt werden, weil in einigen empirischen Studien lediglich die Wanderung von Arbeitskräften analysiert wird. In anderen Untersuchungen hingegen werden nur Wanderungsbewegungen über die Grenzen des Untersuchungsgebiets berücksichtigt, während interkommunale Wanderungsverflechtungen innerhalb des Untersuchungsraumes als nicht zu registrierende Binnenwanderungen betrachtet werden. - Vgl. MÜLLER-NEUHOF 1970, S. 25.

⁵ WIETING/HÜBSCHLE 1968 berücksichtigen nur einen Monat, während GENOSKO 1978 einen fünfmonatigen Untersuchungszeitraum wählt.

⁶ DOBBBERKAU 1980, S. 80.

⁷ ZÜHLKE 1968, S. 6.

⁸ KOLLER 1982, S. 305.

fall bis 1982. Ob ein direkter Zusammenhang zwischen den beiden Größen existiert, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Zumindest wird die Vermutung erhärtet, daß die Abwanderungsbewegungen von der wirtschaftlichen Situation beeinflußt werden. Der Vorteil einer Längsschnittanalyse liegt somit in der Ausklammerung kurzfristiger evtl. zufällig auftretender, nicht zu erklärender Phänomene.

4.1.2 Zusätzliche Daten durch Befragung von Abwanderern

Die Abmeldeformulare vermögen keinen Aufschluß über die Wanderungsursachen zu geben. Deren Kenntnis ist jedoch für die Raumordnung von besonderem Interesse⁹. Um die aus der amtlichen Statistik verfügbaren objektiven Daten um subjektive Daten wie die Wanderungsmotive zu ergänzen, ist eine Befragung der abgewanderten Personen notwendig. Da die Erforschung der Wanderungsursachen ein Hauptziel der vorliegenden Untersuchung ist, bildet die diesbezügliche ergänzende Befragung der Migranten eine methodisch wichtige zweite Säule. Es wurde die Form der schriftlichen Befragung gewählt, denn eine mündliche Befragung schied aus organisatorischen Gründen aus. Dabei boten sich zwei Methoden an: Die Möglichkeit der postalischen Befragung von Abgewanderten oder die Simultanbefragung von Abwandernden bei der Abmeldung in der Gemeindeverwaltung.

Bei einer Befragung per Brief ist folgendes zu beachten:

- Zwar sind die jeweiligen neuen Adressen der abgewanderten Personen auf dem Abmeldeformular enthalten, aber bei einer ex-post-Befragung ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß ein Teil der Migranten bereits weiter gewandert und somit nicht mehr erreichbar ist¹⁰. Die Gefahr besteht besonders dann, wenn wie im vorliegenden Fall die Auswertung der Formulare für die Jahrgänge 1978 bis 1981 erst zu Beginn des Jahres 1982 erfolgt ist und die dort angegebenen Adressen teilweise bis zu vier Jahren alt sind.
- Länger zurückliegende Wanderungsvorgänge, der eigentliche Entscheidungsprozeß und die entsprechenden Motivationsstrukturen sind im Erinnerungsvermögen nicht mehr präsent¹¹. Durch eine nachträgliche Rationalisierung können falsche oder halbrichtige Antworten bei einer ex-post-Befragung verstärkt auftreten, weil bei einem Vergleich der Lebensbedingungen am alten und neuen Wohnort die derzeitige Situation durch persönliche Erfahrungen am neuen Wohnort überbewertet wird¹².
- Die große Zahl der Wanderungsfälle erfordert eine Stichprobe. Bei insgesamt sechs Untersuchungsgemeinden mit sehr unterschiedlichem Wanderungsvolumen ist aus Gründen der Repräsentativität eine disproportionale Stichprobe notwendig.
- Die Kosten für Porto und Rückporto sind bei einer solchen Befragung relativ hoch.
- Die Rücklaufquote und die Anzahl verwertbarer Fragebögen beträgt im allgemeinen weniger als 50 Prozent, wie aus vergleichbaren Untersuchungen hervorgeht¹³. Außerdem ist die Gefahr gegeben, daß bestimmte soziale Gruppen überrepräsentiert sind, wie bisherige Erfahrungen zeigen¹⁴.

⁹ MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/3, S. 34.

¹⁰ Hierzu liegen unterschiedliche Erfahrungswerte vor: Während 13 v.H. der Fragebögen bei MÜLLER-NEUHOF 1970, S. 90, unzustellbar waren, betrug die Quote bei STÖCKMANN 1971, S. 10, 20 v.H. und lediglich 2,5 v.H. bei DOBBERKAU 1980, S. 77.

¹¹ Vgl. KREIBICH 1982, S. 130.

¹² Für SCHWARZ 1969, S. 34 f. ist der Zeitpunkt der Befragung nach der Wanderung von besonderer Bedeutung. - Vgl. auch SCHREIBER 1975, S. 111 f.

¹³ In den einzelnen Untersuchungen wurden bisher folgende Quoten verwertbarer Fragebögen ermittelt: WIE-TING/HÜBSCHLE 1968, S. 10 f., 45 v.H.; BATTELLE 1969, S. 23, 42 v.H.; MÜLLER-NEUHOF 1970, S. 90, 50 v.H.; STÖCKMANN 1971, S. 10, 15 v.H.; DOBBERKAU 1980, S. 77, 47 v.H.; MAREL 1980, S. 36, 25 v.H.

¹⁴ Vgl. MAREL 1980, wo eine Überrepräsentanz höherer Schichten beobachtet wird.

Eine Simultanbefragung besteht darin, daß die Abwandernden gleichzeitig mit dem Abmeldeformular einen Fragebogen ausfüllen. Die Unterlagen verbleiben zunächst bei der Gemeindeverwaltung. Durch die Zentralisierung der Kommunalverwaltung im Rahmen der kommunalen Gebietsreform ist eine Erfassung der Migranten auch aus den kleinen Ortsteilen möglich¹⁵. Bei einer Simultanbefragung sind folgende Vor- und Nachteile zu berücksichtigen:

- Eine Befragung zum Zeitpunkt der Wanderung kann die Wanderungsursachen besser erfassen, weil der individuelle Entscheidungsprozeß aktuell und damit im Erinnerungsvermögen noch voll präsent ist. Des weiteren sind die Motivationen noch unbeeinflußt von Erfahrungen am neuen Wohnort.
- Bei der Herausgabe des Fragebogens durch Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung kann der Wanderer von der Notwendigkeit einer solchen Befragung überzeugt werden.
- Die Mitarbeiter des Einwohnermeldeamtes können Rückfragen beantworten und ggf. bei unbeantworteten Fragen noch einmal nachhaken.
- Personen, die sich schriftlich abmelden (meistens geschieht dies vom neuen Wohnort aus) und solche, die "von Amts wegen" abgemeldet werden, werden nicht erfaßt.
- Es ist nicht gewährleistet, daß der Abwandernde selbst die Abmeldung vornimmt. Bei Mehrpersonenhaushalten kann das Ausfüllen des zusätzlichen Fragebogens durch die Ehefrau geschehen, die vielleicht bezüglich der Motive andere Prioritäten setzt.
- Die Streßsituation, die ein Umzug mit sich bringt, sorgt dafür, daß der Befragte nicht die notwendige Ruhe und Sorgfalt aufwendet, um die Fragen zu beantworten.

Von den beiden möglichen Formen der schriftlichen Befragung wurde die Simultanbefragung gewählt¹⁶. Eine postalische Befragung schied aus datenschutzrechtlichen Gründen aus. Das für die Genehmigung des Vorhabens zuständige niedersächsische Innenministerium verweigerte die Herausgabe von personenbezogenen Daten wie Name und Adresse, so daß eine Befragung per Brief nicht durchgeführt werden konnte. Die Behörde schlug vor, in Absprache mit den jeweiligen Gemeinden ein Verfahren zu finden, das dennoch eine Durchführung der Untersuchung gewährleistet. Die jeweiligen Kommunen erklärten sich daraufhin bereit, bei der Abmeldung einen Fragebogen auszuhändigen, wieder einzusammeln und zu deponieren. Da die Mitarbeiter der Einwohnermeldeämter mit diesem zusätzlichen Aufgabenbereich betraut waren, fand mit ihnen eine intensive Erörterung des Fragebogens statt, um bei evtl. auftretenden Unklarheiten Hilfestellung leisten zu können.

Zur Erfassung der Daten auf den Abmeldeformularen (also neuer Wohnort, Alter und Haushaltsgröße) wurden zwei Wege gewählt: In vier der sechs Kommunen konnte der Autor unter Aufsicht die benötigten Daten den Abmeldeformularen entnehmen, in den beiden anderen Gemeinden wurden die Daten von Mitarbeitern der Verwaltung herausgesucht.

Die ausführliche Darstellung der Datengewinnung hat den Zweck, aufzuzeigen, welcher Spielraum das Datenschutzgesetz läßt, und welche großen Schwierigkeiten für Forscher entstehen, die auf Individualdaten zurückgreifen möchten bzw. müssen. Damit soll keineswegs die Notwendigkeit des Datenschutzes in Abrede gestellt werden, aber aus der Sicht der empirischen Forschung ist die Forderung einer stärkeren Modifizierung oder einer speziellen Ausnahmeregelung zu stellen, damit die Durchführung empirischer Untersuchungen auch weiterhin gewährleistet bleibt. Die zunehmende Bedeutung des Datenschutzes und die diesbezügliche Sensibilisierung der Bevölkerung fand auch in dieser Arbeit ihren Niederschlag, denn ein - aus der Sicht der Mitarbeiter im Einwohnermeldeamt - vergleichsweise hoher Anteil verweigerte die Ausfüllung des Fragebogens. Trotz ausdrücklichen

¹⁵ MÜLLER-NEUHOF 1970, S. 36 f. konnte in seiner Untersuchung, die vor der kommunalen Gebietsreform durchgeführt wurde, nur die großen hauptamtlich verwalteten Gemeinden berücksichtigen.

¹⁶ Weitere Anwender dieses Verfahrens sind: MÜLLER-NEUHOF 1970 (zusammen mit einer postalischen Befragung); GENOSKO 1978; HERDERICH/ GROMES/ RAGOZAT 1984; WILHELM/DAVID/WOHNER 1984.

Hinweises auf Anonymität wurde argumentiert, dies sei eine persönliche Angelegenheit und gehe niemanden etwas an.

Die gewählte Form der Simultanbefragung mußte sich zwangsläufig im Aufbau des Fragebogens niederschlagen. Der Fragebogen war sowohl inhaltlich als auch optisch kurz gehalten, indem insgesamt elf Fragen auf zwei Seiten zu beantworten waren. Die Fragen selbst waren der Situation angemessen, also kurz und präzise und gehörten dem Typus der geschlossenen Fragen an, d.h. die Antworten waren vorgegeben und jeweils anzukreuzen. Zwar wird immer wieder auf die Bedeutung und Ergiebigkeit offener Fragen hingewiesen¹⁷, um Hintergründe oder persönlichkeitspezifische Einstellungen ermitteln zu können, jedoch dominierten auch hier befragungstechnische Sachzwänge, denen die Anwendungsmöglichkeit verschiedener Frageformen wie Kontakt-, Puffer- oder Kontrollfragen zum Opfer fiel¹⁸.

Inhaltlich wurden zusätzlich zu den im Abmeldeformular enthaltenen Angaben - neuer Wohnort, Alter, Geschlecht und Familienstand - Fragen zur Haushaltsgröße sowie aus dem sozio-ökonomischen Bereich zur Schulbildung und Berufstätigkeit gestellt. Daneben interessierten die Wohndauer und die Wanderungsursachen. Aus fünf Ursachenkomplexen, die die Daseinsgrundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Ausbildung/Bildung und Versorgung (einschl. Freizeit) ergänzt um familiäre Gründe¹⁹ repräsentieren, wurden insgesamt 19 Einzelmotive vorgegeben.

Wohnungsgründe:

Besser ausgestattete Wohnung
größere Wohnung
Bau oder Kauf eines Hauses bzw. einer Eigentumswohnung

Bildungsgründe:

Schulangebot für Kinder
Eigenes Studium
Ausbildungsplatz

Berufliche Gründe:

Neuer Arbeitsplatz
Beruflicher Aufstieg
Höherer Verdienst
Nähe zum Arbeitsplatz
Weg zum Arbeitsplatz
Versetzung

Infrastrukturgründe:

Einkaufsmöglichkeiten
Freizeitgestaltung
Verkehrsverbindungen
Abgelegenheit
Ortsgröße

Familiäre Gründe:

Heirat, Familienzusammenführung u.a. (keine Differenzierung)

Aus diesem Spektrum waren die für die Wanderungsentscheidung relevanten Motive zu extrahieren, indem die drei wichtigsten Gründe in der Reihenfolge ihrer Bedeutung angekreuzt werden sollten. In anderen empirischen Wanderungsuntersuchungen werden zur Erforschung der Wanderungsmotive mehrere Methoden angewendet. Manchmal brauchen die ausschlaggebenden Motive lediglich an-

¹⁷ Vgl. BUCHHOLZ 1970, S. 34; GENOSKO 1978, S. 32.

¹⁸ Dazu s. ATTESLANDER 1969, S. 100 f.

¹⁹ Der Terminus "Persönliche Gründe" wurde bewußt nicht gewählt, da der individuellen Wanderungsentscheidung grundsätzlich persönliche Gründe zugrunde liegen. - Vgl. dazu DOBBERKAU 1980, S. 168.

gekennzeichnet zu werden²⁰. Da es sich bei dem Ergebnis um ungewichtete Angaben handelt, fehlen Informationen über die "Wichtigkeit" der Gründe. Andere Autoren versuchen, das gesamte Motivspektrum zu erfassen, wobei die Bedeutung der einzelnen Motive an der Wanderungsentscheidung anhand einer vorgegebenen Skala ermittelt wird²¹. Wegen möglicher Mehrfachnennungen sind Hauptmotiv und zusätzlich genannte Motive jedoch nicht voneinander zu unterscheiden, weil dieses Verfahren auf eine Gewichtung der einzelnen Faktoren verzichtet²². Des Weiteren wird offensichtlich, daß die Befragten die differenzierte Skalenvorgabe mit bis zu sechs Abstufungen nicht nutzen²³ und somit das Resultat nicht den Intentionen entspricht. Bessere Ergebnisse werden durch das Aufstellen einer Prioritätenliste erzielt, wobei die Einzelmotive nach ihrer Bedeutung gewichtet werden²⁴. Dieses Verfahren wird auch in der vorliegenden Studie angewendet, wie bereits erwähnt wurde.

Trotz der vermeintlich klaren Unterscheidung in Hauptmotiv und zweit- bzw. drittwichtigstes Motiv soll auf grundsätzliche methodische Einwände an Motivationsanalysen hingewiesen werden. Die Vorgabe von Einzelmotiven führt dazu, daß "psychologische und soziologische Tatbestände, die im Hinblick auf die jeweilige individuelle Persönlichkeitsstruktur gedeutet werden müßten, gleichsam in Daten zerhackt werden"²⁵. Angesichts der Komplexität der Wanderungsentscheidung bleiben die Ergebnisse vordergründig, weil die "wahren" Wanderungsmotive nicht durch die Vorgabe von etlichen Wanderungsgründen ermittelt werden können. Diese Probleme lassen sich jedoch bei einer schriftlichen Befragung nicht ausklammern. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist daher zu berücksichtigen, daß unter dem Begriff "Motiv" stets "angegebener Wanderungsgrund" zu verstehen ist²⁶.

Abschließend sei noch erwähnt, daß die Berechnungen mit Hilfe von SPSS erfolgten und im Rechenzentrum der Freien Universität Berlin durchgeführt wurden.

4.2 Abgrenzung und Charakteristik der Untersuchungsgebiete

Die Abwanderungsvorgänge wurden exemplarisch in zwei Untersuchungsgebieten im strukturschwachen ländlichen Raum im nordöstlichen Niedersachsen analysiert²⁷:

Im Nahbereich (NB) Soltau, der relativ verkehrsgünstig mitten in der Zentralheide an der Peripherie der Oberbereiche Hamburg, Bremen und Hannover liegt, und in den 80 km südöstlich gelegenen benachbarten Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen im Zonenrandgebiet an der Peripherie der Oberbereiche Braunschweig und Hannover²⁸.

20 Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, deren Ergebnisse in der "PROGNOS"-Studie auf ungewichteten additiven Nennungen basieren.

21 Vgl. WILHELM/DAVID/WOHNER 1984, S. 299 f.; HERDERICH/GROMES/RAGOZAT 1984, S. 325 f.

22 Vgl. WILHELM/DAVID/WOHNER 1984, S. 301.

23 Vgl. HERDERICH/GROMES/RAGOZAT 1984, S. 325.

24 Vgl. GENOSKO 1978, S. 332 f.; DOBBERKAU 1980, S. 168 ff.

25 BUCHHOLZ 1970, S. 35.

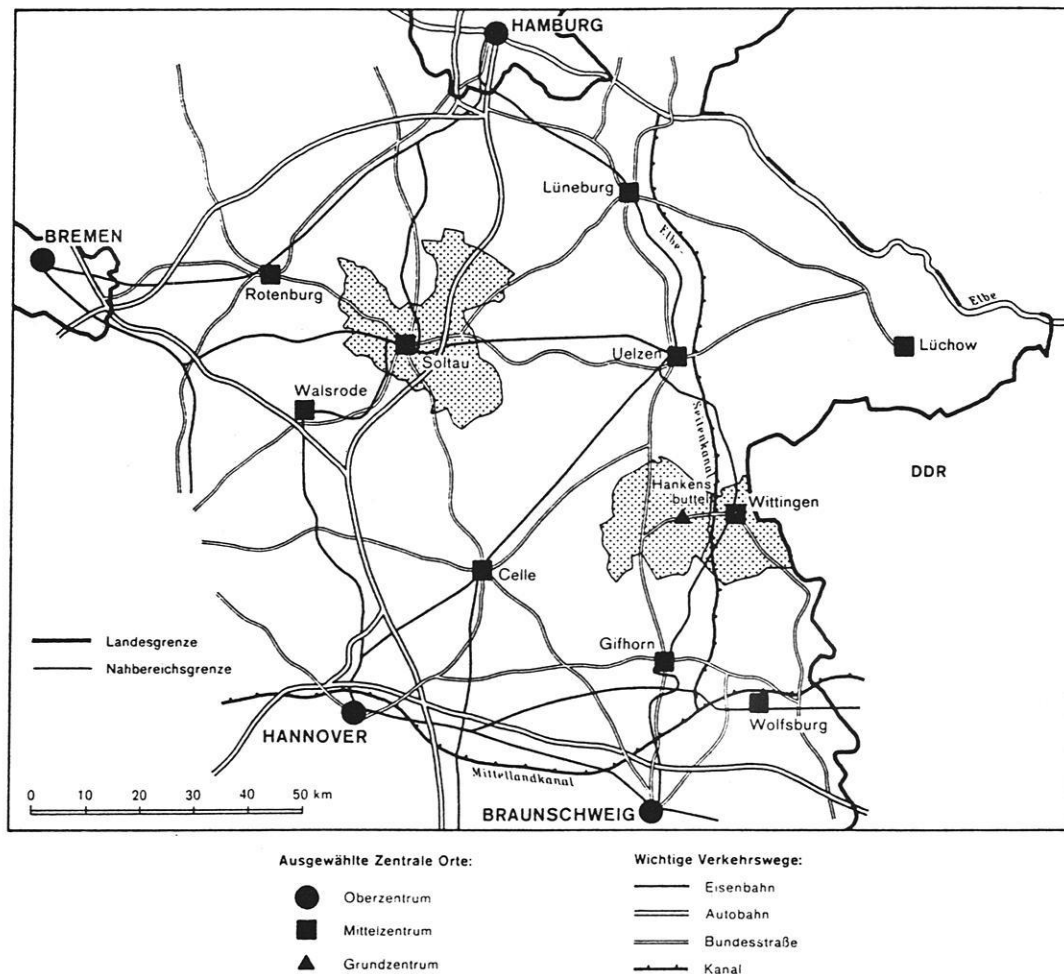
26 Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 79 f.

27 Im Bundesraumordnungsprogramm (BROP) sind beide Untersuchungsgebiete Bestandteile von Gebietseinheiten mit Schwächen in der Erwerbsstruktur bzw. Infrastruktur. Im Landesraumordnungsprogramm von Niedersachsen werden sie der Kategorie "ländlicher Raum" zugeordnet.

28 Vgl. Karte 2.

Karte 2: Lage der Untersuchungsgebiete:

NAHBEREICHE HANKENSBÜTTEL UND WITTINGEN SOWIE SOLTAU



Der Nahbereich Soltau verfügt mit der BAB Hamburg - Hannover und drei Bundesstraßen, die sich in Soltau selbst kreuzen, über eine relativ gute Anbindung an das überregionale Straßennetz. Im öffentlichen Personenverkehr, bestehend aus zwei Eisenbahnnebenstrecken und mehreren Buslinien, treten dagegen Mängel in quantitativer Hinsicht (Zahl der Zugpaare) und in puncto Erreichbarkeit der Oberzentren auf. Die Fahrzeit zu diesen beträgt etwa 1 1/2 Stunden - welche als zumutbare Obergrenze zum Erreichen von Oberzentren bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel von der Ministerkonferenz für Raumordnung angesehen werden²⁹.

Das im Zonenrandgebiet gelegene Untersuchungsgebiet - die beiden Nahbereiche Hankensbüttel und Wittingen - ist lediglich durch zwei Bundesstraßen und eine Eisenbahnnebenstrecke an das überregionale Verkehrsnetz angebunden. Auch hier sind die nächstgelegenen Oberzentren Braunschweig und Hannover mit öffentlichen Verkehrsmitteln gerade noch innerhalb von 1 1/2 Stunden zu erreichen.

²⁹ MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/4, S. 25.

Verwaltungsmäßig wird der Nahbereich Soltau von den vier Einheitsgemeinden (EG) Bispingen, Neuenkirchen, Wietzendorf und Soltau selbst gebildet, während die beiden Vergleichsnahbereiche jeweils nur aus einer Gemeinde bestehen. Hankensbüttel ist eine Samtgemeinde (SG) mit fünf Mitgliedsgemeinden, Wittingen eine Einheitsgemeinde. Ein Vergleich der Flächen beider Untersuchungsgebiete zeigt mit 534,6 qkm (NB Soltau) und 514,8 qkm (NB Hankensbüttel und NB Wittingen) eine annähernde Gleichheit, während die Einwohnerzahlen mit 31 900 bzw. 20 000 Personen (1982) erhebliche Unterschiede aufweisen. Da sich die Bevölkerung auf annähernd gleich viele Ortsteile (42 bzw. 47) verteilt, müssen zwangsläufig Unterschiede in der Siedlungsstruktur auftreten.

Die unterschiedliche Siedlungsstruktur tritt besonders bei Betrachtung der Verteilung der jeweiligen Wohnbevölkerung nach Ortsteil-Größenklassen hervor (Tab. 3). Im Nahbereich Soltau wohnen nahezu 70 v.H. der Nahbereichsbevölkerung in den Hauptorten der jeweiligen Einheitsgemeinden: Bispingen, Neuenkirchen und Wietzendorf mit jeweils ca. 2 000 Einwohnern und Soltau mit 15 800 Einwohnern; hinzu kommt noch ein Ortsteil mit mehr als 1 000 Bewohnern (Hützel in der EG Bispingen). Demgegenüber weisen die beiden Nahbereichszentren im Zonenrandgebiet viel geringere Einwohnerzahlen auf: Hankensbüttel mit ca. 3 300 und Wittingen mit ca. 5 000 Einwohnern. Lediglich zwei Ortsteile - Knesebeck in der EG Wittingen mit ca. 2 500 und Steinhorst in der SG Hankensbüttel mit ca. 1 100 Einwohnern - haben noch mehr als 1 000 Bewohner zu verzeichnen, so daß demzufolge in diesem Untersuchungsgebiet 40 v.H. bzw. über die Hälfte der Einwohner (SG Hankensbüttel) in Ortsteilen unter 1 000 Einwohnern leben. Eine Differenzierung der Ortsteil-Größenklassen verdeutlicht noch einmal die unterschiedliche Siedlungsstruktur und demonstriert gleichzeitig den hohen Anteil disperser Siedlungen, speziell im NB Hankensbüttel, wo über ein Viertel der Bevölkerung in Ortsteilen mit weniger als 250 Einwohnern lebt.

Die skizzierten Unterschiede in der Siedlungsstruktur finden ihren Niederschlag auch in der Ausweisung zentraler Orte seitens der Landesplanung. Während für den NB Soltau ein Konzept mit Soltau als Mittelzentrum zugrunde gelegt wird, das von den Nebenzentren Bispingen, Neuenkirchen und Wietzendorf im grundzentralen Aufgabenbereich ergänzt bzw. unterstützt wird, weist das östliche Untersuchungsgebiet mit Wittingen als Mittelzentrum und Hankensbüttel als Grundzentrum nur jeweils einen klassifizierten Ort pro Nahbereich auf. Vom Bevölkerungspotential her, d.h. der Kernbevölkerung im Mittelzentrum selbst und der des zugeordneten Verflechtungsbereichs, verfügt Soltau über eine ausreichende Mantelbevölkerung, wohingegen Wittingen mit 5 000 Bewohnern im Kern und insgesamt 20 000 Einwohnern im Mittelbereich gerade eben die erforderliche Mindestzahl für ein Mittelzentrum im dünnbesiedelten Gebiet erreicht³⁰.

Tab. 3: Verteilung der Wohnbevölkerung auf Ortsteil-Größenklassen in den Untersuchungsgebieten am 31.12.1973*

Ortsteile mit .. Einwohnern	NB Soltau			NB Hankensbüttel			NB Wittingen		
	Anzahl der OT	Einwohner abs.	v.H.	Anzahl der OT	Einwohner abs.	v.H.	Anzahl der OT	Einwohner abs.	v.H.
unter 250	20	2769	8,2	17	2446	26,9	14	2086	16,7
250 - 500	11	3916	11,7	3	1084	12,0	5	1619	13,0
500 - 1000	6	3940	11,7	2	1178	13,0	2	1229	9,8
1000 - 2000	3	4882	14,6	1	1100	12,1	-	-	-
2000 - 3000	1	2161	6,5	-	-	-	1	2557	20,5
3000 - 5000	-	-	-	1	3266	36,0	1	4997	40,0
5000 u.m.	1	15827	47,3	-	-	-	-	-	-
	42	33495	100	24	9074	100	23	12488	100

* Letzte vergleichbare Fortschreibung der Wohnbevölkerung.
Quelle: Stat. Ber. Nds. A12-hj2 1973; eigene Berechnungen.

³⁰ MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1972, S. 146.

Die Diskussion der Wanderungstheorien hat gezeigt, daß der ökonomische Entwicklungsstand einer Region als wichtige Determinante für Wanderungen angesehen werden kann. Die vorliegende Untersuchung kann nur einige Grundtendenzen diesbezüglich aufzeigen, weil das auf gemeindlicher Basis vorhandene Datenmaterial der Arbeitsstätten- und Volkszählung von 1970 veraltet ist.

Die Bedeutung der Landwirtschaft ist in beiden Räumen, speziell in den kleinen Ortsteilen hoch, und hier arbeiten teilweise über die Hälfte der Erwerbstätigen in diesem Erwerbszweig. Insgesamt betrachtet, spielt die Landwirtschaft in dem im Zonenrandgebiet gelegenen Untersuchungsraum noch eine bedeutsame Rolle, während sie im NB Soltau schon 1970 an letzter Stelle der Wirtschaftsbereiche stand. Im außerlandwirtschaftlichen Bereich dominieren durchweg Klein- und Mittelbetriebe in Handwerk, Industrie und Handel. Als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum nimmt Soltau hierbei eine besondere Stellung ein. Außerdem muß im Bereich der Zentralheide die Rolle des Fremdenverkehrs erwähnt werden, dem teils als Primär- teils als Sekundäreffekt eine erhebliche gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt. Im östlichen Untersuchungsgebiet sind neben handwerklichen und industriellen Klein- und Mittelbetrieben in erster Linie Betriebe aus der Nahrungsmittelindustrie zu erwähnen wie die beiden kartoffelverarbeitenden Zweigwerke großer Firmen in Hankensbüttel und Wittingen sowie die Wittinger Brauerei. Ein größerer metallverarbeitender Mittelbetrieb mit über 400 Beschäftigten befindet sich im Wittinger Ortsteil Knesebeck. Trotz Ausweisung eines größeren Industriegeländekomplexes am Wittinger Hafen (Elbe-Seiten-Kanal) ist keine bedeutsame gewerbliche Neuansiedlung erfolgt, die dort vorhandenen Betriebe sind überwiegend Verlagerungen aus Wittingen selbst.

Um das Bild über die ökonomische Situation zu vervollständigen, soll noch auf einige Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung aus dem Jahr 1978 zurückgegriffen werden³¹. Obwohl mit den Mittelzentren Soltau und Wittingen potentielle Arbeitsmarktzentren vorhanden sind, existieren nur geringe Pendlerverflechtungen zwischen den jeweiligen Gemeinden der beiden Untersuchungsgebiete, d.h. der überwiegende Teil der Erwerbstätigen arbeitet innerhalb der Gemeinde, in der er wohnt. Lediglich für Neuenkirchen spielt Soltau eine gewisse Rolle als Arbeitsort.

Bezüglich der Pendlerverflechtungen mit Zentren außerhalb der drei Nahbereiche treten dagegen Unterschiede auf. Im Untersuchungsraum im Zonenrandgebiet liegt der Auspendleranteil wesentlich höher als im NB Soltau. Zusammen mit der hohen landwirtschaftlichen Erwerbsquote ist dies ein Indikator für die ungünstige Angebotsstruktur an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in diesem Bereich. Dabei erweist sich Wolfsburg mit dem VW-Hauptwerk für Hankensbüttel und vor allem für Wittingen als der dominierende Pendlerzielort. Hingegen sind Gifhorn und Celle insgesamt von nachrangiger Bedeutung. Ihr Einfluß erstreckt sich auf den westlichen Teil des NB Hankensbüttel. Aus dem NB Soltau kommen hauptsächlich Munster, Schneverdingen und Hamburg - bedingt durch die günstige Erreichbarkeit über die Autobahn - als Pendlerzielorte in Frage.

Aufgrund der grob skizzierten Strukturschwäche gehören beide Untersuchungsgebiete vollständig zur Förderkulisse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", wobei Soltau als C-Schwerpunkt mit 15 v.H. Förderung und Wittingen als E-Schwerpunkt mit 25 v.H. Förderung ausgewiesen ist. Bei gegebener überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote, hoher Strukturanfälligkeit wegen der Dominanz des Fahrzeugbaus im östlichen Bereich und der weiteren Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte aufgrund des fortschreitenden Umstrukturierungsprozesses im Agrarsektor wird von einem erhöhten Bedarf außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze ausgegangen. Ziel der Förderung der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs ist es, "weitere Bevölkerungsabwanderungen zu verhindern und Arbeitsplatzdefizite auszugleichen"³².

³¹ Siehe dazu die Untersuchung von KLUCZKA/BETZ/ KÜHN 1981, S. 65 ff.

³² Vgl. Zwölfter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", S. 58.

Ob das Instrumentarium der regionalen Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit in den beiden Untersuchungsgebieten sein Ziel erreicht hat, muß zumindest bezweifelt werden, da gewerbliche Neuansiedlungen weitestgehend ausgeblieben sind. Ob und inwieweit Fördermittel dazu beigetragen haben, neue Arbeitsplätze bei kleinräumigen Verlagerungen zu schaffen bzw. bestehende Arbeitsplätze zu sichern, konnte in der vorliegenden Untersuchung nicht ermittelt werden. Es ist aber davon auszugehen, daß aufgrund der wirtschaftlichen Struktur und der regionalen Ausgangssituation künftig keine wesentliche Verbesserung der Arbeitsplatzsituation zu erwarten ist, so daß in beiden Untersuchungsräumen weiterhin eine latente arbeitsplatzorientierte Abwanderungsbereitschaft bestehen bleiben wird.

Es wird erwartet, daß die infrastrukturelle Ausstattung einer Region neben dem vorhandenen Arbeitsplatzangebot eine weitere wichtige Determinante für Wanderungen aus dem peripheren Raum darstellt. Für beide Untersuchungsgebiete ist die quantitative und qualitative Grundversorgung der Bewohner im Bereich der privaten und öffentlichen Infrastruktur derzeit noch sichergestellt³³. Gleichwohl lassen sich Tendenzen ablesen, die eine Verschlechterung der Situation mit sich bringen. Es handelt sich um den Konzentrationsprozeß einzelner Einrichtungen, beginnend mit der Zentralisierung der Gemeindeverwaltung im Zuge der kommunalen Gebietsreform, der Konzentration im Schulwesen, dem Abbau von Poststellen und des schienengebundenen Nahverkehrs und endend bei der Schließung von sogenannten "Tante-Emma-Läden" bei gleichzeitiger Eröffnung von Supermärkten in den zentralen Orten.

Dieser plakativ beschriebene Prozeß hat zu dem Ergebnis geführt, daß sich in vielen kleinen Ortsteilen unter 500 Einwohnern, insbesondere denen mit weniger als 250 Bewohnern, ein Totalabbau von Lebensmittelgeschäften vollzog, so daß im NB Soltau bereits heute Teilräume ohne jedes Geschäftsangebot anzutreffen sind. Dieser Kontraktionsprozeß ist im anderen Untersuchungsgebiet noch im Gange, so daß angenommen werden muß, daß in vielen kleinen Ortsteilen das einzige Lebensmittelgeschäft in näherer Zukunft geschlossen wird³⁴.

In Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies: Von etwa 10 000 Einwohnern in Ortsteilen unter 1 000 Bewohnern (kleine Ortsteile) des NB Soltau muß die Hälfte ohne stationäre Verkaufseinrichtung am Ort auskommen. In den NB Hankensbüttel und Wittingen dagegen haben etwa 3 700 Einwohner in kleinen Ortsteilen kein Lebensmittelgeschäft am Ort, während für 5 800 Bewohner eine Versorgung am Wohnort gegeben ist³⁵. Obwohl in beiden untersuchten Räumen mobile Distributionsformen in Form von Verkaufswagen anzutreffen sind, kann lediglich bei Brot- und Backwaren bzw. Fisch von einem ausreichenden Angebot gesprochen werden, während Verkaufswagen mit einem differenzierten Angebot von Lebensmitteln, Frischobst/Gemüse oder Fleisch nur in unregelmäßigen Abständen verkehren. Vor allem läßt sich keine Konzentration auf Ortsteile ohne Geschäfte feststellen, so daß die Kompensation stationärer Einrichtungen durch mobile Verkaufsstätten nicht gewährleistet ist.

Ein Minimalangebot an Lebensmitteln, d.h. vielfach noch ohne Bäckerei oder Metzgerei, die überwiegend erst in den großen Ortsteilen anzutreffen sind, findet man in Ortsteilen mit mehr als 500 Einwohnern vor. In dieser Größenklasse wird das Angebot häufig durch verschiedene Dienstleistungsbetriebe ergänzt, wie die Annahmestelle einer chemischen Reinigung, den Friseur oder die Poststelle. Erst in Ortsteilen über 1 000 Einwohner existiert ein differenziertes Lebensmittelangebot, das ergänzt wird durch Güter des mittelfristigen Bedarfs wie Bekleidung, Schuhe und Elektrogeräte. Durch das Vorhandensein eines Arztes und Zahnarztes ist auch im medizinischen Bereich eine Grundausstattung in Ortsteilen dieser Größenordnung gegeben.

³³ Vgl. die empirischen Befunde bei KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 53 ff. bzw. S. 195 ff., wo eine kritische Zusammenfassung unter planerischen Aspekten vorgenommen wird.

³⁴ Die Gründe sind vielfältiger Art: Aufgabe wegen zu hohen Alters des Betriebsinhabers, höhere Preise aufgrund schlechterer Einkaufsbedingungen, verändertes Konsumverhalten.

³⁵ Angaben aus KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 75.

Im Gesundheitswesen ist in beiden Vergleichsräumen eine ausreichende medizinische Grundversorgung durch die vorhandenen Arzt- und Zahnarztpraxen in den Gemeindehauptorten und in den Ortsteilen mit mehr als 1 000 Einwohnern gewährleistet. Fachärzte sind in den Mittelzentren konzentriert, wobei sich hier erhebliche Unterschiede zeigen. Während Soltau über ein sehr differenziertes Facharztangebot verfügt, herrscht in Wittingen ein partieller Mangel vor, weil hier nur die medizinische Mindestausstattung (Gynäkologie, Innere Medizin, Chirurgie sowie Kinderkrankheiten) vorhanden ist. Zum Besuch anderer Fachärzte muß die im östlichen Untersuchungsgebiet lebende Bevölkerung die umliegenden Mittelzentren Gifhorn, Wolfsburg und Celle aufsuchen. Das vorhandene Wittinger Krankenhaus mit seinen 71 Betten gehört zu den kleinsten in Niedersachsen. Mag eine Beibehaltung aus betriebswirtschaftlicher Sicht unrentabel sein, so ist unter planerischen Aspekten ein Fortbestand durchaus erforderlich, um nicht ein großes Areal ohne Versorgung zu lassen.

Das Bildungswesen ist durch eine starke Konzentration gekennzeichnet, die jedoch unterschiedliche Ausprägungen hat. Im NB Soltau befinden sich die Grund- und Hauptschulen in den jeweiligen Gemeindehauptorten, den Nebenzentren Bispingen, Neuenkirchen und Wietzendorf, sowie in Soltau selbst, wobei der Fortbestand der Hauptschule in Wietzendorf langfristig gefährdet ist. Realschule und Gymnasium sind jeweils im Mittelzentrum Soltau konzentriert.

Anders gestaltet sich die Situation im östlichen Untersuchungsgebiet. Im NB Hankensbüttel gibt es außer im Nahbereichszentrum noch zwei weitere Grundschulen, und im NB Wittingen existiert eine zusätzliche Grund- und Hauptschule in Knesebeck. Des Weiteren gab es zu Beginn der Untersuchung noch mehrere kleine Grundschulstandorte, in denen innerhalb eines Verbundes ein oder zwei Klassen unterrichtet wurden. Die weiterführenden Schulen sind mit der Realschule im Mittelzentrum (MZ) Wittingen und dem Gymnasium im Grundzentrum (GZ) Hankensbüttel angesiedelt. Letztgenannte Einrichtung liegt wegen des differenzierten Kursangebots und der dafür erforderlichen Schüleranzahl innerhalb der Sekundarstufe II an der unteren Grenze der Tragfähigkeit. Die Verteilung auf mehrere Schulstandorte und die nicht bedarfsgerechte Verkehrsführung von Schul- und Linienbussen (Umwege oder Umsteigezwang) führen zu einer - verglichen mit dem NB Soltau - insgesamt schlechteren Erreichbarkeit (ausgedrückt durch die Fahrzeit) insbesondere von Realschule und Gymnasium³⁶.

Nach der Analyse ausgewählter Infrastruktursektoren kann generell konstatiert werden, daß der NB Soltau - und speziell hier das Mittelzentrum Soltau - einen besseren Ausstattungsgrad mit Einrichtungen der privaten und öffentlichen Infrastruktur aufweist als die im Zonenrandgebiet gelegenen Nahbereiche Hankensbüttel und Wittingen. Vor allem der dortige partielle Mangel an Fachärzten und das Nichtvorhandensein eines geeigneten Hallenbades - die vorhandenen drei Kleinstschwimmhallen an peripheren Standorten werden von der Bevölkerung nicht angenommen - führen dazu, daß diese Bedürfnisse außerhalb der Nahbereiche befriedigt werden müssen, wobei die umliegenden Mittelzentren Gifhorn, Wolfsburg, Uelzen und Celle als Zielorte aufgesucht werden.

Daraus resultiert, daß im Vergleich der beiden Mittelzentren nur Soltau die an einen solchen zentralen Ort zu richtenden Ansprüche hinsichtlich der infrastrukturellen Ausstattung erfüllen kann. Dies wird einerseits auf die ausreichende Kernbevölkerung in Soltau selbst und das genügend große Bevölkerungspotential im zugeordneten Verflechtungsbereich zurückgeführt und andererseits auf die vorhandene Siedlungsstruktur mit ihrem abgestuften System von Nebenzentren bei entsprechendem demographischen und infrastrukturellen Gefälle. Es handelt sich um einen "funktionalen Raumtyp mit einander ergänzenden Zentren"³⁷.

³⁶ Vgl. KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 152 ff.

³⁷ Vgl. KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 196.

Die teilweise unzureichende Ausstattung des Mittelzentrums Wittingen resultiert aus dem zu geringen Bevölkerungspotential sowohl der Kernstadt als auch des zugeordneten Verflechtungsbereichs bei vergleichsweise ungünstiger Siedlungsstruktur mit zu geringem demographischem und infrastrukturellem Gefälle zwischen dem Mittelzentrum Wittingen und dem Grundzentrum Hankensbüttel einerseits sowie dem gut ausgestatteten, aber offiziell funktionslosen Ortsteil Knesebeck andererseits. Die auf diese Weise entstandene Konkurrenzsituation zwischen den drei Standorten hemmt in letzter Konsequenz die Entwicklung des Mittelzentrums, so daß von einem "funktionalen Raumtyp mit konkurrierenden Zentren" gesprochen wird³⁸.

Unter der Prämisse, daß die infrastrukturelle Ausstattung eines Raumes Wanderungsbewegungen beeinflussen kann, ist davon auszugehen, daß in den Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen eine größere latente Abwanderungsbereitschaft besteht bzw. dort auch eine verstärkte Abwanderung vorzufinden ist.

Abschließend soll auf die Bevölkerungsentwicklung der beiden Untersuchungsgebiete eingegangen werden. Das Bevölkerungspotential mit dem daraus induzierten Arbeitskräftepotential, dem Wohnungsbedarf und der Nachfrage, Nutzung und Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen stellt quasi die wichtigste Größe für die Entwicklung eines Raumes dar.

Aus der unterschiedlichen Einwohnerzahl und der nahezu gleichen Fläche resultiert eine unterschiedliche Bevölkerungsdichte, die mit 60 Einwohnern pro qkm (NB Soltau) bzw. 39 E/qkm (NB Hankensbüttel und NB Wittingen) zu den niedrigsten der Bundesrepublik Deutschland (248 E/qkm) und Niedersachsens (153 E/qkm) gehört³⁹. Sowohl die außerordentlich geringe Dichte des NB Hankensbüttel (29 E/qkm) als auch die vergleichsweise stärkere Abnahme der Dichtezahlen im östlichen Bereich sind insofern problematisch, weil davon das Standortsystem der haushaltsorientierten Infrastruktureinrichtungen tangiert wird. Bei einer zu geringen Bevölkerungsdichte ist nämlich wegen nicht ausreichender Tragfähigkeit mit einem weiteren infrastrukturellen Abbau zu rechnen.

Tab. 4: Bevölkerungsdichte in den Untersuchungsgebieten 1970 und 1982

Nahbereich	Einwohner je qkm		Veränderung in v.H. 1970/1982
	1970	1982	
NB Soltau	61,9	59,7	- 3,6
NB Hankensbüttel	31,6	29,4	- 7,0
NB Wittingen	57,9	51,3	- 11,4
zum Vergleich			
Niedersachsen	149,4	153,0	+ 2,4
BRD	243,9	247,8	+ 1,6

Quelle: VZ 1970; Stat. Ber. Nds. A12-hj2 1982; Stat. Jb. 1983 f.d. Bundesrepublik Deutschland; eigene Berechnungen

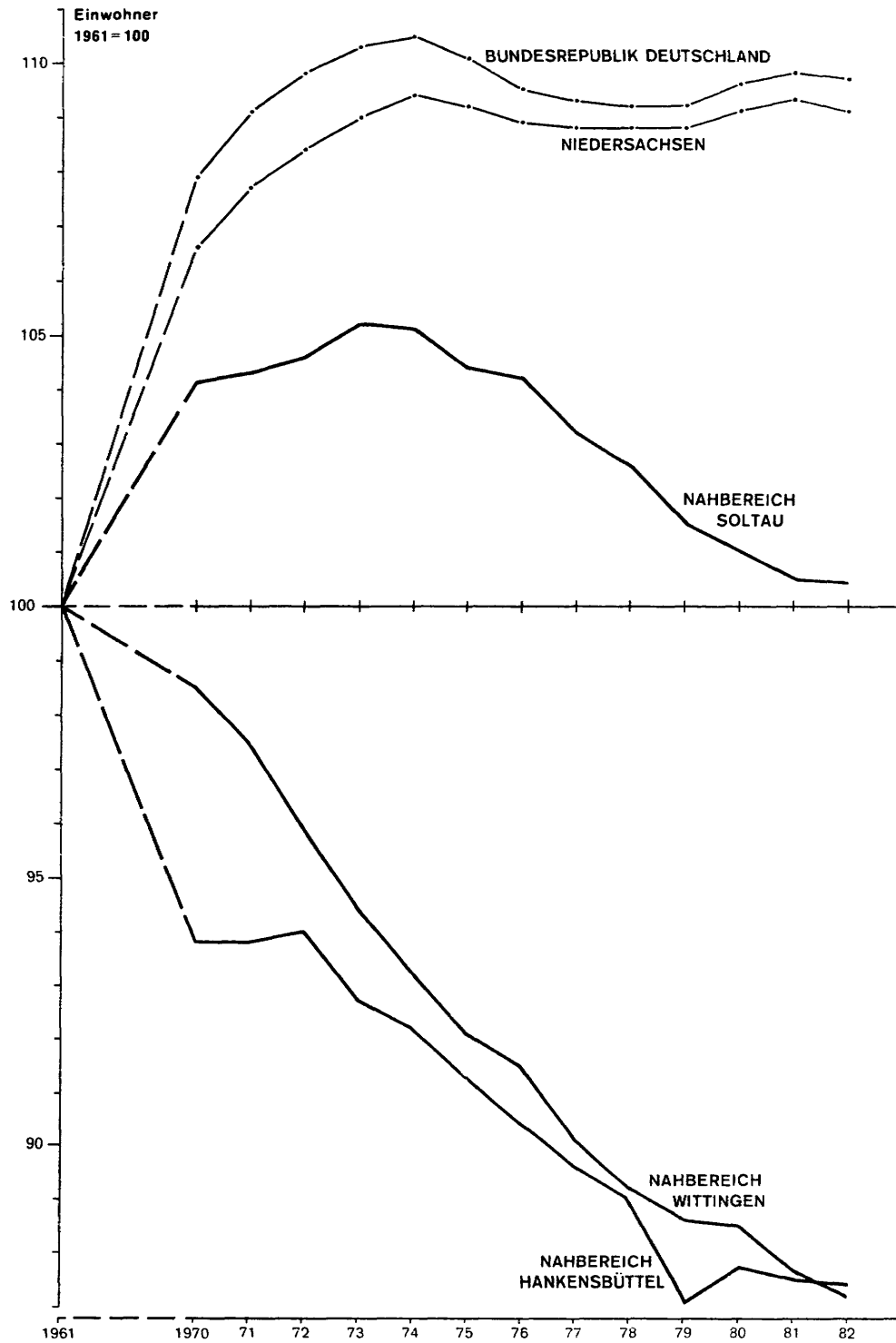
Die skizzierten rückläufigen Dichtewerte müssen zwangsläufig auf eine negative Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen sein. Alle drei Nahbereiche weisen einen Bevölkerungsrückgang auf, der jedoch unterschiedlich ausgeprägt ist. Hatte der NB Soltau bis Mitte der 70er Jahre eine tendenziell gleiche Entwicklung wie die Bundesrepublik Deutschland - auf allerdings niedrigerem Niveau - zu verzeichnen und beginnen die starken Verluste erst ab diesem Zeitpunkt, so ist der NB Wittingen bereits seit 1961 durch eine starke Bevölkerungsabnahme gekennzeichnet, was auch für den NB Hankensbüttel mit Ausnahme der Jahre 1971, 1972 und 1980 gilt⁴⁰.

38 Vgl. KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 198.

39 Vgl. Tabelle 4.

40 Vgl. Abbildung 3.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung 1961 - 1982 in den Untersuchungsgebieten



Quelle: VZ 1961, VZ 1970, Stat. Ber. Nds. A f. 2 - h. 2 1971-1982, Stat. Jb. 1983 f. d. Bundesrepublik Deutschland

Eine gemeindeweise Differenzierung verdeutlicht einerseits noch einmal die Tendenzen, zeigt andererseits aber auch die spezifischen Unterschiede innerhalb der Untersuchungsräume. Ist im NB Soltau in allen Gemeinden mit Ausnahme von Wietzendorf von 1961-70 eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen (bei Bispingen sogar überdurchschnittlich mit 7,6 v.H.), geht hingegen in den beiden Gemeinden des östlichen Untersuchungsgebietes die Einwohnerzahl bereits zurück, in der SG Hankensbüttel (-6,2 v.H.) sogar besonders stark⁴¹. Die skizzierte Bevölkerungszunahme dauert in der EG Soltau und EG Bispingen bis 1972 an, danach tritt auch hier ein Einwohnerrückgang ein. Lediglich die EG Neuenkirchen zeigt bis 1982 eine stetige Bevölkerungszunahme aufgrund ihrer besonderen lokalen Wohnungsbaupolitik.

Tab. 5: Bevölkerungsentwicklung 1961 bis 1982 der Gemeinden in den Untersuchungsgebieten

Nahbereich, Gemeinde	Wohnbevölkerung		31.12.82	Veränderung in v.H.	
	VZ 1961	VZ 1970		61/70	70/82
NB Soltau	31770	33074	31928	+ 4,1	- 3,5
EG Bispingen	5340	5745	5453	+ 7,6	- 5,1
EG Neuenkirchen	4412	4507	5024	+ 2,2	+ 11,1
EG Soltau	19200	20017	18865	+ 4,3	- 5,8
EG Wietzendorf	2818	2805	2586	- 0,5	- 7,8
NB/SG Hankensbüttel	9758	9151	8530	- 6,2	- 6,8
NB/EG Wittingen	13233	13027	11538	- 1,5	- 11,4

Quelle: VZ 1961, VZ 1970; Stat. Ber. Nds. Al2-hj2 1982; eigene Berechnungen.

Insgesamt betrachtet, verliert der NB Soltau zwischen 1970 und 1982 leicht an Bevölkerung, wobei das Ergebnis durch die besondere Situation Neuenkirchens erheblich freundlicher erscheint. Demgegenüber hat speziell der NB Wittingen eine hohe rückläufige Einwohnerzahl aufzuweisen, mit -11 v.H. liegt die Veränderungsquote zwischen 1970 und 1982 auch erheblich höher als im NB Hankensbüttel.

Analysiert man den Anteil der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen an der Bevölkerungsabnahme, so zeigt sich folgendes Bild:

In den beiden betrachteten Fünfjahresräumen von 1973 bis 1977 und 1978 bis 1982 zeichnen sich alle Nahbereiche durch eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung aus. Bei den Wanderungen tritt lediglich im NB Soltau zwischen 1973 und 1977 ein Wanderungsgewinn auf, ansonsten dominieren auch hier die Verluste. Während für die NB Hankensbüttel und Wittingen der Bevölkerungsrückgang der ersten Periode in stärkerem Maße aus Wanderungsverlusten resultiert, kann der relativ hohe Sterbeüberschuß im NB Soltau geringfügig durch Wanderungsgewinne kompensiert werden⁴².

⁴¹ Vgl. Tabelle 5.

⁴² Vgl. Tabelle 6.

Tab. 6: Natürliche Bevölkerungsveränderung und Wanderungssalden 1973 bis 1977 und 1978 bis 1982 in den Untersuchungsgebieten

	Natürliche Bevölkerungsveränderung		Wanderungssaldo	
	abs.	je 1000 Ew.	abs.	je 1000 Ew.
	a 1973 - 77	a .../1977	a 1973 - 77	a .../1977
	b 1978 - 82	b .../1982	b 1978 - 82	b .../1982
NB Soltau	a - 875	- 26,7	+ 322	+ 9,8
	b - 678	- 21,2	- 228	- 7,1
NB Hankensbüttel	a - 149	- 17,0	- 267	- 30,5
	b - 107	- 12,5	- 108	- 12,7
NB Wittingen	a - 331	- 27,8	- 445	- 37,3
	b - 298	- 25,8	- 83	- 7,2

Quelle: Stat. Ber. Nds. A12-hj2 1973 - 1982; eigene Berechnungen.

Im Zeitraum von 1978 bis 1982 verschieben sich die Gewichte der beiden Teilkomponenten. Während in den Nahbereichen Soltau und Wittingen relativ hohe Gestorbenenüberschüsse und vergleichsweise geringe Wanderungsverluste die abnehmende Einwohnerzahl bestimmen, sind beide Teilkomponenten im NB Hankensbüttel gleichgewichtig an der negativen Entwicklung beteiligt. Auffallend ist der starke Rückgang der negativen Wanderungssalden in den östlichen Nahbereichen während der zweiten Periode von 1978 bis 1982. Ein Blick auf die Ergebnisse einzelner Jahre weist aus, daß in beiden Nahbereichen in den Jahren 1980 und 1982 sogar leichte Wanderungsgewinne auftraten⁴³, die die Wanderungsverluste der anderen Jahre etwas kompensieren konnten. Ob der Abwanderungstrend durchbrochen wurde, läßt sich jedoch nicht nachweisen. Folgt man Theorien, die Wanderungen als ökonomisch determiniert betrachten, ist zu vermuten, daß bei insgesamt anhaltend hoher Arbeitslosigkeit von den Verdichtungsräumen eine geringere Sogwirkung ausgeht und somit arbeitsplatzinduzierte Wanderungen in erheblich geringerem Maße stattfinden als zu Zeiten mit starker Arbeitskräftenachfrage.

Als Fazit ist festzuhalten, daß es sich durchaus um zwei unterschiedliche Typen des peripheren ländlichen Raums handelt. Dies führt zu der Frage, ob bezüglich des Wanderungsverhaltens ebenfalls unterschiedliche Ausprägungen zwischen den beiden Untersuchungsgebieten existieren.

4.3 Empirische Ergebnisse zur Abwanderung aus peripheren ländlichen Räumen

Die folgenden Ausführungen enthalten die Analyse und Auswertung der beiden methodischen "Bausteine":

- die Merkmale sämtlicher Abwanderungsvorgänge im fünfjährigen Untersuchungszeitraum von 1978 bis 1982,
- die Ergebnisse der zusätzlich erfolgten einjährigen Haushaltsbefragung im Jahr 1982.

Bedingt durch die unterschiedliche Betrachtungsweise ist eine Vergleichbarkeit mit der amtlichen Statistik kaum möglich. Während bei dieser die Daten personenbezogen aufbereitet sind, stellt die vorliegende Analyse auf den Haushalt ab. Auch ein Vergleich mit Daten aus der letzten Volkszählung ist nicht unproblematisch, denn diese gehen auf das Jahr 1970 zurück und sind somit in den meisten Fällen mittlerweile veraltet. Am Beispiel der Altersgliederung läßt sich dies demonstrieren, weil sich die Altersstruktur in den Untersuchungsräumen gegenüber 1970 wegen des selektiven Charakters von Wanderungen mit großer Sicherheit verändert hat.

⁴³ Auch in der EG Soltau ist 1982 ein Wanderungsgewinn aufgetreten.

Die Berücksichtigung neueren, auf Kreisbasis vorliegenden Datenmaterials ist für Vergleichszwecke ebenfalls kaum geeignet, da auf Nahbereichsebene durchaus unterschiedliche Strukturen vorhanden sein können. Dies trifft z.B. für das östliche Untersuchungsgebiet zu, wo innerhalb des Kreises Gifhorn starke kleinräumige Disparitäten auftreten mit einem prosperierenden Südteil um die Kreisstadt Gifhorn, gekennzeichnet durch Bevölkerungszuwachs, und einen durch stetigen Bevölkerungsverlust charakterisierten Nordteil, den beiden Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen.

Insgesamt wurden zwischen 1978 und 1982 nahezu 5500 Wanderungsfälle registriert. Davon entfielen auf den NB Soltau wegen seiner höheren Einwohnerzahl mehr als 3500 Fälle.

Das für die Befragung relevante Jahr 1982 weist 1020 abgewanderte Haushalte auf. Von ihnen füllten 44 v.H. einen verwertbaren Fragebogen aus, wobei die Anteile der beiden Untersuchungsgebiete mit 45 v.H. (NB Soltau) und 41 v.H. (NB Hankensbüttel und NB Wittingen) leicht vom Mittelwert differieren⁴⁴.

Tab. 7: Verteilung der Abwanderungen und Befragungen nach Untersuchungsgebieten

Untersuchungsgebiet	Wanderungen insgesamt 1978 - 1982			
	davon Wanderungen 1982			
	davon Befragungen		v.H.	
	abs.	v.H.		
NB Soltau	3584	651	297	45,6
NB Hankensbüttel NB Wittingen	1910	369	152	41,2
insgesamt	5494	1020	449	44,0

Verglichen mit anderen empirischen Untersuchungen, in denen ebenfalls eine Simultanbefragung erfolgte, liegt die Quote der verwertbaren Fragebögen etwas niedriger. Berücksichtigt man jedoch, daß in diesen Arbeiten Zu- und Abwanderungen analysiert wurden und bei Abwanderern insgesamt eine geringere Antwortbereitschaft beobachtet wurde⁴⁵, wird der auf den ersten Blick vorhandene Unterschied relativiert. Die Antwortquote ist vergleichbar mit den höchsten Rücklaufquoten postalischer Befragungen, die zwischen 40 v.H. und 50 v.H. liegen⁴⁶.

Es zeigt sich, daß der NB Soltau, gemessen an der Einwohnerzahl, proportional mehr Wanderungsfälle aufweist, auch dann wenn die ursprüngliche Anzahl um die innerhalb des Nahbereichs Wandernden bereinigt wird. Diese ist per definitionem im NB Soltau höher, weil sich dieser aus vier Kommunen gegenüber zwei Kommunen im anderen Untersuchungsgebiet zusammensetzt⁴⁷. Die

⁴⁴ Siehe Tabelle 7.

⁴⁵ Vgl. HERDERICH/GROMES/RAGOZAT 1984, S. 32; WILHELM/DAVID/WOHNER 1984, S. 298.

⁴⁶ So z.B. bei WIETING/HÜBSCHLE 1968, 45 v.H.; BATTELLE 1969, 44 v.H.; DOBBERKAU 1980, 47 v.H.

⁴⁷ Siehe Tabelle 8.

Vermutung, daß der im Zonenrandgebiet gelegene Untersuchungsraum wegen der strukturellen Ausgangslage höhere Abwanderungsraten aufweist, läßt sich somit nicht aufrecht erhalten. Die Gründe scheinen eher in der siedlungsstrukturellen Situation zu liegen, denn nahezu die Hälfte der dortigen Bewohner lebt in Ortsteilen unter 1000 Einwohner⁴⁸, die einen vergleichsweise hohen Anteil von Landwirten und anderen Selbständigen aufweisen. Diese Gruppen zeichnen sich durch eine relativ starke Immobilität aus, weil die Existenz eines eigenen Betriebs bzw. Geschäfts im allgemeinen eine stärkere Bindung an den Wohnort bewirkt als der Besitz eines Eigenheims⁴⁹.

Tab. 8: Bevölkerungs- und Wanderungsanteil nach Untersuchungsgebieten

Nahbereich	Bevölkerung 1982		Wanderungen 78-82		Wanderungen 78-82 über die Grenzen des UG	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Soltau	31928	61,4	3584	65,2	3139	64,0
Hankensbüttel						
Wittingen	20068	38,6	1910	34,8	1766	63,0
insgesamt	51990	100	5494	100	4905	100

Quelle: Stat. Ber. Nds. Al2-hj2 1982; eigene Berechnungen.

Die höhere Immobilität von Bewohnern kleinerer Ortsteile verdeutlicht dann auch deren vergleichsweise geringe Partizipation an den Abwanderungen gegenüber den Nahbereichszentren und Nebenzentren, gemessen an deren jeweiligen Bevölkerungsanteilen⁵⁰. Besonders ausgeprägt zeigt sich dies in den NB Hankensbüttel und Wittingen. Wenn man von der erwähnten spezifischen Situation bei Landwirten und anderen Selbständigen absieht, wird diese Immobilität nach MARX durch eine starke Bindung an Hauseigentum und intensive soziale Beziehungen verursacht⁵¹.

Tab. 9: Bevölkerungs- und Wanderungsanteil nach klassifizierten Orten und Ortsteilen nach Untersuchungsgebieten in v.H.

	MZ Soltau	Nebenzentren	übrige OT	MZ Wittingen GZ Hankensbüttel	übrige OT
Bev. Anteil *	47,4	18,0	34,6	38,4	61,6
Wanderungsanteil	51,8	20,4	28,8	48,8	51,2

* Angaben nach dem letzten vergleichbaren Fortschreibungsstand 31.12.1973

Quelle: Stat. Ber. Nds. Al2-hj2 1973; eigene Berechnungen.

Vermutlich liegt die Zahl der Abwanderungen aus den Ortsteilen de facto höher, weil vielfach der Gemeindehauptort als neuer Wohnstandort gewählt wird⁵². Da diese Wanderungen jedoch nunmehr als innergemeindliche Umzüge anzusehen sind und folglich nicht mehr in der Wanderungsstatistik auftauchen, ist deren Nachweis nicht möglich. Ebensowenig läßt sich ermitteln, wie hoch der Anteil der Etappenwanderer ist, d.h. wieviele Haushalte den Gemeindehauptort als Zwischenziel benutzen,

⁴⁸ Vgl. Tabelle 3.

⁴⁹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 43 f.; STÖCKMANN 1971, S. 50.

⁵⁰ Siehe Tabelle 9.

⁵¹ MARX 1983, S. 190.

⁵² Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 54 f.

um dann weiter entfernt gelegene Mittelzentren oder Oberzentren aufzusuchen. Um diese für die Migrationsforschung wichtigen Informationen erhalten zu können, wäre die Erstellung einer Wanderungsgeschichte notwendig.

Insgesamt betrachtet spiegeln die Ergebnisse die Erfahrungen anderer Untersuchungen wider, wonach sich die Bewohner kleiner Ortsteile tendenziell am immobilsten erweisen, während das mobile Bevölkerungspotential überwiegend in Mittel- und Unterzentren lebt⁵³.

4.3.1 Demographische und sozio-ökonomische Merkmale der abgewanderten Personen

Die Frage nach der strukturellen Zusammensetzung der Abgewanderten soll klären, ob bestimmte Gruppen in stärkerem Maße an der Abwanderung beteiligt sind als andere. Dazu werden nachstehend die folgenden Variablen zur Erklärung herangezogen: Alter, Familienstand, Haushaltsgröße, Bildungsniveau und berufliche Zugehörigkeit.

4.3.1.1 Alter und Geschlecht

Es wurde bereits erwähnt, daß das individuelle Anspruchsniveau je nach Alter bzw. Lebenszyklusphase differiert. Ausgehend davon, daß die Standortgunst einzelner Regionen von bestimmten Altersgruppen gemäß deren Bedürfnissen und Ansprüchen unterschiedlich bewertet wird, läßt sich vermuten, daß bei den Wanderungen altersgruppenspezifische Charakteristika auftreten. So kommen die meisten empirischen Wanderungsanalysen zu dem Ergebnis, daß jüngere Personen überproportional häufig wandern, weil diese z.B. das Elternhaus verlassen, um unabhängig und selbstständig zu werden und um einen eigenen Haushalt zu gründen. Junge Menschen zeigen insgesamt eine größere Risikobereitschaft⁵⁴, und sie sind weniger stark in die Familie oder in andere soziale Gruppen integriert, so daß der Zwang zur Anpassung relativ gering ist. Ferner sind Ausbildungsende und berufliche Karriere in starkem Maß altersgebunden.

Bezogen auf periphere Regionen stellt GATZWEILER anhand von interregionalen Wanderungsverflechtungen fest, daß die meisten Wanderer der jungen und mittleren Jahrgänge in die nahegelegenen Verdichtungsräume ziehen⁵⁵. Deren Attraktivität resultiert aus einem differenzierten Bildungsangebot, einem größeren Arbeitsmarkt mit entsprechenden Aufstiegschancen sowie einem breiteren kulturellen Angebot. Auf der anderen Seite verzeichnen die Peripherregionen Wanderungsgewinne von älteren, überwiegend nicht mehr erwerbstätigen Jahrgängen aus den Verdichtungsgebieten, deren Hauptmotiv die bessere Umweltqualität in der Zielregion darstellt. Diese altersspezifische Selektivität interregionaler Wanderungen bewirkt letztendlich eine negative soziale Erosion und eine Überalterung der peripheren Regionen.

In der hier vorliegenden Untersuchung werden insgesamt sieben Altersgruppen gebildet, wobei die mobilsten Altersjahrgänge, die 15- bis 34jährigen, vier Klassen zu Fünfjahresintervallen umfassen. Damit ist beabsichtigt, die an Mobilitätsvorgängen beteiligte größte Gruppe stärker zu differenzieren als dies bei anderen Autoren geschieht, die ein homogenes altersgruppenspezifisches Entscheidungs- und Wanderungsverhalten unterstellen und 16- bis 20jährige als Bildungswanderer sowie 21- bis 34jährige als Arbeitsplatzwanderer bezeichnen⁵⁶. Die stärkere Differenzierung der 15- bis 34jährigen bietet in gewisser Weise einen Ansatzpunkt zu prüfen, ob diesen Altersgruppen heute noch homogene Wanderungsgruppen entsprechen, wie dies neuerdings in Frage gestellt wird⁵⁷. Die

53 Vgl. BERGMANN/FRIEDAG/KRÄMER/MACKENSEN 1979, S. 168.

54 Bei HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 215 werden noch weitere Eigenschaften genannt wie Flexibilität, Weltoffenheit, Unvorsichtigkeit, Optimismus etc.

55 Vgl. GATZWEILER 1975, S. 70 ff.

56 So z.B. bei GATZWEILER 1975, S. 77 ff.; KULS 1980, S. 203.

57 Vgl. BUCHER/GATZWEILER/SCHMALENBACH 1984, S. 1143, Fußnote 25.

weitere relativ grobe Einteilung der Wanderer in 35- bis 49jährige, 50- bis 64jährige und über 65jährige entspricht deren Partizipation am gesamten Wanderungsgeschehen. Es muß noch erwähnt werden, daß eine direkte Vergleichbarkeit mit anderen Untersuchungen in den wenigsten Fällen möglich ist, da nahezu jeder dieser Analysen eine andere Altersgruppeneinteilung zugrunde gelegt wird. Gleichwohl werden vergleichbare Tendenzen herausgearbeitet.

Die Auswertung der empirischen Ergebnisse zeigt das erwartete Bild, denn fast 70 v.H. der Abgewanderten entfallen auf die 15- bis 34jährigen, wobei die 20- bis 24jährigen Haushaltsvorstände mit nahezu 29 v.H. den höchsten Anteil aufweisen. Deutlich tritt auch die hohe Mobilität der 25- bis 29jährigen hervor (Tab. 10).

Mit zunehmendem Alter nimmt die Abwanderungsintensität ab⁵⁸; HADERMANN u.a. vermuten die Grenze zwischen Mobilität und Immobilität bei ca. 35 Jahren⁵⁹. Während noch 15 v.H. der abgewanderten Haushaltsvorstände zwischen 35 und 49 Jahre alt sind, sinkt die Quote der 50- bis 64jährigen auf 6 v.H. ab. Die etwas stärkere Mobilität der über 65jährigen entspricht den Erfahrungen mit Altersruhesitz-Wanderern.

Tab. 10: Abwanderungen nach Altersgruppen und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Altersgruppen in Jahren	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
15-19	10,2	10,6	10,4
20-24	28,8	29,3	28,9
25-29	18,6	19,5	19,0
30-34	10,5	10,4	10,5
35-49	15,8	14,3	15,3
50-64	6,4	5,8	6,2
65 u. mehr	9,7	10,1	9,8
	100 n = 3584	100 n = 1910	100 n = 5494

Ein Vergleich mit anderen Arbeiten, soweit dieser überhaupt möglich ist, zeigt Parallelitäten. So ermittelt DOBBERKAU einen fast gleichen Anteil der bis 30jährigen mit nahezu 60 v.H. an den gesamten Abwanderern⁶⁰. Ebenso läßt sich in verschiedenen anderen Untersuchungen feststellen, daß die Zahl der Wanderungen bis zum 25. Lebensjahr stark zunimmt und dort ihr Maximum erreicht, wie z.B. in der PROGNOSE-Studie oder bei HERDERICH u.a.⁶¹.

Eine Aufgliederung der globalen Zahlen nach Regionen verdeutlicht, daß insgesamt keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsräumen bestehen. Gleichwohl ist die Abwanderungsquote der unter 35jährigen im östlichen Bereich etwas höher, wobei die geringfügigen Differenzen in jeder der Altersgruppen auftreten. Dies ändert sich bei den beiden folgenden Klassen, in denen im Bereich der Zentralheide vergleichsweise etwas mehr Personen abwandern.

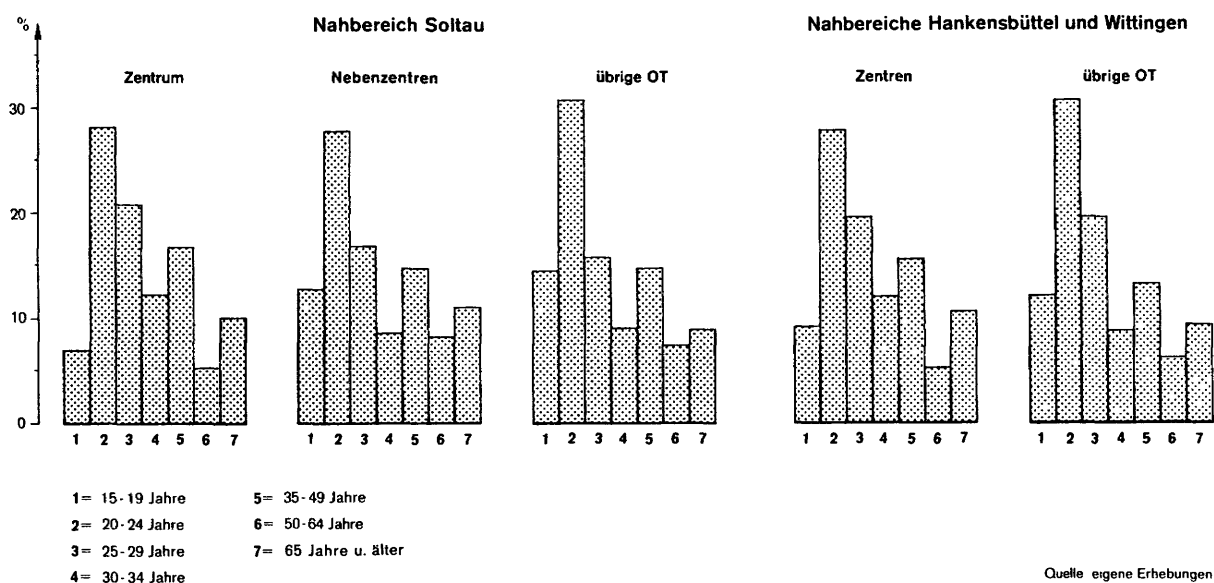
⁵⁸ Vgl. auch MAMMEY 1977, S. 82.

⁵⁹ HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 215.

⁶⁰ Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 113.

⁶¹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 34; HERDERICH/GROMES/RAGOZAT 1984, S. 334.

Abb. 4: Anteil der Altersgruppen bei Abwanderungen nach klassifizierten Orten und Ortsteilen in den Untersuchungsgebieten in v.H.



Bei einer Differenzierung der Altersstruktur nach Herkunftsorten (Abb. 4) wird deutlich, daß in beiden Untersuchungseinheiten aus den kleinen Ortsteilen vergleichsweise mehr 15- bis 24jährige abwandern als aus zentralen Orten, wobei diese Tendenz im NB Soltau noch etwas stärker ausgeprägt ist. In den Nahbereichszentren selbst dagegen ist eine tendenziell höhere Mobilität der 25- bis 34jährigen festzustellen, und auch in den übrigen Altersgruppen setzt sich dieser Trend fort mit Ausnahme bei den 50- bis 64jährigen. Die stärkere Partizipation jüngerer Wanderer, speziell der 15- bis 24jährigen, in den kleinen Ortsteilen untermauert noch einmal eine gemeindeweise Differenzierung, denn hier wird deutlich, daß aus den Ortsteilen der jeweiligen Kommunen teilweise die Hälfte der Abwanderer dieser Altersgruppe angehören wie z.B. in Bispingen und Neuenkirchen, aber auch im Wittinger Ortsteil Knesebeck⁶².

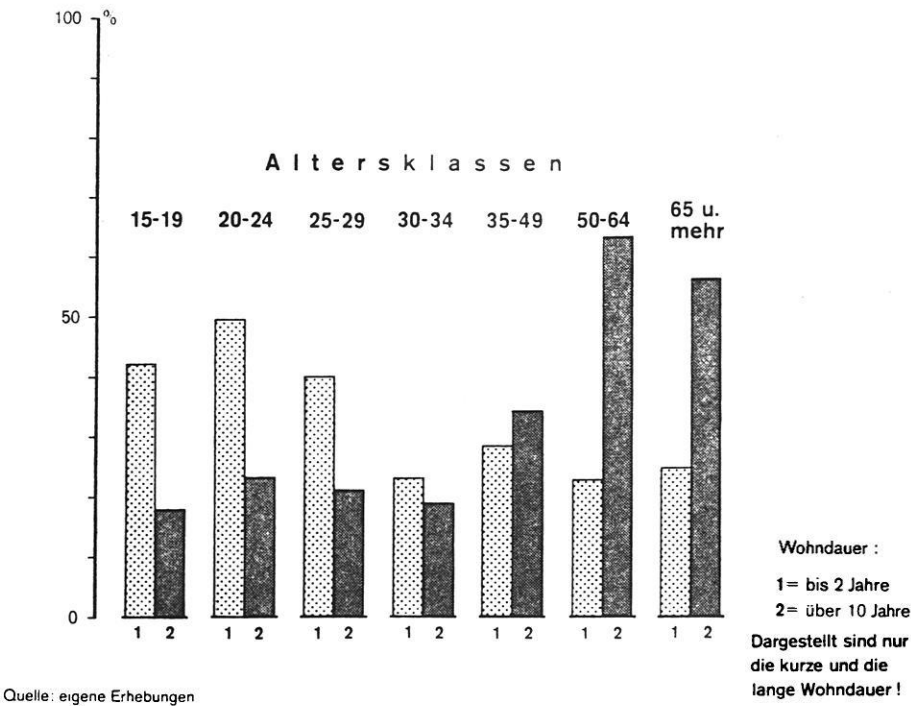
Als weiteres Indiz für die altersspezifische Mobilität kann die Wohndauer angesehen werden. Zunächst müssen die ermittelten Angaben hinsichtlich der Ortsansässigkeit um die Erstwanderer bereinigt werden, weil diese auf jeden Fall über 15 Jahre an ihrem alten Wohnort verbracht haben. Ungefähr ein Drittel der Migranten gilt als Erstwanderer, wobei die Altersklassen bis zu 29 Jahren einen entsprechend überproportionalen Anteil aufweisen. Bei Nichtberücksichtigung dieser Erstwanderer wird eine hohe Fluktuation der 20- bis 29jährigen deutlich, denn diese verlassen zu einem hohen Prozentsatz nach einer kurzen Wohndauer bis zu zwei Jahren wieder ihren Wohnort (Abb. 5). Die Interpretation der Zahlen in der Altersklasse von 15 bis 19 Jahren kann nur mit großer Vorsicht geschehen, weil keine Angaben darüber vorliegen, ob der Zuzug im Familienverbund und somit quasi unfreiwillig erfolgte, oder ob bereits eine individuell bestimmte Wanderung vorlag. Bei allen anderen Altersgruppen kann unterstellt werden, daß der Zuzug auf freiwilliger Basis erfolgte. Mit zunehmendem Alter der Migranten nimmt auch die Wohndauer zu, so daß die 30- bis 50jährigen überwiegend 5 bis 15 Jahre und die über 50jährigen über 15 Jahre am Ort ansässig waren.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß die Vermutung über altersspezifische selektive Wirkungen von Wanderungen bestätigt wird, denn sieben von zehn Abwanderern sind unter 35 Jahre alt mit einem besonders hohen Anteil 15- bis 24jähriger speziell aus den kleinen Ortsteilen. Obwohl keine altersspezifischen Wanderungssalden vorliegen, kann dennoch aufgrund der negativen Wanderungssalden im Untersuchungszeitraum geschlossen werden⁶³, daß tendenziell eine negative Altersselektivität, d.h. eine Überalterung der Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten feststellbar ist (Abb. 5).

⁶² Vgl. dazu Tabelle 41 im Anhang.

⁶³ Vgl. Tabelle 6

Abb. 5:
Wohndauer und Alter der Abwanderer in den Untersuchungsgebieten in v.H.



Die abschließende Betrachtung der Geschlechterproportionen dokumentiert, daß in beiden Untersuchungsgebieten etwas mehr Männer als Frauen abwandern (Tab. 11). Das Ergebnis unterstreicht die Beobachtung aller empirischen Beobachtungen, daß dem höheren Frauenanteil an der Bevölkerung im Bundesgebiet ein Männerüberschuß bei den Wanderern gegenübersteht. Die vorliegende Relation bildet jedoch gegenüber anderen Analysen insofern eine Abweichung, als in jenen ein wesentlich größeres Übergewicht an männlichen Migranten ermittelt wurde⁶⁴.

Tab. 11: Abwanderungen nach Geschlecht und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

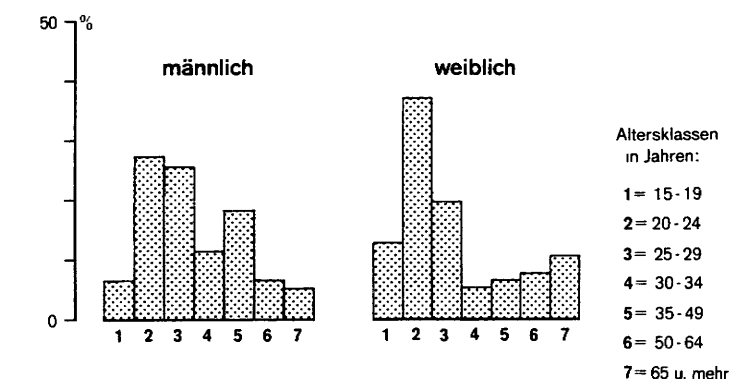
Geschlecht	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
männlich	53,0	52,0	52,7
weiblich	47,0	48,0	47,3
	100 n = 296	100 n = 151	100 n = 447

In den einzelnen Altersgruppen dagegen sind beträchtliche Differenzen zu erkennen, denn die weiblichen Wanderer sind wesentlich jünger als die männlichen und setzen sich zur Hälfte aus den unter 25jährigen zusammen⁶⁵. Da auch der Anteil der über 50jährigen überproportional höher liegt, ist zwangsläufig die Partizipation der anderen Jahrgänge wesentlich geringer. Ein vollkommen anderes Profil zeigt die Altersstruktur der männlichen Wanderer mit deutlichem Übergewicht der 25- bis unter 50jährigen.

⁶⁴ Im Extremfall betrug die Relation bei STÖCKMANN 1971, S. 48, 71: 29. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 33 und DOBERKAU 1980, S. 115 ermitteln ein Verhältnis von 64: 36 bzw. 59: 41.

⁶⁵ Siehe Abbildung 6.

Abb. 6: Abwanderungen nach Alter und Geschlecht in v.H.



Quelle: eigene Erhebungen

Die Überrepräsentanz junger Frauen deckt sich mit den Beobachtungen von DOBBERKAU, daß im peripheren ländlichen Raum diese Gruppe eine ausgeprägte Wanderungsneigung aufweist⁶⁶. Es ist zu vermuten, daß deren Wanderung in Richtung Verdichtungsräume bzw. Stadtregionen verläuft, denn diese verzeichnen bei den jungen Fernzuwanderern einen deutlichen Frauenüberschuß⁶⁷. Nach WIETING/HÜBSCHLE ist es wahrscheinlich, daß Frauen aus ländlichen Regionen direkt in die Stadtregionen ziehen, während Männer eher als Etappenwanderer anzusehen sind, die zunächst in die zentralen Orte ziehen, in die sie bereits gependelt sind, und von dort im Zuge des beruflichen Aufstiegs weiterwandern⁶⁸.

Die höhere Mobilität junger Frauen wird darauf zurückgeführt, daß mittlerweile immer mehr Frauen einen höheren Schulabschluß erreichen und demzufolge eine höhere Qualifikation anstreben bzw. besitzen. Die Realisierung ihres Wunsches nach besserer Ausbildung und beruflichem Aufstieg ist jedoch in Peripherregionen häufig noch weniger möglich als für die dortigen Männer. Ebenso bieten die peripheren Arbeitsmärkte häufig nicht genügend Arbeitsplätze für weibliche Arbeitnehmer an, obwohl die Erwerbsquote von Frauen, speziell der jüngeren, erheblich angestiegen ist. In vielen Fällen mag die höhere Abwanderung auch damit zusammenhängen, daß Frauen bei Heirat oder Zusammenleben mit einem Partner in die Wohnung des Mannes ziehen.

4.3.1.2 Familienstand

Alter, Familienstand und Haushaltsgröße stehen in engem Zusammenhang, d.h. keine der Größen kann autonom für Wanderungsentscheidungen gelten. Ohne näher auf die Diskussion einzugehen, die ALBRECHT mit seiner Bemerkung ausgelöst hat, "daß im Faktor Alter als Ursache für Wanderungen z.T. der Faktor Familienstand versteckt ist"⁶⁹, sei darauf hingewiesen, daß mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit steigt, daß eine Person verheiratet ist.

Die Heirat selbst kann Anlaß für eine Wanderung sein und mit ihr geht eine Änderung des Familienstands einher. Statistisch gesehen gibt es in gewisser Weise Einordnungsprobleme. Je nachdem ob die Abmeldung vor oder nach der Eheschließung erfolgt, gilt die wandernde Person als ledig oder verheiratet.

⁶⁶ DOBBERKAU 1980, S. 116.

⁶⁷ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 34 ff.; MAREL 1980, S. 57.

⁶⁸ WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 38.

⁶⁹ ALBRECHT 1972, S. 88.

Allgemein wird angenommen, daß Ledige eine stärkere Mobilität als Verheiratete aufweisen, weil sie eine geringere Bindung an die Familie oder andere soziale Gruppen haben und nicht die Interessen anderer Familienmitglieder berücksichtigen müssen⁷⁰. Der wahrscheinlich geringe Anteil von Eigentum (Immobilien) erhöht ebenfalls die Mobilität von Ledigen⁷¹. Während vermutet werden kann, daß Ledige größere Wanderungsdistanzen als Verheiratete zurücklegen, erwartet man bei letzteren eher einen wohnungsorientierten Ortswechsel, wenn sich die Familie z.B. in der Expansionsphase befindet. Daraus ist abzuleiten, daß auch hinsichtlich der Wanderungsmotivstruktur Unterschiede zwischen Verheirateten und Ledigen existieren.

Das Wanderungsverhalten von Geschiedenen und Verwitweten wird in der Literatur unterschiedlich beurteilt⁷². So führt z.B. MAMMEY die von ihm ermittelte überdurchschnittliche Wanderungsintensität von Geschiedenen auf die mit dem Scheidungsakt verbundene Haushaltstrennung zurück⁷³.

An dieser Stelle soll kritisch angemerkt werden, daß die realen Bedingungen von der Statistik nicht immer berücksichtigt werden. So taucht z.B. keine Gruppe "in (Wohn-) Gemeinschaft lebend" oder "getrennt lebend" explizit auf. Dies mag damit zusammenhängen, daß bei den Meldebehörden und damit auch in der davon abhängigen Wanderungsstatistik stets der juristisch exakte Familienstand angegeben wird. Dies führt statistisch konsequenterweise zu einer Überrepräsentanz lediger, geschiedener oder verwitweter Einzelpersonen, so daß eine Erweiterung des Faktors Familienstand um die beiden genannten Komponenten angebracht erscheint.

Bei den hier vorliegenden Wanderungsvorgängen war nahezu die Hälfte der Untersuchten ledig und etwas mehr als ein Drittel verheiratet, wobei hinsichtlich der räumlichen Verteilung ein leichtes Übergewicht beider Gruppen im westlichen Untersuchungsgebiet zu beobachten ist (Tab. 12). Damit hebt sich dieses Ergebnis deutlich von anderen empirischen Studien ab, in denen grundsätzlich mehr Verheiratete als Ledige an Wanderungsprozessen partizipieren⁷⁴. Die vermutete Dominanz Lediger an Abwanderungen aus dem peripheren Raum wird somit durch das vorliegende Resultat bestätigt. Demgegenüber kann keine höhere Wanderungsintensität von Geschiedenen im Vergleich zu Verwitweten beobachtet werden.

Tab. 12: Abwanderungen nach Familienstand und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Familienstand	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
ledig	48,1	45,7	47,3
verheiratet	35,8	32,5	34,7
verwitwet	7,5	8,6	7,9
geschieden	4,8	5,3	5,0
getrennt lebend	2,0	2,6	2,3
in Wohngemeinschaft lebend	1,7	5,3	2,9
	100 n = 293	100 n = 151	100 n = 444

Insgesamt betrachtet bringen die Ergebnisse bezüglich des Familienstands keine zusätzlichen Erkenntnisse, da eine hohe Korrelation zwischen dieser Variablen und dem Alter vorliegt.

⁷⁰ So ermittelt ANDERSECK 1973 in seiner Studie, daß Ehefrauen einen entscheidenden Einfluß auf die Wanderungsentscheidung ausüben.

⁷¹ Vgl. GENOSKO 1980, S. 736.

⁷² Vgl. HADERMANN/KAPELLI/KOLLER 1975, S. 235.

⁷³ MAMMEY 1977, S. 82.

⁷⁴ Der Anteil der Verheirateten beträgt bei WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 38, 55 v.H.; STÖCKMANN 1971, S. 48, 86 v.H.; DOBERKAU 1980, S. 116, 68 v.H. und GENOSKO 1980, S. 737, 57 v.H.

4.3.1.3 Haushaltsgröße

Der dritte, den Lebenszyklus repräsentierende Faktor ist die Haushaltsgröße. Die theoretischen Überlegungen gehen davon aus, daß sich im Laufe eines Lebenszyklus die Familien- bzw. Haushaltsgröße ändert, weil die Wahrscheinlichkeit steigt, daß ein Individuum mit zunehmendem Alter nicht mehr ledig, sondern verheiratet ist und daß Kinder in der Familie vorhanden sind⁷⁵. Es existiert demnach ein enger Zusammenhang zwischen Familienstand und Haushaltsgröße einerseits sowie Alter und Haushaltsgröße andererseits. HADERMANN u.a. gehen davon aus, daß der Grad der Mobilität eine Funktion der Haushaltsgröße ist. Einzelpersonen weisen demnach die höchste Mobilität auf, weil sie die geringsten familiären Bindungen besitzen und im übrigen wenig Rücksicht auf die Interessen anderer Familienmitglieder nehmen müssen⁷⁶.

Die Wanderung von Einzelpersonen ist überwiegend beruflich orientiert, d.h. Ausbildung, beruflicher Aufstieg und der Arbeitsplatz sind als vorrangige Motive zu nennen. Daneben weisen familiäre Gründe eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Wanderungsentscheidung auf: bei jüngeren Einzelpersonen z.B. wegen Heirat und einem damit verbundenen Wechsel von einem Einpersonenhaushalt zu einem Mehrpersonenhaushalt⁷⁷ oder bei älteren Personen durch Wanderung zu den Kindern. Zweipersonenhaushalte zeichnen sich durch ein heterogenes Verhalten aus, denn einerseits können sich diese Haushalte in der Expansionsphase befinden und eine relativ hohe Mobilität aufweisen, während andererseits diese Haushalte in der Schrumpfungsphase - wenn die Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben - durch geringe Mobilitätsbereitschaft charakterisiert werden können. Gleichwohl sind für beide Arten in erster Linie wohnungsorientierte Gründe (zu kleine bzw. zu große Wohnung) maßgebend für eine Wanderung⁷⁸, ergänzt um berufsorientierte Motive bei jüngeren Zweipersonenhaushalten.

Das Vorhandensein von Kindern führt zwar insgesamt zu einer geringeren Teilnahme von Mehrpersonenhaushalten am Wanderungsgeschehen, jedoch sind auch hier Differenzierungen zu beobachten. Mit zunehmendem Alter der Kinder sinkt die Neigung, einen Wohnstandortwechsel vorzunehmen. Schulbesuch sowie soziale Integration der Kinder dürften ausschlaggebend für ein Verharren sein bzw. lediglich eine Nahwanderung mit dem Ziel einer Feineinstellung erlauben, so daß die bestehenden Kontakte nicht zerstört werden. Familien mit Kindern im Vorschulalter sind hingegen stärker an Wanderungen beteiligt. Neben arbeitsplatzinduzierten und aufstiegsorientierten Ortswechseln, die auch häufig über längere Distanzen führen, neigt diese Gruppe zu intraregionalen Wanderungen, denen wohnungsorientierte Motive zugrunde liegen. Ganz allgemein kann festgehalten werden, daß mit zunehmender Kinderzahl die Wanderungsintensität sinkt, weil es z.B. für größere Familien sehr schwierig ist, eine adäquate Wohnung zu finden⁷⁹.

In den beiden Untersuchungsräumen werden die obigen Ausführungen eindrucksvoll bestätigt, da die Gesamtzahl der Wandernden sich fast zu drei Vierteln aus Einzelpersonen bzw. Einpersonenhaushalten zusammensetzt. Demgegenüber sind die Zweipersonenhaushalte mit 11,5 v.H. und die übrigen Mehrpersonenhaushalte mit 15 v.H. vergleichsweise gering am Abwanderungsgeschehen beteiligt. Bei regionaler Differenzierung zeigt sich ein leichtes Übergewicht bei den Einpersonenhaushalten in den Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen, wohingegen im westlichen Teilgebiet im Vergleich etwas mehr Zweipersonenhaushalte abwandern (Tab. 13).

⁷⁵ Vgl. ALBRECHT 1972, S. 87.

⁷⁶ HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 260.

⁷⁷ Vgl. z.B. MAREL 1980, S. 61, wo diesbezüglich exakte Zahlen ermittelt werden.

⁷⁸ Vgl. HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 295 ff.

⁷⁹ Vgl. ALBRECHT 1972, S. 87.

Tab. 13: Abwanderungen nach Haushaltsgröße und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Haushaltsgröße	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
1 Person	72,9	75,2	73,7
2 Personen	12,2	10,3	11,5
3 Personen	8,2	7,9	8,1
4 Personen	4,3	4,8	4,5
5 Personen und mehr	2,4	1,8	2,2
	100 n = 3584	100 n = 1910	100 n = 5494

Eine Differenzierung nach klassifizierten Orten und Ortsteilen läßt erkennen, daß Einpersonenhaushalte eher aus den kleinen Ortsteilen abwandern. Dagegen ändert sich das Bild bei Zwei- und Mehrpersonenhaushalten, denn diese wandern stärker aus den Nahbereichszentren als aus den kleinen Ortsteilen⁸⁰.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt im Vergleich zu anderen Studien überdurchschnittlich hoch, denn bis dato bildete die von PROGROS ermittelte Quote von 65 v.H. den höchsten Wert⁸¹. Weiterhin ergibt der Vergleich eine nahezu gleich starke Partizipation von Zweipersonenhaushalten, wohingegen zwangsläufig relativ weniger Mehrpersonenhaushalte aus den beiden Analyseeinheiten abwandern. Die hohe Zahl von Einpersonenhaushalten mag auch auf den Umstand zurückzuführen sein, daß sowohl Haushaltsgröße als auch Familienstand sich mit der Wanderung ändern können⁸². Insofern ist eine Gleichsetzung von Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen als Einpersonenhaushalte nicht möglich, und es tauchen die gleichen abmeldungstechnischen Probleme auf, wie dies bereits beim Familienstand dargestellt wurde.

Aus der Befragung ergibt sich, daß in ungefähr jedem fünften wegziehenden Haushalt Kinder unter 18 Jahren leben⁸³ - eine Quote, die angesichts der hohen Partizipation von Einfamilienhaushalten erwartet worden ist. Davon hat genau die Hälfte ein Kind, während 40 v.H. zwei Kinder und die restlichen 10 v.H. drei Kinder besitzen.

Die Verteilung der Kinder auf einzelne Altersgruppen zeigt eine Dominanz bei den noch nicht schulpflichtigen Kindern, die nahezu 60 v.H. repräsentieren, wobei Haushalte mit Kindern unter drei Jahren die stärkste Gruppe bilden⁸⁴ (Tab. 14). Hingegen liegt die Wanderungsintensität bei Haushalten mit schulpflichtigen Kindern deutlich niedriger. Somit bestätigt das Ergebnis insgesamt die vorher getroffene Vermutung, daß mit zunehmendem Alter der Kinder eine verringerte Mobilität zu erwarten ist.

Tab. 14: Alter der im Familienverband abwandernden Kinder in den Untersuchungsgebieten*

Altersgruppen in Jahren	Anzahl	
	abs.	v.H.
unter 3	48	36,9
3 - 5	28	21,5
6 - 10	22	16,9
11 - 15	26	20,0
16 - 18	6	4,7
Summe	130	100

* Jugendliche im Alter von über 15 Jahren, die als Einzelpersonen wanderten, sind nicht in dieser Tabelle berücksichtigt.

⁸⁰ Vgl. Tab. 42 im Anhang.

⁸¹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 39. - Bei DOBBERKAU 1980, S. 117 erreichen die Einpersonenhaushalte einen Anteil von 54 v.H.

⁸² Vgl. MAREL 1980, S. 61. - Dort wird ermittelt, daß sich bei 40 v.H. der Wanderer mit dem Umzug die Haushaltsstruktur ändert.

⁸³ Dies entspricht einer Gesamtzahl von 86 Haushalten.

⁸⁴ Zu ähnlichen Resultaten gelangen auch HADERMANN/KÄPPEL/KOLLER 1975, S. 270 ff. und DOBBERKAU 1980, S. 118 f.

Als Fazit der Differenzierung nach demographischen Merkmalen kann festgehalten werden:

- Die These, nach der überwiegend junge, ledige Einzelpersonen aus peripheren Räumen abwandern, wird in dieser Untersuchung nach Analyse der Variablen Alter, Familienstand und Haushaltsgröße bestätigt.
- Ebenso wird untermauert, daß mit zunehmendem Alter und Familienstand die Wanderungsintensität abnimmt.
- Insgesamt stützen die Ergebnisse die Beobachtungen aus der Lebenszyklustheorie, wonach in der Gründungsphase die stärkste Mobilität auftritt und in der Expansionsphase wegen der Geburt von Kindern häufig ein Wohnstandortwechsel vorgenommen wird.

4.3.1.4 Schulbildung

Von den sozio-ökonomischen Merkmalen wird die Schulbildung bzw. das Ausbildungsniveau als wichtigstes Kriterium betrachtet. Nach HADERMANN u.a. beeinflußt diese Größe den sozio-ökonomischen Status am meisten⁸⁵.

In der älteren Migrationsforschung wird davon ausgegangen, daß aus dem ländlichen Raum in erster Linie die mutigsten, risikofreudigsten, dynamischsten und intelligentesten Individuen abwandern, was jedoch empirisch nicht bestätigt werden konnte⁸⁶. Neuere Untersuchungen hingegen kommen zu empirischen Befunden, daß zwischen Schulbildung und Mobilität ein positiver Zusammenhang besteht. Indem die gut Ausgebildeten und diejenigen mit höherem Schulabschluß eher wandern als andere, treten sowohl in den Herkunftsregionen als auch in den Zielregionen Selektionswirkungen auf.

Grundsätzlich lassen sich dabei zwei Arten von Wanderungen unterscheiden: Einmal können sie aufgrund eines erreichten Ausbildungsniveaus erfolgen, und zum anderen mit dem Ziel, einen gewünschten Ausbildungsstand zu erreichen. Diese letzte Art wird innerhalb der Motivationsanalyse untersucht, während die Beziehungen zwischen Abwanderung und Ausbildungsniveau Gegenstand der folgenden Ausführungen sind.

Höhere Schulbildung und höheres Ausbildungsniveau bedingen nicht direkt eine Abwanderung aus dem peripheren ländlichen Raum, d.h. sie stehen nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang. Es müssen bestimmte Voraussetzungen vorliegen, die bewirken, daß die individuellen Bedürfnisse oder die eines Haushalts nicht mehr befriedigt werden können. Generell kann man davon ausgehen, daß mit steigendem Ausbildungsniveau insgesamt die Ansprüche an die räumliche und soziale Umwelt steigen, wobei ländliche Peripherregionen diesen Ansprüchen meistens nicht genügen⁸⁷. Bezogen auf den Arbeitsmarkt strukturschwacher Regionen bedeutet dies, daß keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für hochqualifizierte und hochspezialisierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Ein höheres Bildungsniveau impliziert ferner bessere Informationsmöglichkeiten über alternative Standorte und attraktivere Lebensbedingungen.

Die Auswertung der Befragungsergebnisse zeigt zunächst einmal das erwartete Ergebnis, daß überwiegend Personen mit Hauptschul- und Realschulabschluß abwandern. Auf den ersten Blick auffallend ist der relativ hohe Anteil von Personen, die ein Studium absolviert haben (Tab. 15). Zwischen den Untersuchungsgebieten existieren innerhalb der einzelnen Klassen geringfügige Unterschiede, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Ein präziser Vergleich mit anderen Untersuchungen ist wegen der jeweils unterschiedlichen Definition bzw. Einordnung von Fachschulen,

⁸⁵ HADERMANN/KÄPPEL/KOLLER 1975, S. 353 f.

⁸⁶ Dazu s. ALBRECHT 1972, S. 85 ff. u. S. 177 ff.; RÖDER 1974, S. 203; MAREL 1980, S. 62 f.

⁸⁷ Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 120.

Fachoberschulen und Fachhochschulen kaum möglich. Dennoch zeigt sich tendenziell eine relative Übereinstimmung mit jüngeren empirischen Arbeiten⁸⁸. Wird zudem berücksichtigt, daß das Bildungsniveau in den letzten 20 Jahren stetig gestiegen ist, lassen sich auch gegenüber älteren Arbeiten gleiche Tendenzen nachweisen. So ist beispielsweise der von PROGROS ermittelte Anteil der Volksschüler mit 60 v.H. in der vorliegenden Studie auf knapp unter die Hälfte aller Nennungen gesunken⁸⁹, wohingegen die Quote der Wanderer mit Realschulabschluß vergleichsweise gestiegen ist.

Tab. 15: Befragte nach höchstrangigem Schulabschluß und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Schulabschluß	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
noch Schüler ohne Schulabschluß	0,3 7,4	1,3 8,6	0,7 7,8
Hauptschule	43,2	48,7	45,1
Realschule	21,6	15,1	19,4
Fachschule	5,7	6,6	6,0
Gymnasium	5,7	8,6	6,7
Hochschule/Fachhochschule	10,8	7,9	9,8
keine Angabe	5,1	1,3	0,7
	100 n = 297	100 n = 152	100 n = 449

Hinsichtlich der Selektionswirkungen von Wanderungen lassen sich erst bei Kenntnis der Bevölkerungszusammensetzung Schlüsse ziehen. Weil jedoch keine exakten und vor allem neuer Daten zum regionalen Bildungsniveau, gemessen am höchsten Schulabschluß, vorliegen, sei auf die Globaldaten für die Bundesrepublik zurückgegriffen. Das Statistische Jahrbuch ermittelt für 1982 folgende Schulabschlußrelationen bei den über 15jährigen: noch in Schulausbildung 5,2 v.H.; Volksschul- bzw. Hauptschulabschluß 68,9 v.H.; Realschul- oder gleichwertiger Abschluß 15,9 v.H.; Fachhochschul-/Hochschulreife 9,9 v.H.⁹⁰. Die Zahlen dokumentieren das in den letzten Jahren gestiegene Bildungsniveau, denn sowohl in der PROGROS-Studie als auch bei DOBBERKAU wird von ca. 80 v.H. Volks- bzw. Hauptschulabsolventen und von maximal 5 v.H. Abiturienten und Hochschulabsolventen ausgegangen⁹¹.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit der Struktur der Befragten ergibt, daß Personen mit Hauptschulabschluß zwar insgesamt die größte Wanderungsgruppe repräsentieren, jedoch gemessen am Bevölkerungsanteil die geringste Mobilitätsrate aufweisen. Ein vollkommen anderes Bild bieten dagegen Individuen mit Abitur bzw. Hochschulabschluß. Jeder sechste Wanderer gehört dieser Gruppe an, wobei deren Anteil an der Bevölkerung lediglich ca. 10 v.H. beträgt. Abiturienten und Hochschulabsolventen sind demnach überproportional häufig an Abwanderungen beteiligt. Auch bei der Gruppe der Real- und Fachschüler ist diese Tendenz erkennbar, wenngleich auch nicht in dieser extremen Form⁹².

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Ergebnisse insgesamt die Hypothese bestätigen, daß mit wachsendem Bildungsniveau die Mobilität ansteigt.

⁸⁸ Siehe z.B. die Ergebnisse bei DOBBERKAU 1980, S. 120.

⁸⁹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 45.

⁹⁰ Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1984, S. 356.

⁹¹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 46; DOBBERKAU 1980, S. 120.

⁹² Vgl. auch die Ergebnisse bei MAMMEY 1977, S. 85.

4.3.1.5 Berufliche Zugehörigkeit

Die berufliche Qualifikation ist hinsichtlich ihres Selektionscharakters bei Wanderungen in engem Zusammenhang mit dem Bildungsniveau zu sehen. Ausgehend davon, daß mit höherem Bildungsniveau eine steigende Mobilität zu verzeichnen ist, kann bei Unterstellung eines positiven Zusammenhangs zwischen Schulbildung und Berufsstatus angenommen werden, daß bestimmte Berufsgruppen in stärkerem Maße einen Wohnortwechsel vornehmen als andere.

Stimmen individuelle Arbeitsplatznachfrage und vorhandenes Arbeitsplatzangebot überein, herrscht eine Gleichgewichtssituation vor, bei der die berufsmäßigen Bedürfnisse befriedigt werden können⁹³. Dabei brauchen Arbeitsort und Wohnort wegen der Möglichkeit zu pendeln nicht identisch zu sein. Tritt jedoch ein Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt ein, muß ein individueller Anpassungsprozeß in Gang gesetzt werden, wobei Pendeln als Lösungsstrategie ausfällt.

Grundsätzlich bieten sich zwei Lösungsmöglichkeiten an:

- beruflicher Wechsel
- Wohnortwechsel

Im allgemeinen lassen sich Wanderungen auf die interregionalen Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialstruktur und die Verteilung der Arbeitsplätze zurückführen⁹⁴. Je höher jedoch die Qualifikation und Spezialisierung von Arbeitskräften ist, desto geringer sind die Chancen, in der näheren Umgebung einen gleichwertigen Posten zu finden⁹⁵, oder wie BESHERS es ausdrückt: "In general, the higher the skill of the occupation the more geographically extended the job market"⁹⁶.

Daraus läßt sich ableiten, daß mit zunehmender beruflicher Qualifikation auch größere Wanderungsdistanzen zurückgelegt werden. Beruflich weniger qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte müßten demzufolge leichter einen Arbeitsplatz innerhalb einer Region finden, insgesamt eine geringere Mobilitätsneigung aufweisen und weniger häufig interregionale Wanderungen vornehmen. Es besteht somit ein enger Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und beruflicher Qualifikation. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß mit einem Wohnortwechsel häufig auch eine Verbesserung des beruflichen Status einhergeht, also auch eine vertikale Mobilität erfolgt⁹⁷.

Der Arbeitsmarkt im peripheren ländlichen Raum ist durch quantitative und qualitative Mängel gekennzeichnet. Insgesamt herrscht ein Arbeitsplatzdefizit vor, so daß kaum Alternativen vorhanden sind und auch Schulabsolventen nur zu einem geringen Teil absorbiert werden können. Unter qualitativen Aspekten sind der unterdurchschnittliche Besatz mit Dienstleistungsbetrieben zu nennen und in diesem Zusammenhang die geringen Beschäftigungschancen für eine Vielzahl qualifizierender Ausbildungsgänge. Ferner sind nur Möglichkeiten eines beruflichen Aufstiegs gegeben, da die wenigen Positionen meist langfristig besetzt sind.

Zur empirischen Ermittlung der beruflichen Tätigkeit wurde innerhalb des Fragebogens eine offene Frage vorgegeben. Dies geschah vor dem Hintergrund einer nicht eindeutigen Unterscheidung beim Berufsstatus, weil z.B. die Grenzen zwischen Arbeitern, Facharbeitern und Angestellten fließend sind⁹⁸. Es sollte daher versucht werden, auf der Basis der genannten Berufsangaben eine Qualifizierung in unqualifizierte Berufe, Fachberufe und akademische Berufe vorzunehmen. Die offene Frage im Fragebogen ergab naturgemäß eine Vielzahl von Angaben. Diese wurden anhand der dezierten Berufsklassifizierung vom Statistischen Bundesamt mit insgesamt 1672 Berufsklassen⁹⁹ entsprechend zugeordnet. Dennoch war die Bestimmung des Qualifikationsmerkmals wegen der Heterogenität der Einzelangaben mit Schwierigkeiten verbunden.

⁹³ Vgl. HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 387 f.

⁹⁴ Vgl. RÖDER 1974, S. 251 f.

⁹⁵ Vgl. HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 397 f.

⁹⁶ BESHERS 1967, S. 136.

⁹⁷ Zum Begriff "vertikale Mobilität" siehe Kap. 3.1 dieser Arbeit. - Siehe auch Übersicht 2.

⁹⁸ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 42.

⁹⁹ SPERLING 1970, S. 9 ff.

Die Ergebnisse zeigen, daß in beiden Untersuchungsgebieten etwa zwei Drittel der Migranten erwerbstätig waren (Tab. 16). Diese Quote scheint vergleichsweise gering¹⁰⁰. Bei den Nicht-Erwerbstätigen, die dementsprechend ein Drittel der Abwanderer stellen, wird die größte Teilgruppe von den Rentnern mit ca. 10 v.H. repräsentiert. Die gleiche Quote erreichen Schüler/Studenten sowie Auszubildende/Praktikanten, wenn sie zu einer Gruppe zusammengefaßt werden. Hausfrauen und Arbeitslose wandern demgegenüber weniger häufig ab. Auffallend ist der unterschiedlich hohe Anteil von Arbeitslosen, vor allem aber der niedrige Prozentsatz in den Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen.

Tab. 16: Abwanderer nach der Stellung im Erwerbsleben und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Stellung im Erwerbsleben	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
erwerbstätig	64,6	65,8	65,0
nicht erwerbstätig	33,6	32,2	33,2
Arbeitslose	8,8	3,3	6,9
Azubis/Praktikanten	6,8	4,6	6,0
Schüler/Studenten	2,7	5,3	3,6
Hausfrauen	7,1	7,2	7,1
Rentner	8,4	11,8	9,6
keine Angabe	1,8	2,0	1,8
	100 n = 297	100 n = 152	100 n = 449

Im allgemeinen werden Arbeitslose als relativ immobil angesehen. Ob die von GENOSKO im Jahr 1976 gemachte Beobachtung, daß es sich bei den Arbeitslosen im ländlichen Raum überwiegend um Frauen und Unqualifizierte handelt¹⁰¹, auch noch für den Befragungszeitpunkt 1982 zutrifft, erscheint aufgrund der vollkommen unterschiedlichen Arbeitslosenzahlen zu den jeweiligen Untersuchungszeitpunkten fraglich. Die geringe Mobilität von Arbeitslosen wird wahrscheinlich durch die derzeitige konjunkturelle Situation beeinflußt, indem von den wirtschaftlichen Zentren generell eine abgeschwächte Nachfrage nach Arbeitskräften ausgeht¹⁰². Ein weiterer Grund für die Immobilität bei Arbeitslosigkeit scheint in dem ländlichen Raum weit verbreiteten Hausbesitz zu liegen.

Insgesamt weichen die Untersuchungsergebnisse von denen der DOBBERKAU-Studie ab, denn dort wandern vergleichsweise erheblich weniger Rentner, Lehrlinge und Studenten ab, während die größte Teilgruppe von den Hausfrauen repräsentiert wird und Arbeitslose nicht erwähnt werden¹⁰³.

Differenziert nach der Erwerbstätigkeit stellen die in Industrie und Handwerk Beschäftigten die zahlenmäßig größte Gruppe, wobei insgesamt mehr Facharbeiter als ungelernete bzw. angelernte Kräfte abwandern (Tab. 17). Speziell im östlichen Untersuchungsgebiet sind überproportional viele Beschäftigte aus Industrie und Handwerk am Wanderungsgeschehen beteiligt, ohne daß bezüglich des Qualifikationsniveaus signifikante Differenzen auftreten. Mit deutlichem Abstand folgen die Berufsgruppen aus dem Gesundheits- und Erziehungswesen, mit einer Dominanz im NB Soltau, und die aus dem kaufmännischen Bereich. Auch innerhalb dieser Berufsgruppen ist eine stärkere Partizipation von Fachkräften gegenüber unqualifizierten Arbeitskräften zu erkennen. Erwähnenswert ist noch der relativ hohe Anteil von militärischen Berufen und von Berufen aus der Verwaltung, dem Rechts- und Sozialwesen in dem im Zonenrandgebiet gelegenen Teilraum. Dahinter verbergen sich größtenteils Beamte des Zolls und Bundesgrenzschutzes, die ebenso wie die Berufssoldaten häufig versetzt werden. Demgegenüber zeichnen sich Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft durch

¹⁰⁰ DOBBERKAU 1980, S. 123 ermittelt 80 v.H. Erwerbstätige, räumt jedoch ein, daß diese Quote überdurchschnittlich hoch ist. - Ein Vergleich mit anderen Untersuchungen ist nicht möglich, weil in diesen teilweise nur die Wanderung von Erwerbspersonen analysiert wird wie z.B. bei STÖCKMANN 1971.

¹⁰¹ GENOSKO 1980, S. 729.

¹⁰² Vgl. ALBRECHT 1972, S. 64.

¹⁰³ DOBBERKAU 1980, S. 123 f.

nahezu vollkommene Immobilität aus, zumal saisonal Beschäftigte in der Forstwirtschaft, die sich nur für wenige Wochen in der Region aufhielten, für die Untersuchung nicht berücksichtigt wurden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß von erwerbstätigen Migranten der weitaus größte Teil einen Fachberuf oder einen akademischen Beruf aufweist, so daß der vermutete Zusammenhang zwischen Wanderungsintensität und beruflicher Qualifikation durch die Untersuchungsergebnisse bestätigt wird. Interessanterweise sind im östlichen Untersuchungsraum mehr beruflich unqualifizierte Individuen am Wanderungsprozeß beteiligt als im westlichen Teilraum. Unterstellt man, daß die Beschäftigten in den kaufmännischen Fachberufen, im Gesundheits- und Erziehungswesen sowie in der Verwaltung überwiegend Angestellten- oder Beamtenstatus aufweisen, dokumentieren die Untersuchungsergebnisse eine wesentlich höhere Wanderungsintensität dieser Gruppierungen gegenüber Arbeitern und Facharbeitern, wie dies auch in anderen Analysen zum Ausdruck kommt¹⁰⁴.

Tab. 17: Erwerbstätige Befragte nach Berufsgruppen und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen	insgesamt
Land- und Forstwirtschaft	1,6	1,0	1,4
Industrie/Handwerk ungelernt	14,5	20,0	16,4
Industrie/Handwerk Facharbeiter	19,3	22,0	20,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	6,3	3,0	5,1
techn. u. naturwissenschaftl. Berufe	3,6	5,0	4,1
kaufmännische Fachberufe	10,4	10,0	10,3
kaufmännische Berufe ungelernt	3,1	8,0	4,8
Gaststättenwesen u. private Dienstleistungen	6,8	2,0	5,1
Verwaltung, Rechts- u. Sozialwesen	4,7	7,0	5,5
Militärische Berufe	8,3	8,0	8,2
Gesundheits- u. Erziehungswesen			
Fachberufe	9,9	4,0	7,9
akad. Berufe	8,9	7,0	8,2
unbestimmbare Berufe	2,6	3,0	2,7
	100 n = 192	100 n = 100	100 n = 292

Abschließend sei noch angemerkt, daß das Einkommen als weiterer Indikator des sozio-ökonomischen Status in dieser Untersuchung unberücksichtigt blieb, obwohl dieser Faktor in allen anderen empirischen Arbeiten Eingang gefunden hat. Aufgrund der erwähnten zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich Datenschutz und auch Befragungen wurde von Anfang an auf diese besonders sensible Frage verzichtet, weil eine hohe Verweigerungsrate diesbezüglich oder evtl. sogar des gesamten Fragebogens zu erwarten gewesen wäre.

4.3.1.6 Der Typus "Peripherer ländlicher Abwanderer"

Resümierend läßt sich feststellen, daß hinsichtlich der Partizipation einzelner demographischer und sozio-ökonomischer Gruppen keine regionalen Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsgebieten auftreten.

- Es sind überwiegend die unter 35jährigen, die abwandern, mit einer eindeutigen Dominanz der 20- bis 24jährigen. In dieser Altersgruppe wandern mehr Frauen als Männer. Besonders die ganz jungen Migranten, die 15- bis 24jährigen stammen überwiegend aus den kleinen Ortsteilen der Nahbereiche. Die Dominanz der jüngeren Altersgruppen korrespondiert mit den Ergebnissen aller anderen Studien.

¹⁰⁴ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 42 f.; STÖCKMANN 1971, S. 48; GENOSKO 1978, S. 77; DOBBERKAU 1980, S. 124.

- Nahezu die Hälfte aller Abwanderer ist ledig. Der überproportional hohe Anteil dieser Gruppe ist als Resultat einer Interkorrelation zwischen Alter und Familienstand anzusehen. Dieses Ergebnis weicht von dem anderer Untersuchungen deutlich ab.
- Der Einpersonenhaushalt dominiert mit einem Anteil von drei Vierteln das Wanderungsgeschehen. Die hohe Wanderungsintensität dieser Teilgruppe wird durch die alters- und familienstandsspezifische Partizipation erklärt.
- Es wandern überproportional häufig Personen mit weiterführendem Schulabschluß, wie Abiturienten und Hochschulabsolventen. Volks- und Hauptschulabsolventen hingegen sind vergleichsweise unterrepräsentiert. Es bestätigt sich somit der aus anderen Studien bekannte Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Wanderungsverhalten.
- Der überwiegende Teil der Wanderer ist zu den Fachkräften zu rechnen, was die enge Verknüpfung zwischen Bildungsniveau und beruflicher Qualifikation aufzeigt.

Insgesamt lassen die unterschiedlichen Wanderungsintensitäten innerhalb der einzelnen Gruppe erkennen, daß die am Wanderungsprozeß beteiligten Personen sich in ihren demographischen und sozioökonomischen Merkmalen von der Gesamtbevölkerung abheben. Die Folge sind Selektionswirkungen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielregionen.

4.3.2 Distanz und Richtung der Abwanderung

Das Kriterium Wanderungsdistanz wird bereits von den ersten Migrationstheoretikern - RAVENSTEIN, ZIPF und STOUFFER - als zentrale Untersuchungsgröße betrachtet¹⁰⁵. Während dort jedoch ausschließlich die Entfernung zwischen bisherigem Wohnort und Zielort analysiert wird und diesbezüglich Gesetzmäßigkeiten aufgestellt werden, spielt dieser Aspekt in der heutigen Wanderungsliteratur nur noch eine untergeordnete Rolle. Der distanzielle Faktor wird vielmehr unter einem räumlich-funktionalen Aspekt betrachtet, d.h. es wird untersucht, ob eine intra- oder interregionale Wanderung vorliegt bzw. ob lediglich ein Wohnstandortwechsel innerhalb der Region stattfindet oder ob eine Wanderung mit einer Verlagerung sämtlicher Aktivitäten erfolgt.

Gleichwohl geschieht bei der folgenden Auswertung der Ergebnisse aus methodischen Gründen eine Unterteilung zwischen einem rein entfernungsmaßbigen und einem räumlich-funktionalen Aspekt. Diese Vorgehensweise schließt mögliche Querverweise, sofern sie notwendig sind, nicht aus, wengleich eine synthetische Betrachtung der wesentlichen Ergebnisse einem abschließenden Kapitel vorbehalten bleibt.

4.3.2.1 Intra- und interregionale Wanderungen

Bei Betrachtung der zurückgelegten Wanderungsdistanz wird analog zu anderen empirischen Untersuchungen eine Dreiteilung vorgenommen¹⁰⁶:

- Nahwanderungen erfolgen bis zu 20 km
- Wanderungen über eine mittlere Distanz liegen zwischen 21 und 100 km
- Fernwanderungen betreffen Entfernungen von über 100 km.

Innerhalb dieser drei Klassen wird dann eine weitere Differenzierung vorgenommen, so daß insgesamt acht Entfernungszonen zustande kommen.

¹⁰⁵ Vgl. die Ausführungen in Kap. 3.2.1.

¹⁰⁶ Diese Differenzierung geht im Kern auf RAVENSTEIN 1885 zurück, der Nah- und Fernwanderer (jenseits von 25 km Entfernung) unterschied. Bei WIETING/ HÜBSCHLE 1968, S. 49 und INFAS 1972, S. 29 f. wurde das Kriterium "mittlere Distanz" eingeführt.

Nahwanderungen sind größtenteils mit Wanderungen innerhalb der jeweiligen Untersuchungsgebiete gleichzusetzen. Die Unterscheidung von Distanzen unter und über 10 km geschieht aus formalen Gründen. Bei den Ergebnissen wird sich zeigen, daß Entfernungen unter 10 km kaum noch zurückgelegt werden, weil seit der kommunalen Gebietsreform diese Form der Nahwanderungen, die vorher einen erheblichen Umfang einnahm¹⁰⁷, nun per definitionem als innergemeindlicher Umzug deklariert wird, der bei der Untersuchung nicht berücksichtigt wird.

Bei Wanderungen, die über eine mittlere Distanz erfolgen, wird das Untersuchungsgebiet verlassen, die Migranten lassen sich jedoch im Einzugsbereich des jeweils nächsten Mittelzentrums nieder - diese Zone wird bis 50 km angesetzt - bzw. bleiben in der Einflußsphäre des regionalen Oberzentrums.

Ausgesprochene Fernwanderungen liegen erst ab einer zurückgelegten Distanz von über 100 km vor und sind mit einer vollständigen Erneuerung des individuellen Aktionsfeldes verbunden. Die hier vorgenommene weitere Unterteilung der Fernwanderungen soll Aufschluß darüber geben, inwieweit die im Gravitationsansatz gemachten Überlegungen, daß die Wanderungsintensität mit zunehmender Entfernung abnimmt, heute noch gelten. Oder ist ungeachtet der Distanz auch bezüglich der Untersuchungsgebiete ein Süd-Nord-Gefälle bei den Wanderungen zu beobachten, d.h. ein Zuzug in stark prosperierende Zentren wie die Verdichtungsräume Rhein-Main, Stuttgart oder München.

Wengleich hinsichtlich der Differenzierung von Wanderungen im Schrifttum ein Konsens vorherrscht, werden durchaus unterschiedliche Distanzzonen in den einzelnen Studien gewählt. Speziell bei der Betrachtung der Wanderungsdistanz macht sich das Problem der kommunalen Neugliederung bemerkbar. Weil alle vergleichbaren Studien vor der Gebietsreform durchgeführt wurden, schließen diese sämtliche Wanderungen aus den kleinen ehemals selbständigen Ortsteilen ein. In der vorliegenden Arbeit werden diese nur berücksichtigt, sofern sie über die jetzigen Gemeindegrenzen verlaufen. Durch die dargestellte unterschiedliche Ausgangslage ist ein direkter Zahlenvergleich nahezu ausgeschlossen, was am Beispiel der PROGNOSE-Studie demonstriert werden mag: Dort wird bei den Nahwanderungen eine 8km-Zone eingeführt, in der über 28 v.H. aller Wanderungen stattfinden¹⁰⁸.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt getrennt nach Untersuchungsgebieten, um die jeweiligen räumlichen und siedlungsstrukturellen Charakteristika wie die unterschiedliche Ausstattung der Nahbereichszentren, die Entfernung zu anderen Mittelzentren im intraregionalen Verflechtungsbereich und die Lage innerhalb des oberzentralen Bereichs bzw. die Entfernung zum jeweiligen Oberzentrum besser zu berücksichtigen. Auf die Bedeutung dieses Aspekts weist DOBBERKAU hin, weil "die unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Raumbedingungen und die regional variierende Eigenart der zentralen Orte ... trotz eventuell gleicher Wanderungsdistanzen offensichtlich zu voneinander abweichenden und zum Teil nicht mehr vergleichbaren Wanderungsverläufen" führen¹⁰⁹. Damit kritisiert er gleichzeitig die globale Vorgehensweise bei der Betrachtung rein kilometerbezogener Entfernungsangaben und deren abschließende Korrelation mit demographischen und sozio-ökonomischen Determinanten.

Im westlichen Untersuchungsgebiet, dem NB Soltau, dominieren eindeutig die Nahwanderungen mit über 37 v.H. (Abb. 7), wobei in einzelnen Gemeinden wie Neuenkirchen und Wietendorf nahezu die Hälfte aller Wanderungen auf diesen Typ entfällt (Abb. 8). Ein großer Teil der Nahwanderungen findet zwischen den Gemeinden des Untersuchungsgebiets statt, aber auch die beiden nahegelegenen zentralen Orte, Munster als Mittelzentrum ohne eigenen Einzugsbereich und Schneverdingen als Grundzentrum, die beide in etwa die Größe Soltaus erreichen, liegen in dieser Entfernungszone.

¹⁰⁷ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 49; WEICHBRODT 1977, S. 57.

¹⁰⁸ WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 49.

¹⁰⁹ DOBBERKAU 1980, S. 140.

Abb. 7:
Wanderungsdistanz nach Untersuchungsgebieten in v.H.

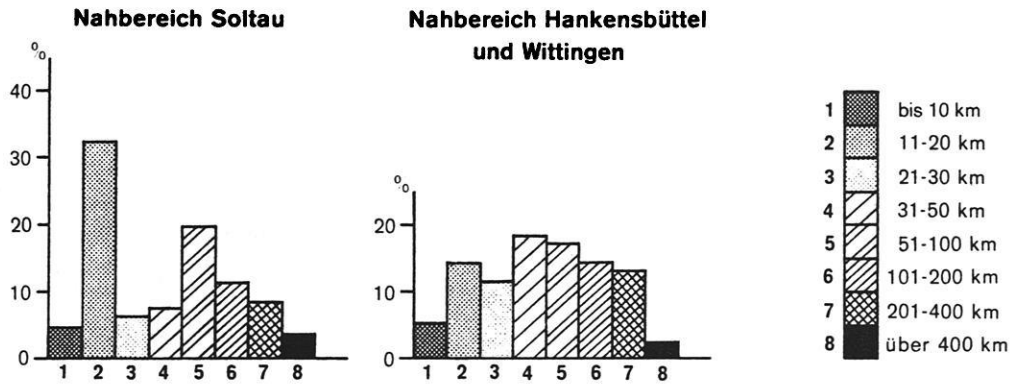
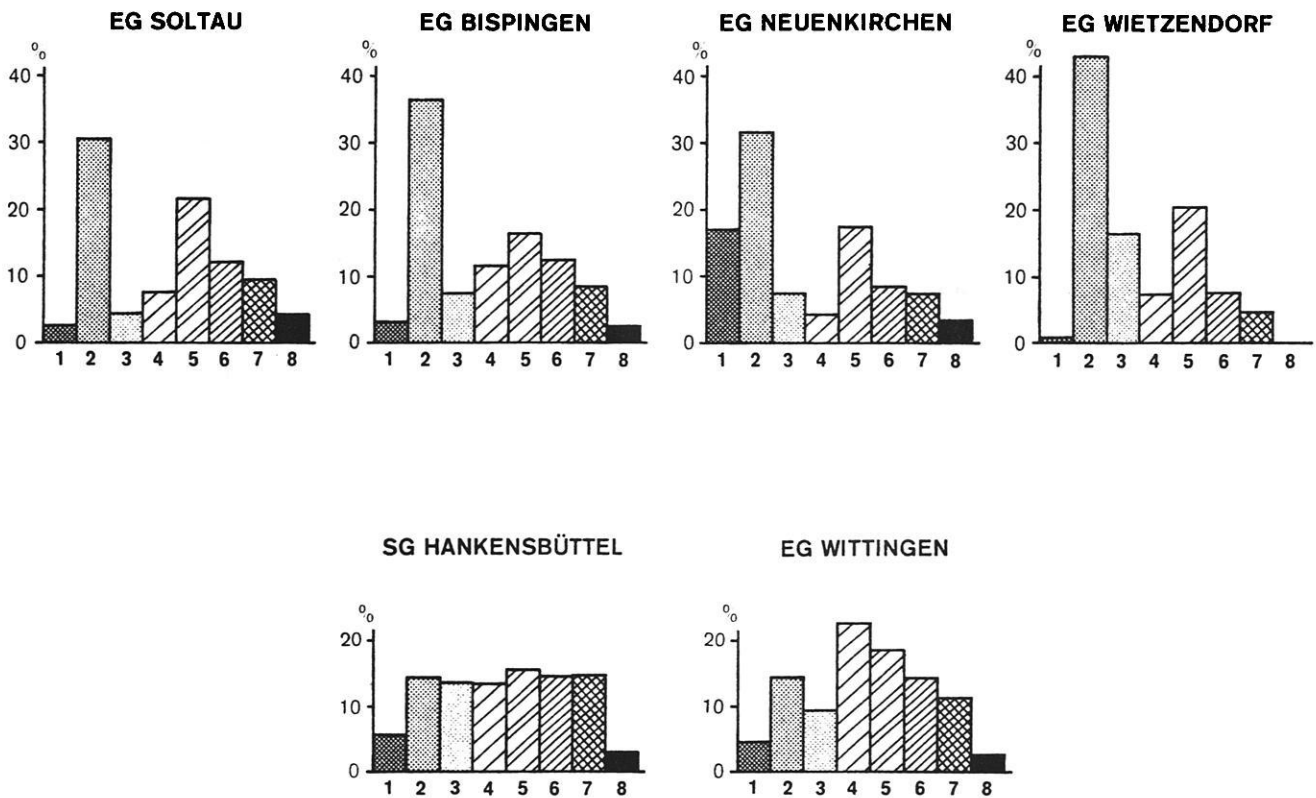


Abb. 8: Wanderungsdistanz nach Gemeinden in v.H.



Quelle: eigene Erhebungen

Ungefähr ein Drittel der Migranten legt eine Entfernung zwischen 21 und 100 km zurück, wobei der weitaus überwiegende Teil davon Distanzen über 50 km bevorzugt. Dieser zweithöchste Einzelwert tritt sowohl im Nahbereich selbst als auch in den einzelnen Gemeinden auf. Innerhalb dieser Entfernungszone liegen die drei Verdichtungsräume Hamburg, Hannover und Bremen und deren suburbanisierte Bereiche.

Fernwanderungen haben demgegenüber mit 29 v.H. einen vergleichsweise geringen Anteil aufzuweisen, wobei mit zunehmender Distanz eine abnehmende Wanderungsintensität festzustellen ist.

Bei gemeindeweiser Betrachtung fällt neben der Dominanz der Nahwanderungen der unterdurchschnittliche Anteil von Wanderungen über 100 km auf. Lediglich die EG Soltau bildet diesbezüglich eine Ausnahme, da insgesamt die Fernwanderungen mit 33,6 v.H. gegenüber den Nahwanderungen mit 33,0 v.H. über ein leichtes Plus verfügen. Gleichzeitig ist die Entfernungszone 51 bis 100 km überdurchschnittlich repräsentiert, so daß als Fazit festgehalten werden kann, daß bei Wanderungen aus der EG Soltau größere Distanzen zurückgelegt werden als aus den anderen Gemeinden des Nahbereichs.

In dem im Zonenrandgebiet gelegenen zweiten Untersuchungsraum sind Nahwanderungen bis zu 20 km weniger häufig (Abb. 7). Insgesamt legt ungefähr ein Fünftel aller Migranten diese Entfernung zurück. Stattdessen verläuft der weitaus größte Teil der Wanderungen über mittlere Distanzen. Mit 47 v.H. findet nahezu die Hälfte aller Vorgänge in dieser Zone statt, wobei speziell Distanzen zwischen 21 und 50 km präferiert werden. Das gegenüber dem NB Soltau veränderte Verhalten bezüglich der zurückgelegten Distanzen scheint daraus zu resultieren, daß zwischen den beiden Nahbereichszentren Hankensbüttel und Wittingen relativ geringe Wanderungsverflechtungen existieren und Wittingen selbst als Mittelzentrum mit den bereits erwähnten Mängeln eine geringere Attraktivität ausübt als Soltau im anderen Untersuchungsgebiet. Die Präferenz für Distanzen zwischen 21 und 50 km deutet vielmehr darauf hin, daß die Wanderungen eher in die umliegenden Mittelzentren Gifhorn, Wolfsburg, Uelzen und Celle verlaufen, die allesamt in dieser Entfernungszone liegen.

Mit einem Anteil von einem Drittel weisen Fernwanderungen eine größere Bedeutung als im anderen Untersuchungsraum auf, wobei die beiden Zonen 101 bis 200 km und 201 bis 400 km nahezu gleich stark besetzt sind.

Bei gemeindeweiser Differenzierung fällt die recht homogene Besetzung der Distanzzonen in der SG Hankensbüttel auf (mit Ausnahme der beiden Extrema bis zu 10 km und über 400 km), wohingegen in der EG Wittingen eine deutliche Dominanz bei Wanderungen zwischen 31 und 50 km sowie 51 und 100 km festzustellen ist (Abb. 8).

Als Fazit bleibt festzuhalten: Im NB Soltau resultiert der überwiegende Teil der Wanderungsbewegungen aus Nahwanderungen, während diese in den NB Hankensbüttel und Wittingen eine vergleichsweise geringe Bedeutung aufweisen. Wanderer aus dieser Region legen tendenziell größere Distanzen zurück, d.h. sowohl Entfernungen zwischen 21 und 50 km als auch solche über 100 km werden stärker präferiert. Das Ergebnis des östlichen Untersuchungsgebiets weist in seinem Charakter Unterschiede zu anderen Studien auf, bei denen sich der größte Teil der Wanderungsbewegungen aus Nahwanderungen zusammensetzt¹¹⁰. In den nachfolgenden Kapiteln wird zu klären sein, ob dies aus der spezifischen räumlichen Situation - extreme Zonenrandlage, Mittelzentrum mit strukturellen Mängeln - resultiert.

Trotz regionaler Unterschiede lassen sich gleichwohl in beiden Untersuchungsgebieten bei einer Klassifizierung der Herkunftsorte Gemeinsamkeiten erkennen. Läßt man regionsspezifische Quoten außer acht, wird deutlich, daß kürzere Distanzen wesentlich häufiger von Wanderern aus den Ne-

¹¹⁰ Vgl. die Ergebnisse bei WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 49; STÖCKMANN 1971, S. 18; INFAS 1972, S. 29; REDING 1973, S. 29; DOBBERKAU 1980, S. 141. - MACKENSEN 1981, S. 95 stellt sogar fest, daß 80 v.H. aller Wanderungen nicht weiter als 50 km verlaufen.

benzentren und den Ortsteilen der jeweiligen Gemeinden zurückgelegt werden, wohingegen bei den Abwanderungen aus den Nahbereichszentren Soltau, Hankensbüttel und Wittingen tendenziell größere Distanzen überwiegen (Tab. 18). Das Gefälle zwischen Nahbereichszentrum und den Ortsteilen ist im westlichen Teilgebiet ausgeprägter als im Vergleichsraum. Dieser Umstand mag auf das de facto größere siedlungsstrukturelle Gefälle im NB Soltau zurückzuführen sein.

Tab. 18: Zurückgelegte Distanz nach klassifizierten Orten und Ortsteilen in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Distanz	NB Soltau			NB Hankensbüttel NB Wittingen	
	Zentrum	Nebenzentren	übrige OT	Zentren	übrige OT
bis 20 km	32,5	42,9	42,0	17,9	21,0
21 - 50 km	11,5	15,9	16,9	27,8	31,7
51 - 100 km	21,7	19,2	17,1	19,1	15,2
über 100 km	34,3	22,1	24,1	35,2	32,1
	100 n = 1855	100 n = 807	100 n = 923	100 n = 932	100 n = 978

Diese Beobachtungen bestätigen in gewisser Weise die Resultate der älteren Studien. Der hohe Anteil kleinräumiger Wanderungen war häufig das Ergebnis von Bewegungen aus den kleinen Ortsteilen zum Grund- bzw. Unterzentrum. Wenngleich viele dieser Wanderungsbewegungen seit der kommunalen Gebietsreform statistisch wegfallen, bleibt dennoch der Trend bestehen, daß Bewohner kleiner Ortsteile häufiger an kleinräumigen Wanderungen partizipieren.

Neben dem regionalen Aspekt soll im folgenden ein Teilbereich erörtert werden, der bisher in der Wanderungsliteratur wenig Berücksichtigung fand. Wie bereits erwähnt, können aus der laufenden Statistik keinerlei Informationen über die individuelle Wanderungsgeschichte von Migranten extrahiert werden. Es fehlen somit Kenntnisse über vorangegangene Wanderungsstationen, den Wanderungsverlauf und auch darüber, ob sich die Gruppe der Mehrfachwanderer in ihrem Verhalten signifikant von den Erstwanderern unterscheidet.

Aus der Befragung geht hervor, daß etwa ein Drittel "am Ort geboren" wurde, also zu den Erstwanderern zählt, während zwei Drittel der Abwanderer zugezogen waren.

Erstwanderer legen im wesentlichen kurze Distanzen zurück (Tab. 19). So nehmen etwas weniger als die Hälfte Nahwanderungen bis zu 20 km vor, und innerhalb der 50 km-Zone haben weitere 20 v.H. ihren neuen Wohnstandort gewählt, so daß insgesamt nahezu zwei Drittel aller Erstwanderer innerhalb des Einzugsbereichs benachbarter Mittelzentren ansässig werden. Nur jeder fünfte aus dieser Gruppe wählt einen Zielort, der über 100 km entfernt liegt. Demgegenüber legen Mehrfachwanderer vergleichsweise längere Distanzen zurück¹¹¹. Dieser Trend liegt in beiden Untersuchungsgebieten vor, wobei tendenziell aus den Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen, wie bereits vorher gesehen, weiter gewandert wird.

Über die Ursachen des unterschiedlichen Wanderungsverhaltens lassen sich nur Vermutungen anstellen. Wahrscheinlich ist bei Erstwanderern die Präferenz kürzerer Distanzen, also intraregionaler Wanderungen, auf die größere Informationsdichte und die besseren Informationsmöglichkeiten über einen vertrauten Raum zurückzuführen, was zu einer Risikominderung beiträgt. Diese intraregionale Wanderung bildet jedoch häufig die erste Stufe einer Etappenwanderung nach dem Schema kleine Gemeinde bzw. Ortsteil, zentraler Ort unterer oder mittlerer Stufe, Verdichtungsraum.

¹¹¹ Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt REDING 1973, S. 64. Dort legen 19,8 v.H. der Erstwanderer eine Entfernung über 100 km zurück.

Tab. 19: Wanderungsdistanz von Erstwanderern und Mehrfachwanderern in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Distanz	Erstwanderer	Mehrfachwanderer
bis 20 km	44,0	33,9
21 - 50 km	19,7	18,1
51 - 100 km	15,1	18,1
über 100 km	21,1	29,8
	100 n = 152	100 n = 292

Ein interessantes Ergebnis liefert bei den Mehrfachwanderern der Distanzvergleich von Zuwanderung und Abwanderung (Tab. 20). Mehr als die Hälfte der zugewanderten Personen aus den jeweiligen Entfernungszonen wählte den neuen Wohnort wiederum in diesem Distanzbereich, so nahmen z.B. 57 v.H. der aus dem Nahbereich Zugewanderten wiederum eine Nahwanderung bis zu 20 km vor. Bezüglich der Wanderungsdistanz bei Mehrfachwanderern liegt somit eine "Komplementarität der Ab- und Zuwanderungsdistanzen derselben Bezugsgruppen" vor¹¹².

Tab. 20: Die Zu- und Abwanderungsentfernungen von Mehrfachwanderern in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Distanz der Abwanderung	Der Herkunftsort lag in einer Zone von ... bis			
	bis 20 km	21 - 50 km	51 - 100 km	über 100 km
bis 20 km	56,8	13,9	35,1	20,3
21 - 50 km	16,8	53,5	7,0	10,6
51 - 100 km	12,6	16,3	36,8	11,7
über 100 km	13,7	16,3	21,1	57,4
	100 n = 95	100 n = 43	100 n = 57	100 n = 94

Eine Komplettierung und Differenzierung hinsichtlich des Distanzkriteriums wird durch den Zusammenhang zwischen dieser Größe und den demographischen bzw. sozio-ökonomischen Merkmalen der Migranten hergestellt. Als eine der wichtigsten Determinanten der Wanderungsentscheidung hat sich die Stellung im Lebenszyklus herauskristallisiert.

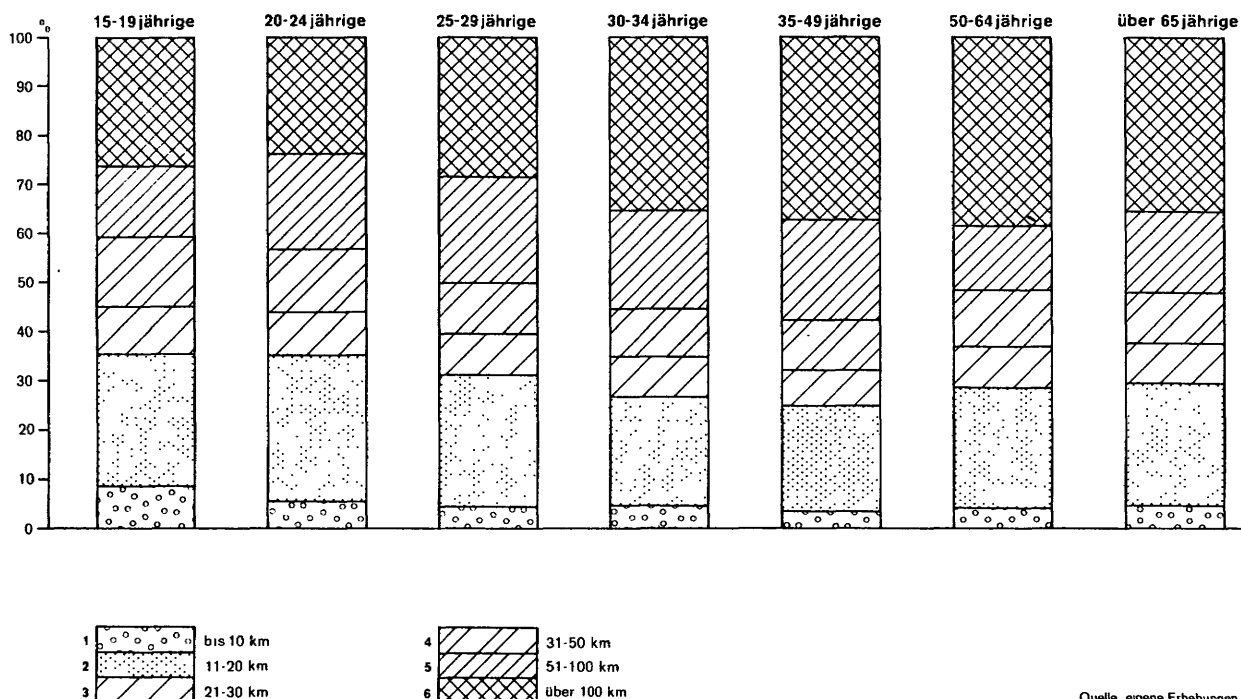
Von besonderem Interesse ist, welche Entfernung die jungen Jahrgänge, die das größte Wanderungskontingent stellen, zurücklegen. Es ist zu vermuten, daß junge Wanderer eher über große Distanzen wandern, zum einen generell wegen ihrer größeren Risikobereitschaft und zum anderen speziell, wenn sie aus einem peripheren, strukturschwachen Raum stammen und attraktive Regionen aufsuchen.

Die Auswertung liefert jedoch ein vollkommen anderes Ergebnis: Entgegen den Erwartungen wandern die älteren Migranten im allgemeinen weiter als die jüngeren. Wie aus Abb. 9 ersichtlich wird, nehmen die zurückgelegten Entfernungen mit dem Alter zu. Speziell die als besonders wanderungsaktiv geltende Gruppe der 15- bis 24jährigen nimmt hauptsächlich Nahwanderungen vor, wobei deren Anteil etwas mehr als ein Drittel beträgt und im NB Soltau sogar bei mehr als 40 v.H. liegt. Auch die nächstfolgende Altersgruppe zeigt ein ähnliches Verhalten mit einer allerdings deutlichen Zunahme von Wanderungen zwischen 51 und 100 km. Bei den über 30jährigen dagegen geht in allen Altersgruppen der Anteil der Nahwanderungen zugunsten von Fernwanderungen zurück. Besonders

¹¹² DOBBERKAU 1980, S. 150. - Dort wird auch ein ähnliches Resultat ermittelt.

bei den 30- bis 34jährigen und 35- bis 49jährigen überrascht dieses Ergebnis, zumal diese Gruppen auch vergleichsweise häufig Distanzen zwischen 51 und 100 km zurücklegen. Es wäre zu erwarten gewesen, daß diese Altersgruppen eher zu Nahwanderungen neigen, indem sie innerhalb der Region eine Feineinstellung vornehmen. Demnach lassen sich somit zwei Gruppen grob voneinander unterscheiden: die unter 30jährigen mit einer stärkeren Präferenz zu kurzen Distanzen (Nahwanderungen) und die über 30jährigen, die größere Entfernungen zurücklegen. Die Partizipation an Wanderungen über mittlere Distanzen ist in etwa gleich hoch.

Abb. 9: Wanderungsdistanz nach Altersgruppen in v.H.



Quelle: eigene Erhebungen

Differenziert nach Regionen werden, wie bereits an anderer Stelle angedeutet, die altersspezifischen distanziellen Ausprägungen vom regionalen Effekt überlagert. Bei bestehender Tendenz, daß die älteren Jahrgänge größere Distanzen zurücklegen als die jüngeren, wird im östlichen Untersuchungsgebiet insgesamt in den einzelnen Altersgruppen weiter gewandert als im westlichen Teilraum.

Bei der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Wanderungsdistanz und Alter treten im Schrifttum unterschiedliche Ergebnisse zutage. Während REDING keinen solchen Zusammenhang feststellen kann¹¹³, ermittelt die PROGNOSE-Studie bei den jüngeren Jahrgängen eine stärkere Neigung zu längeren Distanzen¹¹⁴. Dagegen gelangen STÖCKMANN und DOBBERKAU zu einem gegensätzlichen und damit ähnlichen Resultat wie die vorliegende Analyse¹¹⁵. DOBBERKAU betont, "wie unergiebig derartige Vergleiche ohne raumspezifische Bezüge sind"¹¹⁶. Die Bedeutung dieses Regionaleffekts zeigt sich auch in der vorliegenden Arbeit mit zwei unterschiedlich strukturierten Untersuchungsgebieten und daraus resultierendem abweichendem Wanderungsverhalten.

¹¹³ REDING 1973, S. 37 f.

¹¹⁴ WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 50 f.

¹¹⁵ STÖCKMANN 1971, S. 22; DOBBERKAU 1980, S. 154.

¹¹⁶ DOBBERKAU 1980, S. 155.

Eine geschlechtsspezifische Abhängigkeit der Wanderungsdistanzen kann aus den empirischen Ergebnissen nicht ermittelt werden. Andere Autoren dagegen sehen durchaus einen Einfluß dieses Faktors auf die zurückgelegte Entfernung, wenngleich sie zu unterschiedlichen Aussagen gelangen. Bei PROGROS wird z.B. festgestellt, daß Frauen im allgemeinen weiter wandern als Männer¹¹⁷. Demgegenüber kritisiert REDING, daß die dort errechnete Differenz keinen signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschied ergibt¹¹⁸. Er leitet aus amerikanischen Untersuchungen die Hypothese ab, daß Männer größere Distanzen zurücklegen als Frauen - kann dies jedoch in seiner eigenen empirischen Analyse nicht nachweisen. Die ganze Diskussion zeigt letztendlich, daß ein Einfluß des Geschlechts auf die Wanderungsdistanz empirisch nicht nachweisbar ist¹¹⁹.

Bei einer Differenzierung nach dem Familienstand werden unterschiedliche Verhaltensweisen zwischen Verheirateten einerseits und Ledigen bzw. Verwitweten und Geschiedenen andererseits angenommen. Es ist zu vermuten, daß Ledige insgesamt größere Distanzen zurücklegen, weil sie z.B. unabhängiger in ihrer Entscheidung sind und auf andere Familienmitglieder keine Rücksicht zu nehmen brauchen. Ein ähnliches Verhalten wird für die Gruppe der Verwitweten und Geschiedenen unterstellt. Bei Verheirateten kann man dagegen eine stärkere Neigung zu Nahwanderungen erwarten, weil diese innerhalb einer Region eine "Feineinstellung" vornehmen (z.B. Anpassung der Wohnungswünsche).

Während Verheiratete mit einem überproportionalen Anteil an Nahwanderungen das erwartete Verhalten zeigen, liefert das Resultat der ledigen Wanderer ein unerwartetes Bild (Tab. 21). Auch hier dominieren die Nahwanderungen, wohingegen ausgesprochene Fernwanderungen eine vergleichsweise geringe Bedeutung aufweisen. Mit lediglich 22 v.H. unterscheidet sich der Anteil der zurückgelegten Entfernung über 100 km deutlich von der ermittelten Quote von 44 v.H. in der PROGROS-Studie¹²⁰. Das distanzielle Verhalten lediger und verheirateter Migranten spiegelt somit die Interkorrelation zwischen Alter und Familienstand wider.

Die Gruppe der Verwitweten und Geschiedenen wandert zum überwiegenden Teil über große Entfernungen ab und verläßt den peripheren ländlichen Raum.

Tab. 21: Wanderungsdistanz nach Familienstand in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Familienstand	ledig	verheiratet in Wohngemeinschaft lebend	verwitwet geschieden getrennt lebend
Distanz			
bis 20 km	38,8	40,7	28,4
21 - 50 km	20,1	17,4	17,9
51 - 100 km	19,1	12,6	20,9
über 100 km	22,0	29,3	32,8
	100 n = 209	100 n = 167	100 n = 67

Bezüglich der Haushaltsgrößen ist davon auszugehen, daß Einpersonenhaushalte im allgemeinen weiter wandern als Mehrpersonenhaushalte. Speziell solche mit mehreren Kindern erweisen sich in der Regel als weniger mobil. Können für Einpersonenhaushalte geringere soziale Bindungen an den alten Wohnort und eine größere Risikobereitschaft unterstellt werden, erhöht sich die Risikoschwelle für Mehrpersonenhaushalte mit zunehmender Wanderungsdistanz wegen steigender Umzugskosten einerseits und erschwelter Eingewöhnung am neuen Wohnort andererseits, wie z.B. bei einem Schulwechsel für die Kinder. Es ist daher anzunehmen, daß mit steigender Personenzahl die Nei-

¹¹⁷ WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 50.

¹¹⁸ REDING 1973, S. 33 ff.

¹¹⁹ Vgl. auch die Ergebnisse bei STÖCKMANN 1971, S. 22 und DOBBERKAU 1980, S. 152.

¹²⁰ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 51.

gung zu Fernwanderungen abnimmt und eine stärkere Präferenz für Nahwanderungen vorhanden ist.

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen tendenziell diese Annahmen, wenngleich die Differenzbeiträge untereinander geringer ausfallen, als es zu erwarten gewesen wäre (Tab. 22). Lediglich bei den Nahwanderungen bis 20 km treten signifikante Unterschiede zwischen Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalten auf. Dabei zeichnet sich die letzte Gruppe durch homogenes Verhalten aus, obwohl sie sich sowohl aus Haushalten ohne Kinder als auch aus solchen mit drei und mehr Kindern zusammensetzt.

Tab. 22: Wanderungsdistanz nach Haushaltsgröße in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Distanz	Haushaltsgröße				
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Pers. u. mehr
bis 20 km	29,0	35,0	38,2	38,9	38,9
21 - 50 km	19,5	19,9	19,1	19,0	16,5
51 - 100 km	20,4	16,6	13,7	15,4	11,6
über 100 km	31,2	28,6	29,0	26,7	33,1
	100 n = 4049	100 n = 633	100 n = 445	100 n = 247	100 n = 121

Bei Fernwanderungen sind hingegen zwischen den Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalten keine nennenswerten Unterschiede zu verzeichnen. Insgesamt neigen etwas mehr Einpersonenhaushalte zu Wanderungen über große Entfernungen, währenddessen Mehrpersonenhaushalte in Relation häufiger kurze Distanzen präferieren. Es zeigt sich aber auch, daß Haushalte mit fünf und mehr Personen vergleichsweise am häufigsten über lange Distanzen wandern.

Nahwanderungen werden somit häufiger von Mehrpersonenhaushalten - und dabei unabhängig von der Personenzahl - als von Einpersonenhaushalten vorgenommen. Der Umkehrschluß, daß Einpersonenhaushalte hauptsächlich und in wesentlich größerem Umfang über längere Distanzen wandern, kann jedoch nicht geführt werden, wie dies auch bei REDING feststellbar ist¹²¹. Mehrpersonenhaushalte zeigen im übrigen ein homogenes distanzielles Wanderungsverhalten, so daß demzufolge keine signifikanten Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne Kindern auftreten. Ebenso wenig ist die zurückgelegte Distanz von der Kinderzahl abhängig.

Von den sozio-ökonomischen Merkmalen ist in erster Linie der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Wanderungsdistanz interessant. In allen bisher vorliegenden Untersuchungen wurde ein eindeutiger Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen nachgewiesen¹²², indem an interregionalen Wanderungen überwiegend Personen mit höherem Schulabschluß beteiligt sind. Hingegen präferieren Volks- und Hauptschulabsolventen intraregionale Wanderungen und wählen somit ihren neuen Wohnstandort wiederum im ländlichen Raum. Der damit verbundene Selektionsprozeß führt zu sozialen Erosionserscheinungen und wird allgemein als Hauptproblem peripherer ländlicher Räume angesehen. Durch den gezielten Ausbau der Bildungsinfrastruktur in den Peripherregionen während der 70er Jahre ist es zwar gelungen, das vorher bestehende Bildungsniveaufälle zwischen Stadt und Land weitestgehend auszugleichen, aber adäquate Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind trotz umfangreicher regionalpolitischer Bemühungen nur in unzureichendem Ausmaß vorhanden, so daß ein großer Teil der gut ausgebildeten jungen Leute gezwungen ist, zur beruflichen Qualifikation Standorte außerhalb der Region aufzusuchen.

¹²¹ REDING 1973, S. 39.

¹²² Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 60; STÖCKMANN 1971, S. 55; REDING 1973, S. 39 ff.; HADERMANN/KÄPPELI/KOLLER 1975, S. 362; DOBBERKAU 1980, S. 155 ff.; MAREL 1980, S. 63 ff.

Die Betrachtung der vorliegenden Befragungsergebnisse läßt eine eindeutige Abhängigkeit der zurückgelegten Entfernung vom Schulabschluß erkennen (Tab. 23).

Tab. 23: Wanderungsdistanz nach Bildungsniveau in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Distanz	Schulabschluß	ohne Abschluß, Hauptschule	Realschule	Fachschule	Gymnasium, Fachhoch-, Hochschule
bis 20 km		45,2	44,8	18,5	20,3
21 - 50 km		21,5	21,8	22,2	6,7
51 - 100 km		15,6	14,9	25,9	20,3
über 100 km		17,7	18,4	33,3	52,7
		100 n = 237	100 n = 87	100 n = 27	100 n = 74
	noch Schüler:	n = 3			
	ohne Angabe:	n = 22			

Nahezu die Hälfte aller Volks- bzw. Hauptschulabsolventen einschließlich derjenigen ohne Schulabschluß legt Distanzen bis zu 20 km zurück, bleibt also innerhalb der Region wohnen. Interregionale Wanderungen werden von diesem Personenkreis dagegen kaum vorgenommen. Migranten mit Realschulabschluß zeigen das gleiche Verhalten bezüglich der zurückgelegten Distanz.

Die Gruppe der Gymnasiasten und Hochschulabsolventen wandert demgegenüber zum großen Teil weiter als 100 km, während kleinräumige Wanderungen bis zu 20 km nur eine untergeordnete Bedeutung besitzen. Ob diese interregionalen Wanderungen bildungs- bzw. ausbildungsorientiert sind oder ob ihnen Arbeitsplatzmotive zugrunde liegen, wird an anderer Stelle zu untersuchen sein. Es zeigt sich im übrigen ein stark abweichendes distanzielles Verhalten zwischen Realschul- und Fachschulabsolventen, so daß es nicht gerechtfertigt erscheint, beide Gruppen zu einer Größe zusammenzufassen, wie dies in anderen Studien geschieht¹²³.

Das dargestellte Wanderungsverhalten mit der Präferenz interregionaler Wanderungen von Personen mit höherrangigem Schulabschluß und der tendenziellen Neigung zu intraregionalen Wohnsitzverlagerungen von Individuen mit Haupt- und Realschulabschluß bewirkt, daß der Selektionsprozeß in beiden Untersuchungsgebieten weiterhin anhält. Das Auftreten dieses Phänomens, das als Charakteristikum für Abwanderungen im ländlichen Raum angesehen werden kann, macht deutlich, daß es im Wanderungsverhalten trotz gezielter regionalpolitischer Programme keine Änderung gibt.

4.3.2.2 Zielorte und deren Zentralität

Die zurückgelegten Wanderungsdistanzen haben ein teilraumspezifisches Verhalten der Migranten offenbart, ohne daß die Ursachen dafür ermittelt worden sind. Es ist zu vermuten, daß die jeweiligen siedlungsstrukturellen Unterschiede und die Lage bzw. Entfernung zu anderen Mittelzentren und Oberzentren dieses Verhalten determinieren.

Eine Analyse der Zielorte soll über folgende Fragen Aufschluß geben:

- Welche Zentralitätsstufe weisen die gewählten Zielorte auf? Handelt es sich um Orte mit gleicher, höherer oder vielleicht niedriger Zentralität?

¹²³ Wie z.B. bei WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 46; DOBBERKAU 1980, S. 156.

- Wird bei kleinräumigen Wanderungen überwiegend das Nahbereichszentrum als neuer Wohnort gewählt oder werden die nächstgelegenen Mittelzentren präferiert, indem die Nahbereichszentren übersprungen werden?
- Welchen Stellenwert besitzen die Oberzentren und Verdichtungsräume als Zielorte und um welche handelt es sich dabei?

Ausgehend vom Standard eines Mittelzentrums mit seinen über die Grundversorgung hinausgehenden Versorgungsaufgaben wurde dementsprechend eine Einteilung der Zielorte in Mittelzentren¹²⁴ und Oberzentren bzw. Verdichtungsräume¹²⁵ einerseits und in Klein- und Unterzentren sowie Ortsteile ohne Zentralität andererseits vorgenommen. Aus arbeitstechnischen Gründen wurden die letzten beiden Kategorien zu einer Größe zusammengefaßt¹²⁶.

Ferner wurde dem hohen Anteil kleinräumiger Wanderung Rechnung getragen und als spezielle Kategorie "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" eingeführt. Im einzelnen handelt es sich dabei im westlichen Untersuchungsgebiet um Munster, ein Mittelzentrum ohne eigenen Einzugsbereich, und die Grundzentren Schneverdingen und Visselhövede. Munster und Schneverdingen weisen in etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Soltau auf und sind unter diesem Aspekt Konkurrenten von Soltau. Nahezu sämtliche Ortsteile des NB Soltau liegen innerhalb einer 20 km-Entfernungszone von diesen beiden Orten. Visselhövede hingegen hat eine geringere Einwohnerzahl, dürfte aber für den westlichen Teil des NB Soltau als Zielort relevant sein. Im anderen Untersuchungsgebiet wird aufgrund der siedlungsstrukturellen Situation lediglich das Grundzentrum Wesendorf als "Zentraler Ort im Verflechtungsbereich" betrachtet. Im übrigen werden Wanderungsbewegungen innerhalb der Untersuchungsgebiete, die einen der jeweiligen dort ausgewiesenen zentralen Orte als Zielort haben, ebenfalls unter der genannten Kategorie subsumiert, wie z.B. solche Wanderungen aus der EG Bispingen ins Mittelzentrum Soltau oder aus der EG Soltau ins Nebenzentrum Bispingen.

Die Auswahl der Mittelzentren berücksichtigt zum einen Lüneburg, Rotenburg und Walsrode und zum anderen Uelzen, Gifhorn und Wolfsburg, während Celle für beide Teilräume als Zielort relevant ist. Von den Oberzentren bzw. Verdichtungsräumen wurden Hamburg, Hannover und Bremen ausgewählt, die für den peripheren NB Soltau am ehesten relevant sind. Im östlichen Teilbereich wird Braunschweig als das nächstgelegene Oberzentrum um die bereits genannten Verdichtungsräume Hannover und Hamburg ergänzt.

Die Ergebnisse zeigen bei der Wahl der Zielorte korrespondierend zur Wanderungsdistanz eindeutige Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsgebieten auf.

Im NB Soltau verläuft mit 30 v.H. nahezu ein Drittel aller Wanderungen in zentrale Orte im Verflechtungsbereich, was sich bereits bei der Analyse der zurückgelegten Entfernung angedeutet hat. Immerhin etwas mehr als ein Viertel der Migranten präferiert solche Orte mit unterzentraler oder ohne jegliche zentralörtliche Funktion - wandert demnach nicht in Orte höherer Zentralität ab (Tab. 24). Demgegenüber haben Mittelzentren als Zielort nur eine untergeordnete Bedeutung, was für diejenigen in räumlicher Konkurrenz zu Soltau noch eher zutrifft als für die weiter entfernt gelegenen. Oberzentren und Verdichtungsräume werden von etwas weniger als einem Viertel aufgesucht, wobei insgesamt die nächstgelegenen Verdichtungsräume häufiger als neuer Wohnstandort gewählt werden als weiter entfernt gelegene. Als Einzelziel dominiert hierbei eindeutig Hamburg.

¹²⁴ Nach dem Stand der jeweiligen Landesplanungsbehörden.

¹²⁵ Nach der Festlegung der Ministerkonferenz für Raumordnung 1968.

¹²⁶ Die Ausweisung von Klein-, Unter- bzw. Grundzentren geschieht durch die unteren Landesplanungsbehörden. Eine Kenntnis sämtlicher Regionalpläne hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt.

Tab. 24: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen und nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Zielorte	NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	29,9	8,6
Unterkentren und Orte ohne zentralörtl. Funktion	26,4	34,6
Mittelzentren	15,1	27,0
MZ in räumlicher Konkurrenz	5,4	17,3
sonstige MZ	9,7	9,7
Oberzentren/Verdichtungsräume	23,5	26,2
Hamburg	7,6	2,1
Hannover	3,6	5,4
Bremen/Braunschweig*	1,6	4,2
Rhein-Ruhr	2,9	3,7
Rhein-Main	0,5	0,9
Rhein-Neckar	0,3	0,4
Stuttgart	0,2	0,4
München	0,4	0,3
sonstige OZ/VDR	6,4	8,8

* Für den NB Soltau bezieht sich die Zahl auf Bremen; für die NB Hankensbüttel und NB Wittingen bezieht sie sich auf Braunschweig.

Bei gemeindeweiser Differenzierung zeigt sich analog zur Distanzanalyse ein unterschiedliches Verhalten zwischen Migranten aus der EG Soltau und den übrigen Gemeinden dieses Nahbereichs. Der Trend, daß in den Gemeinden Bispingen, Neuenkirchen und Wietendorf überwiegend kleinräumige Wanderungen erfolgen, schlägt sich bei Betrachtung der Zielorte in der hohen Attraktivität des Nahbereichszentrums Soltau nieder (Abb. 10). Dorthin wandern aus den genannten Kommunen jeweils die meisten Personen, wobei die Quoten zwischen 14,6 v.H. (EG Bispingen) und 25,7 v.H. (EG Wietendorf) schwanken. Während das Nahbereichszentrum selbst als Zielort eindeutig dominiert und somit als Gewinner bei kleinräumigen Wanderungen anzusehen ist¹²⁷, sind die Nebenzentren als neue Wohnstandorte gleichsam ohne jegliche Bedeutung.

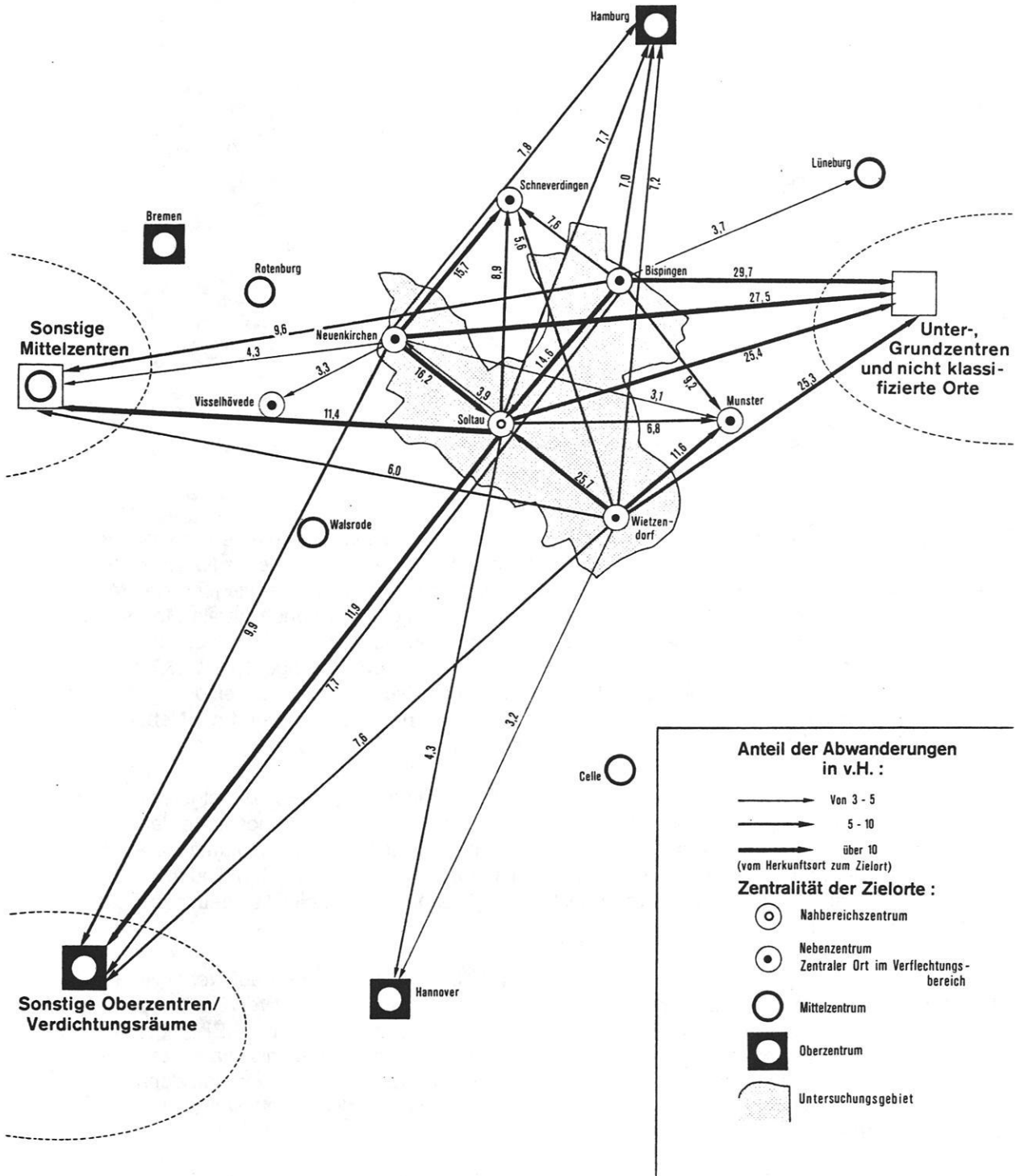
Zweitwichtigstes Einzelziel nach dem Nahbereichszentrum sind die jeweils nächstgelegenen zentralen Orte Schneverdingen oder Munster, wobei speziell die hohe Wanderungsquote der EG Neuenkirchen nach Schneverdingen mit 15,7 v.H. hervorzuheben ist. Insgesamt dokumentieren die Ergebnisse, daß der überwiegende Teil der Wanderungsbewegungen aus den Gemeinden des Nahbereichs in die "Zentralen Orte des Verflechtungsbereichs" verläuft¹²⁸, mit einer eindeutigen Präferenz des Nahbereichszentrums.

Für die EG Soltau läßt sich dagegen ein anderes Profil aufzeigen. Bezogen auf Nebenzentren besteht ein nennenswerter Strom lediglich nach Neuenkirchen, was an der aktiven Baulandpolitik dieser Kommune liegt. Die Wanderungsströme zwischen der EG Soltau und der EG Bispingen und der EG Wietendorf sind hingegen einseitig auf Soltau als Zielort gerichtet. Innerhalb des Verflechtungsbereichs werden fernerhin Schneverdingen und Munster als Zielorte bevorzugt, denn von den 25 v.H. aller Wanderungen in "Zentrale Orte des Verflechtungsbereichs" entfallen allein auf diese beiden Orte nahezu 16 v.H.

¹²⁷ Zu einem ähnlichen Resultat kommt die Studie von WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 54.

¹²⁸ Im einzelnen betragen die Quoten zwischen 33 v.H. (EG Bispingen) und 45,8 v.H. (EG Wietendorf).

Abb. 10: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen aus den Gemeinden im Nahbereich Soltau (Modellhafte Darstellung)



Von den anderen Zielort-Kategorien sind insbesondere diejenigen Orte mit unterzentraler bzw. ohne zentralörtliche Funktion hervorzuheben, bei deren Aufsuchen eigentlich keine Veränderung hinsichtlich des Wohnortstatus einhergeht. Orte dieser Kategorie werden aus allen Gemeinden des Nahbereichs von jeweils über einem Viertel der Wanderer als neuer Wohnstandort gewählt und sind daher ebenfalls von besonderer Bedeutung.

Die starke Präferenz der beiden genannten Zielort-Kategorien bedingt eine entsprechend geringe Bedeutung der nach Soltau und Munster am nächsten gelegenen Mittelzentren Rotenburg, Walsrode und Celle, die allesamt als Zielort kaum relevant sind. Es scheint, daß diese Mittelzentren gegenüber dem voll ausgestatteten MZ Soltau über keine größere Attraktivität verfügen. Lediglich Lüneburg, das von Bispingen aus etwas häufiger als neuer Wohnort aufgesucht wird, bildet diesbezüglich eine Ausnahme. Von ähnlich geringer Bedeutung sind auch die übrigen Mittelzentren. Dies trifft insbesondere auf Abwanderer aus Neuenkirchen und Wietzendorf zu, während aus Bispingen und Soltau vergleichsweise mehr Personen Mittelzentren präferieren.

Bei Betrachtung der Verdichtungsräume bzw. Oberzentren als Zielorte fällt auf, daß aus der EG Soltau relativ mehr Migranten als aus den übrigen Nahbereichsgemeinden ihren neuen Wohnstandort dort wählen. Als Einzelziel dominiert dabei der Verdichtungsraum Hamburg, in den aus allen Gemeinden jeweils etwas mehr als 7 v.H. wandern. Zweitrangige Bedeutung besitzt Hannover, das jedoch lediglich aus Soltau und Wietzendorf etwas stärker bevorzugt wird. Demgegenüber bleibt der Verdichtungsraum Bremen, an dessen Peripherie sich ebenfalls das westliche Untersuchungsgebiet befindet, als Wanderungsziel nahezu bedeutungslos. Andere Oberzentren und Verdichtungsräume sind insgesamt von nachrangiger Bedeutung, was insbesondere für die EG Bispingen und EG Wietzendorf zutrifft. Erwähnenswert erscheinen dabei Wanderungsströme in den Verdichtungsraum an Rhein und Ruhr, während in die Verdichtungsräume im Süden der Bundesrepublik trotz der dort günstigeren wirtschaftlichen Voraussetzungen nur in ganz geringem Umfang gewandert wird, wie auch aus Tab. 24 hervorgeht.

Im östlichen Untersuchungsgebiet wird ein anderes Wanderungsverhalten sichtbar, indem z.B. nur ein geringer Teil der Wanderungen in "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" verläuft. Unter diese Kategorie werden dort lediglich die beiden Nahbereichszentren selbst subsumiert, ergänzt um das Grundzentrum Wesendorf. Das Ergebnis spiegelt somit deutlich die Raumstruktur dieses Teilgebiets wider, wo Wittingen zwar einerseits in einem Verflechtungsbereich bis ca. 20 km der einzige Ort mit der Funktion eines Mittelzentrums ist, aber andererseits die notwendigen Einrichtungen für ein vollwertiges Mittelzentrum nur zum Teil aufweist und daher zu wenig Attraktivität besitzt. Ferner ist das infrastrukturelle Gefälle gegenüber dem Grundzentrum Hankensbüttel zu schwach ausgeprägt¹²⁹. Hinzu kommt, daß Wesendorf als Grundzentrum weder die Funktion noch die Größe wie Schneverdingen im anderen Teilraum aufweist. Dies schlägt sich auch in den Ergebnissen nieder, denn Wesendorf wird nur von ca. 1 v.H. als Zielort gewählt und ist demzufolge nahezu ohne Bedeutung. Aus den interdependenten Wanderungsbeziehungen der jeweiligen Gemeinden Hankensbüttel und Wittingen in das entsprechend andere Nahbereichszentrum resultiert somit letztendlich die Gesamtquote von 8,6 v.H.¹³⁰. Im einzelnen wandern mehr Haushalte von Hankensbüttel nach Wittingen als umgekehrt¹³¹.

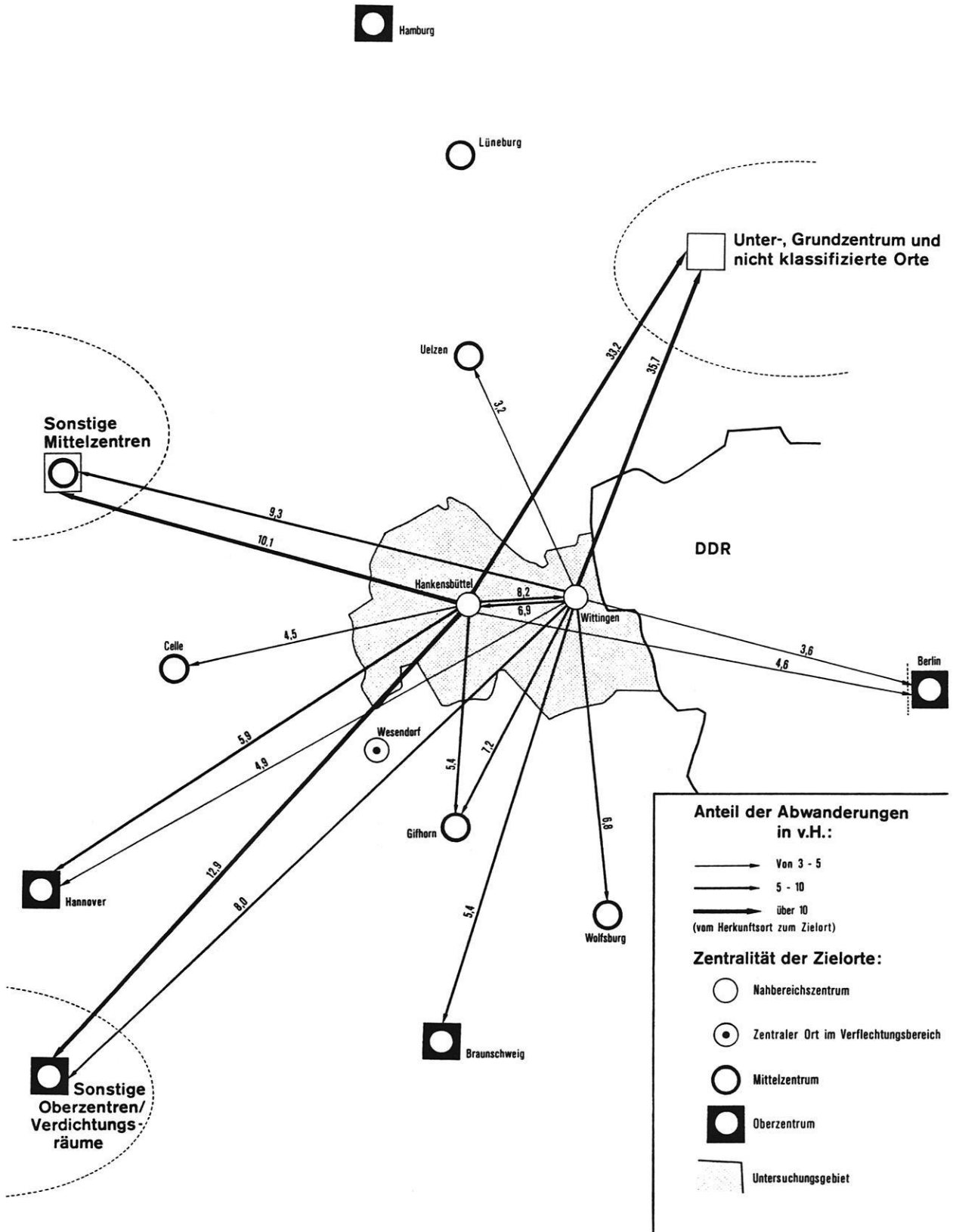
Die Wanderungsströme in diesem Untersuchungsgebiet verlaufen hauptsächlich in andere Grund- bzw. Unterzentren oder in Orte ohne zentralörtliche Funktion. Etwas über ein Drittel aller Haushalte wandert in diese Orte, wobei bei mehr als der Hälfte aller Wanderungen in dieser Kategorie Distanzen bis zu 30 km zurückgelegt werden. Wanderungsbewegungen in diese Zielorte - es handelt sich dabei überwiegend um Gemeinden im südlichen Teil des Kreises Gifhorn und im angrenzenden Bereich des Kreises Celle - sind somit überwiegend als kleinräumige Wanderungen anzusehen.

¹²⁹ Vgl. KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 197 ff.

¹³⁰ Siehe Tabelle 24.

¹³¹ Vgl. Abbildung 11.

Abb. 11: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen aus den Nahbereichen Hankensbüttel und Wittingen (Modellhafte Darstellung)



Mittelzentren werden von mehr als einem Viertel aller Migranten als Zielort gewählt und besitzen somit hier eine wesentlich größere Bedeutung als im anderen Untersuchungsgebiet. Dies trifft besonders für die nächstliegenden Mittelzentren innerhalb der 30-50 km-Zone zu, die sowohl aufgrund der Distanz als auch wegen ihrer infrastrukturellen Ausstattung als Konkurrenten von Wittingen anzusehen sind. Dabei treten zwischen den beiden Nahbereichen Unterschiede auf, weil aus dem NB Hankensbüttel die MZ Gifhorn und Celle stärker präferiert werden als Wolfsburg und Uelzen, während im NB Wittingen eindeutig Gifhorn und Wolfsburg als Zielorte dominieren (Abb. 11). Weitere Mittelzentren, sei es in Niedersachsen oder anderen Bundesländern, werden demgegenüber vergleichsweise selten aufgesucht.

Eine Gegenüberstellung der Wanderungsströme aus den beiden Untersuchungsgebieten in Verdichtungsräume oder Oberzentren ergibt mit über 26 v.H. eine höhere Partizipationsquote aus dem östlichen Bereich. Anders als im Vergleichsraum Zentralheide werden dabei weiter entfernt gelegene Verdichtungsräume insgesamt häufiger als neue Wohnstandorte gewählt. Es existiert auch keine Dominanz eines einzelnen Zielorts wie z.B. Hamburg im anderen Fall und interessanterweise wird nicht der nächstgelegene Verdichtungsraum Braunschweig am häufigsten aufgesucht. Dieser folgt erst nach Hannover auf Rang zwei. Dies ist das Resultat eines nahbereichsspezifischen Verhaltens, indem die Wanderer aus dem NB Hankensbüttel - bei insgesamt etwas größerer Präferenz der Verdichtungsräume - innerhalb dieser Kategorie Hannover als Zielort bevorzugen, während Braunschweig bei den Einzelzielen erst auf Rang vier genannt wird. Demgegenüber orientieren sich die Abwanderer aus dem NB Wittingen etwas stärker nach Braunschweig als nach Hannover.

Zu erwähnen bleibt noch, daß der Verdichtungsraum Hamburg bei Wanderungsentscheidungen aus beiden Nahbereichen nur eine relativ geringe Bedeutung besitzt. Dagegen hat das wesentlich weiter entfernt liegende Berlin eine höhere Anziehungskraft aufzuweisen; z.B. gibt es im NB Hankensbüttel mehr Abwanderer nach Berlin als nach Braunschweig. Auch der Verdichtungsraum Rhein-Ruhr rangiert bedeutungsmäßig noch vor Hamburg. Ähnlich wie im Vergleichsraum sind die Verdichtungsräume im Süden der Bundesrepublik Deutschland bei Wanderungsentscheidungen nur von sehr geringer Relevanz, wobei diese mit der Entfernung negativ korreliert.

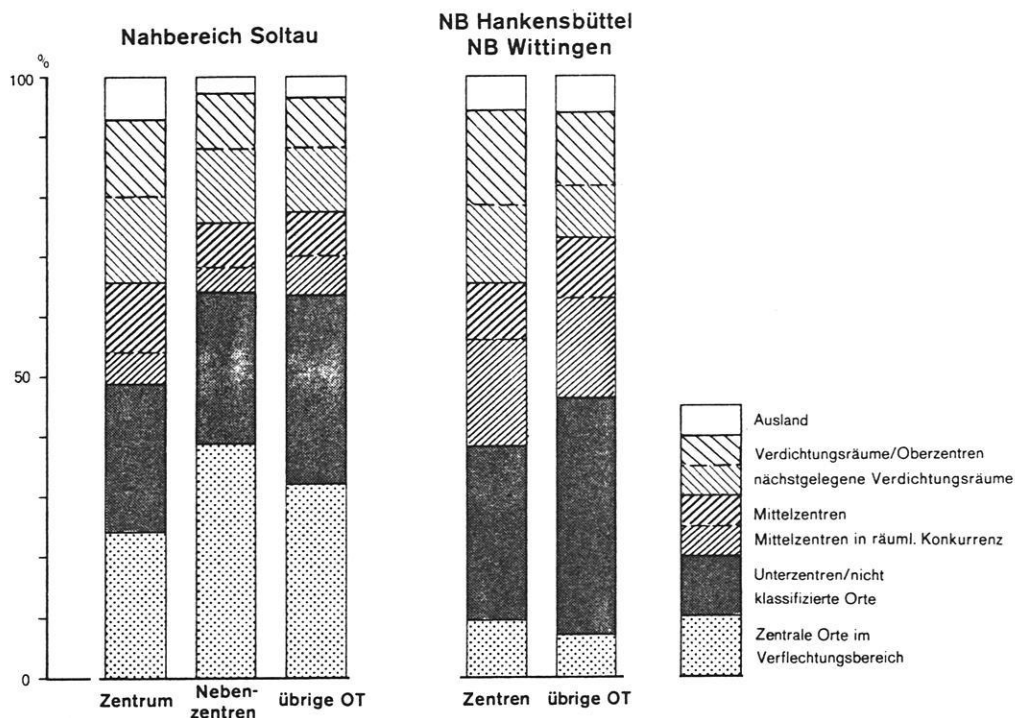
Als Fazit läßt sich festhalten, daß bei der Analyse der Zielorte abweichende Ergebnisse insbesondere bei den Kriterien "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" und "Mittelzentren in räumlicher Konkurrenz" auftreten. Dies ist Ausdruck der unterschiedlichen räumlich-funktionalen Bedingungen der beiden Vergleichsräume. In dem im Zonenrandgebiet gelegenen Raum verlaufen die Wanderungsströme zu einem großen Teil in die nächstgelegenen Mittelzentren, weil Wittingen mit seiner geringen Einwohnerzahl und seinen partiellen Mängeln in der Infrastrukturausstattung nicht als voll funktionsfähiges Mittelzentrum angesehen werden kann. Tendenziell ist auch im anderen Untersuchungsgebiet die Präferenz für ein Mittelzentrum erkennbar. Da jedoch Soltau im Gegensatz zu Wittingen als voll funktionsfähiges Mittelzentrum zu betrachten ist und im unmittelbaren Verflechtungsbereich noch zwei weitere attraktive, etwa gleich große Zielorte vorzufinden sind, wird der größte Teil der Abwandernden bereits dort abgefangen. Es kommt in dieser Region stärker zu einer internen Umschichtung durch kleinräumige Wanderungen, während im Vergleichsraum eher eine Bewegung "des Wegzugs von der Peripherie der Peripherie" zu weniger peripheren Standorten vorliegt.

Bei einer Differenzierung der Herkunftsorte in klassifizierte und nicht-klassifizierte Orte sind trotz regionspezifischer Unterschiede gewisse Parallelen erkennbar, indem die Wanderer aus den zentralen Orten Soltau, Hankensbüttel und Wittingen bezüglich der bevorzugten Zielorte ein anderes Verhalten zeigen als diejenigen aus den Nebenzentren und den kleinen Ortsteilen (Abb. 12).

Während die Migranten aus den zentralen Orten dazu neigen, insgesamt die Verdichtungsräume und Oberzentren - mit nahezu 27 v.H. bzw. 30 v.H. - am häufigsten als neue Wohnstandorte zu wählen, sind diese für den Personenkreis aus den Nebenzentren und kleinen Ortsteilen der jeweili-

gen Nahbereiche vergleichsweise von untergeordneter Bedeutung. Von dort verlaufen die Wanderungsströme zum einen in kleine Orte und Unter- bzw. Grundzentren. Diese Zielkategorie besitzt z.B. mit 40 v.H. eine überragende Bedeutung für Abwanderer aus den kleinen Ortsteilen des östlichen Untersuchungsgebiets. Zum anderen werden aber auch - und dies trifft speziell für die Neben-

Abb. 12 : Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen aus den Zentren, Nebenzentren und übrigen Ortsteilen der Untersuchungsgebiete in v.H.



Quelle: eigene Erhebungen

zentren Bispingen, Neuenkirchen und Wietzendorf zu - "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" als neue Wohnorte bevorzugt, wie die - bereits erwähnten - hohen Präferenzquoten für Soltau, Munster und Schneverdingen zeigen¹³².

Anhand der Ergebnisse läßt sich aufzeigen, daß die Bewohner zentraler Orte eher dazu neigen, in einen Verdichtungsraum oder in ein Oberzentrum abzuwandern, den ländlichen Raum somit zu verlassen. Auch INFAS kommt zu dem Resultat, daß Bewohner größerer Gemeinden bevorzugt in größere Städte abwandern¹³³.

Migranten, die nicht aus zentralen Orten stammen, nehmen dagegen eher kleinräumige Wanderungen vor, mit denen keine oder nur eine geringfügige Änderung des Wohnortstatus einhergeht. Sie präferieren sowohl kleine Gemeinden bzw. kleine Ortsteile als auch die zentralen Orte innerhalb des Verflechtungsbereichs. Dabei müssen diese zentralen Orte eine gewisse Attraktivität aufweisen, weil ansonsten die nächstgelegenen Mittelzentren als Zielorte gewählt werden, wie dies im östlichen Untersuchungsraum zu beobachten ist. Auch hier werden in der erwähnten INFAS-Studie gleiche Tendenzen ermittelt, indem bei Wanderungsbewegungen aus den Kommunen mit weniger als 5 000 Einwohnern eine eindeutige Präferenz für kleine ländliche Gemeinden besteht.

Bei Erstwanderern und Mehrfachwanderern sind unterschiedliche Präferenzstrukturen im Hinblick auf die gewählten Zielorte zu erkennen. So bevorzugen zwei Fünftel aller Erstwanderer im NB Soltau "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" als neuen Wohnort, und sie wandern im Vergleich zu

¹³² Vgl. auch Abbildung 10.

¹³³ INFAS 1972, S. 13.

Mehrfachwanderern weniger häufig in Mittelzentren und Oberzentren ab. Während lediglich ein Viertel aller Erstwanderer Mittel- oder Oberzentren als neuen Wohnstandort wählt, beträgt der Anteil dieser beiden Zielkategorien bei den Mehrfachwanderern 35 v.H.(Tab. 25).

Tab. 25: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen von Erstwanderern und Mehrfachwanderern nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Zielorte	NB Soltau		NB Hankensbüttel/NB Wittingen	
	Erstwanderer	Mehrfachwanderer	Erstwanderer	Mehrfachwanderer
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	40,9	30,2	8,5	11,1
Unterkentren und Orte ohne zentralörtl. Funktion	29,0	28,2	40,7	47,8
Mittelzentren	9,7	12,9	33,9	21,1
MZ in räumlicher Konkurrenz	2,2	4,5	20,3	16,7
sonstige MZ	7,5	8,4	13,6	4,4
Oberzentren/Verdichtungsräume	16,1	22,8	17,0	17,7
nächstgelegene OZ/VDR	7,5	12,9	6,8	4,4
sonstige OZ/VDR	8,6	9,9	10,2	13,3
	n = 93	n = 202	n = 59	n = 90

Erstwanderer wollen bei ihrer Entscheidung ein geringes Risiko eingehen, indem sie in der vertrauten Umgebung verweilen. Sie nehmen überwiegend kleinräumige Wanderungen vor, wie dies bereits in der Distanzanalyse zu beobachten war. Dieses Verhalten kann als typisch für Erstwanderer angesehen werden, da viele dieser Gruppe in einer zweiten Wanderung dann einen Verdichtungsraum aufsuchen, so daß der zentrale Ort im Nahbereich oder im unmittelbaren Verflechtungsbereich nur als ein Etappen- oder Zwischenziel für eine endgültige Abwanderung gesehen wird.

Auch die Ergebnisse des anderen Untersuchungsraums weisen für die Erstwanderer eine ähnliche Tendenz auf, wenngleich dort Orte mit niedriger oder ohne Zentralität von 40 v.H. dieser Gruppe präferiert werden. Hier scheinen die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten dieses Untersuchungsraums die Wohnortpräferenz von Erstwanderern zu beeinflussen. Weil im Gegensatz zum NB Soltau ein attraktives Nahbereichszentrum ebenso fehlt wie eine Alternative innerhalb des Verflechtungsbereichs, werden aber auch die nächstgelegenen Mittelzentren als neue Wohnorte aufgesucht. Demgegenüber besitzen Oberzentren als Zielorte nur eine nachrangige Bedeutung.

Eine differenzierte Analyse der Mehrfachwanderer nach dem vorherigen und dem neuen Wohnort ergibt eine relativ geringe Fluktuation von einer Klasse zur anderen (Tab. 26). Anders ausgedrückt: Der überwiegende Teil der Mehrfachwanderer wechselt nicht den Wohnortstatus.

Tab. 26: Zielorte und Herkunftsorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen von Mehrfachwanderern in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Zielorte	Der Herkunftsort war ein ...			
	Zentraler Ort im Verflechtungsbereich	Unterkentrum/ Ortsteil ohne zentralörtl. Fkt.	Mittelzentrum	Oberzentrum/ Verdichtungsraum
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	54,9	22,0	14,8	16,2
Unterkentren und Orte ohne zentralörtliche Funktion	21,6	52,0	27,8	23,5
Mittelzentren	3,9	12,0	35,2	14,7
Oberzentren/ Verdichtungsräume	13,7	12,0	20,4	41,2
	n = 51	n = 100	n = 54	n = 68

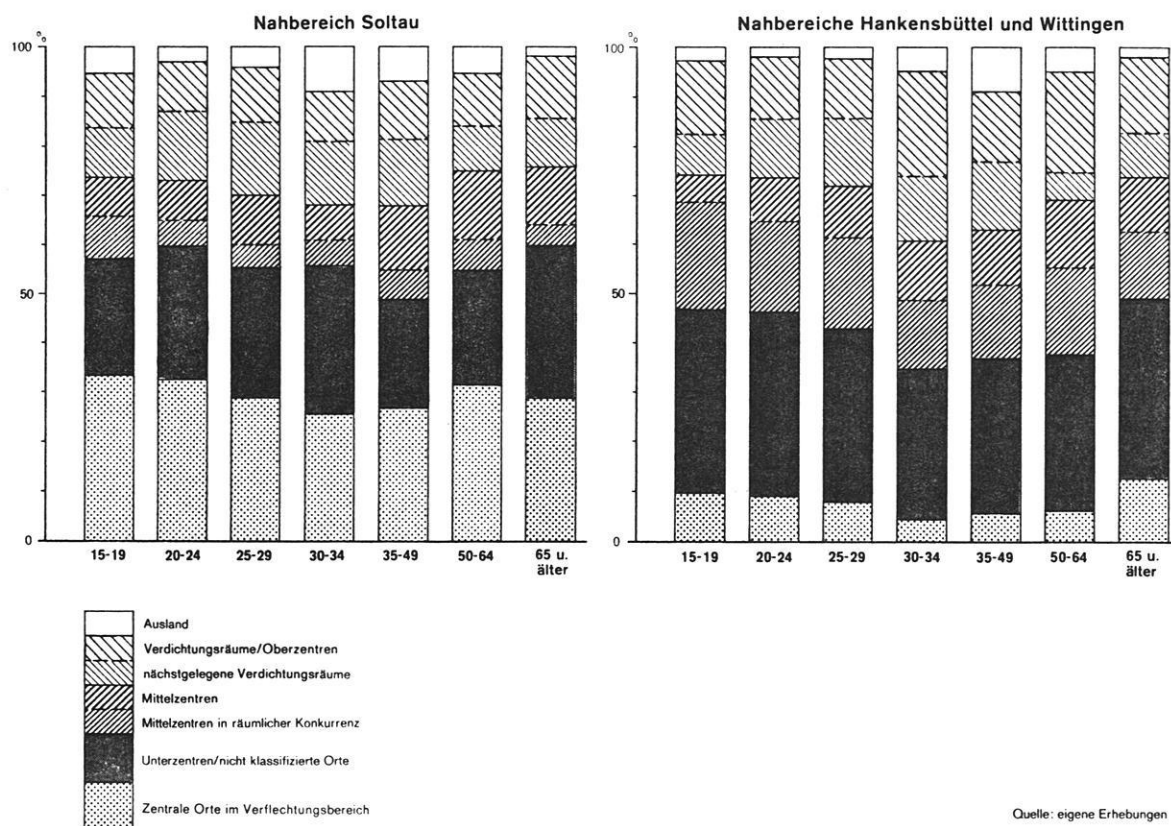
Dies wird besonders deutlich bei denjenigen, die aus "Zentralen Orten im Verflechtungsbereich" stammen, und bei solchen aus Unterzentren bzw. nicht klassifizierten Ortsteilen. Diese Gruppen präferieren in nur sehr geringem Maße Wohnorte mit einer höheren Zentralitätsstufe wie Mittelzentren oder Oberzentren. Personen, die aus Mittel- oder Oberzentren zugewandert sind, wählen diese zwar wiederum überwiegend als neuen Wohnort, dennoch ist deren Dominanz gegenüber den anderen Kriterien vergleichsweise geringer ausgeprägt.

Anhand der vorliegenden Resultate beider Untersuchungsgebiete lassen sich demnach keine Etappenwanderungen erkennen, indem Mehrfachwanderer beispielsweise zunächst aus den kleinen Ortsteilen das Nahbereichszentrum oder das nächstgelegene Mittelzentrum aufsuchen - wie hier Soltau oder Wittingen - um dann bei einer weiteren Wanderung in ein Oberzentrum oder einen Verdichtungsraum zu ziehen. Warum die theoretisch zu erwartenden Etappenwanderungen nicht auftreten, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, doch liegt die Vermutung nahe, daß beide Räume, speziell der im Zonenrandgebiet gelegene Untersuchungsraum, über eine zu geringe Attraktivität verfügen und somit als Etappenwanderungsziel von untergeordneter Bedeutung sind.

Die dargestellten räumlichen Unterschiede bei der Wahl des neuen Wohnstandorts schlagen sich auch bei einer Differenzierung nach demographischen Merkmalen nieder:

In beiden Untersuchungsgebieten wird bei der Wahl der Zielorte eine Altersabhängigkeit deutlich (Abb. 13). Der Anteil der jeweiligen teilraumspezifischen Präferenz-Zielorte - im NB Soltau sind dies die Zentralen Orte im unmittelbaren Verflechtungsbereich und im anderen Untersuchungsgebiet die kleinen Ortsteile - sinkt mit zunehmendem Alter und erreicht bei der Gruppe der 30- bis 34jährigen ein Minimum, während bei den älteren Jahrgängen wieder eine kontinuierliche Bedeutungszunahme zu verzeichnen ist.

Abb. 13: Aufgesuchte Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Alter nach Untersuchungsgebieten in v.H.



Quelle: eigene Erhebungen

In einer gegenläufigen Bewegung steigt die Bedeutung der Verdichtungsräume und Oberzentren als neue Wohnstandorte in Abhängigkeit vom Alter an, erreicht bei den 30- bis 34jährigen (NB Hankensbüttel und Wittingen) bzw. 25- bis 29jährigen (NB Soltau) ein Maximum und sinkt bei den älteren Jahrgängen wieder ab. So wandert z.B. in den NB Hankensbüttel und Wittingen das Gros der 30- bis 34jährigen mit einem Anteil von einem Drittel in Verdichtungsräume ab. Bei den anderen Zielkategorien ist eine Altersabhängigkeit weniger deutlich ausgeprägt. Es fällt jedoch auf, daß die 15- bis 19jährigen sowie 50- bis 64jährigen in beiden Untersuchungsgebieten überdurchschnittlich häufig Mittelzentren aufsuchen.

Durch die empirischen Ergebnisse werden die Annahmen der Lebenszyklustheorie weitestgehend bestätigt, wonach die sich in der Expansionsphase befindenden Haushalte eher bereit sind, größere Wanderungsdistanzen zurückzulegen - was bereits bei der Analyse der zurückgelegten Entfernung zum Ausdruck kam - und anders strukturierte Räume aufsuchen, wie dies z.B. bei einem Wohnortwechsel aus dem ländlichen Raum in einen Verdichtungsraum geschieht. Die ganz jungen Wanderer zeigen jedoch ein anderes Verhalten, weil sie zunächst einmal in der vertrauten Umgebung bleiben und wie im vorliegenden Fall "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" oder die nächstgelegenen Mittelzentren als Zielorte wählen. Während die Theorie von einer erhöhten Risikobereitschaft dieser Gruppe ausgeht, deuten die empirischen Resultate eher auf das Gegenteil hin. Weil die jungen Migranten zum überwiegenden Teil Erstwanderer sind, versuchen sie, das Risiko zu mindern. Häufig wird erst mit einem weiteren Wanderungsschritt der ländliche Raum verlassen.

Bei Haushalten in der Konsolidierungsphase wird in der Literatur von mehr kleinräumig orientierten Wohnortwechseln ausgegangen, die in erster Linie auf Unzufriedenheit mit der Wohnung (Größe, Ausstattung, Wunsch nach Eigentum) zurückzuführen sind. Auch dieser Trend wird durch die vorliegenden empirischen Befunde bestätigt, wenngleich er weniger deutlich ausgeprägt ist.

Anders als bei der Distanzanalyse sind durchaus geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Wahl des neuen Wohnorts erkennbar. Diese treten im westlichen Untersuchungsraum deutlicher hervor (Tab. 27).

Tab. 27: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Geschlecht nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Geschlecht	NB Soltau		NB Hankensbüttel NB Wittingen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Zielorte				
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	29,9	38,8	12,7	8,3
Unterzentren und Orte ohne zentralörtliche Funktion	35,7	20,9	44,3	43,1
Mittelzentren	9,5	13,6	22,8	30,5
MZ in räumlicher Konkurrenz	2,5	5,0	18,9	23,6
sonstige MZ	7,0	8,6	2,9	6,9
Oberzentren/Verdichtungsräume	19,8	22,3	17,7	18,1
nächstgelegene OZ/VDR	10,9	11,5	6,3	4,2
sonstige OZ/VDR	8,9	10,8	11,4	13,9
	n = 157	n = 139	n = 79	n = 72

Frauen bevorzugen eher als Männer klassifizierte Orte wie Mittel- und Oberzentren oder wie im NB Soltau "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich". Sie wählen demnach in stärkerem Maße Orte mit höherer Zentralität bei einem Wohnortwechsel¹³⁴. Männer hingegen neigen dazu, Orte gleichbleibender oder niedriger Zentralität aufzusuchen wie Unter- bzw. Grundzentren oder aber nicht-klassifizierte Orte und Ortsteile.

Die Differenzierung nach dem Familienstand ergibt ein unterschiedliches Verhalten der einzelnen Gruppen, wobei insbesondere Verwitwete und Geschiedene sich deutlich von den beiden anderen abgrenzen. Diese Gruppe bevorzugt in relativ stärkerem Maße Verdichtungsräume bzw. Oberzentren, aber auch Mittelzentren als neue Wohnorte. Demgegenüber wandern Verheiratete und Ledige überproportional oft in die Präferenz-Zielorte des jeweiligen Untersuchungsgebiets, während Oberzentren bzw. Verdichtungsräume von relativ geringer Relevanz sind¹³⁵.

Das gezeigte Verhalten läßt Parallelen zur zurückgelegten Distanz erkennen. Insgesamt kann aber nicht die Beobachtung anderer Studien bestätigt werden, daß Verheiratete ein anderes Verhalten zeigen als Unverheiratete¹³⁶. Die an dieser Stelle ermittelten Differenzen sind diesbezüglich zu wenig aussagekräftig.

Theoretisch hätte erwartet werden können, daß Ledige verstärkt dazu neigen, Verdichtungsräume aufzusuchen, weil sie bei ihrer Entscheidung am wenigsten Rücksicht auf andere Familienmitglieder zu nehmen brauchen. Weiterhin könnten das dortige Arbeitsplatzangebot oder die Weiterbildungsmöglichkeiten einen besonderen Anreiz für Ledige darstellen. Die empirischen Ergebnisse lassen jedoch vermuten, daß neben arbeitsplatz- und bildungsorientierten Motiven auch persönliche Gründe für Ledige relevant sind, wie z.B. Gründung eines eigenen Haushalts bei Auszug aus dem Elternhaus, Heirat oder Zusammenziehen mit einem Partner. Dies findet dann hauptsächlich seinen räumlichen Niederschlag in der jeweils vertrauten Umgebung, so daß diese Gruppe neue Wohnstandorte innerhalb des Verflechtungsbereichs bevorzugt, wie die dortigen zentralen Orte oder deren Ortsteile. Sind wie im östlichen Untersuchungsgebiet im unmittelbaren Verflechtungsbereich keine attraktiven Zielorte vorhanden, werden stattdessen die nächstgelegenen Mittelzentren als Wohnort gewählt.

Deutlicher als beim Familienstand kristallisiert sich eine Abhängigkeit des Zielorts von der Haushaltsgröße heraus. Zwar verlaufen die Wanderungsströme in beiden Untersuchungsgebieten bei allen Größenklassen vorrangig in die jeweiligen Präferenz-Zielorte, gleichwohl läßt sich mit zunehmender Haushaltsgröße ein Bedeutungszuwachs der teilraumspezifischen Präferenz-Zielorte erkennen. Gleichzeitig werden mit steigender Personenzahl Verdichtungsräume bzw. Oberzentren seltener als Wohnorte gewählt.

Einpersonenhaushalte zeigen somit ein leicht abweichendes Verhalten, weil aus dieser Gruppe überdurchschnittlich oft in Verdichtungsräume gewandert wird. Bei Mehrpersonenhaushalten läßt sich hingegen mit steigender Personenzahl (in der Regel steigender Kinderzahl) eine verstärkte Neigung zu intraregionalen Wanderungen erkennen, indem die "Zentralen Orte im Verflechtungsbereich" (NB Soltau) aber auch Unter-/Grundzentren und nicht klassifizierte Orte präferiert werden. Die Bereitschaft, in Verdichtungsräume abzuwandern ist demgegenüber deutlich schwächer ausgeprägt¹³⁷.

Insgesamt betrachtet ist bei der Wahl der Zielorte ein differierendes Verhalten zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten zu beobachten, wobei sich in der letzten Gruppe die Zweipersonenhaushalte in ihrem Verhalten wiederum von den übrigen unterscheiden. Die Ergebnisse bestätigen die Überlegungen aus der Lebenszyklustheorie, wonach Einpersonenhaushalte, speziell die in der Expansionsphase befindlichen, am mobilsten sind, während solche in der Stagnationsphase - Haus-

¹³⁴ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 38.

¹³⁵ Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

¹³⁶ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 38 f.

¹³⁷ Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

halte mit Kindern - die geringste Mobilität aufweisen und höchstens innerhalb der Region eine Feinabstimmung des Wohnstandortes vornehmen.

Differenziert nach dem Schulabschluß lassen sich eindeutige Unterschiede bei der Wahl des neuen Wohnorts erkennen, indem die Hauptschulabsolventen analog zur Distanzanalyse ein vollkommen anderes Verhalten zeigen als Abiturienten und Hochschulabsolventen (Tab. 28). Hauptschüler wandern in beiden Untersuchungsgebieten in etwa zur Hälfte in die jeweiligen regionsspezifischen Präferenz-Zielorte und lassen sich nur in unbedeutendem Maße in Oberzentren nieder. Mit steigendem Bildungsniveau verlieren diese präferierten Orte an Bedeutung, so daß bei Abiturienten und Hochschulabsolventen ein entgegengesetztes Verhalten zu beobachten ist. Diese Gruppe wählt vorrangig Oberzentren bzw. Verdichtungsräume als Wohnort - ein Drittel im NB Soltau und sogar fast die Hälfte im NB Hankensbüttel und Wittingen - wobei jeweils eine höhere Frequentierung der weiter entfernt liegenden Zentren festzustellen ist.

Tab. 28: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Bildungsniveau nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Zielorte	Schulabschluß	NB Soltau			NB Hankensbüttel/NB Wittingen			
	ohne Abschluß, Hauptschule	Realschule	Fachschule	Gymnasium Fachhoch-, Hochschule	ohne Abschluß, Hauptschule	Realschule	Fachschule	Gymnasium Fachhoch-, Hochschule
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	47,3	35,9	11,8	8,2	13,8	8,7	10,0	4,0
Unterkentren und Orte ohne zentralörtliche Funktion	22,7	31,3	29,4	38,8	50,6	43,5	30,0	28,0
Mittelzentren	12,7	6,2	17,7	14,3	26,4	30,4	30,0	20,0
MZ in räumlicher Konkurrenz	4,7	3,1	5,9	2,0	18,4	26,1	30,0	8,0
sonstige MZ	8,0	3,1	11,8	12,3	8,0	4,3	-	12,0
Oberzentren/Verdichtungsräume	12,7	18,8	41,2	34,7	8,0	17,3	30,0	48,0
nächstgelegene OZ/VDR	8,0	14,1	23,6	12,2	2,3	4,3	20,0	12,0
sonstige OZ/VDR	4,7	4,7	17,6	22,5	5,7	13,0	10,0	36,0
	n = 150	n = 64	n = 17	n = 49	n = 87	n = 23	n = 10	n = 25

Insgesamt erhärten die empirischen Befunde die These, daß mit steigendem Bildungsniveau sowohl die tatsächliche Mobilität zunimmt¹³⁸ als auch die Bereitschaft wächst, Orte höherer Zentralität aufzusuchen¹³⁹. Demgegenüber zeigt sich bei den unteren Ausbildungsstufen - Volks-/Hauptschule mit und ohne Abschluß und auch Realschule - eine relative Immobilität. Dies betrifft die Partizipation dieser Gruppen am Wanderungsgeschehen und äußert sich auch in der Präferenz kurzer Entfernungen und der Wahl der Zielorte.

Eine Ursache für die höhere Mobilität der besser Ausgebildeten ist deren größerer Kenntnisstand über räumliche Alternativen¹⁴⁰. Des weiteren können die mit einer qualifizierten und spezialisierten Schulausbildung verbundenen Ansprüche an das regionale Arbeitsplatzangebot auf den Arbeitsmärkten peripherer ländlicher Räume häufig nicht realisiert werden. Somit ist letztlich ein sozialer

¹³⁸ Vgl. ZIMMERMANN 1973, S. 168.

¹³⁹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 46 und ZIMMERMANN 1973, S. 103.

¹⁴⁰ DOBBERKAU 1980, S. 119.

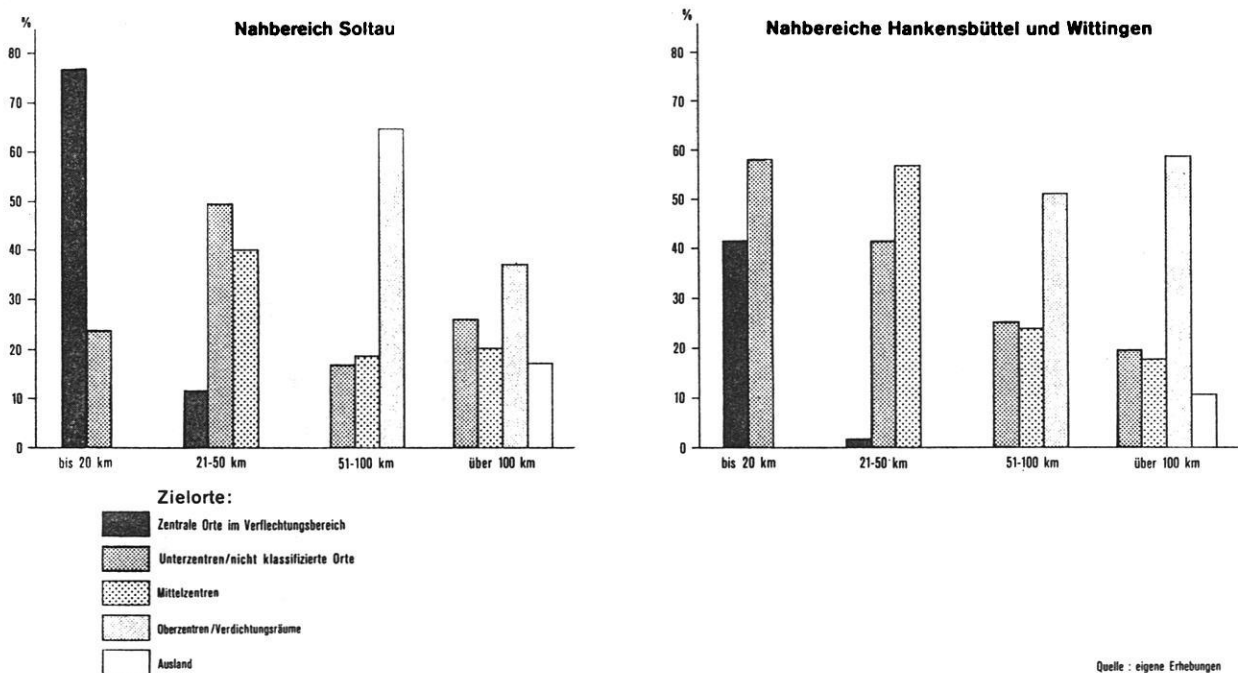
Segregationsprozeß zu erwarten, bei dem Personen mit niedrigerem Bildungsniveau überwiegend kleinräumig wandern und in der Region verbleiben, während diejenigen mit höherem Bildungsniveau dazu neigen, interregionale Wanderungen vorzunehmen, um den peripheren ländlichen Raum zu verlassen.

4.3.2.3 Hauptrichtungen ländlicher Abwanderung

Die bisherige Analyse der zurückgelegten Wanderungsdistanzen und der aufgesuchten Zielorte läßt einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen erkennen, der im folgenden dargestellt werden soll.

Im NB Soltau, der sich durch einen relativ hohen Anteil kleinräumiger Wanderungen auszeichnet¹⁴¹, entscheiden sich in dieser Gruppe nahezu vier Fünftel für das MZ Soltau selbst und die in etwa gleichrangigen Orte Schneverdingen und Munster als neue Wohnorte. Andere, nicht-klassifizierte Orte oder Ortsteile hingegen spielen bei kleinräumigen Wanderungen nur eine untergeordnete Rolle. Demzufolge findet eine kleinräumige Umverteilung mit einer Konzentration auf einige wenige zentrale Orte statt (Abb. 14).

Abb. 14 : Wanderungen nach Distanz und Zielorten nach Untersuchungsgebieten in v.H.



In den NB Hankensbüttel und Wittingen sind kleinräumige Wanderungen von vergleichsweise geringer Bedeutung. Sie verlaufen überwiegend in die kleinen Orte und deren Ortsteile und sind somit ein Indikator für die geringe Attraktivität der beiden Nahbereichszentren als Zielort. Dies wiederum dokumentiert auch die starke Präferenz für Wohnorte innerhalb der 21-50 km-Zone, insbesondere für die dortigen Mittelzentren Wolfsburg, Gifhorn, Uelzen und Celle. Das Wohnstandortverhalten kann als Wegzug von der Peripherie der Peripherie in weniger peripher gelegene Orte charakterisiert werden.

Bei Wanderungsdistanzen von 51-100 km lassen sich ähnliche spezifische Differenzierungen nachweisen. Während im NB Soltau in dieser Zone nahezu zwei Drittel aller Wanderer die dort liegenden

¹⁴¹ Vgl. Abbildung 7.

Verdichtungsräume, speziell Hamburg, als neue Wohnorte wählen, werden solche Zielorte im anderen Untersuchungsgebiet weniger häufig frequentiert. Dies mag damit zusammenhängen, daß die NB Hankensbüttel und Wittingen zum einen an der äußersten Peripherie der Verdichtungsräume Hannover und Braunschweig liegen und zum anderen diese im Vergleich zu Hamburg vielleicht weniger attraktiv sind.

Jenseits der 100 km-Zone kehrt sich jedoch das Verhältnis um, indem nun im östlichen Untersuchungsraum eine eindeutige Präferenz für Verdichtungsräume, insbesondere für Berlin und das Rhein-Ruhr-Gebiet, sichtbar wird. Solche Fernwanderungen sind dagegen im anderen Teilraum, in der Zentralheide, vergleichsweise weniger stark verdichtungsraumorientiert.

Die dargestellten untersuchungsgebietspezifischen Verhaltensmuster sind abhängig von der jeweiligen Siedlungsstruktur der Herkunftsregion.

Im NB Soltau, in relativ verkehrsgünstiger Lage mit einem voll funktionsfähigen Mittelzentrum, werden tendenziell kürzere Distanzen zurückgelegt. Dies demonstriert einmal der überproportionale Anteil der Nahwanderungen, die das MZ Soltau selbst oder gleichrangige Orte in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Ziel haben. Zum anderen ist bei überregionalen Wanderungen eine Konzentration auf die nächstgelegenen Verdichtungsräume zu erkennen.

Im anderen Untersuchungsgebiet, den peripheren ländlichen Raum in extremer Verkehrsferne und ohne voll ausgestattetes Mittelzentrum repräsentierend, legen die Migranten größere Distanzen zurück. Das Fehlen eines attraktiven zentralen Ortes wie Soltau im anderen Teilraum beeinflusst in hohem Maße die Präferenzstruktur. Nahwanderungen sind insgesamt von geringer Bedeutung. Stattdessen konzentrieren sich die meisten Wanderer auf Wohnorte in einer Entfernung von 21 bis 50 km, wovon insbesondere die gegenüber Wittingen besser ausgestatteten Konkurrenten auf mittelzentraler Ebene profitieren. Innerhalb der Gruppe der Verdichtungsräume werden weiter entfernt gelegene Zentren in stärkerem Maße als Wohnstandort aufgesucht, wodurch die Präferenz für größere Distanzen noch einmal unterstrichen wird.

Abschließend sei noch erwähnt, daß bei interregionalen Wanderungen die strukturstarke süddeutschen Verdichtungsräume Stuttgart, München, Rhein-Main und Rhein-Neckar als Zielorte nahezu ohne Relevanz sind. Eine Nord-Süd-Wanderung aus den beiden Untersuchungsgebieten ist demzufolge nicht nachweisbar.

4.3.3 Wanderungsmotive

Bevor im folgenden die Analyse der Wanderungsmotive erfolgt, sei noch einmal auf die Komplexität der individuellen Wanderungsentscheidung hingewiesen und an die Schwierigkeiten erinnert, Wanderungsgründe mit Hilfe einer schriftlichen Befragung zu ermitteln¹⁴².

Es wurden insgesamt 19 Einzelmotive vorgegeben, die mehrere Ursachenkomplexe repräsentieren. Zum einen handelt es sich um die in der Migrationsforschung stets verwendeten berufs- und wohnungsorientierten Abwanderungsgründe, zum anderen interessiert vor allem, inwieweit die infrastrukturelle Ausstattung peripherer ländlicher Räume Wanderungsvorgänge determiniert. Ergänzend kamen familiäre Gründe und ausbildungsorientierte Motive hinzu, weil speziell die letzteren bei den jüngeren Altersjahrgängen eine bedeutende Rolle spielen, wie andere Untersuchungen belegen¹⁴³.

Unter methodischen Gesichtspunkten ist eine Zusammenfassung von Einzelmotiven zu Motivkomplexen stets problematisch, da in vielen Fällen eine eindeutige Zuordnung nicht möglich ist. Das Einzelmotiv "nicht ausreichendes Schulangebot für die Kinder" könnte z.B. genau so gut unter dem infrastrukturellen Angebot subsumiert werden. Die Zuordnung erschwert auch den Vergleich mit anderen Untersuchungen, wie das Beispiel der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes zeigt.

¹⁴² Vgl. Kap. 4.1.2 dieser Arbeit.

¹⁴³ Vgl. GATZWEILER 1975, S. 41, wo Wanderungen der 16- bis 20jährigen als ausbildungsorientiert bezeichnet werden.

Dieser Faktor, hier bei dem Hauptmotiv "berufliche Gründe" ausgewiesen, wird in der Analyse von DOBBERKAU bei den Wohnungsgründen eingeordnet¹⁴⁴.

Um möglichst das gesamte Motivspektrum zu erfassen, sollten von den Befragten die drei wesentlichen Gründe genannt und in der Reihenfolge ihrer Bedeutung entsprechend gekennzeichnet werden. Von den 449 Befragten gaben über die Hälfte (52,6 v.H.) drei Gründe an, 15,6 v.H. nannten zwei Gründe und weniger als ein Drittel (31,0 v.H.) führte lediglich einen Wanderungsgrund an¹⁴⁵. Somit wurden von jedem Befragten durchschnittlich 2,2 Gründe angegeben, ein Wert, der lediglich in der DOBBERKAU-Studie übertroffen wird¹⁴⁶.

4.3.3.1 Arbeitsplatzorientierung

Betrachtet man die ungewichteten Häufigkeiten, nehmen berufliche Gründe als Wanderungsmotiv eine dominierende Rolle ein, denn 38 v.H. aller Nennungen entfallen auf diesen Motivkomplex (Tab. 29). Mit deutlichem Abstand folgen familiäre Gründe und wohnungsorientierte Motive auf den nächsten Rängen. Demgegenüber sind sowohl infrastrukturelle als auch ausbildungsorientierte Motive von geringer Bedeutung.

In den beiden Untersuchungsgebieten ist in etwa die gleiche Motivstruktur zu erkennen. Es treten somit keine signifikanten Differenzen auf, obwohl die beiden Räume durch unterschiedliche räumliche Strukturen gekennzeichnet sind.

Als erstes Ergebnis kann also festgehalten werden: Aus den unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Voraussetzungen resultieren keine regionsspezifischen Motivationsprofile. Im folgenden wird daher bei der differenzierten Analyse der Wanderungsmotive keine Unterscheidung nach Untersuchungsgebieten vorgenommen.

Tab. 29: Wanderungsmotive nach ungewichteten Häufigkeiten

Gründe	Nennungen	insgesamt		NB Soltau	NB Hankensbüttel NB Wittingen
		abs.	v.H.	v.H.	v.H.
Berufliche Gründe		376	38,1	38,3	37,6
Familiäre Gründe		186	18,8	18,7	19,3
Wohnungsgründe		156	15,8	15,6	16,3
Infrastrukturelle Gründe		90	9,1	9,1	9,2
Ausbildungsgründe		46	4,7	4,4	5,2
Sonstige Gründe		133	13,5	13,9	12,4
			100	100	100
Summe der Nennungen		n = 987		n = 681	n = 306
Summe der Befragten		n = 449		n = 297	n = 152

Aufgegliedert nach Einzelmotiven zeigt sich bei den berufsorientierten Wanderungsgründen, daß der kürzere Weg vom neuen Wohnort zum Arbeitsplatz mit 12,2 v.H. ein deutliches Übergewicht bei den Nennungen aufweist. Etwas weniger häufig wird der neue Arbeitsplatz und eine bessere berufliche Position als Wanderungsmotiv angegeben. Die Dominanz dieser drei Einzelmotive bei der Wanderungsentscheidung kommt im übrigen auch darin zum Ausdruck, daß sie von allen Wanderungsgründen am häufigsten genannt werden, wenn man von den familiären Gründen und sonstigen

¹⁴⁴ Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 171.

¹⁴⁵ Nur vier der Befragten (0,9 v.H.) nannten kein einziges Motiv.

¹⁴⁶ Vgl. DOBBERKAU 1980, S. 169 mit 2,4 Gründen. - alle anderen empirischen Studien erreichen geringere Quoten wie z.B. BATTELLE 1969: 1,5 Gründe; WIETING/HÜBSCHLE 1968: 2 Motive oder STÖCKMANN 1971: 1,75 Gründe.

Gründen absieht, die bei der Befragung nicht weiter differenziert wurden und insofern jeweils ein Konglomerat darstellen¹⁴⁷.

Bei einer Unterscheidung nach Erst-, Zweit- oder Drittnennungen wird deutlich, daß der neue Arbeitsplatz vorrangig als Primärmotiv genannt wird und insofern eher als ausschlaggebender Grund gelten kann als der kürzere Weg vom neuen Wohnort zum Arbeitsplatz oder eine bessere berufliche Position, deren Quoten zum überwiegenden Teil aus Zweit- und Drittnennungen resultieren (Tab. 30).

Tab. 30: Berufsorientierte Abwanderungsgründe

Berufsorientierte Motive	Nennungen				
	abs.	v.H.	Erst-nenn.	Zweit-nenn.	Dritt-nenn.
Insgesamt	376	38,1	157	142	77
davon:					
kürzerer Weg zum Arbeitsplatz	120	12,2	41	47	32
neuer Arbeitsplatz	83	8,4	55	24	4
bessere berufliche Position	74	7,5	32	29	13
höherer Verdienst	43	4,4	6	21	16
Weg zum Arbeitsplatz zu umständlich	39	3,9	7	20	12
Versetzung	17	1,7	16	1	-
Familiäre Gründe	186	18,8			
Wohnungsgründe	156	15,8			
Infrastrukturelle Gründe	90	9,1			
Ausbildungsgründe	46	4,7			
Sonstige Gründe	133	13,5			
	987	100			

Die anderen drei Einzelmotive aus dem Komplex der berufsorientierten Gründe weisen demgegenüber eine deutlich geringere Bedeutung auf. Sowohl der höhere Verdienst als auch die Tatsache, daß es zu umständlich ist, vom alten Wohnort zum neuen Arbeitsplatz zu gelangen, spielen als Hauptwanderungsmotiv eine eher nebensächliche Rolle. Als Sekundärmotiv hingegen werden sie wesentlich öfter von den Befragten genannt, d.h. ein niedriger Verdienst am alten Wohnort und ein umständlicher Weg zum Arbeitsplatz allein induzieren nur selten eine Wanderung. Es müssen zusätzlich weitere Gründe vorliegen, die eine Migrationsentscheidung determinieren.

Anders sieht es hingegen bei den Versetzungen aus. Auf den ersten Blick erscheint deren Bedeutung gering, aber als Hauptmotiv ist eine Versetzung durch den Arbeitgeber durchaus von Relevanz. Versetzungen können als eine Art unfreiwillige Wanderung angesehen werden, und somit spielt dieses Motiv für die Betroffenen - im vorliegenden Fall fast ausschließlich Beamte des Bundesgrenzschutzes oder Berufssoldaten - entweder die ausschlaggebende Rolle oder aber es ist vollkommen unrelevant für Nichtbetroffene. Dieser Wanderungsgrund tritt demzufolge ausschließlich als Primärmotiv auf.

Die besondere Bedeutung berufsorientierter Motive wird sowohl in der theoretischen Migrationsliteratur als auch in anderen empirischen Fallstudien hervorgehoben, wie z.B. die Ergebnisse von

¹⁴⁷ Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

PROGNOS und DOBBERKAU zeigen¹⁴⁸. Auch dort vereinigen die beruflichen Wanderungsgründe die meisten Nennungen auf sich. Ein Vergleich der Einzelmotive ist aufgrund der Heterogenität der einzelnen Fragenkataloge in den jeweiligen empirischen Migrationsanalysen allerdings kaum möglich. Dennoch soll erwähnt werden, daß das Erreichbarkeitskriterium "kürzerer Weg zum Arbeitsplatz" bei DOBBERKAU bei den ungewichteten Nennungen ebenfalls am häufigsten angegeben worden ist¹⁴⁹.

Ein anderes Motiv hingegen, der höhere Verdienst, erfährt in der Theorie eine größere Bedeutung als ihm in der Praxis, der Empirie, tatsächlich zukommt. Speziell in den makrotheoretischen Wanderungsansätzen wird die Existenz interregionaler Lohnunterschiede als wanderungsauslösender Faktor angesehen. Indem ein höheres Lohnniveau einen verstärkten Wanderungsanreiz ausübt¹⁵⁰, werden die Wanderungsströme aus dem ländlichen Raum in die Verdichtungsgebiete erklärt, in denen ein höherer Verdienst erzielt werden kann. Diese "income-hypothesis" findet Eingang in Zwei-Regionen-Modelle¹⁵¹.

Die empirische Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Lohnhöhe und Migration ergibt jedoch keinen Nachweis für die These, "daß die Binnenwanderungen lohngerichtet sind"¹⁵². Verfolgt man nämlich die Wanderungsströme der letzten Jahrzehnte, läßt sich feststellen, daß "nicht Gebiete mit den höchsten Durchschnittslöhnen die höchsten Wanderungsgewinne erzielten, sondern solche Gebiete mit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Lohnniveaus"¹⁵³. Beispielsweise registrieren Bayern und Baden-Württemberg - von HEUER als Niedriglohnländer charakterisiert - einen Wanderungsüberschuß, während Hamburg und Nordrhein-Westfalen, die Länder mit den höchsten Durchschnittslöhnen, einen stetigen Wanderungsverlust aufweisen¹⁵⁴.

Abschließend sei noch erwähnt, daß auch in den anderen Wanderungsmotivanalysen Verdienstmöglichkeiten bei den Hauptgründen stets auf den hinteren Rängen auftauchen, wenngleich die einzelnen Quoten höhere Werte als in der vorliegenden Studie erreichen¹⁵⁵.

4.3.3.2 Wohnungsorientierung

Wohnungsorientierte Gründe stellen im allgemeinen neben den beruflichen und familiären Gründen die dritte wesentliche Säule der Wanderungsmotive dar, denn in manchen Befragungen erreichen diese teilweise einen Anteil von etwa 30 v.H.¹⁵⁶.

Wohnungsorientierte Wanderungsanlässe sind stark an bestimmte Ereignisse im Lebenszyklus gekoppelt, wie z.B. Verlassen des Elternhauses, Heirat, Geburt eines Kindes - speziell des zweiten Kindes, Scheidung, Tod eines Ehepartners, Zuzug zu Verwandten im Alter oder Auszug der erwachsenen Kinder. Diese Ereignisse bestimmen in hohem Maß eine Wanderungsentscheidung, so daß ein enger Zusammenhang zwischen familiären Gründen und Wohnungsgründen besteht. Bei wohnungsbedingten Wanderungen handelt es sich im Gegensatz zu beruflich bedingter Migration überwiegend um Nahwanderungen bzw. intraregionale Wanderungen, d.h. bei einem Wohnortwechsel werden die übrigen Aktivitätsmuster beibehalten.

¹⁴⁸ WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 81; DOBBERKAU 1980, S. 169. - Ferner kann die Arbeit von GENOSKO 1978, S. 197 erwähnt werden. Weil dort die Daten jedoch anders aufbereitet sind, ist ein direkter Vergleich nicht möglich und es können nur Tendenzen abgelesen werden.

¹⁴⁹ Vgl. DOBBERKAU 1980, Übersicht 54 und 55, wenngleich es dort unter "Wohnungsgründe" subsumiert wird.

¹⁵⁰ Vgl. SIEBERT 1967, S. 64; SIEBERT 1970, S. 63 f.

¹⁵¹ Vgl. TERMOTE 1972, S. 152 ff. - Nähere Angaben s. auch bei HEUER 1975, S. 128 ff.

¹⁵² ADEBAHR 1972, S. 240.

¹⁵³ DIETRICH 1970, S. 518.

¹⁵⁴ HEUER 1975, S. 130. - Ob Baden-Württemberg heute noch als Niedriglohnland bezeichnet werden kann, erscheint fraglich.

¹⁵⁵ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 92; BATTLE 1969, S. 33; MÜLLER-NEUHOF 1970, S. 101 ff.; DOBBERKAU 1980, S. 172; HERDERICH/GROMES/ RAGOZAT 1984, S. 328. - Vgl. auch INFAS 1969, S. 84, wo der Verdienst im Vergleich zu Aufstiegsmöglichkeiten als weniger wichtig angesehen wird.

¹⁵⁶ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 81.

Obwohl MACKENSEN u.a. meinen, "daß sich wohnungsbedingte Wanderungen mehr im ländlichen Raum häufen"¹⁵⁷, kann dennoch vermutet werden, daß wohnungsorientierte Wanderungsmotive im peripheren ländlichen Raum eine weniger bedeutsame Rolle spielen als in den Verdichtungsräumen¹⁵⁸. Im ländlichen Raum ist deshalb eher eine befriedigende Wohnsituation anzutreffen, weil der höhere Anteil von Eigenheimen, die niedrigeren Mieten, der eigene Garten sowie die reizvolle Umgebung nahezu dem gewünschten Idealbild von Wohnen entsprechen¹⁵⁹. Letztendlich bewirkt dies eine höhere Seßhaftigkeit der dort lebenden Bevölkerung¹⁶⁰.

In der vorliegenden Untersuchung nehmen wohnungsorientierte Gründe im Gesamtkontext der Wanderungsmotive mit 15,8 v.H. aller Nennungen den dritten Rang ein. Diese Quote liegt somit im Vergleich zu anderen Studien deutlich niedriger¹⁶¹.

Innerhalb der Gruppe der wohnungsorientierten Gründe kann das Einzelmotiv "größere Wohnung" die meisten Angaben auf sich vereinigen - ungefähr jeder siebte der Befragten (= 14,4 v.H.) nennt diesen Grund¹⁶². Etwas weniger häufig wird eine bessere Wohnung als Wanderungsgrund angegeben. Der Bau oder Kauf eines Hauses spielt im Gesamtzusammenhang eine untergeordnete Rolle (Tab. 31).

Tab. 31: Wohnungsorientierte Gründe der Abwanderung

Wohnungsorientierte Gründe	Nennungen		davon		
	abs.	v.H.	Erstnenn.	Zweitnenn.	Drittnenn.
insgesamt	156	15,8	69	60	27
davon					
größere Wohnung	64	6,5	14	38	12
besser ausgestattete Wohnung	55	5,6	27	18	10
Hausbau, -kauf	37	3,7	28	4	5
Berufsorientierte Gründe	376	38,1			
Familiäre Gründe	186	18,8			
Infrastrukturelle Gründe	90	9,1			
Ausbildungsgründe	46	4,7			
Sonstige Gründe	133	13,5			
	987	100,0			

Bei einer Differenzierung nach Erst-, Zweit- und Drittnennungen wird jedoch deutlich, daß dieses Motiv in der Gruppe der wohnungsorientierten Wanderungsanlässe die meisten Erstnennungen aufweist und demzufolge als Primärmotiv anzusehen ist. Das gleiche gilt auch für das Einzelmotiv "bessere Wohnung", während eine "größere Wohnung" demgegenüber eher als Sekundärmotiv einzustufen ist. Die hohe Stimmenquote dieses Motivs resultiert zum überwiegenden Teil aus Zweitnennungen.

Somit können der Bau bzw. Kauf eines eigenen Hauses sowie der Wunsch nach einer besseren Wohnungsausstattung als wanderungsinduzierende Faktoren angesehen werden, während der Wunsch nach einer größeren Wohnung allein nur selten eine ausschlaggebende Bedeutung für

¹⁵⁷ MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 61.

¹⁵⁸ Vgl. stellvertretend MAREL 1980, S. 95 f.

¹⁵⁹ MOEWES 1980, S. 491 ff.

¹⁶⁰ S. dazu die empirischen Befunde bei STÖCKMANN 1971, S. 40 f.

¹⁶¹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 81 und DOBBERKAU 1980, S. 169.

¹⁶² Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

einen Wohnortwechsel hat. Gleichwohl vermag dieser beim Vorliegen anderer Gründe die Wanderungsentscheidung zu beschleunigen.

4.3.3.3 Infrastrukturelle Motive

Die Versorgung mit privater und öffentlicher Infrastruktur in den Untersuchungsgebieten ist gekennzeichnet durch partielle Mängel. Hierbei scheint weniger der Tatbestand als solcher gravierend zu sein als vielmehr die stattfindende Entwicklung mit einem Rückzug verschiedener Einrichtungen aus der Fläche bei gleichzeitiger Konzentration in einigen wenigen zentralen Orten. Dies führt in der Regel zu längeren Wegen, zu einer schlechteren Erreichbarkeit vor allem für denjenigen Teil der Bevölkerung, der nicht regelmäßig über einen Pkw verfügt und somit weniger mobil ist.

Dies berücksichtigend nehmen die infrastrukturellen Gründe einen besonderen Stellenwert in dieser Untersuchung ein. So wurden einerseits das Infrastrukturangebot im engeren Sinne wie die Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie die Verkehrsverbindungen als eigene Kriterien aufgenommen, andererseits fand aber auch der Aspekt der fehlenden Urbanität Eingang. Letzterer wird durch die Einzelfragen repräsentiert, ob der derzeitige Wohnort zu abgelegen sei oder ob der Wunsch, in einer größeren Stadt zu wohnen, die Abwanderung beeinflusst hat.

Insgesamt betrachtet sind infrastrukturelle Gründe innerhalb des Motivspektrums vergleichsweise von untergeordneter Bedeutung, denn nur 9 v.H. aller Nennungen entfallen auf diese Kriterien. Keines der Einzelmotive befindet sich unter den zehn am meisten genannten¹⁶³, was die relative Bedeutungslosigkeit der Infrastruktur als Wanderungsgrund noch einmal unterstreicht.

Bei den Einzelmotiven ragen die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten etwas heraus, während der Wunsch, in einer größeren Stadt zu wohnen, nur von sehr geringer Relevanz ist (Tab. 32). Die anderen drei Motive weisen jeweils die gleiche Anzahl von Nennungen auf. Eine differenzierte Analyse ergibt, daß der weitaus größte Teil der Angaben aus Zweit- und Drittnennungen resultiert, während die Erstnennungen nahezu ohne jegliche Bedeutung sind.

Tab. 32: Infrastrukturelle Motive der Abwanderung

Infrastrukturelle Motive	Nennungen		davon		
	abs.	v.H.	Erstnenn.	Zweitnenn.	Drittnenn.
insgesamt	90	9,1	11	39	40
davon					
fehlende Einkaufsmöglichkeiten	28	2,8	1	14	13
fehlende Freizeitmöglichkeiten	17	1,7	-	5	12
schlechte Verkehrsbedingungen	17	1,7	3	6	8
Ort zu abgelegen	17	1,7	5	8	4
Wunsch, in einer größeren Stadt zu wohnen	11	1,1	2	6	3
Berufsorientierte Gründe	376	38,1			
Familiäre Gründe	186	18,8			
Ausbildungsgründe	46	4,7			
Sonstige Gründe	133	13,5			
	987	100,0			

¹⁶³ Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

Dieses Ergebnis stellt sich auch bei einer Differenzierung nach Untersuchungsgebieten ein. Obwohl die beiden im Zonenrandgebiet gelegenen NB Hankensbüttel und Wittingen über eine schlechtere infrastrukturelle Ausstattung verfügen als der NB Soltau, ist diese in beiden Bereichen nicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Abgewanderten (Tab. 33). Erst bei den Drittnennungen erreichen infrastrukturelle Gründe im östlichen Untersuchungsgebiet eine signifikant höhere Quote.

Daraus kann abgeleitet werden, daß die eigentliche Wanderungsentscheidung nicht von der infrastrukturellen Versorgungssituation abhängig ist. Liegen andere ausschlaggebende Gründe vor, beschleunigen die perzipierten Mängel im Infrastrukturbereich den Entschluß abzuwandern¹⁶⁴. Letztendlich kommen die empirischen Ergebnisse der eigenen Erhebung zu dem gleichen Resultat wie andere Studien, daß die Infrastrukturversorgung eine wichtige Nebenbedingung ist bzw. die Bedeutung eines "Begleitmotivs" aufweist¹⁶⁵.

Tab. 33: Die Bedeutung der Infrastruktur als Wanderungsgrund nach Untersuchungsgebieten

	NB Soltau		NB Hankensbüttel NB Wittingen	
	Anzahl	in v.H. der jeweiligen Nennungen	Anzahl	in v.H. der jeweiligen Nennungen
Infrastrukturelle Gründe insgesamt	62	9,1	28	9,1
davon:				
Erstnennungen	7	2,3	4	2,7
Zweitnennungen	29	13,6	10	10,7
Drittnennungen	26	14,9	14	22,6

4.3.3.4 Ausbildungsgründe

Ausbildungsorientierte Wanderungsgründe nehmen in der Gesamtbetrachtung der Motivkomplexe den letzten Rang ein (Tab. 34). Diese scheinbare Bedeutungslosigkeit muß jedoch relativiert werden, wenn man berücksichtigt, daß Ausbildungsgründe nahezu immer altersabhängig sind. Vornehmlich die jüngeren Altersgruppen führen ausbildungsorientierte Motive an, sei es daß ein geeigneter Ausbildungsplatz fehlt, der eine Abwanderung induziert, oder sei es die Aufnahme eines Studiums.

¹⁶⁴ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 95.

¹⁶⁵ Vgl. MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 64; GENOSKO 1978, S. 200; DOBBERKAU 1980, S. 209. - Siehe ferner die Ergebnisse von HERDERICH/GROMES/RAGOZAT 1984, S. 327 ff. Wenngleich dort unter Infrastrukturgründen auch "Unzufriedenheit mit alter Wohnung" und "günstiger Baulanderwerb" subsumiert wird, bleibt die Grundtendenz erhalten.

Tab. 34: Ausbildungsorientierte Gründe der Abwanderung.

Ausbildungsorientierte Gründe	Nennungen		davon		
	abs.	v.H.	Erstnenn.	Zweitnenn.	Drittnenn.
insgesamt	46	4,7	29	12	5
davon					
Ausbildungsplatz	27	2,7	17	7	3
Studium	16	1,6	11	5	-
Schulangebot für Kinder	3	0,3	1	-	2
Berufsorientierte Gründe	376	38,1			
Familiäre Gründe	186	18,8			
Wohnungsgründe	156	15,8			
Infrastrukturelle Gründe	90	9,1			
Sonstige Gründe	133	13,5			
	987	100,0			

Von den Einzelmotiven ist der fehlende Ausbildungsplatz der wichtigste Abwanderungsgrund, während das Studium weniger häufig genannt wird. Bei beiden Einzelmotiven resultieren die meisten Angaben aus den Erstnennungen, was die erwähnte besondere Bedeutung dieser Wanderungsgründe für die Betroffenen noch einmal unterstreicht. Ein weiteres Motiv, das ebenfalls unter die Ausbildungsgründe subsumiert wird, das Schulangebot für Kinder, ist dagegen für die Abwanderung vollkommen bedeutungslos.

Die relativ hohe Bedeutung des fehlenden geeigneten Ausbildungsplatzes als Migrationsgrund - bei den Erstnennungen rangiert dieses Einzelmotiv immerhin auf Rang 8¹⁶⁶ - ist ein Indiz für die unbefriedigende Ausbildungsplatzsituation in den Untersuchungsgebieten.

Generell kann davon ausgegangen werden, daß das vorhandene Angebot an Ausbildungsplätzen in ländlichen Arbeitsmärkten quantitativ und qualitativ nicht ausreichend ist, so daß einige Berufe, speziell die zukunftsorientierten, nur außerhalb des ländlichen Raums erlernt werden können. Gerade wenn man bedenkt, daß die Schulausbildung immer qualifizierter wird und durchaus städtisches Niveau erreicht¹⁶⁷, scheint sich eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen schulischem Bildungsniveau und dem Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen herauszubilden.

4.3.3.5 Familiäre Gründe

Familiäre Gründe sind ein wichtiger Anlaß für die Wanderungsentscheidung, wie aus allen empirischen Migrationsanalysen hervorgeht. Neben den berufsorientierten Motiven spielt dieser Faktor die bedeutendste Rolle, und je nach Fragestellung sind entweder die familiären Gründe oder die beruflichen Gründe die meistgenannten Wanderungsanlässe.

In der vorliegenden Untersuchung vereinigt der Komplex der familiären Gründe mit 18,8 v.H. der Gesamtnennungen die zweithäufigsten Angaben auf sich¹⁶⁸. Der deutliche Abstand zu den berufsorientierten Motiven ist darauf zurückzuführen, daß auf eine differenzierte Untergliederung der familiären Gründe verzichtet worden ist, weil es sich dabei um einen äußerst sensiblen Bereich handelt. Konsequenterweise entfallen die innerhalb eines Komplexes sonst üblichen Mehrfachnennungen. Zwar vermerken einige Befragte explizit, daß Heirat, das Zusammenziehen mit einem Lebenspartner

¹⁶⁶ Vgl. Tabelle 35.

¹⁶⁷ erinnert sei an die überproportionale Partizipation von Abwanderern mit höchstrangigem Schulabschluß. - Siehe auch Tabelle 15.

¹⁶⁸ Vgl. Tabelle 34.

oder aber ein Umzug zu den Kindern wegen Gebrechlichkeit der exakte Wanderungsanlaß ist, aber insgesamt ermöglicht die Nennung dieser Einzelkriterien keine Quantifizierung und/oder Differenzierung.

Ein Blick auf die Erstnennungen untermauert den herausragenden Stellenwert der familiären Wanderungsmotive, denn die Zahl der Gesamtnennungen resultiert zum weitaus überwiegenden Teil aus den Erstnennungen¹⁶⁹. Familiäre Gründe sind demnach in hohem Maße als wanderungsinduzierender Faktor anzusehen.

Als Zwischenresümee ist festzuhalten, daß bei der Analyse der Häufigkeiten aller Nennungen

- berufsorientierte Motive am häufigsten als Abwanderungsgrund genannt werden,
- familiäre Gründe und wohnungsorientierte Motive erst mit deutlichem Abstand folgen.

In der eigenen Erhebung erklären diese Motivkomplexe drei Viertel aller Wanderungen. Ganz allgemein gelten sie in den empirischen Migrationsanalysen als die wichtigsten Wanderungsursachen. In der PROGNOSE-Studie über Wanderungen in der Bundesrepublik wird sogar davon ausgegangen, daß Migrationen zu je einem Drittel durch berufliche, persönliche und wohnungsorientierte Gründe bestimmt werden¹⁷⁰, wobei diese Behauptung allerdings in derselben Studie später korrigiert werden muß, wenn Migrationsprozesse im ländlichen Raum betrachtet werden¹⁷¹.

Von insgesamt geringerer Bedeutung können die deutlich abgesetzten infrastrukturellen Motive und Ausbildungsgründe angesehen werden. Obwohl sie im Gesamtkontext nur eine untergeordnete Rolle spielen, bilden sie dennoch im ländlichen Raum eine nicht zu vernachlässigende Größe. Im Vergleich zu der erwähnten Repräsentativ-Umfrage für das gesamte Bundesgebiet ergeben sich denn auch in der vorliegenden Analyse für diese Faktoren beträchtlich höhere Stimmanteile¹⁷², so daß die spezifischen Charakteristika für Abwanderungen aus dem ländlichen Raum deutlich werden.

Auch bei einer Differenzierung nach Einzelmotiven spiegeln sich die vorherigen Aussagen wider¹⁷³. Abgesehen von den familiären Gründen, die als Einzelmotiv die meisten Nennungen auf sich vereinigen, weil sie nicht in einzelne Komponenten zerlegt werden, dominieren drei Einzelgründe aus dem Komplex der Berufsorientierung. Dabei spielt die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes die herausragende Rolle, indem der kürzere Weg zum Arbeitsplatz am neuen Wohnort den höchsten Stimmenanteil erzielt¹⁷⁴. Bezeichnenderweise belegen die Einzelmotive aus den Komplexen Infrastrukturversorgung und Ausbildung ausschließlich die hintersten Ränge, d.h. keiner dieser Einzelfaktoren gehört zu den zehn am häufigsten genannten.

4.3.3.6 Primäre und sekundäre Wanderungsmotive

Ungewichtete Häufigkeiten, wie sie soeben erörtert worden sind, vermögen noch keinen Aufschluß über die Bedeutung bzw. die Wichtigkeit eines einzelnen Motivs oder eines Motivkomplexes zu geben. Dies kann die Frage nach dem wichtigsten, zweit- und dritt wichtigsten Wanderungsgrund ebenso klären wie die Frage, ob es Unterschiede zwischen den ungewichteten und gewichteten Häufigkeiten gibt.

¹⁶⁹ Die Zahl der 186 Gesamtnennungen verteilt sich wie folgt: Erstnennungen 131; Zweitnennungen 33; Drittnennungen 22.

¹⁷⁰ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 81.

¹⁷¹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 90.

¹⁷² Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 81 (Tabelle).

¹⁷³ Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

¹⁷⁴ Der Faktor "kürzerer Weg zum Arbeitsort" hat in der Analyse von WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 92 und DOBBERKAU 1980, Übersicht 55 ebenfalls einen sehr hohen Stellenwert, wird aber jeweils unter "Wohnungsgründe" subsumiert, so daß eine Vergleichbarkeit der einzelnen Motivkomplexe aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung erschwert wird.

Zunächst sollen einige methodische Bemerkungen vorangestellt werden. Da einerseits die Betrachtung der zu Motivkomplexen zusammengefaßten Einzelmotive zu grob erschien andererseits aber sich eine differenzierte Analyse der Einzelmotive aufgrund zu geringer Fallzahlen als schwierig erwies, wurde eine Zusammenfassung von einzelnen Wanderungsgründen zu logischen Blöcken vorgenommen:

- Die sechs Einzelmotive des Ursachenkomplexes "berufliche Gründe" wurden in eine reine Arbeitsplatzkomponente aufgesplittet, worunter der neue Arbeitsplatz, beruflicher Aufstieg und höherer Verdienst zusammengefaßt wurden. Ferner erfuhr die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes eine besondere Ausweisung, die aus den beiden Einzelmotiven "kürzerer Weg zum Arbeitsplatz" und "Weg zum Arbeitsplatz zu umständlich" gebildet wird. Das Motiv Versetzung, hinter dem sich quasi eine unfreiwillige Wanderung verbirgt, war keiner der beiden anderen Größen zuzuordnen und blieb somit gesondert bestehen¹⁷⁵.
- Aus dem Komplex der wohnungsorientierten Gründe wurden die beiden Faktoren "besser ausgestattete Wohnung" und "größere Wohnung" zur Teilkomponente "Wohnungsausstattung" zusammengefaßt, während das Einzelmotiv "Hausbau bzw. -kauf" aufgrund seines spezifischen Charakters gesondert analysiert wurde.
- Im infrastrukturellen Bereich bilden die Einzelfaktoren "fehlende Einkaufsmöglichkeiten", "fehlende Freizeitmöglichkeiten" und "schlechte Verkehrsverbindungen" die Teilkomponente "Infrastrukturangebot". Die andere Teilgröße "fehlende Urbanität" setzt sich aus den Einzelmotiven "Wunsch in einer größeren Stadt zu wohnen" und der "Abgelegenheit des Wohnorts" zusammen.

Komplettiert um Ausbildungsmotive, familiäre Gründe sowie sonstige Gründe ergeben sich somit zehn Gruppen, die in Abbildung 15 aufgeführt sind. Die Bedeutung der Einzelmotive ist aus den Tabellen 36 und 37 ersichtlich. Die Analyse der Wanderungsmotive bezieht sich zunächst auf die Motivkomplexe, bevor in einem weiteren Schritt die soeben dargestellten Teilkomponenten betrachtet werden. Einzelmotive werden je nach Relevanz ebenfalls in die Interpretation einbezogen.

Bei den wichtigsten Wanderungsmotiven (Erstnennungen) dominieren berufsorientierte Gründe und familiäre Gründe eindeutig (Tab. 35). Fast zwei Drittel sämtlicher Wanderungsvorgänge lassen sich auf diese beiden Größen zurückführen. Während jedoch der Anteil berufsorientierter Wanderungsanlässe im Vergleich zu den ungewichteten Häufigkeiten etwas zurückgegangen ist, kann demgegenüber ein deutlicher Anstieg der familiären Gründe registriert werden, so daß nur noch ein geringer Abstand zwischen beiden Motivkomplexen besteht.

Diesem Bedeutungszuwachs steht auf der anderen Seite ein Bedeutungsverlust bei den infrastrukturellen Motiven gegenüber, deren Quote bei den Primärmotiven im Vergleich zu den ungewichteten Häufigkeiten von 9 v.H. auf 2,4 v.H. gesunken ist. Infrastrukturelle Motive werden, wie bereits angedeutet, häufiger als Sekundärmotiv angegeben - hier liegt deren Anteil mit fast 13 v.H. entsprechend höher.

Auch von den Zweitnennungen können berufliche Gründe den höchsten Anteil auf sich vereinigen, womit noch einmal deren herausragende Stellung bekräftigt wird. Den zweiten Rang bei den Sekundärmotiven nehmen wohnungsorientierte Gründe ein. Hingegen treten sowohl familiäre Gründe als auch Ausbildungsgründe als Sekundärmotive wenig in Erscheinung.

Ein erstes Ergebnis lautet somit: Motive aus dem beruflichen Bereich und familiäre Gründe sind als die wesentlichen wanderungsinduzierenden Faktoren anzusehen. Die Bedeutung aller anderen Gründe bleibt demgegenüber verhältnismäßig gering.

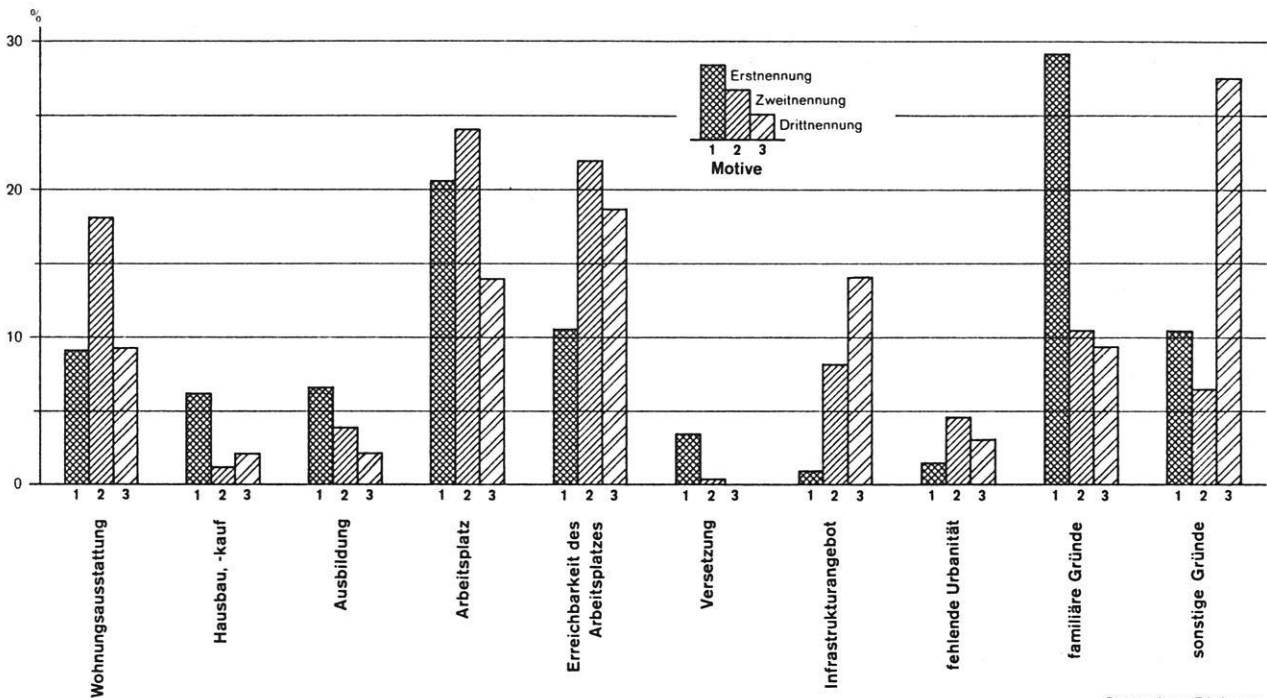
¹⁷⁵ Die relative Bedeutung dieses Motivs in Vergleichsuntersuchungen vermag dessen Sonderstatus ebenfalls zu rechtfertigen. So wird Versetzung bei BATTLE 1969, S. 33 mit 10,6 v.H. als vierthöchstes Motiv genannt und bei STÖCKMANN 1971, S. 59 erreicht es mit 8,9 v.H. Rang 6 ebenso wie bei DOBBERKAU 1980, S. 172.

Tab. 35: Wandermotive nach Erst- und Zweitnennungen

Motive	Erstnennungen		Zweitnennungen	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Berufliche Gründe	157	34,9	142	46,1
Familiäre Gründe	131	29,2	33	10,7
Wohnungsgründe	69	15,3	60	19,6
Ausbildungsgründe	29	6,6	12	3,9
Infrastrukturelle Motive	11	2,4	39	12,8
Sonstige Gründe ohne Angabe	48	10,7	20	6,5
	4	0,9	-	-
	449	100,0	306	100,0

Differenziert nach den erwähnten Teilkomponenten zeigt sich bei der Verteilung der Primärmotive naturgemäß die herausragende Bedeutung familiärer Gründe, weil diese nicht weiter unterteilt worden sind (Abb. 15). Fast ein Drittel aller Erstnennungen entfällt auf diesen Komplex, hinter dem sich Heirat, Familienzusammenführung und Zusammenziehen mit einem Partner ebenso verbirgt wie Scheidung, Trennung oder Tod eines Partners.

Abb. 15: Wandermotive nach Erst-, Zweit- und Dritt-nennungen in v.H.



Quelle: eigene Erhebungen

Deutlich weniger Nennungen vereinigen die arbeitsplatzorientierten Motive auf sich. Gleichwohl ist ihre Bedeutung recht hoch, denn jeder fünfte der Befragten nannte einen solchen Grund ausschlaggebend für die Wanderungsentscheidung. Dabei wird dem neuen Arbeitsplatz als Einzelmotiv insgesamt eine größere Bedeutung beigemessen als einer besseren beruflichen Position. Bei den Einzelmotiven nimmt der neue Arbeitsplatz sogar den zweiten Rang hinter den familiären Gründen ein¹⁷⁶, was noch einmal dessen besondere Bedeutung als wanderungsinduzierender Faktor doku-

¹⁷⁶ Vgl. Tabelle 36.

mentiert. Hingegen kann die dritte Teilgröße, der höhere Verdienst, nicht als ausschlaggebender Wanderungsgrund angesehen werden.

Als vergleichsweise weniger wichtig sind die Faktoren zu bezeichnen, die die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes und die Wohnungsausstattung repräsentieren, denn ungefähr jeweils 10 v.H. der Erstnennungen entfallen auf diese beiden Komplexe. Bezogen auf die Einzelmotive wird dabei wegen einer besser ausgestatteten Wohnung eher gewandert als wegen einer größeren Wohnung.

Motive aus dem Bereich Ausbildung sowie die Einzelfaktoren Hausbau/-kauf und Versetzung beeinflussen im Gesamtzusammenhang nur bei wenigen Haushalten die Wanderungsentscheidung. Gleichwohl sind sie für bestimmte Gruppen besonders relevant als Wanderungsanlaß, was sich auch in der geringen Anzahl von Drittnennungen niederschlägt. Am Beispiel des Hausbaus und des fehlenden Ausbildungsplatzes, die als Einzelmotive bei den Erstnennungen Rang 6 bzw. 8 einnehmen¹⁷⁷, läßt sich demonstrieren, daß diese Faktoren durchaus wanderungsauslösend wirken.

Auf die relative Bedeutungslosigkeit infrastruktureller Faktoren bei den Primärmotiven im Vergleich zu den ungewichteten Häufigkeiten wurde bereits hingewiesen. Dies betrifft beide Teilkomponenten: sowohl das Infrastrukturangebot als auch die fehlende Urbanität.

Die schlechte infrastrukturelle Ausstattung des peripheren ländlichen Raums allein induziert demzufolge keine Abwanderungen. Nach MACKENSEN u.a. kann Infrastruktur nicht als dominanter Wanderungsgrund angesehen werden¹⁷⁸.

Tab. 36: Die Rangordnung der Einzelmotive nach Erstnennungen

Wanderungsmotiv	Zahl der Erstnennungen	
	abs.	v.H.
1. familiäre Gründe	131	29,4
2. neuer Arbeitsplatz	55	12,4
3. sonstige Gründe	48	10,8
4. kürzerer Weg zum Arbeitsplatz	41	9,2
5. bessere berufliche Position	32	7,2
6. Hausbau, -kauf	28	6,3
7. besser ausgestattete Wohnung	27	6,1
8. Ausbildungsplatz	17	3,8
9. Versetzung	16	3,6
10. größere Wohnung	14	3,1
11. Studium	11	2,5
12. Weg zum Arbeitsplatz zu umständlich	7	1,6
13. höherer Verdienst	6	1,4
14. Wohnort zu abgelegen	5	1,1
15. Verkehrsverbindungen	3	0,7
16. Wunsch, in einer größeren Stadt zu wohnen	2	0,4
17. Einkaufsmöglichkeiten	1	0,2
18. Schulangebot für Kinder	1	0,2
19. Freizeitmöglichkeiten	-	-
	445	100,0

¹⁷⁷ Vgl. Tabelle 36.

¹⁷⁸ Vgl. MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 50.

Tab. 37: Die Rangordnung der Einzelmotive nach Zweitnennungen

Wanderungsmotiv	Zahl der Zweitnennungen	
	abs.	v.H.
1. kürzerer Weg zum Arbeitsplatz	47	15,4
2. größere Wohnung	38	12,4
3. familiäre Gründe	33	10,8
4. bessere berufliche Position	29	9,5
5. neuer Arbeitsplatz	24	7,8
6. höherer Verdienst	21	6,9
7. Weg zum Arbeitsplatz zu umständlich	20	6,5
8. sonstige Gründe	20	6,5
9. besser ausgestattete Wohnung	18	5,9
10. Einkaufsmöglichkeiten	14	4,6
11. Wohnort zu abgelegen	8	2,6
12. Ausbildungsplatz	7	2,3
13. Verkehrsverbindungen	6	2,0
14. Wunsch, in einer größeren Stadt zu wohnen	6	2,0
15. Studium	5	1,6
16. Freizeitmöglichkeiten	5	1,6
17. Hausbau, -kauf	4	1,3
18. Versetzung	1	0,3
19. Schulangebot für Kinder	-	-
	306	100,0

Die Verteilung der Sekundärmotive zeigt ein anderes Profil: Hier dominieren eindeutig berufliche Gründe, wie aus Abb. 15 hervorgeht. Die beiden Teilkomponenten "arbeitsplatzorientierte Motive" und "Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes" vereinigen mit jeweils über 20 v.H. die meisten Zweitnennungen auf sich. Dabei ist speziell das Einzelmotiv "näherer Weg zum Arbeitsplatz" hervorzuheben, das mit über 15 v.H. die höchste Quote aufweist¹⁷⁹, während bei den rein arbeitsplatzorientierten Gründen der berufliche Aufstieg die wichtigste Rolle spielt. Höhere Verdienstmöglichkeiten werden vergleichsweise etwas weniger oft genannt, erzielen aber dennoch gegenüber den Erstnennungen einen deutlich höheren Anteil, der sich in einer Verbesserung von Platz 13 (bei den Erstnennungen) auf Rang 6 äußert¹⁸⁰.

Der höhere Verdienst ist demzufolge als eine zwar wichtige, aber zweitrangige Wanderungsursache zu betrachten. Demgegenüber besitzen der berufliche Aufstieg, der häufig mit einem höheren Verdienst verbunden ist, und die Sicherheit des Arbeitsplatzes ein relativ größeres Gewicht als wanderungsinduzierende Faktoren¹⁸¹.

Der Faktor Wohnungsausstattung kommt bei den Sekundärmotiven ebenfalls stärker zur Geltung. In diesem Fall überragt die größere Wohnung als Einzelfaktor bedeutungsmäßig eindeutig die besser ausgestattete Wohnung, während bei den Primärmotiven das Verhältnis umgekehrt ist. Die größere Wohnung nimmt bei den Sekundärmotiven mit einem Anteil von über 12 v.H. sogar den zweiten Rang ein, womit die Relevanz dieses Faktors als zweitwichtigstes Motiv noch einmal bestätigt wird¹⁸².

¹⁷⁹ Vgl. Tabelle 37.

¹⁸⁰ Vgl. Tabelle 36 und Tabelle 37.

¹⁸¹ Vgl. BATTLE 1969, S. 41 ff.; MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 57 f.; DOBBERKAU 1980, S. 185.

¹⁸² Vgl. Tabelle 37.

Die im Vergleich zu den Primärmotiven deutlich geringere Partizipation familiärer Gründe an den Zweitnennungen hebt zum einen noch einmal die Bedeutung dieses Faktors als Primärmotiv hervor, zeigt zum anderen aber auch im Zusammenhang mit den wohnungsorientierten Gründen - hier besonders die Dominanz der Wohnungsgröße als Sekundärmotiv - die enge Verbindung zwischen Lebenszyklusphase und wohnungsbedingten Wanderungsanlässen auf. Es wird die Beobachtung von MACKENSEN u.a. bestätigt, daß wohnungsorientierte Gründe häufig nicht dominant sind, ihr Anteil bei möglichen Mehrfachnennungen jedoch spürbar ansteigt¹⁸³.

Die Bedeutung des Infrastrukturangebots und der fehlenden Urbanität nimmt als Sekundärmotiv in Relation zu den wichtigsten Wanderungsgründen zwar zu, bleibt jedoch insgesamt vergleichsweise gering. Erst als drittichtigstes Motiv wird das infrastrukturelle Angebot wesentlich häufiger von den Befragten genannt. Dies bezieht sich insbesondere auf die Einkaufsmöglichkeiten, den Freizeitbereich und die Verkehrsverbindungen. Die infrastrukturelle Ausstattung weist somit als einziger Faktor einen höheren Anteil an Drittnennungen als an Zweitnennungen auf, wodurch noch einmal deren geringe Bedeutung innerhalb des Motivspektrums dokumentiert wird.

Als Resümee kann festgehalten werden, daß im wesentlichen berufliche Gründe und familiäre Gründe die Wanderungsentscheidung determinieren. Ungefähr zwei Drittel der Befragten nannten ein Einzelmotiv aus diesen Faktorenkomplexen als wichtigsten Wanderungsgrund. Dabei dominieren die familiären Gründe als Einzelmotiv sogar eindeutig, und ihre Bedeutung wird im Vergleich zu den ungewichteten Häufigkeiten noch einmal besonders unterstrichen. Demgegenüber sind wohnungsorientierte Gründe, vom Bau oder Kauf eines Hauses einmal abgesehen, sowie Ausbildungsgründe eher von untergeordneter Bedeutung, die infrastrukturellen Gründe sogar ohne jegliche Bedeutung für die Wanderungsentscheidung.

Die Resultate der Motivbefragung spiegeln somit die bekannten Grundmuster von Abwanderungen aus dem ländlichen Raum wider. Seit den Analysen von BATTELLE und PROGROS in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre tauchen immer wieder familiäre und berufliche Gründe als Hauptwanderungsursachen auf. Dabei ist es im Prinzip unerheblich, ob mal der eine Faktor oder der andere Faktor dominiert, denn jede der einzelnen Untersuchungen hat ihren eigenen Fragenkatalog und je nach Zusammensetzung einzelner Kriterien tritt dieses oder jenes Resultat auf. Eine direkte Vergleichbarkeit einzelner Studien ist daher auch nur mit Einschränkungen möglich.

¹⁸³ MACKENSEN/VANBERG/KRÄMER 1975, S. 62.

Die im hessischen Zonenrandgebiet durchgeführten Befragungen zeigen z.B. ein eindeutiges Überwiegen beruflicher Gründe gegenüber familiären Gründen. Speziell der fehlende geeignete Arbeitsplatz ist als Hauptwanderungsursache anzusehen¹⁸⁴. Auch PROGROS ermittelt - bei ungewichteten Häufigkeiten - ebenfalls eine deutliche Dominanz beruflicher Motive¹⁸⁵, was auch für einige bayerische Planungsregionen bei überregionalen Wanderungen zutrifft¹⁸⁶. Hingegen kommen STÖCKMANN und DOBBERKAU in ihren Studien zu dem Resultat, daß familiäre Gründe die Wanderungsentscheidung stärker beeinflussen¹⁸⁷, was auch in einer Repräsentativumfrage von INFAS bestätigt wird¹⁸⁸.

Mit der Ausnahme der Arbeit von STÖCKMANN ist allen Analysen zudem gemein, daß infrastrukturelle Gründe als Hauptwanderungsmotiv nahezu ohne Bedeutung sind¹⁸⁹ und diese allenfalls als Sekundär- oder Tertiärmotive in Erscheinung treten. Das gleiche trifft für das Einzelmotiv "höherer Verdienst" zu. Diese Gründe allein vermögen keine Wanderung auszulösen. Treten jedoch noch andere Faktoren dazu, dann können die perzipierten Mängel - schlechte Infrastrukturausstattung, geringer Verdienst - die Wanderungsentscheidung beschleunigen und aus einer latenten Mobilitätsbereitschaft einen konkreten Mobilitätsvorgang werden lassen¹⁹⁰.

4.3.4 Wanderungsgründe in Abhängigkeit von demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen

Da die bisherige Analyse der Wanderungsmotive keine gruppenspezifische Differenzierung aufweist, und lediglich Vermutungen über bestimmte Beziehungen existieren, wie z.B. die besondere Relevanz ausbildungsorientierter Motive bei jüngeren Migranten, wird im folgenden der Zusammenhang zwischen den Wanderungsanlässen und den Merkmalen Alter, Geschlecht, Familienstand, Haushaltsgröße und Schulbildung dargestellt.

Dabei wird auf die wanderungsauslösenden Faktoren, die Erstnennungen, zurückgegriffen, weil die ungewichteten Häufigkeiten die Wanderungsentscheidung nicht exakt zu erklären vermögen. Zwar stellt diese Lösung kein Optimum dar, da oftmals bestimmte Faktorkombinationen als Wanderungsanlässe auftreten, wie z.B. beruflicher Aufstieg und höherer Verdienst oder Heirat und neue Wohnung, dennoch bietet sich die ausschließliche Berücksichtigung von Hauptwanderungsmotiven als der beste Kompromiß an. Die bei einigen Einzelmotiven sehr geringe Anzahl von Erstnennungen erlaubt es im übrigen nicht, Zusammenhänge zwischen diesen und Merkmalen der Migranten herzustellen, so daß sich daher die folgende Analyse auf die Ursachenkomplexe stützt.

Die Differenzierung der Primärmotive nach Altersklassen zeigt, daß die Wanderungsentscheidung der jüngeren Jahrgänge und der älteren Migranten auf unterschiedlichen Faktoren beruht. Ebenso lassen sich abweichende Motivationsprofile bei Männern und Frauen erkennen.

¹⁸⁴ Vgl. BATTELLE 1969, S. 32 ff. und MÜLLER-NEUHOF 1970; S. 101 ff.

¹⁸⁵ WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 81.

¹⁸⁶ GENOSKO 1978, S. 198 ff.; HERDERICH/GROMES/RAGOZAT 1984, S. 327 ff.; WILHELM/DAVID/WOHNER 1984, S. 301 ff.

¹⁸⁷ STÖCKMANN 1971, S. 59 f. und DOBBERKAU 1980, S. 176.

¹⁸⁸ INFAS 1972, S. 51.

¹⁸⁹ Bei STÖCKMANN 1971, S. 59 werden "fehlende kulturelle und soziale Einrichtungen" als zweitwichtigstes Motiv genannt.

¹⁹⁰ Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommen WIETING/HÜBSCHLE 1986, S. 95.

Abb. 16: Hauptwanderungsmotive nach Altersklassen in v.H.

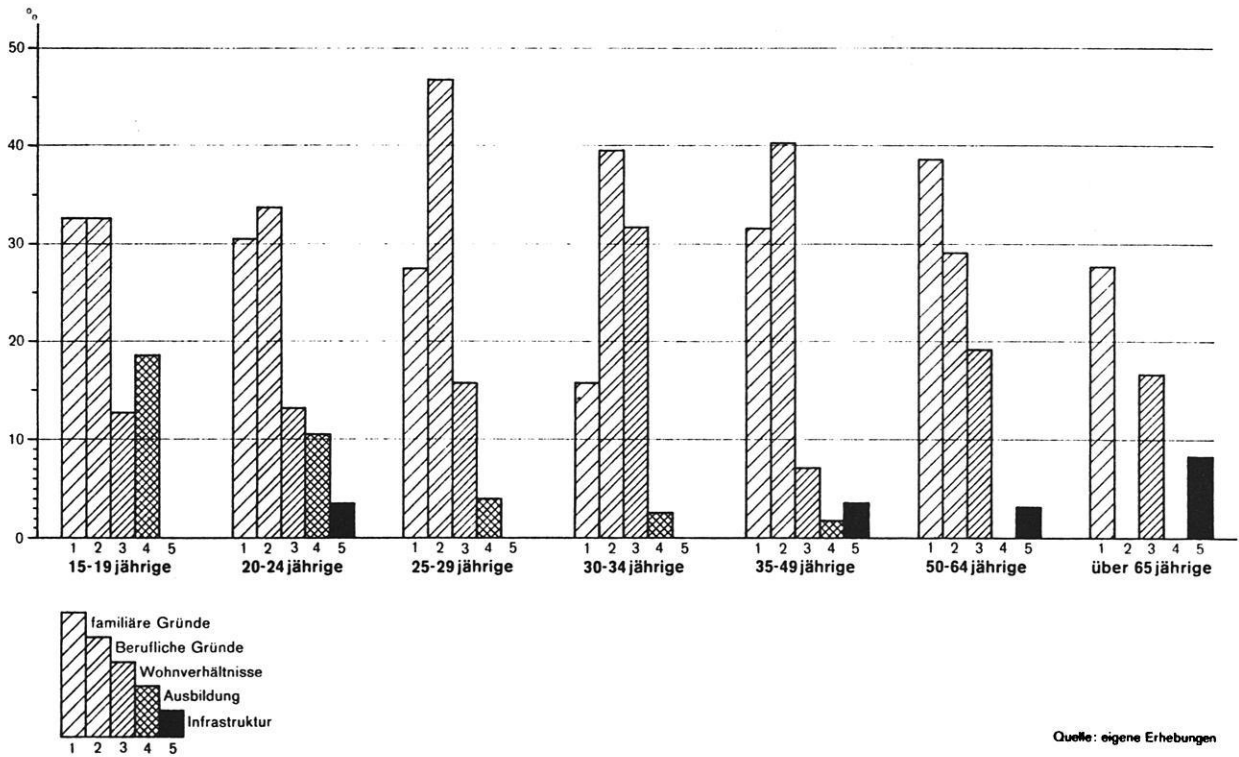
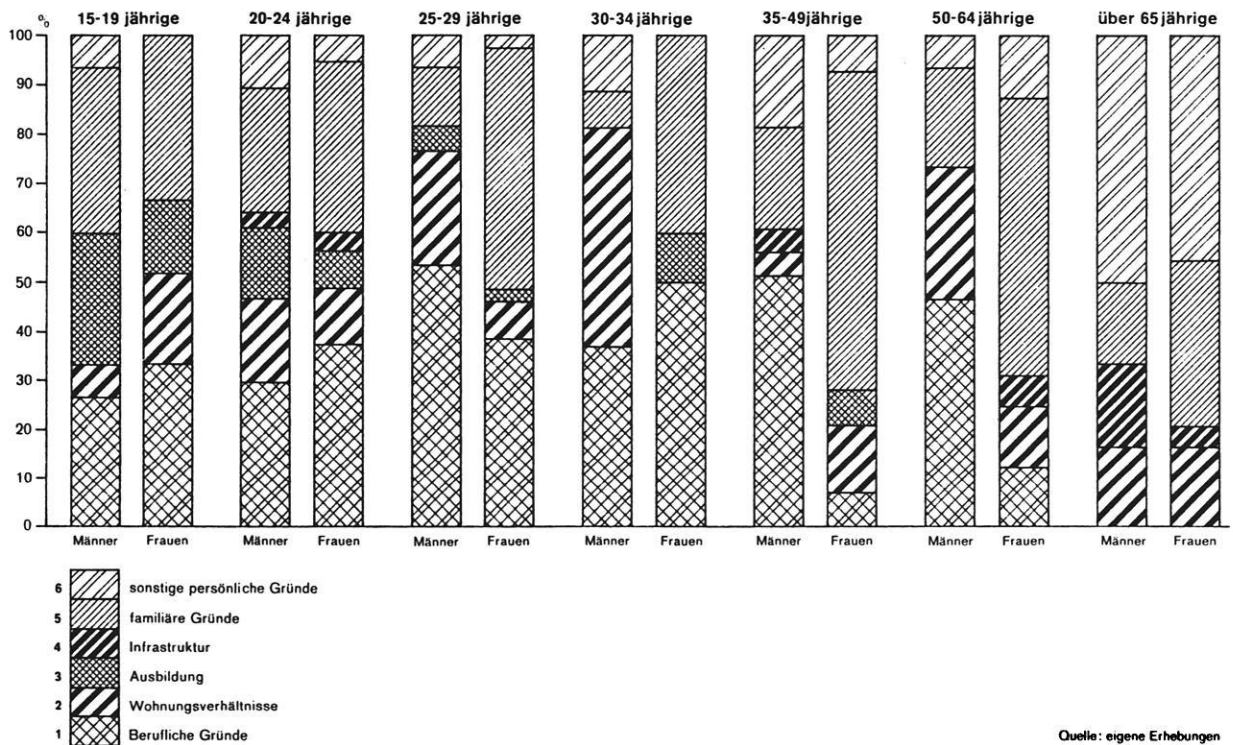


Abb. 17: Hauptwanderungsmotive nach Alter und Geschlecht in v.H.



Das Wanderungsverhalten der unter 25jährigen wird zu etwa gleichen Teilen von familiären und beruflichen Gründen determiniert¹⁹¹. Außerdem bestimmt zu einem hohen Anteil die Ausbildung die Wanderungsentscheidung speziell bei den 15- bis 19jährigen. Ausbildungsorientierte Gründe werden bei den jungen Migranten häufiger von Männern genannt¹⁹². Für Frauen hingegen besitzen sowohl berufliche als auch familiäre Gründe vergleichsweise etwas mehr Relevanz.

Läßt sich das Übergewicht familiärer Gründe darauf zurückführen, daß Frauen bei der Heirat häufiger wandern als Männer¹⁹³, so ist die Überrepräsentanz beruflicher Motive ein Indiz für die verstärkte Erwerbstätigkeit junger Frauen und die daraus resultierenden Ansprüche an den regionalen Arbeitsmarkt.

Für die 25- bis 50jährigen sind durchweg berufliche Motive entscheidend für einen Wohnortwechsel. Deren Dominanz äußert sich in einer Quote von 40 v.H. und mehr. Gleichzeitig gewinnen wohnungsorientierte Gründe als Wanderungsanlaß zusehends an Bedeutung. Dies trifft für die 25- bis 29jährigen und besonders für die 30- bis 34jährigen zu, wobei dieses Votum fast ausschließlich von Männern stammt. In dieser demographisch betrachtet in der Expansionsphase stehenden Altersgruppe mit gestiegenem Wohnraumbedarf wird die Wohnungsfrage überwiegend durch den Bau oder Kauf eines Eigenheims gelöst. Bei den 30- bis 34jährigen Männern vereinigt dieses Einzelmotiv sogar die meisten Nennungen auf sich.

Für die 35- bis 49jährigen sind wohnungsorientierte Gründe bei der Wanderungsentscheidung dagegen ebenso von geringer Bedeutung wie für die jüngeren Jahrgänge. Bei der erstgenannten Gruppe überrascht dies insofern, weil GATZWEILER dieser Altersgruppe als Leitmotiv Wohnungs- bzw. Wohnumfeldorientierung zuordnet¹⁹⁴.

Bei den über 50jährigen überwiegen familiäre Gründe als Wanderungsanlaß. Diese und die häufig genannten sonstigen Gründe sind als Primärmotive typisch für solche Gruppen, die sonst kaum wandern wie alte Leute, Rentner, Verwitwete und Geschiedene¹⁹⁵. Die Angabe solcher Motive ist demzufolge weniger als Indiz für die Wanderungshäufigkeit als vielmehr für das Fehlen anderer Umzugsgründe zu betrachten. Der relativ hohe Anteil beruflicher Gründe bei den 50- bis 64jährigen, vornehmlich den Männern, ist in dem Ausmaß nicht erwartet worden, und das Ergebnis unterscheidet sich von dem anderer Studien¹⁹⁶.

Auf die insgesamt geringe Relevanz infrastruktureller Gründe als Primärmotiv ist bereits hingewiesen worden. Dies zeigt sich auch bei einer altersspezifischen Differenzierung, wo dieser Faktor in einigen Altersgruppen überhaupt nicht genannt wird.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß bei einer Differenzierung nach Altersgruppen insgesamt keine signifikanten Abweichungen von der Gesamttendenz auftreten.

Berufsorientierte Motive werden in allen Altersklassen bis hin zu den 50jährigen durchweg als wichtigster Wanderungsgrund genannt - ihre Relevanz nimmt naturgemäß bei den über 50jährigen ab. Tendenziell nennen etwas mehr Männer als Frauen solche Motive, wenngleich in einzelnen Altersklassen durchaus Unterschiede auftreten.

Auch die Bedeutung familiärer Gründe als das am zweithäufigsten angegebene Motiv wird sichtbar, wobei der höhere Frauenanteil auffallend ist¹⁹⁷.

191 Vgl. Abbildung 16.

192 Vgl. Abbildung 17.

193 Vgl. INFAS 1972, S. 35.

194 GATZWEILER 1975, S. 79.

195 Vgl. INFAS 1972, S. 34.

196 Vgl. MAREL 1980, S. 88.

197 Insgesamt führen 40,8 v.H. aller Frauen familiäre Gründe an, während die entsprechende Quote bei den Männern lediglich 18,6 v.H. beträgt. Vgl. dazu Tabelle 46 im Anhang. - Vgl. ferner WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 86; BATTELLE 1969, S. 38; DOBBERKAU 1980, S. 180; WILHELM/DAVID/WOHNER 1984, S. 302.

Demgegenüber sind sowohl bei den wohnungsorientierten als auch bei den ausbildungsorientierten Gründen starke Schwankungen zu verzeichnen, weil letztere z.B. naturgemäß altersgebunden sind. Die hohe Quote wohnungsorientierter Gründe bei der Wanderungsentscheidung der 30- bis 34jährigen zeigt die besondere Bedeutung dieses Motivs für einen sich in der lebenszyklischen Expansionsphase befindlichen Personenkreis.

Die Resultate zeigen ferner, wie schwierig es ist, eine Altersgruppe mit einem bestimmten Leitmotiv in Verbindung zu bringen. Vielmehr ist die Motivstruktur ein Indikator für die zeitliche Überlappung verschiedener Prozesse im Lebenszyklus¹⁹⁸, wie am Beispiel der jungen Migranten - im Alter von 15- bis 24 Jahren - demonstriert werden soll: Die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz, die Aufnahme eines Studiums oder der Eintritt ins Berufsleben durch die erste Stelle sowie der Auszug aus dem Elternhaus und das Beziehen der ersten eigenen Wohnung oder die Gründung einer Familie können als Einzelmotiv oder in Kombination die Wanderungsentscheidung determinieren.

Bei der Aufgliederung nach dem Familienstand weisen Ledige und Verheiratete in etwa die gleichen Motivationsprofile auf: Dominierend sind Motive aus dem beruflichen Bereich und familiäre Gründe (Tab. 38). Lediglich bei den Wohnungsgründen und Ausbildungsgründen ergeben sich signifikant unterschiedliche Quoten.

Tab. 38: Wanderungsgründe nach Familienstand in v.H.

Familienstand	ledig	verheiratet/ in Wohngemein- schaft lebend	verwitwet/ geschieden/ getrennt lebend
Wanderungsgrund			
Berufsorientierte Gründe	37,9	41,3	14,9
Familiäre Gründe	25,2	27,5	43,3
Wohnungsgründe	13,6	20,4	10,4
Ausbildungsgründe	12,6	1,2	1,5
Infrastrukturelle Gründe	2,9	1,8	3,0
sonstige Gründe	7,8	7,8	26,9
	100 n = 206	100 n = 167	100 n = 67

Für Verwitwete und Geschiedene sind hingegen andere Motive ausschlaggebend. Familiäre Gründe bestimmen zu über 40 v.H. einen Wohnortwechsel, wohingegen alle anderen Motive - außer den sonstigen Gründen, die einen Anteil von über einem Viertel erreichen - von insgesamt geringer Relevanz sind.

Betrachtet man die Haushaltsgrößen, ist generell ein Unterschied bei den Wanderungsanlässen zwischen Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalten zu beobachten, wie dies auch in der PROGNOSE-Studie sichtbar wird¹⁹⁹. Während die Umzugsentscheidung bei Einpersonenhaushalten zu über einem Drittel auf familiären Gründen beruht, hinter denen berufliche Motive etwas zurückbleiben, wandern Mehrpersonenhaushalte demgegenüber hauptsächlich aus beruflichen Gründen ab, wobei dieses Motiv mit zunehmender Personenzahl an Bedeutung gewinnt (Tab. 39). Innerhalb des Komplexes der Berufsorientierung tritt dabei eine Verlagerung vom neuen Arbeitsplatz, der für Zwei- und Dreipersonenhaushalte wichtiger erscheint, hin zum höheren Verdienst und der Versetzung ein. Abwanderungen von Vierpersonenhaushalten sind somit überwiegend aufstiegsorientiert.

¹⁹⁸ Vgl. KOCH 1982, S. 288.

¹⁹⁹ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 88.

Tab. 39: Wanderungsgründe nach Haushaltsgröße in v.H.

Wanderungsgrund	Haushaltsgröße			
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Pers. u. mehr
Berufsorientierte Gründe	30,6	38,5	53,3	50,0
Familiäre Gründe	34,8	20,0	22,2	3,6
Wohnungsgründe	10,8	26,2	20,0	35,7
Ausbildungsgründe	9,1	-	2,2	-
Infrastrukturelle Gründe	2,6	3,1	-	3,6
Sonstige Gründe	12,1	12,3	2,2	7,1
	100 n = 307	100 n = 65	100 n = 45	100 n = 28

Gleichzeitig rückt die Lösung des Wohnungsproblems bei Mehrpersonenhaushalten als Motiv stärker in den Vordergrund, währenddessen familiäre Gründe vergleichsweise von geringer Relevanz sind. Dies trifft besonders für die Zwei- und Vierpersonenhaushalte zu, wobei speziell die letzte Gruppe dem Bau eines Eigenheims den Vorrang gibt. Allerdings erfahren wohnungsorientierte Gründe nicht die Bedeutung wie in der PROGNOSE-Studie²⁰⁰.

Überdies ist festzustellen, daß Ausbildungsgründe fast ausschließlich bei den Einpersonenhaushalten die Wanderungsentscheidung bestimmen. Dieses Motiv ist demzufolge in erster Linie bei der individuellen Wanderungsentscheidung einer Einzelperson ausschlaggebend und nicht bei Wanderungen, die innerhalb des Familienverbundes erfolgen.

Die Unterteilung der Wanderungsursachen nach dem Schulabschluß macht einerseits deutlich, daß das Motivspektrum der Hauptschulabsolventen in etwa der durchschnittlichen Verteilung entspricht, und dokumentiert andererseits, daß mit zunehmender Schulbildung berufliche Gründe die Wanderungsentscheidung bestimmen²⁰¹.

Qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte müssen wegen des Fehlens eines entsprechenden Arbeitsplatzangebots den ländlichen Raum verlassen und legen dabei häufiger als andere Gruppen große Distanzen zurück²⁰². Außerdem sind sie - wie bereits gesehen - überproportional an solchen Abwanderungsprozessen beteiligt²⁰³.

Bei Betrachtung von Tabelle 40 stellen Abiturienten auf den ersten Blick diesbezüglich eine Ausnahme dar, weil deren Wanderungsentscheidung seltener berufliche Motive zugrundeliegen. Dennoch bleibt der positive Zusammenhang zwischen Schulbildung und berufsbedingten Abwanderungsgründen tendenziell erhalten, denn die von dieser Gruppe als besonders relevant empfundenen Ausbildungsgründe²⁰⁴ können im Prinzip auch unter die berufsorientierten Motive subsumiert werden, da die Ausbildung dem Einstieg ins Erwerbsleben vorgeschaltet ist. Zudem kehrt ein Großteil der ausgebildeten Abiturienten erfahrungsgemäß nach Abschluß der Ausbildung nicht mehr in den ländlichen Raum zurück, weil dort die adäquaten beruflichen Möglichkeiten nicht gegeben sind.

²⁰⁰ Dort wandert über die Hälfte der Haushalte mit drei und mehr Personen aus Wohnungsgründen ab. - Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 88.

²⁰¹ Vgl. auch WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 89.

²⁰² Vgl. Tabelle 23.

²⁰³ Vgl. Tabelle 15.

²⁰⁴ Vgl. auch WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 88 und INFAS 1972, S. 54.

Tab. 40: Wanderungsgründe nach Bildungsniveau in v.H.

Wanderungsgrund	Schulabschluß				Fachhochschul- Hochschul- abschluß
	ohne Abschluß Hauptschule	Realschule	Fachschule	Gymnasium	
Berufsorientierte Gründe	34,2	37,2	51,9	23,3	40,9
Familiäre Gründe	32,5	26,7	22,2	16,7	27,3
Wohnungsgründe	15,0	19,8	11,1	20,0	15,9
Ausbildungsgründe	3,4	7,0	3,7	40,0	-
Infrastrukturelle Gründe	2,1	3,5	-	-	4,5
Sonstige Gründe	12,8	5,8	11,1	-	11,4
	100 n = 234	100 n = 87	100 n = 27	100 n = 30	100 n = 44

Ansonsten läßt sich kein Zusammenhang zwischen den anderen Größen und dem Bildungsniveau herstellen.

Die Diskrepanz zwischen regionalem Arbeitsplatzangebot und -nachfrage und die daraus abgeleitete Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur im ländlichen Raum ist bereits vor Jahrzehnten in Instrumente der regionalen Wirtschaftsförderung gemündet, wie die anfänglichen Bundesausbauorte und die spätere Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Dennoch sind die Disparitäten zwischen Verdichtungsräumen und dem peripheren ländlichen Raum nicht entscheidend abgebaut worden, sondern haben sich teilweise eher vergrößert²⁰⁵.

Bei einer Aufgliederung der Motive nach demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen lassen sich zusammenfassend vornehmlich alters- und geschlechtsspezifische Charakteristika erkennen sowie eine schwächer ausgeprägte Abhängigkeit vom Bildungsniveau.

- Berufsorientierte Wanderungen werden hauptsächlich von Männern vorgenommen. Diese sind zwischen 25 und 50 Jahre alt und überwiegend verheiratet. Mit steigendem Ausbildungsstand wächst die Bedeutung dieses Faktors.
- Familiäre Gründe sind für Frauen und - hiervon nicht ganz unabhängig - für Personen mit niedrigem Bildungsniveau ein wichtiger Wanderungsanlaß. Geschiedene und Verwitwete und damit in Zusammenhang stehend mittlere und ältere Jahrgänge wandern überwiegend aus familiären Gründen ab. Das Heiratsmotiv beeinflußt bei den jüngeren Jahrgängen, und hier wiederum besonders bei den Frauen, die Wanderungsentscheidung. Daraus resultiert letztendlich der Vorrang familiärer Anlässe bei den Einpersonenhaushalten.
- Bei den wohnungsorientierten Gründen ist eine starke Abhängigkeit vom Lebenszyklus zu beobachten. In erster Linie nennt die Gruppe der 30- bis 34jährigen dieses Motiv. Wohnungsbedingte Ursachen bestimmten ferner überproportional die Umzugsentscheidung von Verheirateten und insbesondere von Zwei- und Vierpersonenhaushalten.
- Ausbildungsgründe als Wanderungsanlaß sind eindeutig altersgebunden. Für junge Einpersonenhaushalte besitzt dieses Motiv Vorrang, wobei speziell für Individuen mit Abitur die Ausbildung im Vordergrund steht.

²⁰⁵ Vgl. PROGRAMMATISCHE SCHWERPUNKTE 1985, S. 3.

4.3.5 Zusammenhang zwischen den Motiven und Wanderungsdistanz sowie aufgesuchtem Zielort

Neben der Frage, welche Gruppen welche Motive für ihre Wanderungsentscheidung anführen, besteht ein raumplanerisches Interesse daran, ob es unterschiedliche Motive für Nah- und Fernwanderungen gibt.

Im allgemeinen wird in theoretischen Überlegungen davon ausgegangen, daß Nahwanderungen überwiegend wohnungsorientierte Ursachen zugrunde liegen, während Fernwanderungen hauptsächlich aus beruflichen Gründen erfolgen. Dies gilt es im folgenden ebenso zu prüfen wie die Frage, welches Motivationsprofil bei Wanderungen über mittlere Distanzen (21-100 km), also weder ausgesprochenen Nah- noch Fernwanderungen, auftritt.

Jeder der einzelnen distanziellen Wanderungstypen - Nahwanderungen, Wanderungen über mittlere Distanzen und Fernwanderungen - weist sein eigenes Motivationsprofil auf (Abb. 18).

Bei Nahwanderungen wird in erster Linie die Verbesserung der Wohnverhältnisse angestrebt. Mit einem Anteil von einem Drittel bestimmen wohnungsorientierte Gründe die Wanderungsentscheidung bei kurzen Distanzen. Ferner können familiäre Gründe als Wanderungsanlaß hervorgehoben werden, die zu einem Viertel Nahwanderungen beeinflussen. Deren Anteil liegt im übrigen in allen Distanzklassen zwischen einem Viertel und einem Drittel, was zum einen die distanzielle Unabhängigkeit, zum anderen aber auch die insgesamt große Bedeutung familiärer Wanderungsanlässe unterstreicht²⁰⁶.

Berufsorientierte Motive sind für kurze Distanzen zwar von relativ geringer Relevanz, dennoch werden diese von jedem fünften Nahwanderer als Wanderungsursache genannt. Dabei hat die bessere "Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes" eine höhere Priorität als die Motive, mit denen ein beruflicher Aufstieg verbunden ist. Bei bedingten Nahwanderungen, die aus beruflichen Gründen erfolgen, wird demzufolge der bisherige Arbeitsplatz größtenteils beibehalten. Ausbildungsgründe spielen für Nahwanderer erwartungsgemäß nur eine untergeordnete Rolle. Die insgesamt geringe Bedeutung infrastruktureller Motive für die Wanderungsentscheidung wurde bereits an anderer Stelle erwähnt.

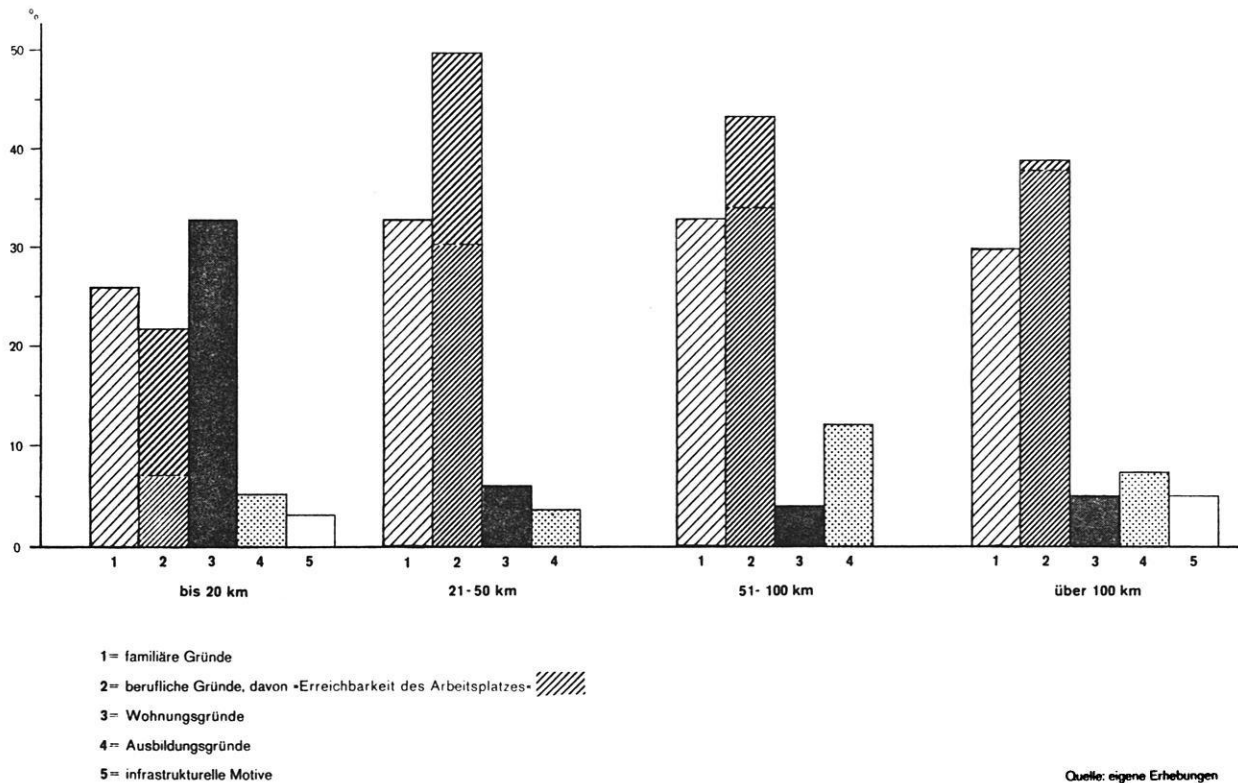
Wanderungen über mittlere Distanzen (21 bis 100 km) und Fernwanderungen erfolgen überwiegend aus beruflichen Gründen. Nahezu die Hälfte aller Fälle basiert darauf. Ihr Einfluß nimmt mit steigender Entfernung tendenziell ab, während Ausbildungsgründe als Wanderungsanlaß an Bedeutung gewinnen. Dennoch vermögen letztere nicht die familiären Gründe als jeweils zweitwichtigstes Motiv in den einzelnen Distanzklassen zu verdrängen. Wohnungsorientierte Gründe spielen hingegen keine Rolle - ihr Einfluß als Wanderungsursache endet bei 20 km.

Bei einer differenzierten Analyse der beruflichen Motive ist mit wachsender Entfernung des Zielorts eine zunehmende Wichtigkeit der den Arbeitsplatz betreffenden Wanderungsanlässe zu erkennen bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der anderen Teilkomponente "Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes". Parallel dazu findet innerhalb der Teilgröße "arbeitsplatzorientierte Gründe" eine interne Bedeutungsverlagerung statt, indem das bei den Wanderungen über mittlere Distanzen dominierende Einzelmotiv "neuer Arbeitsplatz" - bedingt durch Stellenwechsel, Arbeitsplatz nach Arbeitslosigkeit o.ä. - bei Fernwanderungen seine ansonsten überragende Stellung einbüßt, und Aufstiegsmöglichkeiten ("bessere berufliche Position") als ursächlicher Einzelfaktor gleichgewichtig werden (Abb. 18).

Auffallend ist ferner die Abhängigkeit ausbildungsorientierter Gründe von der zurückgelegten Wanderungsentfernung, denn jenseits der 50 km-Grenze steigt deren Bedeutung als ausschlaggebender Wanderungsgrund deutlich an. Die in der Zone bis 100 km liegenden Verdichtungsräume Hamburg, Hannover und Bremen sowie Braunschweig werden dabei stärker zum Zweck der beruflichen Ausbildung präferiert, während sie als Studienorte von geringerer Relevanz sind. Die diesbezüglich aufgesuchten Zielorte liegen noch weiter entfernt.

²⁰⁶ Vgl. SCHREIBER 1975, S. 125.

Abb. 18: Zusammenhang zwischen Hauptwanderungsmotiv und zurückgelegter Distanz



Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß Abwanderer, die eine bessere berufliche Tätigkeit und eine bessere Ausbildung anstreben, zum überwiegenden Teil den peripheren ländlichen Raum verlassen.

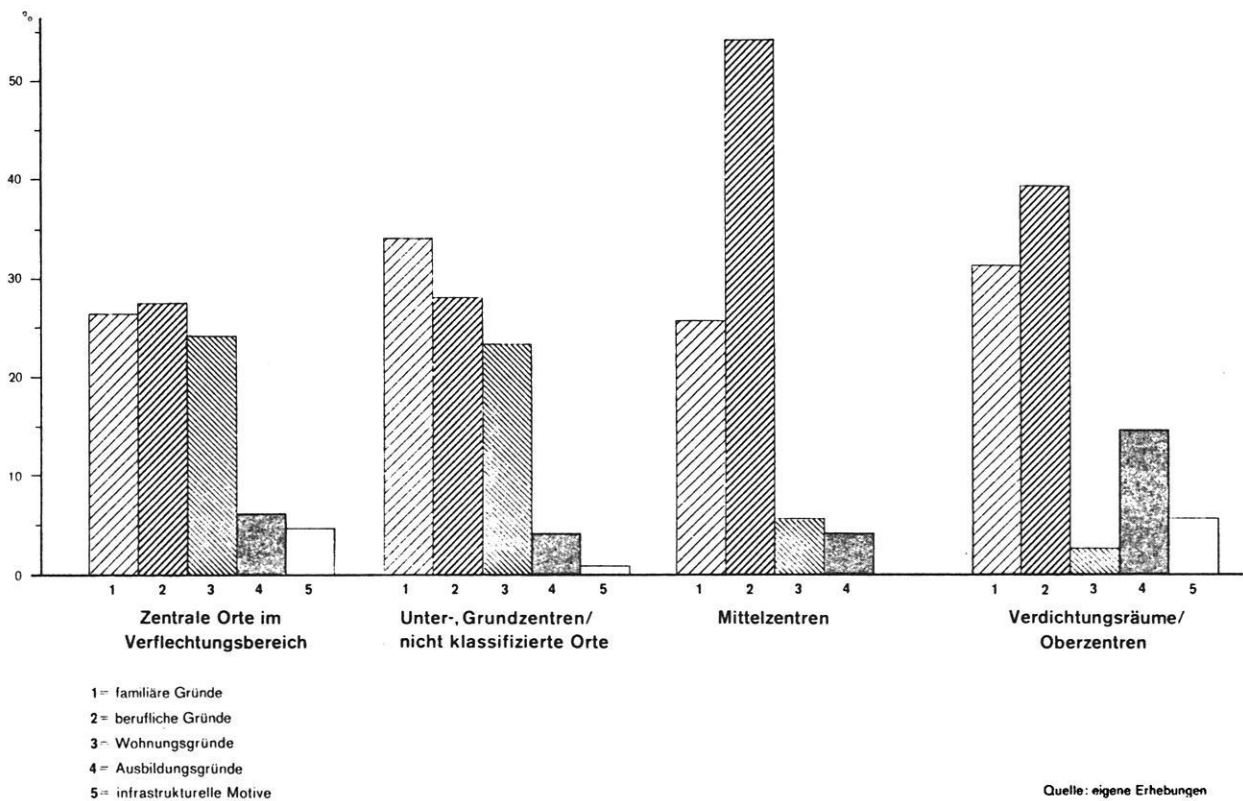
Insgesamt bestätigen die empirischen Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen Wanderungsdistanz und Motiven die in anderen Studien gewonnenen Erkenntnisse²⁰⁷:

- Nahwanderungen erfolgen überwiegend aus wohnungsorientierten Anlässen.
- Wanderungen über mittlere Distanzen und Fernwanderungen liegen in erster Linie berufsorientierte Motive zugrunde.
- Mit zunehmender Distanz gewinnen berufliche Aufstiegsmöglichkeiten als Wanderungsanlaß an Bedeutung.
- Familiäre Gründe sind als distanzunabhängige Wanderungsursachen anzusehen.
- Wohnungsorientierte Gründe verlieren bei zunehmender Reichweite ihre Bedeutung als wanderungsinduzierender Faktor.

Ob die in dieser Untersuchung ermittelte Bedeutungslosigkeit wohnungsorientierter Wanderungsanlässe jenseits einer Distanz von 20 km lediglich ein untersuchungsgebietsspezifisches Phänomen darstellt, bedarf noch weiterer Analysen bzw. Fallstudien.

²⁰⁷ Vgl. WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 89 f.; SCHREIBER 1975, S. 123 ff.

Abb. 19: Hauptwanderungsmotive in Abhängigkeit von klassifizierten und nicht klassifizierten Zielorten in v.H.



Von der rein distanziellen Betrachtungsweise leitet sich die Frage ab, ob bei einer Aufgliederung der Wanderungsmotive nach Zielorten ähnliche signifikante Unterschiede auftreten. Auf den ersten Blick ist eine grobe Zweiteilung zu erkennen: Mittelzentren und Verdichtungsräume einerseits und "zentrale Orte im Verflechtungsbereich" und Unterzentren bzw. Orte ohne Zentralität andererseits zeigen in etwa das gleiche Motivationsprofil (Abb. 19).

Wanderungen in "Zentrale Orte im Verflechtungsbereich" und in Unterzentren oder nicht klassifizierte Orte geschehen überwiegend aus familiären, beruflichen und wohnungsorientierten Gründen, während Motive aus dem Ausbildungsbereich nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Mittelzentren und Verdichtungsräume/Oberzentren weisen demgegenüber eine besondere Attraktivität im Arbeitsplatzbereich auf. Insbesondere die Wanderungen in Mittelzentren resultieren zu mehr als der Hälfte aus beruflichen Gründen, womit die Bedeutung dieser Orte als Arbeitsplatzzentren nachhaltig unterstrichen wird²⁰⁸. Bezogen auf Verdichtungsräume liegt deren Quote allerdings erheblich niedriger, indessen nimmt der Anteil ausbildungsorientierter Motive als Wanderungsanlaß stark zu.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, daß bei Unzufriedenheit mit der Wohnungssituation praktisch nur die zentralen Orte im Verflechtungsbereich und Unterzentren bzw. Orte ohne Zentralität als neue Wohnorte gewählt werden. Die Lösung von Wohnungsproblemen erfolgt somit unabhängig von jeder Zentralitätsstufe des neuen Wohnorts. Allein das Entfernungskriterium scheint wichtig zu sein, wie aus der Analyse der zurückgelegten Distanz hervorgeht. Bei den daraus resultierenden Nahwanderungen kann das räumliche Aktivitätsmuster nach einem Wohnortwechsel beibehalten werden.

²⁰⁸ Zu den gleichen Befunden kommen WIETING/HÜBSCHLE 1968, S. 82.

Dagegen können die in den Untersuchungsgebieten vorhandenen Problemfelder im Ausbildungs- und Arbeitsplatzbereich nicht durch Nahwanderungen innerhalb des peripheren ländlichen Raums gelöst werden. Hierzu bedarf es eines Wohnortwechsels in Zielorte mit höherer Zentralität, wie z.B. direkt in die Verdichtungsräume oder aber, wie im Fall des östlichen Untersuchungsgebietes zu beobachten ist, in die nächstgelegenen Mittelzentren. Letztere sind zwar ebenfalls dem ländlichen Raum zuzuordnen, verfügen jedoch über ein breiteres Angebotsspektrum bei Arbeitsplätzen.

Arbeitsplatz- und besonders ausbildungsorientierte Wanderungen haben größtenteils ein Verlassen des peripheren ländlichen Raumes zur Folge. Entweder wird in die Verdichtungsräume und Oberzentren abgewandert oder aber es findet ein interner Umschichtungsprozeß statt, indem die Peripherie verlassen wird und weniger peripher gelegene Mittelzentren als neue Wohnorte aufgesucht werden.

Abschließend sei erwähnt, daß familiäre Gründe - in Analogie zur Distanzanalyse - als zielortunabhängige Wanderungsursachen anzusehen sind.

5. Zusammenfassung und Bewertung der empirischen Ergebnisse - Planerische Schlußfolgerungen

Die empirischen Untersuchungen führen zu dem Ergebnis, daß Abwanderungsprozesse aus dem peripheren ländlichen Raum keine homogenen Strukturen aufweisen. Vielmehr werden deren Richtung und Distanz in starkem Maße von der siedlungsstrukturellen Situation bestimmt, wie die erheblich voneinander abweichenden Ergebnisprofile zweier unterschiedlicher Untersuchungsräume aufzeigen:

Im NB Soltau wird kürzer gewandert, und es werden auch andere Zielorte präferiert. Abwanderung ist hier überwiegend ein kleinräumig ablaufender Prozeß, indem speziell die in nächster Nähe gelegenen zentralen Orte, einschließlich des MZ Soltau selbst, als neue Wohnorte aufgesucht werden. Dieses räumliche Verhalten hat besondere Relevanz für die kleineren Gemeinden des Nahbereichs.

Interregionale Wanderungsströme haben hauptsächlich die nächstgelegenen Verdichtungsräume Hamburg und Hannover als Ziel.

Insgesamt bewirken die mehr intraregional orientierten Wanderungsbewegungen für diesen Raumtypus, charakterisiert durch eine relativ verkehrsgünstige Lage an der Peripherie dreier oberzentraler Einzugsbereiche und mit einem funktionsfähigen Mittelzentrum ausgestattet, eine kleinräumige Bevölkerungsverteilung innerhalb einer 20 km-Zone mit einer Konzentration auf die dortigen zentralen Orte.

In den NB Hankensbüttel und Wittingen, in extrem peripherer Lage im Zonenrandgebiet, legen die Migranten tendenziell größere Distanzen zurück und präferieren Zielorte in der 21-50 km-Zone, insbesondere die dortigen MZ Wolfsburg, Celle und Gifhorn. Mangelnde Attraktivität der beiden Nahbereichszentren - bedingt durch partielle Defizite im Infrastrukturbereich - interkommunale Standortkonkurrenz sowie ein unzureichendes lokales Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot erklären dieses Wanderungsverhalten.

Verdichtungsraumorientierte Wanderungsströme verlaufen hier hauptsächlich in weiter entfernt gelegene Oberzentren, wohingegen Braunschweig als das eigentliche Oberzentrum der Region als Zielort von untergeordneter Bedeutung ist.

Die Wanderungsbewegungen in diesem Raumtyp lassen sich insgesamt als Wegzug von der Peripherie der Peripherie bezeichnen.

Intensität, Distanz und Richtung der Wanderungen zeigen eine deutliche Abhängigkeit von den demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen der Migranten.

Als besonders mobil erweisen sich die 20- bis 29jährigen, die nahezu die Hälfte aller Abwanderer stellen. Innerhalb dieser Gruppe wird bei 20- bis 24jährigen die höchste Wanderungsintensität festgestellt, wie dies auch aus anderen Untersuchungen bekannt ist. Die unter 30jährigen legen überwiegend Distanzen bis zu 20 km zurück und verbleiben somit innerhalb des peripheren ländlichen Raumes. Dabei werden bei diesen kleinräumigen Wanderungen je nach Untersuchungsgebiet entweder die umliegenden zentralen Orte präferiert oder aber kleine Orte und Ortsteile ohne Zentralitätscharakter.

Mit zunehmendem Alter hingegen verlieren kleinräumige Wanderungen zugunsten von Fernwanderungen an Bedeutung. Insbesondere die 30- bis 49jährigen wandern vornehmlich über große Distanzen und wählen Verdichtungsräume bzw. Oberzentren als neue Wohnorte.

Generell sinkt allerdings mit zunehmendem Alter die Wanderungshäufigkeit. Das dabei auftretende abweichende Verhalten der 35- bis 49jährigen und über 65jährigen findet seine Bestätigung in Überlegungen der Lebenszyklustheorie und stellt keine regionale Besonderheit dar. Tendenziell lassen die empirischen Ergebnisse Gemeinsamkeiten mit Befunden anderer Analysen erkennen.

Die Differenzierung nach Geschlechtern ergibt ein leichtes Übergewicht männlicher Wanderer, wobei in einzelnen Altersklassen jedoch deutliche Abweichungen auftreten. Besonders die überproportional hohe Quote der 20- bis 24jährigen Frauen ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben.

Frauen sind bei ihrer Wanderungsentscheidung eher zentrenorientiert als Männer, d.h. sie wählen oft höherrangige zentrale Orte. Dagegen sind bezüglich der Wanderungsdistanzen geschlechtsspezifische Einflüsse empirisch nicht nachweisbar.

Der überproportional hohe Anteil von Ledigen und Einpersonenhaushalten an Abwanderungen aus dem peripheren ländlichen Raum ist wegen des engen Zusammenhangs zwischen dem Alter und diesen Größen erwartet worden. Andere, zu Vergleichszwecken herangezogene Studien kommen dagegen zu abweichenden Resultaten, indem z.B. die Wanderungsintensität bei Verheirateten höher ist als bei Ledigen.

Bezüglich Wanderungsdistanz und aufgesuchtem Zielort zeigen verheiratete und ledige Migranten in etwa gleiche Verhaltensmuster: Sie wandern bevorzugt intraregional, bis 50 km, und suchen dabei die jeweiligen teilraumspezifischen Präferenz-Zielorte überdurchschnittlich oft als neuen Wohnort auf. Ein signifikant abweichendes Verhalten ist hingegen bei Verwitweten und Geschiedenen zu erkennen, die sowohl weiter wandern als auch höherrangige zentrale Orte präferieren.

Bei einer Unterscheidung nach Ein- und Mehrpersonenhaushalten sind ähnliche Verhaltensmuster nachweisbar. Einpersonenhaushalte sind nicht nur insgesamt räumlich mobiler, sondern legen auch vergleichsweise größere Distanzen zurück, wobei die Wohnortwahl überproportional häufig auf Oberzentren und Verdichtungsräume fällt.

Neben dem Alter erweist sich das Bildungsniveau bzw. der Schulabschluß als weiteres selektives Kriterium. Dies betrifft die Wanderungsintensität und äußert sich ebenso bei der Wohnortwahl.

Im Vergleich zur Wohnbevölkerung wandern überproportional häufig Personen mit hochrangigem Schulabschluß wie Abitur und Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluß ab, während Hauptschulabsolventen vergleichsweise unterrepräsentiert sind. Letztere wandern überwiegend intraregional mit einer eindeutigen Präferenz für Nahwanderungen und entsprechender Wahl der Zielorte.

Abiturienten und Absolventen einer Hoch- bzw. Fachhochschule sind demgegenüber als ausgesprochene Fernwanderer zu betrachten, die in hochrangige Zentren abwandern und somit den peripheren ländlichen Raum verlassen.

Der aus anderen Analysen bekannte Zusammenhang, daß Personen mit höherer beruflicher Qualifikation eine größere Wanderungsbereitschaft zeigen, läßt sich auch in der vorliegenden Untersuchung nachweisen.

Aus der Analyse der Wanderungsgründe ergibt sich, daß nahezu drei Viertel aller Migrationen auf Motive aus den Komplexen Beruf, Familie und Wohnung zurückzuführen sind. Die besondere Bedeutung dieser Faktorenkomplexe ist auch aus anderen empirischen Migrationsstudien bekannt.

Differenziert nach Einzelmotiven ist ein kürzerer Weg zum Arbeitsplatz am häufigsten als Wanderungsgrund angegeben worden. Neben der besseren Erreichbarkeit des vorhandenen Arbeitsplatzes sind zwei weitere Einzelmotive aus dem Berufsbereich von größerer Relevanz, nämlich ein neuer Arbeitsplatz sowie eine gehobene berufliche Position. Außerdem spielt das Heiratsmotiv eine gewichtige Rolle, wie auch aus anderen Untersuchungen bekannt ist.

Werden die Wanderungsmotive der Befragten nach ihrer Bedeutung für die Wanderungsentscheidung gewichtet, verschiebt sich bei unveränderter Reihenfolge der Motivkomplexe Beruf, Familie und Wohnung die Rangfolge und Bedeutung der Einzelfaktoren. Beinahe ein Drittel aller Wanderungsentscheidungen geht auf familiäre Gründe zurück, die aus befragungstechnischen Gründen nicht in Einzelmotive untergliedert worden sind.

Für Frauen besitzen familiäre Gründe eine größere Bedeutung als für Männer. Ferner sind solche Motive für junge Migranten (bis 25 Jahre) und für die über 50jährigen besonders relevant.

Mit deutlichem Abstand rangieren Einzelfaktoren aus dem beruflichen Bereich an nächster Stelle, wobei insbesondere der "neue Arbeitsplatz" hervorzuheben ist.

Die Bedeutung beruflicher Gründe als Wanderungsursache ist abhängig von der zurückgelegten Distanz und dem aufgesuchten Zielort: Bei Entfernungen von mehr als 20 km und einer Präferenz für Mittel- und Oberzentren determinieren ökonomische Motive wie Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, Arbeitsplatzsicherheit und berufliche Aufstiegsmöglichkeit die Wanderungsentscheidung. Dies trifft in erster Linie auf die 25- bis 49jährigen - bei Frauen sind es die 20- bis 34jährigen - und Migranten mit höherer Schulbildung zu.

Wohnungsorientierte Einzelmotive als Wanderungsanlaß sind insgesamt von wesentlich geringerer Bedeutung als man meinen könnte. Nahwanderungen sind allerdings zum überwiegenden Teil auf wohnungsorientierte Anlässe zurückzuführen, sei es daß die Migranten ein Eigenheim gebaut haben, sei es aus genereller Unzufriedenheit mit der alten Wohnung.

Außer der distanziellen läßt sich eine altersspezifische Abhängigkeit erkennen, denn insbesondere bei den 30- bis 34jährigen Männern dominieren Wohnungsgründe - eine bekannte Tatsache aus der Lebenszyklustheorie.

Ausbildungsorientierte Wanderungsmotive besitzen im Gesamtkontext lediglich eine geringe Relevanz. Wegen ihres altersspezifischen Charakters sind sie jedoch für die jungen Migranten, und hier speziell für diejenigen mit Abitur, als Entscheidungsursache besonders wichtig. Auffallend ist, daß mehr junge Männer als Frauen ausbildungsbedingt wandern und daß diese Wanderungen überwiegend verdichtungsraumorientiert sind.

Als beinahe bedeutungslos für die Wanderungsentscheidung können infrastrukturelle Gründe angesehen werden. Deren wesentlich höherer Anteil bei den ungewichteten Häufigkeiten macht deutlich, daß Faktoren aus dem Infrastrukturbereich als zweit- oder drittwichtigstes Motiv häufiger genannt worden sind. Infrastrukturelle Gründe sind somit kein unmittelbarer Wanderungsanlaß - erst beim Vorliegen anderer Gründe vermögen diese den Entschluß zur Abwanderung zu beschleunigen.

Die dargestellten Resultate der empirischen Wanderungsanalyse spiegeln somit letztendlich die bekannten Grundmuster von Abwanderungen aus peripheren ländlichen Regionen wider: Ungefähr die Hälfte der erfaßten Migranten verläßt den peripheren ländlichen Raum, wobei diesen Wanderungen in erster Linie beruflich orientierte Motive zugrunde liegen. Diese Wanderungsbewegungen sind

bezüglich Alter und Bildungsniveau selektiv, d.h. junge Erwerbspersonen mit höherem Schulabschluß sind überproportional häufig an solchen Abwanderungen beteiligt.

Nach einer Status-quo-Prognose der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung wird für den ländlichen Raum noch bis weit in die neunziger Jahre mit einer leicht zunehmenden Zahl von Erwerbspersonen gerechnet¹. Dem steht bei unveränderten ökonomischen Rahmenbedingungen eine Verringerung oder bestenfalls Stagnation des Arbeitsplatzangebots gegenüber, so daß weitere Abwanderungen somit vorprogrammiert sind.

Vor dem Hintergrund niedriger Geburtenziffern können die negativen Wanderungssalden nicht mehr kompensiert werden und es kommt durchweg zur Bevölkerungsabnahme in ländlichen Regionen (Ausnahme: Emsland und Alpenvorland)². Dies hat besonders für Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte gravierende Auswirkungen, weil die notwendige Mindestbevölkerungszahl für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Infrastruktursystems in vielen Fällen die Nutzungsuntergrenze unterschreiten würde³.

Raumordnungspolitisch ist es daher notwendig, den Abwanderungsprozeß aus peripheren Regionen zu reduzieren. Dies kann nur erreicht werden, wenn das raumordnerische Oberziel "Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen" unverändert bestehen bleibt⁴.

Da interregionale Wanderungen hauptsächlich auf ein unzureichendes Arbeitsplatzangebot zurückzuführen sind, ist eine Verbesserung des Arbeitsplatzangebots und davon nicht unabhängig des Ausbildungsplatzangebots anzustreben.

Dazu sollte angesichts veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen eine Revision des klassischen Instrumentariums der regionalen Wirtschaftspolitik vorgenommen werden. Bei geringem gesamtwirtschaftlichem Wachstum wird der Finanzierungsspielraum der Träger der Regionalpolitik für öffentliche Vorleistungen wie z.B. Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur kaum ausreichen⁵. Hinzu kommt ein geringes Neuansiedlungspotential bei unzureichender Investitionstätigkeit und eine Zunahme der Regionen mit strukturellen Problemen wie die Montanreviere und die Wertstandorte. Es konkurriert demnach eine Vielzahl von Standorten um eine insgesamt geringere disponible Investitionsmasse⁶.

Deshalb schlägt DERENBACH vor, statt einer "mobilitätsorientierten" Strategie eine "bestandsorientierte" Alternative anzuwenden⁷. Eine Regionalpolitik, die durch eine aus den Verdichtungsräumen gesteuerte Industrieansiedlung des strukturschwachen ländlichen Raums als Folge von "spillovers" gekennzeichnet ist, soll durch eine bestandsorientierte Regionalpolitik abgelöst werden. Diese baut auf der optimalen Ausnutzung der vorhandenen regionalen Ressourcen auf und bewirkt somit eine Stärkung der regionalen Eigenständigkeit⁸.

Alle in der Region ansässigen Betriebe sollen an einer solchen Regionalpolitik partizipieren, indem aus einem breit gefächerten Instrumentarium auf den Einzelbetrieb abgestimmte und situationsgerechte Förderleistungen erbracht werden, damit durch eine rechtzeitige Umstrukturierung und Produktinnovation eine qualitative Verbesserung des Arbeitsplatzangebots erreicht wird.

¹ Vgl. TÜRKE 1985, S. 48 ff.

² Vgl. BUCHER/GATZWEILER/SCHMALENBACH 1984, S. 1167.

³ Zum Problem der Nutzungsuntergrenzen s. KENTMANN 1980.

⁴ Vgl. die Forderung des BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1984, S. 187, an diesem Ziel festzuhalten. Als Leitvorstellungen dienen die Konzeptionen ausgeglichener Funktionsräume und einer dezentralen Siedlungsstruktur.

⁵ SCHULZ-TRIEGLAFF 1983, S. 35.

⁶ BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1984, S. 190.

⁷ DERENBACH 1986, S. 455. - Der BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1984, S. 191 erwähnt in diesem Zusammenhang Maßnahmen der Bestandspflege und Bestandserweiterung.

⁸ Vgl. RAUMORDNUNGSBERICHT 1982, S. 113; BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1984, S. 188; PROGRAMMATISCHE SCHWERPUNKTE 1985, S. 4 - Andere Autoren sprechen von einer "Endogenen Entwicklungsstrategie". Vgl. SCHULZ-TRIEGLAFF 1983, S. 36.

Maßnahmen umfassen z.B. den generellen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken in den Unternehmen sowie Informationsvermittlung über wichtige Zuliefer- und Absatzmärkte, Konsumentenpräferenzen, Verbesserung der beruflichen Qualifizierung durch Fortbildung, Managementschulung, Beratung über Technologietransfer, Ausnutzung von Marktnischen u.ä.. Der Technologie kommt dabei besondere Bedeutung zu, denn langfristig ist diese und nicht das Bevölkerungspotential als Engpaßfaktor für die Entwicklung peripherer Regionen zu betrachten⁹.

Daneben wären vergleichbare Maßnahmenbündel für den Fremdenverkehr vorzunehmen. Dieser hat zwar für viele Regionen lediglich Zusatzfunktion, dennoch werden durch ihn ergänzende Arbeitsplätze angeboten, und ein zusätzliches Einkommen kann erwirtschaftet werden. Ferner müßte den Bedingungen des ländlichen Raums stärker Rechnung getragen werden, indem für die in der Landwirtschaft Beschäftigten ein differenziertes Teilzeit-Arbeitsangebot zur Verfügung gestellt wird. Eine Jobkombination könnte es dann leichter ermöglichen, je nach persönlichen Bedürfnissen und Präferenzen Teile des Einkommens sowohl aus der Industrie, dem Dienstleistungssektor als auch im Fremdenverkehr zu erzielen¹⁰.

Eine bestandsorientierte Regionalpolitik sollte sich aber nicht nur auf den Arbeitsmarkt beschränken, sondern auch infrastrukturelle Aspekte berücksichtigen. Selbst wenn die Ergebnisse der Wanderungsempirie keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Infrastrukturausstattung eines Raumes und Abwanderungsverhalten erkennen lassen, können infrastrukturelle Gründe - besonders wenn es sich um eine Bestandsänderung im negativen Sinne handelt¹¹ - unter Ceteris-paribus-Bedingungen den Entschluß abzuwandern beeinflussen.

Somit hat eine die vorhandenen regionalen Ressourcen ausnutzende Regionalpolitik die Aufgabe, auf infrastrukturellem Sektor die Beibehaltung des Standortsystems und gegebenenfalls eine Dezentralisierung vorhandener Einrichtungen anzustreben¹². Keineswegs sollte jedoch eine weitere räumliche Konzentration stattfinden, wie sie teilweise wegen zurückgehender Einwohnerzahlen für erforderlich gehalten wird. Eine derartige räumliche Konzentration bewirkt einen Rückgang aus der Fläche und bedeutet gleichzeitig eine Verschlechterung der Erreichbarkeitsverhältnisse.

Bei einer Vergrößerung der Distanzen werden einzelne Dienstleistungen und Besorgungen nicht wahrgenommen, d.h. "sie finden dann nicht mehr statt, wenn sich mit dem notwendigen Weg nicht gleich so viele Besorgungen oder Versorgungsleistungen koppeln lassen, damit das 'Ausnutzungsniveau' der Wegezeit erreicht wird"¹³.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist der aktionsräumliche Forschungs- und Planungsansatz, wonach die Tätigkeitsstrukturen von Individuen und Haushalten dadurch determiniert werden, daß das Individuum zu einem Zeitpunkt nur an einem Ort sein kann, jede Raumüberwindung Zeit in Anspruch nimmt, die für andere Aktivitäten nicht mehr zur Verfügung steht¹⁴. Jedes Individuum wird also versuchen, sein Tagesprogramm so zu gestalten, daß eine optimale räumliche und zeitliche Kombination und Verdichtung seiner Aktivitäten erreicht werden kann.

Gerade für Bewohner peripherer Bereiche kann eine räumliche Veränderung von Infrastrukturstandorten oder bereits eine Änderung der Öffnungszeiten zu einer Beeinflussung des Tages- und Wochenprogramms führen, da damit eine Verschlechterung der räumlichen und zeitlichen Erreichbarkeitsverhältnisse einhergeht.

9 Vgl. SELKE 1979, S. 52.

10 Vgl. UHLMANN 1982, S. 109.

11 UHLMANN 1982, S. 107 verweist darauf, daß weniger der Bestand als vielmehr Änderungen am vorhandenen Bestand von der Bevölkerung negativ wahrgenommen werden.

12 SELKE 1979, S. 54 merkt an, daß qualifizierte Arbeitskräfte nur bei einem ausreichenden Infrastrukturangebot in ländlichen Arbeitsmärkten wohnen bleiben.

13 STIENS/TÜRKE 1984, S. 129.

14 Vgl. STIENS 1983, S. 245.

Um Raum-Zeit-Divergenzen bei der infrastrukturellen Versorgung auszuräumen, schlägt STIENS eine räumliche Reorganisation des bestehenden, auf Konzentration bedachten Standortsystems von Infrastruktur vor¹⁵.

Dies bedeutet eine Flexibilisierung und Mobilisierung der materiellen, institutionellen und personellen Infrastruktur¹⁶. Diese einzelnen Elemente können in unterschiedlicher Zusammensetzung die herkömmliche Organisation von sozialer Infrastruktur ändern¹⁷. So sind nicht nur Möglichkeiten der Mobilisierung materieller Infrastruktur denkbar, wie sie von Verkaufswagen und rollenden Zweigstellen der Geldinstitute bereits bekannt sind, sondern auch Mehrfachnutzungen materieller Infrastruktur und Mobilisierung personeller Infrastruktur.

Im Gesundheitswesen kann z.B. ein räumliches Splitting von mehreren Fachärzten erfolgen, indem an zwei oder mehreren Standorten Ärzte verschiedener Fachrichtungen ihre Sprechstunde im festen Turnus abhalten, wodurch einerseits für die Patienten eine bessere Erreichbarkeit gewährleistet ist und andererseits für die Ärzte eine größere Patientenzahl vorhanden ist.

Auch bei der institutionellen Infrastruktur ist trotz bestehender größerer Restriktionen eine Flexibilisierung denkbar, indem z.B. der Postdienst zusammen mit einem Lebensmittelgeschäft gekoppelt wird, um die Verdienstmöglichkeiten der Betriebsinhaber zu erhöhen.

Im schulischen Bereich könnten normative Vorstellungen wie die Schüler-Lehrer-Relation oder die Aussagen über die Zügigkeit geändert werden, denn "es gibt keine pädagogisch begründbaren Mindestgrößen von Schulsystemen, Klassen und Lehrerkollegien und ähnlichem. Es handelt sich um politisch gesetzte Größen, die das beschreiben, was gesellschaftspolitisch gewollt ist" ¹⁸.

Die dargestellten Beispiele sollen exemplarisch für eine Vielzahl denkbarer ähnlicher Lösungsmöglichkeiten stehen¹⁹.

Bei Übertragung der theoretischen Konstrukte auf die beiden Untersuchungsräume können bezüglich des Instrumenteneinsatzes der regionalen Wirtschaftspolitik keine konkreten Angaben gemacht werden, weil dieser von der jeweiligen einzelbetrieblichen Situation abhängig ist.

Um interregionale Wanderungen weitestgehend zu verhindern, gilt es, auch benachbarte Nahbereiche in das Arbeitsplatzpotential betreffende Überlegungen mit einzubeziehen, wie z.B. Munster und Schneverdingen sowie Gifhorn und Wolfsburg.

Ziel sollte es sein, die Wohnbevölkerung zu halten auch unter Inkaufnahme von Pendelwanderungen. Dazu ist es auch notwendig, sich von einem interkommunalen Konkurrenzdenken zu lösen, wie es bei einer auf Industrieansiedlung ausgerichteten Regionalpolitik der Fall ist.

Im infrastrukturellen Bereich ist eine Verbesserung der Erreichbarkeitsverhältnisse anzustreben. Dies betrifft in erster Linie den ÖPNV, um eine häufigere Anbindung der kleinen Ortsteile zu gewährleisten. Unter Umständen sind die Busse in Gemeinderegie zu führen²⁰.

Eine räumliche Reorganisation von Infrastruktureinrichtungen erscheint nur in Teilbereichen möglich. So bietet sich z.B. bei den Fachärzten ein Verbund von Hankensbüttel und Wittingen mit Gifhorn an, indem die dort ansässigen Fachärzte tageweise Sprechstunden in allen angesprochenen Gemeinden abhalten²¹.

15 STIENS 1983, S. 250 f.

16 Zur Begriffsbedeutung der einzelnen infrastrukturellen Elemente vgl. JOCHIMSEN 1966.

17 Über die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten s. BURBERG 1982.

18 GEISLER 1983, S. 247.

19 Zu einzelnen sektoralen Verbesserungsvorschlägen s. HEIDTMANN 1979, S. 131 ff.; MALCHUS 1979, S. 57 f.; PFLANZ 1979, S. 158 f. - Vgl. auch KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 199 ff.

20 S. dazu HEINZE/HERBST/SCHÜHLE 1981/2. - Vgl. auch MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/5, S. 27.

21 Vgl. die Vorschläge bei KLUCZKA/BETZ/KÜHN 1981, S. 205.

Des Weiteren empfiehlt sich für die bestehenden Lebensmittelgeschäfte eine Hinzunahme verschiedener Serviceleistungen wie z.B. Postdienst, Annahmestelle für Rezepte und Medikamente, Chemische Reinigung und Lotto/Toto u.ä. Insbesondere Standorte in Ortsteilen mit 500 und mehr Einwohnern könnten so durch eine zusätzliche Einnahmequelle gesichert werden. KUNST schlägt eine Erweiterung des zentralörtlichen Systems nach unten vor²², wobei die untere Grenze bei 500 Einwohnern angesetzt wird.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden sicherlich nicht zu einem vollständigen Rückgang der Abwanderungen aus dem ländlichen Raum führen, dennoch vermag eine insgesamt verbesserte Lebensqualität die Schwelle zur Abwanderungsbereitschaft erhöhen. "Endogene Entwicklung" und eine damit einhergehende vergrößerte Eigenständigkeit verlangt aber auch von den politischen Entscheidungsträgern einer Region, eigene Ideen zu konzipieren, um regionale Chancen besser nutzen zu können.

²² KUNST 1985, S. 304 ff.

6. Anhang

Tab. 41: Abwanderungen nach Altersgruppen in den Gemeindehauptorten und Ortsteilen

Altersgruppen in Jahren	EG Soltau				EG Bispingen				EG Neuenkirchen				EG Wietzendorf	
	Soltau		übrige OT		Bispingen		übrige OT		Neuen- kirchen		übrige OT		Wietzendorf	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
15 - 19	129	7,0	47	12,9	43	17,0	43	15,0	37	12,1	43	16,0	24	9,6
20 - 24	521	28,1	102	27,9	73	28,9	97	33,8	79	25,9	88	32,7	70	28,1
25 - 29	388	20,9	55	15,1	34	13,4	41	14,3	57	18,7	49	18,2	44	17,7
30 - 34	225	12,1	46	12,6	21	8,3	19	6,6	28	9,2	18	6,7	20	8,0
35 - 49	312	16,8	66	18,1	31	12,3	34	11,8	44	14,4	31	11,5	48	19,3
50 - 64	95	5,1	30	8,2	21	8,3	23	8,0	25	8,2	15	5,6	21	8,4
65 u. mehr	185	10,0	19	5,2	30	11,9	30	10,5	35	11,5	25	9,3	22	8,8
	1855	100	365	100	253	100	287	100	305	100	269	100	249	100

Altersgruppen in Jahren	SG Hankensbüttel				EG Wittingen							
	Hankens- büttel		Steinhorst		übrige OT		Wittingen		Knesebeck		übrige OT	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
15 - 19	38	9,2	8	6,6	39	10,3	47	9,1	26	16,7	45	14,0
20 - 24	112	27,0	27	22,3	126	33,2	148	28,6	49	31,4	97	30,1
25 - 29	68	16,4	29	24,0	71	18,7	114	22,1	23	14,7	68	21,1
30 - 34	60	14,5	12	9,9	39	10,3	52	10,1	11	7,1	25	7,8
35 - 49	73	17,6	16	13,2	49	12,9	72	13,9	18	11,5	46	14,3
50 - 64	14	3,4	11	9,1	27	7,1	34	6,6	9	5,8	15	4,7
65 u. mehr	50	12,0	18	14,9	28	7,4	50	9,7	20	12,8	26	8,1
	415	100	121	100	379	100	517	100	156	100	322	100

Tab. 42: Abwanderer nach Haushaltsgröße und nach klassifizierten Orten und Ortsteilen in den Untersuchungsgebieten in v.H.

Haushaltsgröße	NB Soltau			NB Hankensbüttel NB Wittingen	
	Zentrum	Nebenzentren	übrige OT	Zentren	übrige OT
1 Person	70,2	74,9	76,4	73,6	76,8
2 Personen	13,8	11,0	9,9	11,2	9,5
3 Personen	8,8	7,7	7,4	8,7	7,1
4 Personen	4,9	4,1	3,5	4,7	4,9
5 Pers. u. mehr	2,3	2,3	2,8	1,8	1,7
	100 n = 1855	100 n = 788	100 n = 942	100 n = 932	100 n = 978

Tab. 43: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit vom Familienstand nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Zielort	Familienstand ledig	NB Soltau		NB Hankensbüttel/NB Wittingen		
		verheiratet/ in Wohngemein- schaft lebend	verwitwet/ geschieden/ge- trennt lebend	ledig	verheiratet/ in Wohngemein- schaft lebend	verwitwet/ geschieden/ge- trennt lebend
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	35,7	36,4	26,2	14,5	7,0	8,0
Unterzentren und Orte ohne zentralörtl. Funktion	27,1	29,1	31,0	42,0	50,9	36,0
Mittelzentren	12,2	10,0	14,3	26,0	22,8	32,0
MZ in räumlicher Konkurrenz	4,3	3,6	2,4	15,9	15,8	28,0
sonstige MZ	7,9	6,4	11,9	10,1	7,0	4,0
Oberzentren/Verdichtungsräume	22,8	16,4	23,8	17,3	15,8	24,0
nächstgelegene OZ/VDR	12,8	8,2	11,9	4,3	5,3	8,0
sonstige OZ/VDR	10,0	8,2	11,9	13,0	10,5	16,0
	n = 140	n = 110	n = 42	n = 69	n = 57	n = 25

Tab. 44: Zielorte nach ausgewählten Klassifikationsmerkmalen in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße nach Untersuchungsgebieten in v.H.

Zielort	Haushaltsgröße 1 Pers.	NB Soltau				NB Hankensbüttel/NB Wittingen				
		2 Pers.	3 Pers.	4 Pers.	5 Pers. u. mehr	1 Pers.	2 Pers.	3 Pers.	4 Pers.	5 Pers. u. mehr
Zentrale Orte im Verflechtungsbereich	27,9	33,3	35,3	40,0	42,5	8,1	10,7	10,0	7,6	17,6
Unterzentren und Orte ohne zentralörtl. Funktion	25,4	26,8	33,6	29,0	25,2	32,9	34,0	43,3	45,7	38,2
Mittelzentren	15,6	13,1	12,2	15,5	20,2	26,8	30,9	24,7	28,3	23,5
MZ in räumlicher Konkurrenz	6,0	3,0	3,7	5,8	5,9	17,5	22,3	14,7	10,9	8,8
sonstige MZ	9,6	10,1	8,5	9,7	14,3	9,3	8,6	10,0	17,4	14,7
Oberzentren/Verdichtungsräume	26,0	21,3	13,5	13,6	13,1	28,6	20,4	18,7	17,4	14,7
nächstgelegene OZ/VDR	14,4	11,7	6,4	6,5	4,8	12,7	9,7	6,0	8,7	11,8
sonstige OZ/VDR	11,6	9,6	7,1	7,1	8,3	15,9	10,7	12,7	8,7	2,9
	n = 2611	n = 436	n = 295	n = 155	n = 87	n = 1437	n = 197	n = 150	n = 92	n = 34

Tab. 45: Die Rangordnung der Einzelmotive nach Mehrfachnennungen

Wanderungsmotiv	insg.	Nennungen	
		in v.H. der Nennungen	in v.H. der Befragten
1. familiäre Gründe	186	18,8	41,8
2. sonstige Gründe	133	13,5	29,9
3. kürzerer Weg zum Arbeitsplatz	120	12,2	27,0
4. neuer Arbeitsplatz	83	8,4	18,7
5. bessere berufliche Position	74	7,5	16,6
6. größere Wohnung	64	6,5	14,4
7. besser ausgestattete Wohnung	55	5,6	12,4
8. höherer Verdienst	43	4,4	9,7
9. Weg zum Arbeitsplatz zu umständlich	39	4,0	8,8
10. Hausbau, -kauf	37	3,7	8,3
11. Einkaufsmöglichkeiten	28	2,8	6,3
12. Ausbildungsplatz	27	2,7	6,1
13. Freizeitmöglichkeiten	17	1,7	3,8
14. Verkehrsverbindungen	17	1,7	3,8
15. Versetzung	17	1,7	3,8
16. Wohnort zu abgelegen	17	1,7	3,8
17. Studium	16	1,6	3,6
18. Wunsch, in einer größeren Stadt zu wohnen	11	1,1	2,5
19. Schulangebot für Kinder	3	0,3	0,7
	987	100	

Tab. 46: Wanderungsgründe nach Geschlecht in v.H.

Wanderungsgrund	Geschlecht	
	männlich	weiblich
Berufsorientierte Gründe	39,8	29,4
Familiäre Gründe	18,6	40,8
Wohnungsgründe	18,6	11,8
Ausbildungsgründe	6,8	6,2
Infrastrukturelle Gründe	2,5	2,4
sonstige Gründe	12,3	9,0
ohne Angabe	1,4	0,4
	100	100
	n = 236	n = 211

<p>5. Wieviele Familienmitglieder ziehen insgesamt fort? Sie selbst natürlich mitgezählt.</p> <p>..... Personen davon sind Kinder im Alter von/..... Jahren</p>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
<p>6. Darf ich fragen, wie alt Sie sind?</p> <p>15 - 19 Jahre <input type="checkbox"/></p> <p>20 - 24 Jahre <input type="checkbox"/></p> <p>25 - 29 Jahre <input type="checkbox"/></p> <p>30 - 34 Jahre <input type="checkbox"/></p> <p>35 - 49 Jahre <input type="checkbox"/></p> <p>50 - 64 Jahre <input type="checkbox"/></p> <p>über 65 Jahre <input type="checkbox"/></p>	<input type="checkbox"/>
<p>7. Sind Sie bzw. Ihr Ehepartner berufstätig? (Bitte genaue Berufsbezeichnung)</p> <p>ja, als (Befr.)</p> <p>ja, als (Eheg.)</p> <p>nein, arbeitslos <input type="checkbox"/></p> <p>in Ausbildung <input type="checkbox"/></p> <p>Hausfrau <input type="checkbox"/></p> <p>Rentner, Pensionär <input type="checkbox"/></p>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
<p>8. Welchen Schulabschluß haben Sie?</p> <p>ohne Hauptschulabschluß <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p> <p>Hauptschulabschluß <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p> <p>Mittlere Reife <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p> <p>Fachschulabschluß <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p> <p>Abitur <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p> <p>Hochschule/Fachhochschule <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
<p>9. Standen mehrere Orte bei der Umzugsentscheidung zur Auswahl?</p> <p>nein <input type="checkbox"/></p> <p>ja Gemeinde <input type="checkbox"/></p> <p>..... <input type="checkbox"/></p> <p>..... <input type="checkbox"/></p>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
<p>10. Nennen Sie bitte die Gründe, warum Sie nach ziehen.</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
<p>11. Sind Sie männlich oder weiblich?</p> <p>männlich <input type="checkbox"/></p> <p>weiblich <input type="checkbox"/></p>	<input type="checkbox"/>

7. Quellenverzeichnis

- ADEBAHR, H. 1972: Binnenwanderung und Lohnhöhe. In: Szell, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität. S. 229-250. München.
- AGRARBERICHT 1984 der Bundesregierung. Hrsg.: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Bonn o.J.
- ALBRECHT, G. 1972: Soziologie der geographischen Mobilität. Stuttgart.
- ANDERSECK, K. 1973: Innerfamiliäre Wanderungsentscheidung (Schriftenreihe der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung. Bd. 2a). Bonn.
- ATLAS ZUR RAUMENTWICKLUNG. Hrsg. von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Bd. 4: Bevölkerung.
- ATTESLANDER, P. 1969: Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin.
- BÄHR, J. 1983: Bevölkerungsgeographie: Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. (Uni-Taschenbücher 1249) Stuttgart.
- BALS, Chr. 1983: Literaturbericht zu Fragen der regionalen Unterschiede des generativen Verhaltens. In: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte. Bd. 144) S. 159-182. Hannover.
- BARTELS, D. 1975: Die Abgrenzung von Planungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland - eine Operationalisierungsaufgabe. In: Ausgeglichene Funktionsräume. Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 94) S. 93-115. Hannover.
- BATTELLE-INSTITUT 1969: (Hrsg.): Untersuchung der Abwanderungsmotivation im hessischen Zonenrandgebiet und Erörterung von Vorschlägen zur Verhinderung der Abwanderung. Frankfurt.
- BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1984: Selbstverantwortete regionale Entwicklung im Rahmen der Raumordnung. Empfehlung des Beirats für Raumordnung vom 18.3.1983. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 1/2 (1984). S. 187-194.
- BERGMANN, E.; FRIEDAG, H.; KRÄMER, K.; MACKENSEN, R. 1979: Regionale Mobilitätsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland. (Arbeitshefte des Instituts f. Stadt- und Regionalplanung d. TU Berlin. H. 12). Berlin.
- BESHERS, J. 1967: Population Processes in Social Systems. New York.
- BIRG, H. 1975: Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Regionen bis zum Jahre 1990. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Beiträge zur Strukturforschung. H. 35). Berlin.
- BOGUE, D.J. 1959: Internal Migration. In: Hauser, Ph.M.; Duncan, O.D. (Hrsg.): The Study of Population. S. 486-509. Chicago.
- BOUSTEDT, O. 1970: Zum Programm für den Aufbau einer laufenden Wanderungsstatistik für die Städte. In: Beiträge zur Frage der räumlichen Bevölkerungsbewegung. (Veröff. d. Akademie f. Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 55). S. 1-28. Hannover.
- BOUSTEDT, O. 1975: Grundriß der empirischen Regionalforschung. Teil III: Siedlungsstrukturen. (Taschenbücher zur Raumplanung. Bd. 6). Hannover.
- BUCHER, H.; GATZWEILER, H.P.; SCHMALENBACH, I. 1984: Das regionale Bevölkerungsprognosemodell der BfLR. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 12 (1984). S. 1129-1180.
- BUCHHOLZ, E.W. 1970: Methodische Probleme der Erforschung von Wanderungsmotiven. In: Beiträge zur Frage der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Veröff. d. Akademie f. Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 55). S. 29-36. Hannover.
- BURBERG, P.-H. 1982: Mobile Versorgung in dünnbesiedelten ländlichen Räumen. (Kurzberichte zur Landes- und Stadtentwicklungsforschung. H. 4/82). Dortmund.
- DERENBACH, R. 1986: Mobilitäts- oder bestandsorientierte Regionalpolitik? In: Geographische Rundschau. H.9, (1986). S. 455-460.
- DIETRICH, B. 1970: Eine Analyse der Wanderungsbewegungen in der BRD unter besonderer Berücksichtigung der Infrastruktur. In: Jochimsen, R.; Simonis, U.E. (Hrsg.): Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik. (Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 54). S. 509-531. Berlin.
- DOBBERKAU, E. 1980: Abwanderung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Richtung, Entfernung und Motivation. (Hohenheimer Arbeiten 109). Stuttgart.
- ELSASSER, H. 1977: Der ländliche Raum: Begriff und Abgrenzung in der Geographie. In: Lendi (Hrsg.): Der ländliche Raum - eine Aufgabe der Raumplanung. (Festschrift für Th. Weidmann und E. Winkler). S. 64-71, Zürich.
- FISCHER, G. 1973: Praxis-orientierte Theorie der Regionalforschung. Tübingen.
- FRANZ, P. 1984: Soziologie der räumlichen Mobilität. Frankfurt.
- FREHNER, W. 1979: Geburtenrückgang im ländlichen Raum. Darstellung der Konsequenzen u. Konkretisierung am Beispiel des Umlandes von Augsburg. (Planungstheorie u. Planungspraxis. Bd. 5). Augsburg.
- FÜRST, D.; ZIMMERMANN, K. 1973: Standortwahl industrieller Unternehmen. (Schriftenreihe der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung. Bd. 1). Bonn.

- GATZWEILER, H.P. 1975: Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen. (Forschungen zur Raumentwicklung. Bd. 1). Bonn-Bad Godesberg.
- GATZWEILER, H.P. 1978: Zum Problem der Indikatorenauswahl. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 8/9. (1978). S. 695-703.
- GEISSLER, C. 1983: Bevölkerungsentwicklung und schulische Infrastruktur. In: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 144). S. 203-275. Hannover.
- GENOSKO, J. 1978: Ursachen und Auswirkungen räumlicher Mobilität. Eine empirische Untersuchung der Bevölkerungsbewegung innerhalb und über die Grenzen der bayerischen Planungsregion Donau-Wald. Diss. Regensburg.
- GENOSKO, J. 1980: Zur Selektivität räumlicher Mobilität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 32 (1980). S. 726-745.
- GERFIN, H. 1964: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung. In: Kyklos. Vol. 17. S. 565-593.
- GEWOS 1979 (Hrsg.): Bevölkerungs- und Arbeitsplatzabnahme in peripheren ländlichen Regionen - Konzepte und Maßnahmen einer stabilisierungsorientierten Entwicklungssteuerung. Literaturanalyse. Hamburg.
- HADERMANN, H.; KÄPPELI, J.; KOLLER, P. 1975: Räumliche Mobilität. Grundlagen und empirische Untersuchung in der Planungsregion St. Gallen. Bd. 1, 2 u. 3. Zürich.
- HÄGERSTRAND, T. 1957: Migration and Area. In: Hannerberg, D.; Hägerstrand, T.; Odering, B. (Hrsg.): Migration in Sweden. (Lund Studies in Geography. Serie B Nr. 13). S. 27-158.
- HARLOFF, H.-J. 1971: Attraktivität oder Frustrativität als Ursache von Berufs-, Arbeitsplatz- und Wohnungswechsel. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd. 22 (1971). S. 359-376.
- HARMS, A. 1975: Regionale Faktoren und Bestimmungsgründe der Wohnortmobilität. In: Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungsbewegung. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 95). S. 51-68, Hannover.
- HEIDTMANN, W. 1979: Probleme einer ausreichenden Versorgung mit Schul- und Bildungseinrichtungen in strukturgefährdeten ländlichen Gebieten. In: Strukturgefährdete ländliche Räume. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 128). S. 125-139. Hannover.
- HEINS, F. 1985: Zur Beobachtung regionaler Unterschiede der Morbidität in der Bundesrepublik Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 3/4 (1985). S. 221-235.
- HEINZE, G.W.; HERBST, D.; SCHÜHLE, U. 1981/1: Der Verkehr im ländlichen Raum. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Abhandlungen Bd. 82). Hannover.
- HEINZE, G.W.; HERBST, D.; SCHÜHLE, U. 1981/2: Kleinbusse in Gemeinderegion. In: Raumforschung und Raumordnung. 39 Jg. (1981) H. 1. S. 10-19.
- HERDERICH, G.; GROMES, O.; RAGOZAT, U. 1984: Wandermotivuntersuchung in der Region Main-Rhön. In: Der ländliche Raum in Bayern - Fallstudien zur Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 156) S. 321-354. Hannover.
- HEUER, H. 1975: Sozio-ökonomische Bestimmungsfaktoren der Stadtentwicklung. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik. Bd. 50). Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- HEUER, H.; SCHÄFFER, R. 1978: Stadtfucht - Instrumente zur Erhaltung der städtischen Wohnfunktion und zur Steuerung der Stadt-Umland-Wanderungen. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik. Bd. 62). Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. 1970: *Migration, ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung*. Stuttgart.
- HORSTMANN, K. 1969: Die horizontale Mobilität. In: König, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 2. S. 43-64. Stuttgart.
- HORSTMANN, K. 1976: Zur Soziologie der Wanderungen. In: König, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. 2. Aufl., Bd. 5. S. 104-186. Stuttgart.
- INFAS 1969: Wanderungen und Wandermotive. Ergebnisse einer soziologischen Strukturuntersuchung im Raum Schleswig-Holstein-Mitte/Kiel. Bad Godesberg.
- INFAS 1972: Räumliche Mobilität - Präferenzen, Motive, Tendenzen. Bonn-Bad Godesberg.
- JANSEN, P.G. 1969: Zur Theorie der Wanderungen. In: Zur Theorie der allgemeinen und regionalen Planung. (Beiträge zur Raumplanung. Bd. 1). S. 150-163. Bielefeld.
- JOCHIMSEN, R. 1966: Theorie der Infrastruktur. Tübingen.
- JOST, P. 1975: Quantitative Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf die ländlichen Räume. In: Geburtenrückgang - Konsequenzen für den ländlichen Raum. (Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen. H. 73). S. 38-47. Hannover.
- KENTMANN, K. 1980: Nutzungsuntergrenzen der Infrastruktur in ländlichen Räumen. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Beiträge. Bd. 39). Hannover.

- KILLISCH, W.F. 1979: Räumliche Mobilität. Grundlegung einer allgemeinen Theorie der räumlichen Mobilität und Analyse des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung in den Kieler Sanierungsgebieten. (Kieler Geographische Schriften. Bd. 49). Kiel.
- KLEMMER, P. 1975: Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes im ländlichen Raum. In: Geburtenrückgang - Konsequenzen für den ländlichen Raum. (Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen. H. 73). Hannover.
- KLUCZKA, G.; BETZ, R.; KÜHN, G. 1981: Nutzung und Perspektiven privater und öffentlicher Infrastruktur in peripheren ländlichen Räumen. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Beiträge. Bd. 50). Hannover.
- KOCH, R. 1977: Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Erwerbspotential in der Raumordnungsprognose 1990. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 1/2 (1977). S. 13-25.
- KOCH, R. 1982: Die Bedeutung der Wanderung und ihrer Prognosen für Raumforschung und Landesplanung. In: Linke, W.; Schwarz, K. (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. S. 277-302. Wiesbaden.
- KOLLER, M. 1982: Zur Erläuterung und Prognose des Wanderungsverhaltens: Kurzgefaßte Thesen und Ergebnisse zur Entwicklung der Binnenwanderung. In: Linke, W.; Schwarz, K. (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 303-308. Wiesbaden.
- KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL 1977: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. (Gutachten der Kommission). Göttingen.
- KOTTWITZ, G. 1972: Psychologische Determinanten im Kontext der Wanderungsentscheidung. In: Kottwitz, G.; Vanberg, M.: Ein Modell der Wanderungsentscheidung. (Arbeitshefte aus dem Inst. f. Soziologie der TU Berlin. H. 4). S. 7-34. Berlin.
- KREIBICH, V. 1982: Neue Fragen und Methoden der Wanderungsforschung - das Stadtforschungsprogramm der Robert-Bosch-Stiftung. Teil 1: Konzepte und Methoden. In: Linke, W.; Schwarz, K. (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. S. 123-136. Wiesbaden.
- KULS, W. (Hrsg.) 1978: Probleme der Bevölkerungsgeographie. Darmstadt.
- KULS, W. 1980: Bevölkerungsgeographie. (Teubner Studienbücher der Geographie). Stuttgart.
- KUNST, F. 1985: Distanz und Siedlungsstruktur im dünn besiedelten Raum. (Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. H. 33). Berlin.
- LANGENHEDER, W. 1968: Ansatz zu einer allgemeinen Verhaltenstheorie in den Sozialwissenschaften. Köln, Opladen.
- Laufende Raumbbeobachtung: S. Regionalstatistische Informationen aus der Laufenden Raumbbeobachtung.
- LEE, E.S. 1969: A Theory of Migration. In: Jackson, J.A. (Hrsg.): Migration. Sociological Studies 2. S. 282-297. Cambridge.
- LEE, E.S. 1972: Eine Theorie der Wanderungen. In: Szell, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität. S. 117-129. München.
- LESLIE, G.R.; RICHARDSON, A.H. 1961: Life Cycle, Career Pattern and the Decision to Move. In: American Sociological Review. Vol. 26 (1961). S. 894-902.
- MACKENSEN, R. 1975: Bestimmungsgründe für die Bevölkerungsentwicklung in unserer Zeit. In: Geburtenrückgang - Konsequenzen für den ländlichen Raum. (Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen H. 73). S. 13-37. Hannover.
- MACKENSEN, R. 1981: Wanderungstendenzen und Wanderungstheorien. In: Schubnell, H. (Hrsg.): Alte und neue Themen der Bevölkerungswissenschaft. (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Bd. 10). S. 87-104. Boppard.
- MACKENSEN, R.; VANBERG, M.; KRÄMER, K. 1975: Probleme regionaler Mobilität. (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 19). Göttingen.
- MALCHUS, V. von 1979: Zur Versorgung der Bevölkerung in dünnbesiedelten Gebieten - Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem skandinavischen Raum. In: Strukturgefährdete ländliche Räume. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 128). S. 47-71. Hannover.
- MAMMEY, U. 1977: Richtung und Distanz als gruppenspezifische Parameter räumlicher Mobilität. (Rhein-Mainische Forschungen. H. 84). Frankfurt.
- MAMMEY, U.; SELKE, W. 1978: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Arbeitsmaterialien 15/1978). S. 1-11. Hannover.
- MAREL, K. 1980: Inter- und intraregionale Mobilität. (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 8). Boppard.
- MARX, W. 1983: Bindungen an ländliche Wohnorte - dargestellt am Beispiel ausgewählter Gemeinden in Hessen und Rheinland-Pfalz. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Beiträge. Bd. 72). Hannover.
- MEYER, K. 1970: Ländlicher Raum. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. 2. Aufl. Sp. 1802-1815. Hannover.
- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1972: Entschließung: Zentralörtliche Verflechtungsbereiche mittlerer Stufe in der Bundesrepublik Deutschland v. 15.6.1972. In: Raumordnungsbericht 1972, S. 146-147.
- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/1: Entschließungen, Beschlüsse und Stellungnahmen, Folge 3. Entschließung 3: Ländlicher Raum v. 12.11.1979. (Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. H. 6.049). S. 11-13. Bonn.

- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/2: Entschlüsse, Beschlüsse und Stellungnahmen, Folge 3. Entschluß 4: Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum v. 12.11.1979. (Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. H. 6.049). S. 14. Bonn.
- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/3: Entschlüsse, Beschlüsse und Stellungnahmen. Folge 3. Stellungnahme 3: Erste Stellungnahme zu den Auswirkungen eines langfristigen Bevölkerungsrückgangs auf die Raumstruktur in der Bundesrepublik Deutschland v. 12.11.1979. (Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. H. 6.049). S. 32-34. Bonn.
- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/4: Entschlüsse, Beschlüsse und Stellungnahmen, Folge 3. Entschluß 11: Oberzentren v. 16.6.1983. (Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 6.049). S. 25-26. Bonn.
- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG 1983/5: Entschlüsse, Beschlüsse und Stellungnahmen, Folge 3. Entschluß 12: Zur Sicherung des öffentlichen Personenverkehrs im ländlichen Raum v. 13.6.1983. (Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 6.049). S. 26-27. Bonn.
- MOEWES, W. 1980: Grundfragen der Lebensraumgestaltung. Berlin, New York.
- MÜLLER-NEUHOF, H. 1970: Ausmaß, Ursachen und Auswirkungen der Abwanderung von Arbeitskräften aus dem nordhessischen Zonenrandgebiet. Diss. Marburg.
- NIEDZWETZKI, K. 1982: Neue Fragen und Methoden der Wanderungsforschung - das Stadtforschungsprogramm der Robert-Bosch-Stiftung. Teil 2: Ergebnisse. In: Linke, W.; Schwarz, K. (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. S. 137-177. Wiesbaden.
- NIPPER, J. 1975: Mobilität der Bevölkerung im engeren Informationsfeld einer Solitärstadt. (Gießener Geographische Schriften. H. 33). Gießen.
- ORDEMANN, H.-J. 1978: Verstetigung oder mehr? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. H 2 (1978). S. 208-218.
- PFLANZ, M. 1979: Versorgung mit Gesundheitsleistungen in strukturgefährdeten ländlichen Räumen. In: Strukturgefährdete ländliche Räume (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 128). S. 141-162. Hannover.
- PROGRAMMATISCHE SCHWERPUNKTE der Raumordnung. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/3146.
- Zwölfter RAHMENPLAN der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/303.
- Fünftehnter RAHMENPLAN der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/5910.
- RAUMORDNUNGSBERICHT 1972 der Bundesregierung. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache VI/3793.
- RAUMORDNUNGSBERICHT 1974 der Bundesregierung. (Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. H.004). Bonn 1975.
- RAUMORDNUNGSBERICHT 1978 der Bundesregierung. (Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. H.040). Bonn 1979.
- RAUMORDNUNGSBERICHT 1982 der Bundesregierung. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/210.
- RAUMORDNUNGSBERICHT 1986 der Bundesregierung. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10/6027.
- RAUMORDNUNGSPROGRAMM für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes. (Bundesraumordnungsprogramm). (Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. H.002). Bonn 1975.
- RAVENSTEIN, E.G. 1885/1889: The Laws of Migration. In: Journal of the Royal Statistical Society. Vol 48. S. 167-235 und Vol 52. S. 241-305.
- RAVENSTEIN, E.G. 1972: Die Gesetze der Wanderungen I und II. In: Szell, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität. S. 41-64 u. S. 65-94. München.
- REDING, K. 1973: Wanderungsdistanz und Wanderungsrichtung. (Schriftenreihe der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung. Bd. 2b). Bonn.
- Regionalstatistische Informationen aus der Laufenden Raumbbeobachtung 1981. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12 (1981). S. 847-914.
- Regionalstatistische Informationen aus der Laufenden Raumbbeobachtung 1983. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 12. (1983). S. 1149-1254.
- Regionalstatistische Informationen aus der Laufenden Raumbbeobachtung 1985. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12, (1985). S. 1047-1120.
- RÖDER, H. 1974: Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen regionaler Mobilität. (Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung. Bd. 16). Münster.

- ROGERS, A. 1965: An Analysis of Interregional Migration in California. (Center for Planning and Development Research, University of California). Berkeley 1965.
- ROSEMAN, C. 1971: Migration as a Spatial and Temporal Process. In: Annals of the Association of American Geographers. Vol 61 (1971). S. 589-598.
Deutsche Übersetzung: In: Kuls, W. (Hrsg.): Probleme der Bevölkerungsgeographie. S. 250-275. Darmstadt 1978.
- ROSSI, P.H. 1955: Why Families Move: A Study in the Social Psychology of Urban Residential Mobility. Glencoe.
- SCHAFFER, F. 1968: Untersuchungen zur sozialgeographischen Situation und regionalen Mobilität in neuen Großwohngeländen am Beispiel Ulm-Eselsberg. (Münchener Geographische Hefte. H. 32). Kallmünz/Regensburg.
- SCHREIBER, K.-H. 1975: Wanderungsursachen und idealtypische Verhaltensmuster mobiler Bevölkerungsgruppen. (Rhein-Mainische Forschungen. H. 79). Frankfurt.
- SCHRÖDER, D. 1968: Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum. (Prognos Studien 3). Stuttgart.
- SCHUBNELL, H. 1973: Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. (Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Bd. 6). Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- SCHULZ-TRIEGLAFF, M. 1983: Möglichkeiten endogener Entwicklungsstrategien in der Raumordnungspolitik des Bundes. In: Hesse, J.J.; Wollmann, H. (Hrsg.): Probleme der Stadtpolitik in den 80er Jahren. S. 33-46. Frankfurt, New York.
- SCHWARZ, K. 1969: Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegung. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Abhandlungen. Bd. 58). Hannover.
- SCHWARZ, K. 1978: Das deutsche Defizit. In: Franke, L.; Jürgens, H.W. (Hrsg.): Keine Kinder - Keine Zukunft? (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Bd. 4). S. 19-34. Boppard.
- SCHWARZ, K. 1979: Die Geburtenentwicklung in Stadt und Land und daraus zu erwartende Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung. In: Buse, M. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Kommunalpolitik. (Schriften d. Friedrich-Naumann-Stiftung. Wissenschaftl. Reihe). S. 37-46. Baden-Baden.
- SCHWARZ, K. 1983: Untersuchungen zu den regionalen Unterschieden der Geburtenhäufigkeit. In: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte. Bd. 144). S. 7-30. Hannover.
- SCHWEITZER, W. 1978: Modelle zur Erfassung von Wanderungsbewegungen. (Schriften z. wirtschaftswissenschaftl. Forschung. Bd. 12). Meisenheim/Glan.
- SELKE, W. 1979: Die Bedeutung der regional differenzierenden Prognostik für die bevölkerungspolitische Diskussion. In: Buse, M. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Kommunalpolitik. (Schriften d. Friedrich-Naumann-Stiftung. Wissenschaftl. Reihe). S. 47-62. Baden-Baden.
- SELKE, W. 1982/1: Arbeitsplatzpotential des ländlichen Raumes - Raumordnungspolitische Beurteilung. In: structur. H. 2 (1982). S. 45-50.
- SELKE, W. 1982/2: Zum Stand der bevölkerungspolitischen Diskussion in Raumordnung und Landesplanung. In: Raumforschung und Raumordnung. H. 5-6 (1982). S. 234-242.
- SIEBERT, H. 1967: Zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums. Tübingen.
- SIEBERT, H. 1970: Regionales Wirtschaftswachstum und interregionale Mobilität. Tübingen.
- SINZ, M. 1981: Bevölkerungsrückgang ohne regionale Folgen. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12 (1981). S. 773-795.
- SJAASTAD, L.A. 1960: The Relationship Between Migration and Income in the United States. In: Papers of the Regional Science Association. Vol 6 (1960). S. 37-64.
- SOMERMEIJER, W.H. 1961: Een analyse van den binnenlandse migratie in Nederland tot 1947 en van 1948-1957. In: Statistische en econometrische Onderzoeking. H. 3 (1961). S. 114-174.
- SOROKIN, P.A. 1927: Social Mobility. New York. (Social and Cultural Mobility. 2. Aufl. London 1959).
- SPERLING, H. 1970: Die Klassifizierung der Berufe 1970. In: Wirtschaft und Statistik. H. 1 (1970). S. 9-13.
- SPITZER, H. 1985: Der ländliche Raum - Raumordnungsgemäße Bestimmung, Gliederung und Entwicklung. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Beiträge. Bd. 85). Hannover.
- STIENS, G. 1978: "Kumulativer Schrumpfungsprozeß" in peripheren Regionen unausweichlich? In: Geographische Rundschau. H. 11 (1978). S. 433-436.
- STIENS, G. 1979: Alternative Beurteilung der großräumigen Bevölkerungsentwicklung. In: Bevölkerungsabnahme und räumliche Auswirkungen. (Hrsg. v. Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung). S. 100-124. Berlin.
- STIENS, G. 1983: Neue Ansatzpunkte für eine ausgleichsorientierte Infrastrukturpolitik. In: Gleichwertige Lebensbedingungen durch eine Raumordnungspolitik des mittleren Weges - Indikatoren, Potentiale, Instrumente. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 140). S. 239-256. Hannover.
- STIENS, G. 1984: Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2000 in räumlicher Differenzierung. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 12 (1984). S. 1203-1223.

- STIENS, G.; TÜRKE, K. 1984: Infrastruktur und Kommunikationsstrukturen als Ansatzpunkte regional angepaßter Entwicklungsstrategie. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 1/2. (1984). S. 129-142.
- STÖCKMANN, W. 1971: Die Wohnort- und Arbeitsmobilität der Bevölkerung in ländlichen Räumen. (Gutachten der METRA DIVO erstellt im Auftrag des Bundesministers des Inneren). Frankfurt.
- STOUFFER, S.A. 1940: Intervening Opportunities. A Theory Relating Mobility and Distance. In: American Sociological Review. Vol. 5 (1940). S. 854-867.
- STOUFFER, S.A. 1960: Intervening Opportunities and Competing Migrants. In: Journal of Regional Science. Vol. 2 (1960). S. 1-26.
- SZELL, G. (Hrsg.) 1972: Regionale Mobilität (Nymphenburger Texte zur Wissenschaft 10), München.
- TERMOTE, M. 1972: Wanderungsmodelle. In: Szell, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität. S. 141-175. München.
- TÜRKE, K. 1985/1: Entwicklungsanalysen und Konzeptansätze für dünn besiedelte Regionen. In: Der Landkreis. H. 6 (1985). S. 254-257.
- TÜRKE, K. 1985/2: Entwicklungstendenzen und Strukturprobleme des ländlichen Raumes. In: Ziele und Wege zur Entwicklung dünn besiedelter ländlicher Regionen. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Beiträge. Bd. 90). S. 35-53. Hannover.
- UHLMANN, J. 1978: Die Entwicklungszentren des Bundesraumordnungsprogramms: Wachstumszentren oder pragmatisches Verdichtungskonzept? (IREUS Schriftenreihe. Bd. 2). Stuttgart.
- UHLMANN, J. 1982: Konzepte und Maßnahmen einer stabilisierungsorientierten Entwicklungssteuerung für periphere ländliche Räume in der Bundesrepublik Deutschland - Fallstudien Tirschenreuth und Daun. In: Wege zur Stabilisierung ländlicher Räume. (Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Reihe A: Angewandte Wissenschaft. H. 268). S. 5-194. Münster-Hiltrup.
- VANBERG, M. 1971: Kritische Analyse der Wanderungsforschung in der BRD. (Arbeitshefte aus dem Inst. f. Soziologie der TU Berlin. H. 3). Berlin.
- VANBERG, M. 1972: Entwicklung eines Modells der Wanderungsentscheidung. In: Kottwitz, G.; Vanberg, M.: Ein Modell der Wanderungsentscheidung. (Arbeitshefte aus dem Inst. f. Soziologie der TU Berlin. H. 4). S. 35-98. Berlin.
- VANBERG, M. 1975: Ansätze der Wanderungsforschung - Folgerungen für ein Modell der Wanderungsentscheidung. In: Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungsbewegung. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- u. Sitzungsberichte. Bd. 95). S. 3-20. Hannover. 1975.
- WEBER, P. 1982: Geographische Mobilitätsforschung. (Erträge der Forschung. Bd. 179). Darmstadt.
- WEICHBRODT, E. (Hrsg.) 1977: Geographische Mobilität im ländlichen Raum am Beispiel des Landkreises Eschwege. (Berliner Geographische Studien. Bd. 2). Berlin.
- WIETING, R.; HÜBSCHLE, J. 1968: Struktur und Motive der Wanderungsbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. (Gutachten der PROGNOSE AG im Auftrag des Bundesministers des Inneren). Basel.
- WILHELM, D.; DAVID, K.; WOHNER, R. 1984: Wanderungsmotivuntersuchung in der Region Westmittelfranken. In: Der ländliche Raum in Bayern - Fallstudien zur Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen. (Veröff. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte. Bd. 156). S. 291-319. Hannover.
- WITTMANN, H. 1975: Migrationstheorien. (Sozial-ökonomische Schriften zur Agrarentwicklung. H. 9). Saarbrücken.
- WOLPERT, J.: Behavioral Aspects of the Decision to Migrate. In: Papers of the Regional Science Association. Vol 15 (1965). S. 159-169.
- WULF, J. 1972: Ergebnisse der Wanderungsforschung und ihre Integration in raumwirtschaftliche Modelle. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 128 (1972). S. 473-497.
- ZIELE UND WEGE zur Entwicklung dünn besiedelter ländlicher Regionen. Hrsg. von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. (Seminare, Symposien, Arbeitspapiere. H. 10). Bonn 1983.
- ZIMMERMANN, H. 1973: Regionale Präferenzen. Wohnortorientierung und Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer als Determinanten der Regionalpolitik. (Schriftenreihe der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung. Bd. 2). Bonn.
- ZIPF, G.K. 1946: The P1 P2/D Hypothesis on the Intercity Movement of Persons. In: American Sociological Review. Vol. 11 (1946). S. 677-686.
- ZÜHLKE, W. 1968: Zu- und Abwanderung im Ruhrgebiet 1967. Ergebnisse einer Umfrage. (Schriftenreihe des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk Essen. Nr. 20). Essen.

ABHANDLUNGEN DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

- Band 1: Schröder, K. 1953: Die Stauanlagen der mittleren Vereinigten Staaten. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Kulturgeographie der USA, 96 S. mit 4 Karten, broschiert, DM 12,-.
- Band 2: Quelle, O. 1953: Portugiesische Manuskriptatlanten. 12 S. mit 25 Tafeln und 1 Kartenskizze (vergriffen).
- Band 3: Jensch, G. 1957: Das Ländliche Jahr in deutschen Agrarlandschaften, 115 S. mit 13 Figuren und Diagrammen, broschiert, DM 19,50.
- Band 4: Jensch, O. 1957: Glazialmorphologische Untersuchungen in Ostengland. Ein Beitrag zum Problem der letzten Vereisung im Nordseeraum. 86 S., mit Bildern und Karten, broschiert, DM 20,-.
- Band 5: Geomorphologische Abhandlungen. Otto Maull zum 70. Geburtstag gewidmet. Besorgt von E. Fels, H. Overbeck und J.H. Schultze 1957. 72 S. mit Abbildungen und Karten, broschiert, DM 16.-.
- Band 6: Boesler, K.-A. 1960: Die städtischen Funktionen. Ein Beitrag zur allgemeinen Stadtgeographie aufgrund empirischer Untersuchungen in Thüringen. 80 S. mit Tabellen und Karten (vergriffen).

Seit 1963 wird die Reihe fortgesetzt unter dem Titel
ABHANDLUNGEN DES 1. GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

- Band 7: Schultze, J.H. 1963: Der Ost-Sudan. Entwicklungsland zwischen Wüste und Regenwald. 173 S. mit Figuren, Karten und Abbildungen (vergriffen).
- Band 8: Hecklau, H. 1964: Die Gliederung der Kulturlandschaft im Gebiet von Schriesheim/Bergstraße. Ein Beitrag zur Methodik der Kulturlandschaftsordnung. 151 S. mit 16 Abbildungen und 3 Karten, broschiert, DM 30.-.
- Band 9: Müller, E. 1965: Berlin-Zehlendorf. Versuch einer Kulturlandschaftsgliederung. 144 S. mit 8 Abbildungen und 3 Karten, broschiert, DM 30.-.
- Band 10: Werner 1966: Zur Geometrie von Verkehrsnetzen. Die Beziehung zwischen räumlicher Netzgestaltung und Wirtschaftlichkeit. 136 S. mit 44 Figuren (vergriffen).
- Band 11: Wiek, K.D. 1967: Kurfürstendamm und Champs-Élysées. Geographischer Vergleich zweier Weltstraßen-Gebiete. 134 S. mit 9 Fotos, 8 Kartenbeilagen, broschiert, DM 30.-.
- Band 12: Boesler, K.-A. 1969: Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staats-tätigkeit. 245 S. mit 10 Fotos, zahlreichen Darstellungen und Beilagen, broschiert, DM 60.-.
- Band 13: Boesler, K.A. u. A. Kühn (Hrsg.) 1970: Aktuelle Probleme geographischer Forschung. Festschrift anlässlich des 65. Geburtstages von Joachim Heinrich Schultze. 549 S. mit 43 Fotos und 66 Figuren, davon 4 auf 2 Beilagen, broschiert, DM 60.-.
- Band 14: Richter, D. 1969: Geographische Strukturwandlungen in der Weltstadt Berlin. Untersucht am Profilband Potsdamer Platz-Innsbrucker Platz. 229 S. mit 26 Bildern und 4 Karten, broschiert, DM 19.-.
- Band 15: Vetter, F. 1970: Netztheoretische Studien zum niedersächsischen Eisenbahn-netz. Ein Beitrag zur angewandten Verkehrsgeographie. 50 S. mit 14 Tabellen und 40 Figuren (vergriffen).
- Band 16: Aust, B. 1970: Stadtgeographie ausgewählter Sekundärzentren in Berlin (West). IX und 151 S. mit 32 Bildern, 13 Figuren, 20 Tabellen und 7 Karten (vergriffen).

- Band 17: Hasselmann, K.-H. 1976: Untersuchungen zur Struktur der Kulturlandschaft von Busoga (Uganda). IX und 294 S. mit 32 Bildern, 83 Figuren und 76 Tabellen, broschiert, DM 39,50.
- Band 18: Mielke, J. H. 1971: Die kulturlandschaftliche Entwicklung des Grunewaldgebietes. 348 S. mit 32 Bildern, 18 Abbildungen und 9 Tabellen, broschiert, DM 30.-.
- Band 19: Herold, D. 1972: Die weltweite Vergrößerung. Ihre Ursachen und Folgen aus der Sicht der Politischen Geographie. IV und 368 S. mit 14 Tabellen und 5 Abbildungen, broschiert, DM 19.-.
- Band 20: Festschrift für Georg Jensch aus Anlaß seines 65. Geburtstages, 1974: XXVII und 437 S. mit Abbildungen und Karten, broschiert, DM 32.-.
- Band 21: Fichtner, V. 1977: Die anthropogen bedingte Umwandlung des Reliefs durch Trümmeraufschüttungen in Berlin (West) seit 1945. VII und 169 S., broschiert, DM 22.-.
- Band 22: Zach, W.-D. 1975: Zum Problem synthetischer und komplexer Karten. Ein Beitrag zur Methodik der thematischen Kartographie. VI und 121 S., broschiert, DM 19.-.

Die Reihe wird fortgesetzt unter dem Titel:
ABHANDLUNGEN DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS - ANTHROPOGEOGRAPHIE

- Band 23: Becker, CH. 1976: Die strukturelle Eignung des Landes Hessen für den Erholungsverkehr. Ein Modell zur Bewertung von Räumen für die Erholung. 153 S., broschiert, DM 29,50.
- Band 24: Arbeiten zur Angewandten Geographie und Raumplanung. Arthur Kühn gewidmet. 1976: 167 S., broschiert, DM 22.-.
- Band 25: Vollmar, R. 1976: Regionalplanung in den USA. Das Appalachian Regional Development Program am Beispiel von Ost-Kentucky. X und 196 S., broschiert, DM 18.-.
- Band 26: Jenz, H. 1977: Der Friedhof als stadtgeographisches Problem der Millionenstadt Berlin - dargestellt unter Berücksichtigung der Friedhofsgründungen seit dem 2. Weltkrieg. VII und 182 S., broschiert, DM 18.-.
- Band 27: Tank, H. 1979: Entwicklung der Wirtschaftsstruktur einer traditionellen Sozialgruppe. Das Beispiel der Old Order Amish in Ohio, Indiana und Pennsylvania, USA. 170 S., broschiert, DM 20.-.
- Band 28: Wapler, G. 1979: Die zentralörtliche Funktion der Stadt Perugia. 132 S., broschiert, DM 20.-.
- Band 29: Schultz, H.-D. 1980: Die deutschsprachige Geographie von 1800 bis 1970. Ein Beitrag zur Geschichte ihrer Methodologie. 488 S., broschiert, DM 32.-.
- Band 30: Grupp, M. 1981: Entwicklung und sozio-ökonomische Bedeutung der holzverarbeitenden Industrie im Südosten der Vereinigten Staaten von Amerika. XII und 188 S. mit Anhang, broschiert, DM 28.-.
- Band 31: Ramakers, G. 1981: Géographie physique des plantes, géographie physique des animaux und géographie physique de l'homme et de la femme bei Jean-Louis Soulavie. Ein Beitrag zur Problem- und Ideengeschichte der Geographie im achtzehnten Jahrhundert. II und 205 S. mit 8 Abbildungen, broschiert, DM 28.
- Band 32: Asche, H. 1981: Mobile Lebensformgruppen Südost-Arabiens im Wandel. Die Küstenprovinz Al Bâtinah im erdölfördernden Sultanat Oman. XII und 344 S. mit 20 Tabellen, 36 Karten und 20 Fotos, broschiert, DM 36.-.

- Band 33: Scholz, F. u. J. Janzen (Hrsg.) 1982: Nomadismus - ein Entwicklungsproblem? Beiträge zu einem Nomadismus-Symposium, veranstaltet in der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin. VIII und 250 S. mit 6 Fotos und 25 Karten und Diagrammen (zur Zeit vergriffen).
- Band 34: Voll, D. 1983: Von der Wohnlaube zum Hochhaus. Eine geographische Untersuchung über die Entstehung und die Struktur des Märkischen Viertels in Berlin (West) bis 1976. VII und 237 S. mit 76 Abbildungen, broschiert, DM 32.-.
- Band 35: El Mangouri, H.A. 1983: The mechanization of Agriculture as a Factor Influencing Population Mobility in the Developing Countries: Experiences in the Democratic Republic of the Sudan (Auswirkungen der Mechanisierung der Landwirtschaft auf die Bevölkerungsmobilität in Entwicklungsländern: Fallbeispiel - Die Republik Sudan). VI und 288 S. mit 8 Abbildungen, 2 Karten und 49 Tabellen, broschiert, DM 34.-.
- Band 36: Kluczka, G. (Hrsg.): Aktuelle Probleme der räumlichen Planung. Beiträge der Geographie zu ihrer Lösung. Ca. 150 S. (entfällt).
- Band 37: Kühn, G. 1984: Instrumentelle Möglichkeiten des Staates zur Steuerung der Raumentwicklung - dargestellt am Beispiel des Bundeslandes Hessen. XIV und 250 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Karten und Tabellen, broschiert, DM 36.-.
- Band 38: Hinz, H.-M. 1985: Sozio-ökonomische Bedingungen und Auswirkungen sowie Raumprobleme des amerikanischen Tourismus unter besonderer Berücksichtigung Floridas. XII und 344 S., broschiert, DM 48.-.
- Band 39: Schwedler, H.-U. 1985: Arbeitsmigration und urbaner Wandel. Eine Studie über Arbeitskräftewanderung und räumliche Segregation in orientalischen Städten am Beispiel Kuwaits. VIII und 234 S. mit 54 Abbildungen, broschiert, DM 38.-.
- Band 40: Stagl, R. 1986: Auswirkungen der Offenlegungspflicht der plutoniumverarbeitenden Anlage Rocky Flats auf Wahrnehmung und Bodenmarkt im Raum Denver/Boulder (Colorado, USA). XVI und 259 S., broschiert, DM 45.-.
- Band 41: Röhl, D. 1987: Die Relevanz und Bewertung von Geofaktoren in der räumlichen Planung mit Beispielen von den Entwicklungsmaßnahmen im Unterelberaum. XIII und 376 S. mit 33 Abbildungen, 2 Karten und 2 Tabellen, broschiert, DM 58.-.

SONDERHEFTE

1. Brosche, K.-U. 1978: Beiträge zum rezenten und vorzeitlichen periglazialen Formenschatz auf der Iberischen Halbinsel. V und 287 S., 19 Tabellen und 13 Figuren, broschiert, DM 32.-.
2. Vollmar, R. 1986: Regionalpolitik in den USA. Theoretische Grundlagen und politisch-administrative Praxis. Ca. XX und 309 S. mit ca. 68 Abbildungen und ca. 37 Tabellen, broschiert, ca. DM 54.-.